

INFORMATIONEN

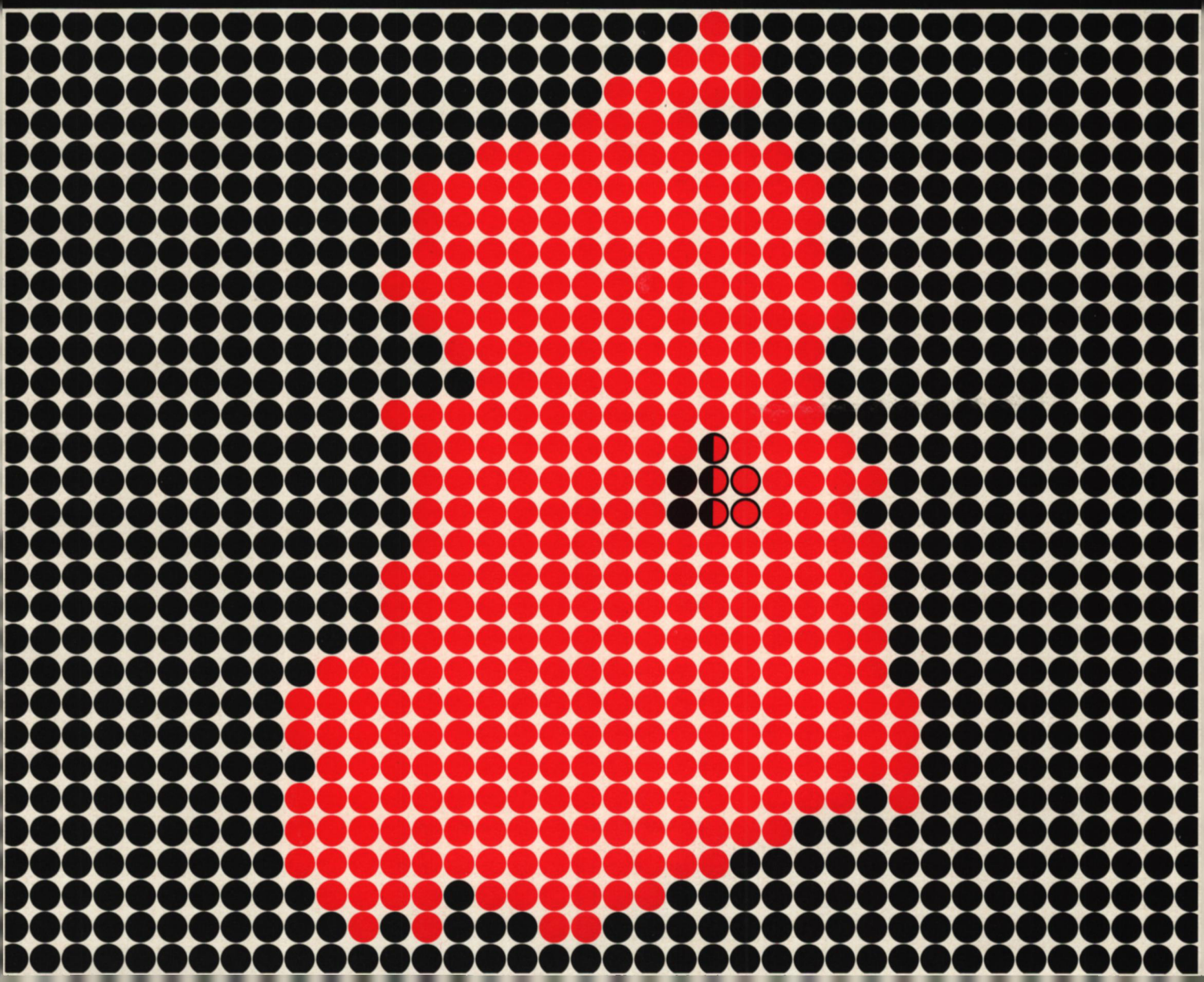
ZUR POLITISCHEN BILDUNG

205

Neudruck 1988

B 6897 F

DIE DDR



DIE DDR

INHALTSVERZEICHNIS	Seite		Seite
Vorbemerkung	1	IX. Kirchen	31
I. Die Rolle der Ideologie	1	X. Opposition in der DDR	32
II. Die geschichtliche Entwicklung der DDR	4	XI. Innerdeutsche Beziehungen	35
1. Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ (1945–1949)	4	XII. Entstehung der Wirtschaftsordnung	36
2. Die Gründung der DDR und die „Einrichtung der Grundlagen des Sozialismus“ (1949–1961)	5	1. Herausforderungen	36
3. Die „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1961/62 bis heute)“	7	2. Umverteilung durch Enteignungen und Bodenreform, Demontagen und Reparationen	38
4. „Westliche“ Periodisierungen	7	3. Kollektivierung	39
III. Die Sozialstruktur	8	XIII. Prinzipien der Wirtschaftsordnung	40
1. Soziale Schichtung	8	1. Prinzipien	40
2. Gegenwärtige Tendenzen in der DDR-Gesellschaft	9	2. Eigentumsverhältnisse	40
IV. Jugend und Familie	10	3. Zentrale Planung	42
V. Parteien und Massenorganisationen	12	XIV. Wirtschaftspotential	44
1. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	12	1. Größe und Lage	44
2. Die „Blockparteien“	15	2. Bodenschätze	44
3. Massenorganisationen (Gesellschaftliche Organisationen)	16	3. Bevölkerung	46
4. Die Nationale Front	17	4. Wissenschaft und Forschung	46
5. Massenmedien	17	5. Industrie	48
VI. Die Funktion des Staates		XV. Arbeitsproduktivität	49
1. Staat und Partei	18	XVI. Außenwirtschaft	52
2. Die Volkskammer	18	1. Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe	52
3. Der Staatsrat	19	2. Innerdeutscher Handel	53
4. Der Ministerrat	20	3. Westhandel: Verhältnis zur OECD und zur EG	54
5. Bezirke und kommunale Verwaltungen	20	XVII. Einkommen, Preise, Verbrauch	55
6. Rechtssystem und Staatsschutz	21	1. Einkommen	55
VII. Bildungssystem	23	2. Preise	57
VIII. Alltag in der DDR – Arbeit und Freizeit	27	3. Verbrauch	58
		Literaturhinweise	60
		Das Thema im Unterricht	61
		Unterrichtsmaterialien	64

VORBEMERKUNG

Vor fast genau vier Jahrzehnten endete der Zweite Weltkrieg. Deutschland wurde von den vier Siegermächten besetzt. Im westlichen Besatzungsgebiet und im Machtbereich der Sowjetunion entwickelten sich unterschiedliche politische Systeme und schließlich zwei Staaten, die mehr als nur eine Grenze trennt. An dieser Grenze scheiden sich die Macht- und Einflußbereiche zweier Weltmächte, zweier gegeneinander gerichteter Militärblöcke; hier treffen zwei unterschiedliche Systeme aufeinander: Auf der einen Seite ein demokratischer und sozialer Bundesstaat mit Parteienwettbewerb und abwählbaren Regierungen, mit pluralistischen Wert- und Zielvorstellungen und Gewaltenteilung; eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf privatem Besitz und der freien Verfügung über die Produktionsmittel beruht und die die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft vorrangig dem freien Spiel der Kräfte überläßt.

Auf der anderen Seite die Diktatur einer einzigen Partei, die sich nicht auf den tatsächlichen Bürgerwillen zu stützen braucht, weil diesem keine wirkliche Einflußnahme eingeräumt wird; einer Partei, die den Staatsapparat monopolartig programmiert in Richtung auf von ihr festgelegte Zukunftsvorstellungen; einer Partei, die nicht nur den Staat, sondern auch die Wirtschaft, ja das gesamte gesellschaftliche Leben zu bestimmen beansprucht; ein politisches System, das eine verpflichtende Weltanschauung kennt, das fast alle Bereiche menschlichen Lebens zu lenken sucht; ein System, das auf dem Gemeinbesitz aller Produktionsmittel beruht. Daß dieses System seit 1945 den Vorstellungen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit nicht entspricht, begründete und begründet immer noch seinen Zwangscharakter.

Diese verschiedenartige Entwicklung der zwei Staaten in Deutschland könnte sicherlich nicht durch eine formale Vereinigung beider überwunden werden. Abgesehen davon, daß machtpolitische Interessen der Sowjetunion auf absehbare Zeit keine Veränderungen im Hinblick auf ein geeintes Deutschland zulassen, muß doch erkannt werden, daß es weitgehende unterschiedliche politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen gegeben hat und gibt, die sich nicht ohne weiteres auf einen Nenner bringen lassen. Nur eine politische Veränderung in gesamteuropäischem Rahmen kann dazu beitragen, auf eine Situation hinzuarbeiten, in der die Bevölkerung in beiden Staaten gemeinsam die Möglichkeit hat, in freier Selbstbestimmung über die zukünftige politische Ordnung und ihre Einbettung innerhalb Ge-

samteuropas zu entscheiden. Bis dahin sind die gegenwärtigen Gegebenheiten Grundlage der Betrachtung.

Die Folgen des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieges haben die Deutschen in der DDR in weit größerem Ausmaß zu tragen als wir. Deshalb verdient die DDR nicht nur unser Interesse, sondern die Menschen dort bedürfen unserer Solidarität und Anteilnahme an ihrem Leben und ihren Lebensbedingungen. Wir sind aufgefordert, unsere Zusammengehörigkeit immer wieder deutlich zu machen.

Siehe zum Thema dieser Ausgabe auch *Informationen zur politischen Bildung*

Nr. 178: Kommunistische Ideologie 1

Nr. 180: Wirtschaft 4, Wirtschaftsordnungen im Vergleich

Nr. 181: Berlin

Nr. 184: Kommunistische Ideologie 2

Nr. 192: Bundesrepublik Deutschland – DDR 1 – Vergleich der politischen Systeme

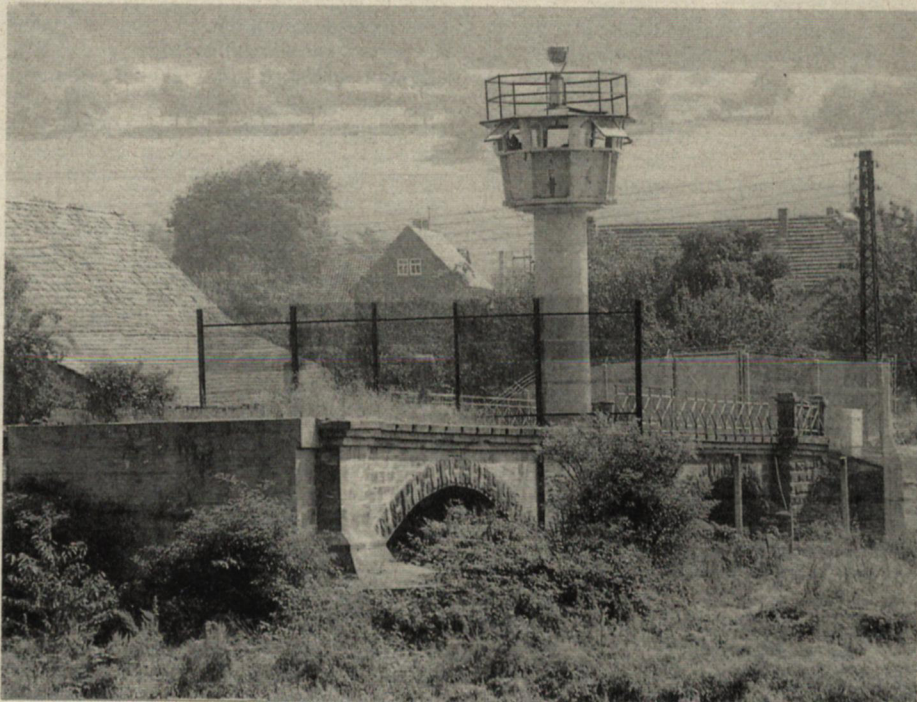
Nr. 193: Bundesrepublik Deutschland – DDR 2 – Vergleich der politischen Systeme

Nr. 203: Die Deutsche Frage

Die DDR verdient auch deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit, weil dort ebenso Deutsche leben und weil die Wiedervereinigung nach wie vor verpflichtendes, im Grundgesetz verankertes Ziel deutscher Politik ist.

Mit dieser Ausgabe soll der Weg, den die DDR eingeschlagen hat, im einzelnen verfolgt, die gesellschaftliche Wirklichkeit und der Alltag in der DDR skizziert, Parteien und Massenorganisationen sowie der Staat und seine Institutionen portraitiert

Innerdeutsche Grenze bei Lindewerra.



und politisch analysiert, das Bildungssystem vorgestellt, auf die Rolle der christlichen Kirchen und auf die Regungen von Opposition eingegangen werden. Das soll – bei aller kritischen Distanz – differenziert und nicht in Schwarz-Weiß-Manier geschehen. Denn simple Freund-Feind-Schemata machen nur realitätsblind. Sie stellen eine Manipulation dar und nehmen es mit der Mündigkeit des Bürgers nicht sehr ernst. Sie helfen wenig, bestehende politische Probleme zu verstehen und zu bewältigen.

I. DIE ROLLE DER IDEOLOGIE

Von Anfang an war bereits in der neuen Ordnung in der Sowjetischen Besatzungszone der Keim für die Entwicklung auf ein nach kommunistischen Prinzipien gestaltetes System angelegt. In der SED selbst begann bereits kurz nach der Zwangsvereinigung die Entwicklung zu einer Kaderpartei leninistischen Typs mit der Festlegung auf die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. Auch wenn die Verfassung der DDR von 1949 formal noch stark von Prinzipien der parlamentarischen Demokratie geprägt war, wurde sie in der Praxis jedoch eindeutig im Sinne kommunistischer Alleinherrschaft interpretiert und angewandt. Die Verfassung von 1968 machte schließlich die bis dahin forcierte Entwicklung zum kommunistisch beherrschten Einheitsstaat, der auf die marxistisch-leninistische Weltanschauung verpflichtet ist, auch zum Verfassungsinhalt.

Der „sozialistische Staat“ im leninistischen Verständnis schließt auch offiziell die „Diktatur des Proletariats“, die die Partei im Namen des Proletariats ausübt, ein. Diese Diktatur soll – anders als bei Marx – nicht nur für eine kurze Übergangszeit wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Umwälzungen gelten. Darüber hinaus soll sie als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit der „sozialistischen Revolution“ die ökonomische Macht des Kapitals brechen, den Bestand des Staates nach innen und nach außen sichern und seinen Klassencharakter durchsetzen sowie für die Verteilung der Produktion und der Produktionsmittel Maßstäbe setzen, die den Bedürfnissen der wirtschaftenden Menschen übergeordnet sind. Nicht nur die in der DDR ja bereits seit langem überwundene „Macht des Kapitals“ und die immer noch angeführte Bedrohung im „internationalen Klassenkampf“ dienen zur Rechtfertigung der „Diktatur des Proletariats“, sondern weit darüber hinauswirkend die ideologisch begründete Gesetzmäßigkeit des Entwicklungsprozesses zum Kommunismus hin.

Den Ansätzen der „sozialistischen Demokratie“ innerhalb dieser „Diktatur des Proletariats“ im Sinne einer breiten Partizipation wird durch das in der Praxis übergeordnete Prinzip des demokratischen Zentralismus die Möglichkeit einer pluralistischen und freien Gestaltung von unten weitgehend genommen.

Sozialistische Übergangsgesellschaft

Der historische Materialismus geht von der gesetzmäßigen Abfolge historischer Gesellschaftsformationen aus: Urgesellschaft (alles gehört allen gleichermaßen) – Sklavenhaltergesellschaft (Produktionsmittel und Produzenten gehören dem Sklavenhalter) – Feudalismus (Produktionsmittel gehören den Feudalherren, die Produzenten nur mehr in begrenztem Maße) – Kapitalismus (der Kapitalist besitzt lediglich die Produktionsmittel). Am Ende der Entwicklung steht wieder der Kommunismus, dessen Eingangsstufe der Sozialismus ist: Für den Kommunismus ist das gesellschaftliche Eigentum kennzeichnend, Ausbeutung existiert demnach nicht mehr, der Staat als Instrument der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten wird überflüssig.

Ihrem Selbstverständnis nach befindet sich die DDR in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft, die die Voraussetzungen für den Übergang zum kommunistischen Endzustand schafft. Bei der Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse sind während der Übergangszeit Kompromisse erforderlich: Nach wie vor existieren Reste kapitalistischen Eigentums, vor allem aber genossenschaftliche Eigentumsverhältnisse (durchweg in der Landwirtschaft, aber auch im Handwerk: private Eigentumstitel bei gemeinschaftlicher Nutzung). In der DDR besteht in offizieller Sicht immer noch eine Klassengesellschaft. Diese Klassen verkörpern je-

doch – anders als im Kapitalismus – nicht mehr den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, der sonst nach marxistischer Auffassung als ein objektiv unveröhnlicher Gegensatz Gesellschaft und Staat prägt. Die in der DDR noch bestehenden Klassen stehen einander in diesem Sinn nicht mehr „antagonistisch“ gegenüber, ihre Interessenunterschiede prägen nicht mehr den Charakter der Gesellschaft, da die Beziehungen zwischen diesen Klassen durch grundlegende gemeinsame Interessen gekennzeichnet sind. Die noch bestehenden Interessenunterschiede lassen sich also durchaus konstruktiv miteinander vereinen, wobei allerdings die „Partei der Arbeiterklasse“ den Inhalt des jeweiligen Kompromisses und den Zeitpunkt, zu dem er fällig wird, bestimmt.

Der Marxismus-Leninismus wird nicht als eine Philosophie, die die gesellschaftliche Realität lediglich deutet, begriffen, sondern als handlungsleitende Theorie für die Umgestaltung der Gesellschaft. Dementsprechend müssen Staatsziel, Entwicklungsperspektiven und politische Einzelentscheidungen stets unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus begründet werden. Ferner müssen die Massen bewegt werden, sich diese Weltanschauung anzueignen und ihren Richtlinien gemäß zu handeln.

Im übrigen ist es eine Frage der Einschätzung, ob man der DDR das Attribut „sozialistisch“ ohne Einschränkung zubilligt. Nicht nur in der DDR gibt es Leute, die sich darunter etwas ganz anderes vorstellen.

Die Rechte des Politbüros

Jede umfassende Weltanschauung bedarf im Einzelfall der Auslegung; und wenn ein Endziel geradlinig und kämpferisch gegen eine feindliche (kapitalistische) Umwelt verfolgt werden soll, muß diese Auslegung autoritativ-verpflichtend erfolgen. Diese Auslegungsinstanz ist die marxistisch-leninistische Partei, faktisch aber ihr oberstes Leitungsgremium: das Politbüro. Eine solche oberste Auslegungs- und Rechtfertigungsbefugnis verleiht ungeheure Macht, zumal wenn – wie in allen sozialistischen Staaten – diese Ausleger personengleich mit denen sind, die die höchste Handlungsbefugnis besitzen. Kritiker des „real existierenden Sozialismus“ wie Rudolf Bahro (1979 aus der DDR ausgewiesen) sprechen denn hier auch von einer „Theokratie“, einem Gottkönigtum einer Priesterschaft.

Es ist ziemlich müßig, sich darüber auszulassen, in welchem Ausmaß der engste Führungskreis der DDR und alle Funktionäre des ideologischen Apparates, denen die Propagierung des Marxismus-Leninismus obliegt, selbst von den eigenen Lehren und Auslegungen überzeugt sind. Sie beziehen ihre persönliche Rechtfertigung daher, die Lehre nützt ihnen – da sind Selbstzweifel nicht am Platz, schon gar nicht nach außen. Übersehen werden soll-

te aber nicht, daß einige Mitglieder des Politbüros schon in der Weimarer Republik für ihre weltanschaulichen und politischen Ziele gekämpft und im Dritten Reich gelitten haben.

Marxismus-Leninismus im Alltag

Eine andere Frage ist, in welchem Ausmaß es gelungen ist, die Bevölkerung der DDR zu echten Marxisten-Leninisten zu machen. Die Anstrengungen dazu sind seit Bestehen der DDR groß und flächendeckend: Nicht nur in Schulen und Universitäten gehört die Unterrichtung in Marxismus-Leninismus zur Pflicht, auch in den Jugendorganisationen (Junge Pioniere, FDJ, GST) wird Marxismus-Leninismus gelehrt. Selbst berufliche Weiterbildung ist untrennbar mit politischer Schulung verbunden. So muß auch jeder Aufstieg mit einem entsprechenden Bekenntnis verbunden werden. Im Bereich der „Massenagitation“ hat sich der Marxismus-Leninismus zu einem starren Gerüst von „Glaubenssätzen“ veräußerlicht, die man „herbetet“, wenn es sein muß, ohne sich damit unbedingt zu identifizieren. Kennzeichnend für die DDR ist somit eine Art Doppelsprachigkeit: Man redet „privat“ vielfach anders als dort, wo einem bestimmte Antworten abverlangt werden.

Bezirke	Einwohner (1986)
Berlin	1 236 248
Cottbus	883 591
Dresden	1 768 990
Erfurt	1 236 681
Frankfurt	704 808
Gera	740 831
Halle	1 783 987
Karl-Marx-Stadt	1 866 327
Leipzig	1 371 427
Magdeburg	1 262 291
Neubrandenburg	620 760
Potsdam	1 121 640
Rostock	909 550
Schwerin	592 519
Suhl	549 636

Städte über 50 000 Einwohner

Berlin (Ost)	1 236 248
Leipzig	550 641
Dresden	519 810
Karl-Marx-Stadt	313 799
Magdeburg	288 975
Rostock	249 349
Halle/Saale	236 148
Erfurt	217 134
Potsdam	141 231
Gera	132 319
Schwerin	128 328
Cottbus	126 592
Zwickau	120 923
Jena	107 610
Dessau	103 538
Brandenburg/Havel	94 755
Halle-Neustadt	93 477
Neubrandenburg	87 235
Frankfurt/Oder	86 441
Görlitz	78 856
Plauen	77 514
Straßburg	75 857
Hoyerswerda	69 113
Greifswald	67 298
Weimar	63 910
Wismar	58 066
Gotha	57 423
Eberswalde-Flöow	54 566
Wittenberg	53 670
Altenburg	53 602
Bautzen	52 354
Schwedt (Oder)	51 753

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1987, S. 2–11

II. DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER DDR

1. Die „antifaschistisch demokratische Umwälzung“ (1945–1949)

Die Geschichte der DDR beginnt mit der Besetzung ihres heutigen Gebietes durch sowjetische Truppen 1945. Streng genommen stellt diese Zeitspanne von 1945 bis zur Gründung der DDR im Jahre 1949 die Vorgeschichte der DDR dar. Deutschland war in vier Besatzungszonen aufgeteilt, jedoch noch nicht endgültig geteilt.

Die Demarkationslinien waren willkürlich gezogen worden, teilweise unter Nichtbeachtung historischer, landsmannschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenhänge. Die jeweilige Besatzungsmacht übte die oberste Gewalt in ihrem Gebiet aus, in der „Sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ) die Sowjetunion durch die „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD).

Gründung von Parteien und Organisationen

Als erste Besatzungsmacht gestattete die SMAD die Bildung antifaschistischer Parteien und Massenorganisationen (Befehl Nr. 2 vom 10. 6. 1945), was die Kommunisten nicht unvorbereitet traf. Die KPD konnte bereits am 11. 6. 1945 gegründet werden. Eine Einsatzgruppe der von den Sowjets kontrollierten Exilpartei war schon am 30. 4. 1945 aus Moskau eingeflogen worden (die sogenannte „Gruppe Ulbricht“), hatte die Mitglieder sammeln und die Moskauer Vorstellungen durchsetzen können: absichtlich kein sozialistisches Parteiprogramm, keine Einheitspartei mit den Sozialdemokraten – entgegen den Wünschen der Kommunisten, die das Dritte Reich im Untergrund oder in Gefängnissen und Konzentrationslagern Seite an Seite mit Sozialdemokraten überlebt hatten. Die Partei sollte sich zunächst ideologisch und organisatorisch festigen. – Am 15. Juni wurde die SPD wiedergegründet, am 26. folgte die Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und am 5. Juli die der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD).

Es lag nahe, den politischen Neuanfang und Wiederaufbau gemeinsam anzugehen. So bedurfte es keines allzu starken Druckes seitens der SMAD, daß sich die vier zugelassenen Parteien am 14. 7. 1945 „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit“ zu einem Kooperationsbündnis, zur „Einheitsfront der antifaschi-



Gründung der SED auf dem Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946 in Ost-Berlin. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl mit der Fahne der SED. An der Wand die Bilder von Engels, Bebel und Marx.

stisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block) zusammenfanden. Der Antifa-Block wurde jedoch zunehmend zum Gleichschaltungsinstrument.

Schneller als ursprünglich geplant, drängten dann SMAD und KPD-Führung auf eine Vereinigung von KPD und SPD. Anstoß dazu gab das katastrophal schlechte Abschneiden der Kommunistischen Partei bei den ersten österreichischen Parlamentswahlen Ende November 1945 (4 Sitze gegenüber 76 der Sozialistischen Partei (SPÖ) und 85 der Volkspartei (ÖVP).

Zwangsvereinigung von KPD und SPD

Die Führung der KPD war ursprünglich nicht für eine Vereinigung mit der SPD, weil sie hoffte, mit Hilfe der Besatzungsmacht stärkste politische Gruppierung zu werden. Dagegen hatte die SPD eine Vereinigung der Arbeiterparteien vorgeschlagen, obwohl dieser Kurs auch nicht von allen Sozialdemokraten gutgeheißen wurde. Als die Arbeit der SPD jedoch von der SMAD mehr und mehr zugunsten der KPD behindert wurde und auch persönliche Schikanen gegenüber SPD-Funktionären hinzukamen, schwand mehr und mehr die Neigung, sich mit der KPD zu vereinen. Nun setzte die SMAD die SPD – die inzwischen größeren Zulauf hatte als die KPD – unter starken Druck. Die politische Arbeit wurde durch Redeverbote und andere Repressalien behindert, SPD-Funktionäre wurden verhaftet. So wurde schließlich die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) erzwungen (Vereinigungsparteitag 21./22. 4. 1946). Eine vorherige Urabstimmung der SPD-Mitglieder wurde unterbunden; sie konnte nur in den Westsektoren

Berlins durchgeführt werden, wo sich 82 Prozent der Abstimmenden gegen eine Vereinigung aussprachen. Die SPD brachte 680 000 Mitglieder in die neue Partei ein, die KPD 600 000. Die Partei wuchs rasch und zählte Mitte 1948 knappe 2 Millionen Mitglieder. Die Führung der SED, das Zentralsekretariat, war zunächst noch paritätisch mit ehemaligen KPD- und SPD-Funktionären besetzt. Zentraler Programmpunkt der neuen Partei: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus.“

Dazu gehörte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wie auch die „Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische.“ Zugleich machte das Programm der SED deutlich, daß man „zu revolutionären Mitteln greifen“ werde, „wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt“, das heißt, man faßte von vornherein ins Auge, gegebenenfalls Mehrheiten zu ignorieren und diktatorisch vorzugehen.

Wirtschaftliche Umgestaltung

Die wirtschaftliche Umwälzung in der SBZ begann im Herbst 1945 mit der Bodenreform, durch die alle Großgrundbesitzer mit Gütern über 100 Hektar sowie der Grundbesitz von „aktiven Nazis und Kriegsverbrechern“ und solchen, die dazu gestempelt wurden, entschädigungslos enteignet wurden. Auf dem freigewordenen Land von 2,1 Millionen Hektar wurden rund 200 000 Landarbeiter und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten als selbständige Bauern angesiedelt; ebenso erhielten 125 000 landarme Bauern zusätzliches Land zur Aufstockung.

Nach einem Volksentscheid im industriereichen Sachsen am 30. 6. 1946 über die Enteignung der Großbetriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“, dem 77,6 Prozent zustimmten, wurden bis August 1946 auch in den übrigen Ländern der SBZ die Betriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ enteignet. Der Besitz ging in „Volkseigentum“ über, dessen Anteil damit rund 40 Prozent der Bruttoproduktion betrug. Der private Sektor umfaßte nunmehr nur noch 40 Prozent der Bruttoproduktion, und zwar vorwiegend in Mittel- und Kleinbetrieben, 20 Prozent der Bruttoproduktion entfielen auf die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in die vorwiegend das Eigentum von Staat, NSDAP und Wehrmacht überführt worden war. Beide Maßnahmen beruhten auf einer Geschichtsinterpretation, wonach Nationalsozialismus und preußisch-deutscher Militarismus ihre Ursachen im Großgrundbesitz („Junkertum“) und in der Großindustrie („Monopolkapital“) hatten. Zugleich wurden damit aber Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung geschaffen. Sie beschränkte sich nicht nur auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich. Nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wurden davon erfaßt: Verwaltung, Bildungswesen und Justiz wurden so umorganisiert, daß sie mehr und mehr den Vorstellungen der SED entsprachen, und zwar in personeller wie in inhaltlicher Sicht.

Politische Umgestaltung

Im September 1946 fanden nacheinander in den fünf Ländern der SBZ Gemeindevahlen statt. Durch Manipulation, vor allem durch die Verweigerung der Registrierung von Ortsgruppen der CDU und LDPD und Ablehnung von Wahlvorschlägen konnte die SED 57,1 Prozent der Stimmen erhalten. Bei der Landtagswahl am 20. Oktober 1946 erreichte die SED trotz erheblicher Begünstigung durch die SMAD lediglich einen Stimmenanteil von 47,6 Prozent. Bei den Wahlen zum (Gesamt-) Berliner Stadtparlament am selben Tag erhielt die SED gar nur 19,8 Prozent. Dieses für die Sowjets und auch SED niederschmetternde Ergebnis, vor allem dann aber der Abfall Jugoslawiens von der Sowjetunion (1947/48) sowie die unvereinbaren Gegensätze zwischen den Siegermächten, die aus den unterschiedlichen Zielen resultierten, veränderten die Lage. Diese Gegensätze zwischen den Siegermächten führten zum Beginn des Kalten Krieges und bewirkten in der SBZ eine politische Umorientierung. Die SED wurde zu einer „Partei neuen Typus“ (= bolschewistischen Typs) umgestaltet (verbunden mit einer „Säuberung“, der vor allem ehemalige SPD-Mitglieder zum Opfer fielen). CDU und LDPD begann man „gleichzuschalten“: durch massive Eingriffe in ihre Führungsstruktur (Entlassungen, Verhaftungen, politischer Druck, der zur Flucht führte), durch Neugründung zweier „bürgerlicher“ Parteien, die ihnen einen Teil der Wähler entziehen sollten. Sowohl die Demokratische Bauernpartei Deutschlands

(DBD, am 29. 4. 1948 gegründet) als auch die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NDPD, am 25. 5. 1948 gegründet) sind faktisch Filialgründungen der SED (Vorsitzender der NDPD zum Beispiel wurde der Altkommunist und Moskau-Emigrant Lothar Bolz).

Wahlen in Berlin

20. Oktober 1946 (in Prozent)

	Gesamt-Berlin	West-sektoren	Ost-sektoren
SPD	48,7	51,8	43,6
CDU	22,2	23,6	18,7
SED	19,8	14,7	29,8
LPD	9,3	9,8	7,9

Landtagswahlen

20. Oktober 1946 (in Prozent)

	SED	CDU	LDP	VdgB*	Kulturbund
Mecklenburg	49,5	34,1	12,5	3,9	—
Thüringen	49,3	18,9	28,5	3,3	—
Sachsen	49,1	23,3	24,7	1,7	0,6
Brandenburg	43,9	30,6	20,6	4,9	—
Sachsen-Anhalt	45,8	29,9	21,8	2,5	—
Insgesamt	47,6	24,5	24,6	3,0	0,18

* VdgB = Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

2. Die Gründung der DDR und die „Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ (1949–1961)

Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet, vorgeblich als Reaktion auf die

am 23. Mai 1949 mit der Verkündung des Grundgesetzes erfolgte Gründung der Bundesrepublik Deutschland in den damaligen Westzonen, nachdem es den Kriegsaliierten nicht gelungen war, sich auf ein einheitliches deutschlandpolitisches Konzept zu einigen. Erst als die Gründung der Bundesrepublik Deutschland den Sowjets und der SED zeigte, daß auf absehbare Zeit eine Beherrschung ganz Deutschlands durch sie nicht mehr möglich sein würde, kam es zur Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Gründung der DDR wird als Voraussetzung für den „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ angesehen, der sich in dieser Periode vollzog. Als „eine Form der Diktatur des Proletariats“ wird die „Volksdemokratie“ eingeführt, die den Parteienpluralismus zwar formal bestehen läßt, die Parteien und Massenorganisationen jedoch in der Zwangsorganisation der „Nationalen Front“, geführt durch die marxistisch-leninistische Partei, zusammenfaßt. Ein Bündnis aller Klassen und Schichten soll unter Führung der SED den Aufbau des Sozialismus gemeinschaftlich verwirklichen. Entsprechend wird politische Konkurrenz bei Wahlen als schädlich angesehen; die Nationale Front stellt Einheitslisten zur Wahl der Volksvertretungen auf.

Die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“

Nachdem so die SED politisch die Macht vollständig übernommen hatte, ging die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ in dieser Periode weiter. Nach Übergabe aller SAG-Betriebe (bis auf Wismut) an die DDR wurden bereits 1955 mehr als 83 Prozent der industriellen Bruttoproduktion in „Volkseigenen Betrieben“ (VEB) erzeugt, der Großhandel ging nahezu ganz

Auf der Sitzung des „Deutschen Volksrates“ wurde am 7. Oktober 1949 die DDR proklamiert.



an den Staat über, im Einzelhandel sank der private Anteil auf ein Drittel (1/3 Genossenschaftshandel, 1/3 Staatshandel). Auch der Anteil der seit 1952 gebildeten „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) stieg auf 18 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (5 Prozent Staatsgüter).

Seit 1952 drängte die SED (zum Beispiel mit Hilfe der Steuerpolitik) darauf, daß sich die privaten Handwerker in „Produktionsgenossenschaften der Handwerker“ (PGH) zusammenschlossen. 1960, nach Abbruch dieser Kollektivierungskampagne, lag der PGH-Anteil am Umsatz der Handwerker bei 28 Prozent.

1956 wurde im industriellen Sektor und im Handel die staatliche Beteiligung bei Privatbetrieben eingeführt und so die Betriebsform „halbstaatliche Betriebe“ (offiziell: Betriebe mit staatlicher Beteiligung, BSB) geschaffen. Hiermit wollte man vor allem Einfluß auf Unternehmen gewinnen, die weitgehend vom Können ihres Besitzers abhängig waren. Die halbstaatlichen Betriebe im industriellen Sektor wurden 1972 durch Verstaatlichung abgeschafft.

Die sozialistische Planwirtschaft wurde mit der Aufstellung des Zweijahresplanes (1949/50) eingeführt; es folgte der 1. Fünfjahresplan (1951–55). Zu beachten bleibt, daß damit letztlich nur die Zentralverwaltungswirtschaft aus der Kriegs- und Nachkriegszeit Deutschlands fortgeführt wurde. Einen deutlichen Neubeginn setzte dagegen die Bundesrepublik Deutschland, die jede staatliche Zwangsbewirtschaftung aufhob und damit an die Vorkriegszeit anknüpfte.

Der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ rückte mit der Vollkollektivierung der Landwirtschaft heran, der Zusammenlegung der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe zu genossenschaftlich geführten Großbetrieben. Die kollektive Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft, seit 1952 in der DDR propagiert, fand nur wenig Anhänger unter der bäuerlichen Bevölkerung. Zunächst traten vor allem Neubauern (ehemalige Landarbeiter, ehemalige Nichtlandwirte und ähnliche), die nach der Bodenreform Hofstellen erhalten hatten und deren Betriebe verhältnismäßig klein und unwirtschaftlich waren, den LPGs bei. Auf dem V. Parteitag der SED (Juli 1958) wurde dann die Vollkollektivierung beschlossen, und eine beispiellose Kampagne (in deren Folge eine große Fluchtbewegung nach Westen) begann. Im Frühjahr 1960 waren nahezu alle privaten bäuerlichen Betriebe in der DDR in LPGs zusammengefaßt.

Der 17. Juni 1953

Die Zeit der „Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ ist zugleich auch die Zeit existenzbedrohender Krisen der DDR. Der ökonomische Umbruch – Arbeitgeber war jetzt faktisch der Staat – führte dazu, daß soziale Spannungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auch unmittelbar poli-

tische Gegensätze wurden. Die Politisierung wirtschaftlicher Entscheidungen in den Betrieben führte zu weiteren Spannungen mit der Arbeiterschaft. Hinzu kamen die schlechte soziale Lage (Löhne, Gehälter und Renten waren noch äußerst niedrig) sowie eine Versorgungskrise, die noch verschärft wurde, als im Mai 1953 einem ausgewählten Teil der Bevölkerung die Lebensmittelkarten entzogen wurden. Einher damit gingen Preiserhöhungen. Als schließlich auch noch die Erhöhung der Arbeitsnormen durchgedrückt wurde, kam es zu Arbeitsniederlegungen und vereinzelt sogar zu Streiks. Immer mehr Menschen entzogen sich durch Flucht, allein im März 1953 waren es knapp 59 000 – eine Zahl, die den absoluten Höhepunkt der Fluchtwelle markierte. Stalins Tod am 5. März 1953 führte zudem zu einer Verunsicherung des Funktionärskorps der SED.

Als schließlich die Normenerhöhungen von der SED als „richtig“ bezeichnet wurden, kam es zum Aufstand der Arbeiter, der am 17. Juni 1953 in Massendemonstrationen kulminierte, bei denen es nicht mehr nur um die Normenerhöhungen, sondern um das politische System ging und die Forderung nach freien Wahlen erhoben wurde. Nur durch sowjetische Panzer konnte der Arbeiteraufstand, der zahlreiche Städte und Orte erfaßt hatte, niedergeworfen werden.

Die Verdammung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 stürzte den gesamten Ostblock in eine tiefe Krise, doch die Niederschlagung des Ungarnaufstands durch sowjetisches Militär wirkte auf die

Bevölkerung der DDR abschreckend und schien daher das Regime zu stabilisieren.

Bau der Mauer am 13. August 1961

In der Folgezeit konnte die DDR ihre Schwierigkeiten aber nicht überwinden, so daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nicht abgebaut wurde. Das manifestierte sich in hohen Flüchtlingszahlen. Die SED verschärfte ihren Druck auf die Menschen, die Landwirtschaft litt unter der Kollektivierung. Hinzu kamen wachsende politische Differenzen zwischen der Sowjetunion und den USA. Gleichzeitig mehrten sich die Gerüchte in der Bevölkerung der DDR und Ost-Berlin, bald nicht mehr nach West-Berlin fahren zu können. Als die Flucht von immer mehr arbeitsfähigen Menschen nach West-Berlin das Arbeitskräftepotential der DDR zunehmend schmälerte, riegelte die DDR am 13. August 1961 durch den Mauerbau in Berlin den Westteil der Stadt nahezu total ab.

Von da an beginnt eine äußere Festigung des DDR-Regimes. Das wirkte sich zunächst wirtschaftlich aus: Waren doch bis dahin im Durchschnitt der Jahre (seit dem Aufstand von 1953) jeweils rund eine Viertelmillion Menschen aus der DDR geflohen, zumeist in arbeitsfähigem Alter. So sank etwa die Wohnbevölkerung der DDR von 1949 bis 1961 von 18,79 Millionen auf 17,079 Millionen. Aber auch eine politische Stabilisierung trat ein. Viele DDR-Bewohner fanden sich allmählich damit ab, auf Dauer unter den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR leben zu müssen.

Politikorgan des Landesverbandes der SED
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
Jahrgang 1961, Nr. 1



„Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht

bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt.

Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“

Ulbricht am 15. Juni 1961
auf einer internationalen Pressekonferenz in Ostberlin

3. Die „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (1961/62 bis heute)

Nach Abschluß der Überführung nahezu aller Produktionsmittel in Staats-(Volks-)eigentum (Industrie) bzw. in genossenschaftliches Eigentum (Landwirtschaft, Handwerk) und nach der politischen Stabilisierung der DDR beginnt eine neue Phase in der Entwicklung der DDR, die in den folgenden Kapiteln näher zu beschreiben sein wird. Da Staatsverfassungen keine Ewigkeitsbedeutung haben, sondern „Ergebnis und Ausdruck der Klassenkämpfe innerhalb der jeweiligen Gesellschaftsordnung“ sind (Wörterbuch zum Sozialistischen Staat) und damit auch Ausdruck der jeweiligen Gesellschaftsformation und der historischen Periode, war es nur folgerichtig, wenn sich die DDR nach dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ auch eine neue Verfassung gab, diesmal eine sozialistische (9. 4. 1968), die alle Anklänge an bürgerliche Verfassungen (die in der ersten von 1949 noch enthalten waren) beseitigt. In der Verfassung von 1968 erstrebten die DDR und ihre Bürger die „Überwindung der vom Imperialismus der Deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus“.

Die Ära Ulbricht

Die Zeit von 1945 bis zum VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 ist zugleich die Ära Ulbricht. Der am 30. 6. 1893 in Leipzig geborene gelernte Tischler Walter Ulbricht, der in der Weimarer Republik bereits hauptamtlicher Funktionär der KPD war, hat dem zweiten deutschen Staat sein Gepräge gegeben, als Chef der „Gruppe Ulbricht“, als Generalsekretär (bzw. 1. Sekretär, 1950–1971), als Staatsratsvorsitzender der DDR (seit Schaffung dieses Amtes 1960 bis zu seinem Tod am 1. 8. 1973). Seine Macht beruhte auf seinem Fleiß, seinem hohen taktischen Geschick, seinem ausgeprägten Sinn für Machtverhältnisse und deren Veränderungen. Sein kleinbürgerlich-enges, bürokratisches Denken und Gehabe war nicht untypisch für die Führungsschicht der deutschen Kommunisten, die die stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten. Dennoch war es gerade Ulbricht, der nach dem Mauerbau mit seiner Autorität die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft der DDR sowie eine gewisse Liberalisierung der Machtausübung durchsetzte. Der „technokratische Sozialismus“ (Rüdiger Thomas) der DDR-Gegenwart ist sein Werk.

„Auf dem Wege zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft“

Ulbrichts Rücktritt auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 erfolgte offiziell aus „Alters-

gründen“, tatsächlich aber mußte er wohl dem Druck der Sowjets weichen, die mit seiner Politik nicht mehr einverstanden waren. Einige Kursveränderungen waren in der Politik der DDR festzustellen, am auffallendsten in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion und zum Ostblock insgesamt. Die DDR begreift sich bewußt als Teil der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“, die sowjetische Entwicklung wird als Modell angesehen, das auch heute für die DDR verbindlich ist. Damit im Zusammenhang steht, daß durch eine Verfassungsrevision am 7. 10. 1974 alle Bezüge auf eine fortbestehende deutsche Nation, der sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik angehören, aus der Verfassung von 1968 gestrichen worden sind. Somit gibt es nur eine Loyalität innerhalb der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“, nicht aber mehr eine gesamtdeutsche, nationale Loyalität. Daß auch nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 eine neue Geschichtsperiode begonnen hatte, ist in der DDR von Anfang an herausgestellt worden. Zu Ulbrichts Zeiten begann damals die „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. Sein Nachfolger, Erich Honecker, läßt die so gekennzeichnete Periode mit seinem eigenen Amtsantritt als Parteichef im Mai 1971 beginnen. Die Zeit zwischen 1961 und 1971 wird jetzt „Auf dem Wege zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ genannt.

4. „Westliche“ Periodisierungen

Westliche Periodisierungsversuche der DDR-Geschichte lehnen sich durchweg eng an die offizielle Einteilung in der DDR an, auch wenn sie andere Bezeichnungen wählen. Die offizielle Periodisierung ist durch die Ereignisse weitgehend gerechtfertigt und von daher plausibel.

Mauer – Achse der DDR-Geschichte

Einen groberen Zeitschnitt von einiger Erklärungskraft nimmt demgegenüber Peter Christian Ludz vor. Er setzt beim Bau der Berliner Mauer 1961 an, der die DDR-Geschichte deutlich in zwei Teile trennt. Hier liegt gewissermaßen die „Achse“ der DDR-Geschichte. Mit dem Bau der Mauer endet – „greifbar“ – die „Machtsicherungsphase“ der DDR, die „Effektivierungsphase“ kann beginnen. Bis zu diesem Zeitraum war notgedrungen das beherrschende Ziel der SED-Führung, die politische Macht zu erringen und zu sichern. Selbst vor Massenterror scheute man nicht zurück. Nach dem Mauerbau, spätestens seit dem VI. Parteitag im Januar 1963, trat ein anderes Ziel in den Vordergrund: „die Errichtung eines funktions-tüchtigen Wirtschafts- und Gesellschafts-systems“ (Ludz). Möglich geworden war dieser Zielwechsel, weil inzwischen die Macht der SED als gesichert angesehen werden konnte. Mit dem Mauerbau war auch eine Entwicklung im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung abgeschlossen, die ihr

deutlich machte, daß Revoltieren oder ein Verlassen der DDR praktisch nicht mehr möglich waren und man sich den realen Machtverhältnissen unterordnen, in der DDR leben und sich dementsprechend arrangieren mußte.

„Effektivierungsphase“ nach 1961

Kennzeichen der „Effektivierungsphase“ (Ludz) nach 1961: An die Stelle einer Elite von altgedienten, fachlich nicht qualifizierten, im wesentlichen nur linientreuen (das war ihre Hauptqualifikation) Parteiapparatschiks trat eine neue hochqualifizierte Elite, die inzwischen herangewachsen war. Das brachte eine starke Differenzierung und Spezialisierung von Ausbildungsgängen und Laufbahnen mit sich. Die prinzipielle Austauschbarkeit des Führungspersonals aller Bereiche (heute Parteifunktionär, morgen Staatsbeamter, übermorgen Wirtschaftsführer) galt nicht mehr überall. Auch im Parteiapparat begann der Aufstieg der jungen Hoch- und Fachschulabsolventen. Tiefgreifende Reformen in der Leitungsstruktur der Wirtschaft wurden in Gang gesetzt (NÖSPL, „Neues ökonomisches System der Planung und Leitung“, 1963), wenngleich wegen befürchteter politischer Folgen nach einigen Jahren wieder abgebrochen.

Auch die Form der Herrschaftsausübung begann sich zeitweilig zu liberalisieren. Äußerlich sichtbar wurde das bereits in den Anweisungen zur Rechtspflege, die der Staatsrat nach dem Mauerbau bis 1963 erließ. Der staatliche Unterdrückungsapparat tritt nicht mehr so deutlich in Erscheinung; Terror existiert nur mehr als Möglichkeit, wird nicht mehr alltäglich direkt erfahren. Auch das Verhältnis der Partei zur Bevölkerung ändert sich. Ihre Mitarbeit bei der Erfüllung der von der Partei gesetzten Ziele wird mehr und mehr gesucht.

Die politische Programmumsetzung also erfolgt nach wie vor autoritär, durch eine kleine politische Gruppe. Doch bereits in der Entscheidungsvorbereitung ist sie auf den Sachverstand außenstehender Fachleute angewiesen, ist zur Konsultation gezwungen. In gleicher Weise trifft das auch auf die Ausführung zu, wo jedermann auf seinem Tätigkeitsgebiet als Fachmann zu gelten hat, ohne dessen Mittun die schönsten Pläne ins Leere laufen. So werden denn bereits 1968 als moralische Qualitäten vom DDR-Bürger erwartet: „schöpferische Tätigkeit, kritisches Denken, Risiko- und Entscheidungsbereitschaft“ (DDR-Autor Jürgen Schmollack). Doch wird dabei stets deutlich gemacht, daß sich solche Erwartungen vor allem auf den ökonomischen Bereich beziehen. Die Frage ist, ob sie sich langfristig darauf beschränken lassen.

III. DIE SOZIALSTRUKTUR

1. Soziale Schichtung

Als sozialistische Gesellschaft, die sich erst im Übergang zum Kommunismus befindet, kennt die DDR ihrem eigenen Selbstverständnis nach durchaus noch Klassen, doch mit wesentlichen Unterschieden zu „kapitalistischen Klassengesellschaften“: Die Arbeiterklasse hat die politische Macht übernommen, und zwar mit dem Ziel, die Aufspaltung der Gesellschaft in soziale Klassen überhaupt aufzuheben (in der kommunistischen Gesellschaft als Endstufe). Die Klassen stehen sich in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr feindlich („antagonistisch“) gegenüber, sondern sind miteinander im Hinblick auf das Endziel verbündet.

Klassen und Schichten

Dem kommunistischen Selbstverständnis nach wird die Struktur der Gesellschaft am Verhältnis zu den Produktionsmitteln festgemacht. Da es, von geringen Resten privaten Eigentums abgesehen, einmal Volkseigentum an Produktionsmitteln und zum anderen genossenschaftliches Eigentum (Bauern, Handwerker) gibt, sind die beiden Klassen der DDR-Gesellschaftsstruktur die Arbeiterklasse (bestehend aus Arbeitern und Angestellten) und die Klasse der Genossenschaftsbauern und -handwerker. Die Klassenstruktur deckt sich somit nahtlos mit der Beschäftigungsstruktur (vgl. Schaubild).

Da das Klassenkonzept für die Analyse der DDR-Gesellschaft untauglich geworden ist, wird es mit Hilfe der Schichtungskonzeptionen der „bürgerlichen“ Soziologie gleichsam unterlaufen. Wenn schon – so vereinfacht die Argumentation – 90 Prozent der Bevölkerung zur Arbeiterklasse gehören, müssen wir uns eben für die soziale Schichtung der Arbeiterklasse interessieren. Das „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie“ von 1983 definiert daher die „soziale Schicht“ als Gruppe von Menschen, die sich in einer durch Klassen geprägten Gesellschaft in Bezug auf sozial relevante Merkmale, wie Stellung und Funktion im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, Charakter der Arbeit, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie in ihren subjektiven Eigenheiten, Bildungsgrad, kulturell-geistiger Habitus, Traditionen, Lebensgewohnheiten und soziale Psyche unterscheiden. (Seite 557)

Die „Intelligenz“

Als wichtige soziale Schicht gilt in der DDR die Intelligenz, „die die auf höherer Qualifikation und Bildung (Hoch- oder Fachschulstudium) beruhende geistige Arbeit leistet“ (Wörterbuch der marxistisch-

leninistischen Soziologie, Seite 593). Angaben darüber, wie hoch der Anteil der Intelligenz ist, liegen nicht vor. Anhaltspunkte gewinnt man, wenn man sich die Zahl der Hoch- und Fachschulabsolventen vergewissern: 1982 waren es rund 1,5 Millionen unter den 8,8 Millionen Berufstätigen der DDR, also genau 17 Prozent. Allerdings sind nicht alle Hoch- und Fachschulabsolventen der DDR in einer ihrer Ausbildung entsprechenden beruflichen Position tätig.

Einkommenssituation

Statistische Daten liegen ferner vor über die Einkommenssituation der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte; auch die ermöglichen einen Hinweis auf die Schichtung der DDR-Gesellschaft. Danach verdienten 1980 im Monat

über 2000 Mark	8,7 %
2000 bis 2200 Mark	5,8 %
1600 bis 2000 Mark	24,2 %
1000 bis 1600 Mark	42,5 %
unter 1000 Mark	18,8 %

Untersuchungen des DDR-Soziologen Hans Rößler zufolge – der unterschiedliche Haushaltstypen nach ihrer Einkommenssituation miteinander verglichen hat – verfügen Haushalte mit den günstigsten Bedingungen (zwei verdienende Erwachsene mit Hochschulabschluß ohne Kinder) netto über dreizehnmal soviel Einkommen wie Haushalte mit den ungünstigsten Bedingungen (zwei Erwachsene, ein Verdienender, untere Einkommensgruppe, fünf Kinder).

Schichtmodell nach westlichen Merkmalen

Der westdeutsche Soziologe Dieter Voigt hat versucht, anhand des ihm zugängli-

chen Materials aus der Sozialforschung der DDR ein Schichtmodell nach westlichen Merkmalen zu skizzieren, wobei allerdings vorhandene Lücken durch eigene Schätzungen ausgefüllt werden mußten (Stand 1974):

Soziale Schicht	in %
Oberschicht	1,5–3
Obere Mittelschicht	8
Mittlere Mittelschicht	16
Untere Mittelschicht	20
Obere Unterschicht	35
Untere Unterschicht	18

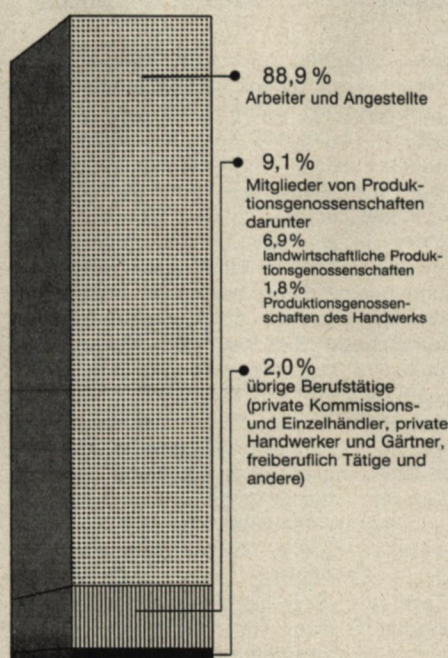
Nach: D. Voigt: Soziologie in der DDR. Köln 1975, Seite 169

Um die Spannweite der sozialen Schichtung der DDR einigermaßen beurteilen zu können, sei hier kurz vermerkt, welche Personengruppen Voigt aufgrund des DDR-Materials zur Unterschicht und welche er zur Oberschicht rechnet: Zur Unterschicht gehören Landarbeiter bzw. ein Teil der LPG-Bauern, niedrig entlohnte Arbeiter und Angestellte, aus politischen Gründen Benachteiligte, Rentner und Fürsorgebedürftige. Zur Oberschicht rechnet Voigt die höheren SED-Funktionäre, Leiter von Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen aller Art, die Führung von Armee, Polizei, Staatssicherheitsdienst, der Staatsorgane sowie der Massenorganisationen. Wobei das „mit Abstand wichtigste Kriterium der Oberschicht ... deren totale Macht über das Volk“ ist (Voigt).

Tabu ist in der DDR eine Analyse der Gesellschaftsstruktur unter dem Gesichtswinkel der Teilhabe an der politischen Macht. Nach Gerd Meyer sähe eine solche Schichtung folgendermaßen aus:

Politische Schichtung der DDR-Gesellschaft

1. *Der politische Führungskern*
(„Das Zentrum der politischen Macht“)
2. *Die politische Elite*
(„Teilhaber der politischen Macht“ – Vorbereitung und Durchführung der Entscheidungen des politischen Führungskerns; selbständige Entscheidung in Fragen von geringerer politischer Bedeutung)
3. *Leitende Kader*
(„Nomenklaturkader“ der verschiedenen Stufen; Vermittler und Verwalter der Herrschaft der politischen Elite „vor Ort“, mit begrenzter Eigenständigkeit)
4. *Verwaltungsangestellte und Spezialisten ohne Leitungsfunktionen*
(Sie führen weitgehend unselbständig, aber mit speziellen Qualifikationen die Weisungen der leitenden Kader in den Verwaltungsapparaten und Betrieben aus.)
5. *Die Verwalteten Bürger*
(Die große Mehrheit der Bevölkerung, differenziert nach beruflichen Positionen-)



Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1987, S. 111



Die politische Elite der DDR: Delegierte des X. Parteitages der SED 1981.

hierarchien und sozialen Großgruppen, zum Beispiel Intelligenz in verschiedenen Sektoren, Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Dienstleistungsberufe, zum Teil noch Private; als die politisch Beherrschten primär „Objekte“ politischer Mobilisierung „von oben“, mit eng begrenzten politischen Partizipations- und Einflußmöglichkeiten „an der Basis“.)

Gerd Meyer, Die politische Elite der DDR, in: H.-G. Wehling (Red.), DDR, Stuttgart 1983, Seite 96f.

Während die umfassende Berücksichtigung aller Merkmale der Sozialstruktur bei Voigt das Bild einer Zwiebel ergeben würde, erhalten wir hier unter ausschließlicher Berücksichtigung der Machtteilhabe das Bild einer Pyramide.

Die Arbeiterklasse

Die im SED-Programm dargestellte Gesellschaftsstruktur ist zahlenmäßig nur schwer darzustellen. Die Statistik der DDR weist zwar aus, wieviele Genossenschaftsbauern und wieviele Handwerker und Gewerbetreibende es gibt; Arbeiter und Angestellte aber faßt sie zusammen, wobei zu dieser Gruppe auch die wissenschaftliche, technische und künstlerische Intelligenz gezählt wird. Diese fehlende Abgrenzung in der Statistik der DDR hat durchaus ihren Grund. Die Soziologie der DDR ist sich nämlich durchaus nicht mehr darüber klar, wie man die Klassen- und Schichtenunterschiede definieren soll. Angestellte werden, soweit sie untere und mittlere Funktionen bekleiden, zur Arbeiterklasse gerechnet. Haben sie indes Leitungsfunktionen inne, die auf einem Hochschulstudium und z. T. auch auf einem Fachschulstudium beruhen, rechnet man sie zur Intelligenz. Dagegen wehren sich nun die Betroffenen, soweit sie aus Arbeiter- und Bauernkreisen stammen. Indem sie ihre frühere

2. Gegenwärtige Tendenzen in der DDR-Gesellschaft

Elitenwandel

In jedem politischen System gibt es eine Reihe von Führungspositionen, deren Inhaber erheblichen und dauerhaften Einfluß auf das gesamte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschehen ihres Landes haben. Ein von außen aufgezwungenes, sich zudem noch als ein revolutionäres verstehendes Regime muß von daher ein Interesse haben, alle jene Führungspositionen mit ihm ergebenden Leuten zu besetzen. So fand denn nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone ein umfassender Elitenaustausch statt: Nahezu die gesamte alte Elite wurde in der „antifa-

Klassenzugehörigkeit nicht mehr geltend machen können, ergeben sich für die Betroffenen Schwierigkeiten, etwa dann, wenn sie ihre Kinder auf eine Hochschule schicken wollen, oder wenn sie sich um politische Funktionen (Parlamentssitze) bewerben, bei denen es so etwas wie einen Klassenproporz gibt...

Die Statistiken der DDR erlauben es indes, gewisse Trends in der Klassen- und Schichtenentwicklung festzustellen:

Die Gruppe der Arbeiter und Angestellten, zu der auch ein großer Teil der Intelligenz gerechnet wird, zeigt in der DDR eine wachsende Tendenz. Waren 1955 78,4 Prozent aller Berufstätigen dieser Gruppe zuzurechnen, waren es 1978 immerhin 88,5 Prozent (1983: 89,4 %).

Honeckers Parteiprogramm, Reihe: Die DDR - Realitäten - Argumente, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1980, S. 46 f.

schistisch-demokratischen Periode“ aus ihren Schlüsselpositionen in allen Bereichen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft entfernt. Als Hebel dazu wurde unter anderem die Mitgliedschaft in der NSDAP benutzt. Wer nicht verhaftet wurde, wurde sozial degradiert oder flüchtete in die Westzonen.

An die Stelle der alten Elite trat eine Elite von Funktionären, deren Qualifikation im wesentlichen in der unbedingten politischen Zuverlässigkeit bestand. Sie rekrutierte sich zu einem guten Teil aus Altkommunisten, die die Stalinschen Säuberungen und die Hitlerschen Konzentrationslager überstanden hatten; dabei wurden die Emigranten, die aus der UdSSR zurückgekommen waren, als die Zuverlässigeren bevorzugt. Notdürftig geschulte Aufsteiger kamen hinzu.

Die Art der Elitenrekrutierung hatte zwei wichtige Folgen für das politische und geistige Klima der DDR:

- Diese Elite der Machtsicherungsphase war sich bewußt, daß ihre Hauptqualifikation in der politischen Zuverlässigkeit bestand. Daher mußte sie sich alle Mühe geben, sich des in sie von oben gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen. Nur mit ihr war so etwas wie Stalinismus in der DDR zu machen, denn über Selbstbewußtsein, Eigenständigkeit wie auch die schwerere Ersetzbarkeit als Folge von Fachkompetenz verfügte sie nicht. Diese Elite war beliebig austauschbar, jeder einzelne war sowohl absetzbar als auch – im Sinne des Funktionentausches – ersetzbar. Den Vertretern der Totalitarismus-Theorie gilt eine solche fachlich nicht spezialisierte, politisch bestimmte und austauschbare Elite als typisches Merkmal eines totalitären Systems.

- Den Stalinschen Säuberungen waren sehr viele selbständig denkende deutsche Kommunisten zum Opfer gefallen. Übrig geblieben war der engstirnige Funktionär, jener Typ von Apparatschik (= Bürokrat aus dem Parteiapparat), der bis zum heutigen Tage das sterile, enge und provinzielle geistige Klima in der DDR prägt.

Leistung und Mobilität

Seit Beginn der „Effektivierungsphase“ wurde diese Elite alter Apparatschiks zunehmend durch eine neue, junge und hochqualifizierte Elite ersetzt, die in der DDR inzwischen herangezogen worden war. Sie konnte selbst in den Parteiapparat einrücken. Dieser Wechsel vollzog sich nahezu reibungslos, da Ulbricht ihn mit seiner Autorität deckte und förderte. So ist die DDR zu einer Laufbahngesellschaft geworden, in der eine spezielle Fachausbildung und eine dementsprechende berufliche Laufbahn neben politischer Zuverlässigkeit zur Voraussetzung der Einnahme von Elitenpositionen geworden ist.

Diese neue Elite besitzt das Selbstbewußtsein der Fachkompetenz, doch zugleich steht sie dem politischen System

durchaus loyal gegenüber. Denn sie verdankt ihm sozialen Aufstieg wie auch schnelle Beförderung in Spitzenpositionen (schließlich sollte ja die Apparatschik-Elite möglichst frühzeitig voll ersetzt werden). Loyalität darf jedoch nicht mit unkritischer Identifikation verwechselt werden, denn gerade das kritische Potential ist durch Ausbildung und Karriere (man sieht die systembedingten Fehler besser) gestiegen.

Sozialer Aufstieg, Einrücken in Elitenpositionen aufgrund von Qualifikation und Leistung (das ideologische Glaubensbekenntnis wird mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit und damit zum nahezu nichtssagenden Ritual) – das alles läßt die DDR von heute als eine mobile Leistungsgesellschaft erscheinen. Dabei ist – insgesamt gesehen – der Leistungsdruck in der DDR teilweise schärfer als in der Bundesrepublik, wie ein Blick auf das Bildungssystem zeigt.

Die heutige Elite genoß Aufstiegschancen in nie gekanntem Ausmaß. Diese schnellen beruflichen Karrieren sind das Ergebnis von einmaligen Voraussetzungen. Ob die sozialen Aufstiegschancen (vom Arbeiter zum Arzt oder Fabrikdirektor) so groß wie bisher bleiben, scheint fraglich. Auch in der neuen DDR-Elite dürfte der Hang zur „Vererbung“ von Schichtzugehörigkeit vorhanden sein (zumal mit Elitenpositionen in der DDR wie in jeder Leistungsgesellschaft eine entsprechende „Belohnung“ wie Einkommen und Sozialprestige verbunden ist). Das scheint der Partei durchaus bewußt zu sein, wenn sie soziale Gesichtspunkte bei der Zulassung zur Erweiterten Oberschule, die zum Abitur führt, und zu den Hochschulen heranzieht. Zum Auswahlmerkmal der Leistung und des gesellschaftlichen Engagements tritt die soziale Herkunft.

IV. JUGEND UND FAMILIE

Der zentralen Bedeutung der Jugend war sich die DDR-Führung von vornherein bewußt. Man sieht in ihr die „Erbauer des Sozialismus“ und versucht, sie durch Maßnahmen politischer Sozialisation (in der Schule, im Betrieb wie auf dem Wege über die Freie Deutsche Jugend – FDJ – mit ihren Gliederungen) und durch besondere Leistungen (Chancengleichheit, Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch im sozialen und Freizeitbereich) zu gewinnen. Im Unterschied zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält die DDR-Verfassung in dem Artikel, der den Gleichheitsgrundsatz enthält (Art. 20), zudem einen eigenen Absatz über die Jugend:

Die Jugend wird in ihrer gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung besonders gefördert. (Art. 20 Abs. 3, S. 1).

Die FDJ

Die FDJ ist das wichtigste Instrument der SED zur ideologischen Beeinflussung und zur politischen Mobilisierung der Jugend. Sie hat die Aufgabe, „klassenbewußte Kämpfer für den gesellschaftlichen Fortschritt heranzubilden, und dafür zu wirken, daß alle Jugendlichen die Möglichkeit nutzen, Arbeit, Studium und Freizeit, ihr gesamtes Leben sinnvoll zu gestalten, daß sie zu aktiven Erbauern und standhaften Verteidigern des Sozialismus und Kommunismus werden“ (Programm der SED von 1976).

Fast alle Schüler der 1.–7. Klasse sind als „Jungpioniere“ (1.–3. Schuljahr, 1986: 671 329 Mitglieder) oder „Thälmann-Pioniere“ (4.–7. Schuljahr, 1986: 714 204 Mitglieder) in der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ erfaßt. Die 14–25jährigen sind in den mehr als 100 000 FDJ-Gruppen organisiert. Nach offiziellen Angaben hat die FDJ 2,3 Millionen Mitglieder (1987), also ca. 80 Prozent der entsprechenden Altersgruppe. Dabei ist der Organisationsgrad der einzelnen sozialen Gruppen recht unterschiedlich. Zwar ist die Mitgliedschaft formell freiwillig, aber unter den Schülern, den Direktstudenten und den Angehörigen der Nationalen Volksarmee (NVA) hat der Organisationsgrad der Jugendlichen annähernd 100 Prozent erreicht, bei den jungen Berufstätigen jedoch nur etwa 60 Prozent.

Mit anderen Worten: Je mehr man sich an beruflichem Aufstieg erwartet (Schule, Hochschule) oder je stärker der soziale Druck ist (NVA), desto eher ist man geneigt, in die FDJ einzutreten. Die FDJ-Mitgliedschaft wird dann zur Selbstverständlichkeit, zum Bestandteil der Schülerrolle etwa.

Zusammensetzung der FDJ nach sozialen Gruppen (1986)

	absolut	in % der Mitglieder
Schüler	670 000	29
Lehrlinge	390 000	17
Studenten	200 000	9
Bewaffnete Kräfte	150 000	6
Berufstätige	890 000	39
FDJler insges.	2 300 000	100
14- bis unter 25jährige insges.	2 757 000	
Organisationsgrad der Jugendbevölkerung		83

Arnold Freiburg, Immer bereit zum Lernen – Schule und Jugendverband in der DDR, in: Gisela Helwig (Hrsg.), Schule in der DDR, Edition Deutschland Archiv, Köln 1988.

Der politischen Führung sind diese Schwierigkeiten durchaus bekannt. Man hat immer wieder mit verstärkten Beitrittskampagnen reagiert (was nur optisch-zahlenmäßig etwas bringt), und man hat der Jugendforschung in der DDR kräftig auf die Beine geholfen.

Freizeit und Familie

Gegenüber jeder auch noch so versteckten Form von Bevormundung reagieren Jugendliche überall ausgesprochen empfindlich, so auch in der DDR. Von daher steckt die SED-Führung in einem Zwiespalt. Wenn sie versucht, im Rahmen der Freizeit in Jugendhäusern und Clubs die Jugendlichen politisch zu gängeln, bleiben sie weg und ziehen sich in private nicht-organisierte Gruppen zurück, die dem Zugriff der Partei nicht zugänglich sind. Wenn andererseits die SED-Führung in ihrer Freizeitpolitik jeglichen politischen Gängelungsversuch unterläßt, erreicht sie ihr Ziel politischer Beeinflussung nicht.

Die Eltern müssen sich entscheiden

Wenn sich die große Mehrheit der Eltern in der DDR dafür entscheidet, die Kinder mit dem Eintritt in die Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule auch in der Pionierorganisation als Mitglied anzumelden, ist dies sicherlich in einer Vielzahl von Fällen kein politisches Bekenntnis. Sieht man einmal von politischen Motiven, dies zu tun, ab, bleiben folgende Hauptgründe:

- Die meisten Mütter in der DDR arbeiten wie die Väter auch. Das bedingt die Gefahr, daß das Kind – sofern keine „sozialistische Babuschka“ vorhanden ist – unbeaufsichtigt bleibt und zum Schlüsselkind wird. Der Pionierverband bietet in Schulklassen und anderen verbandseigenen Einrichtungen die Betreuung der Kinder in der schulfreien Zeit bis zum Abend.
- Kinder, die außerhalb der Pionierorganisation stehen, geraten in der DDR leicht in eine Außenseiterposition. Da die Pioniere gemeinsam Hausaufgaben erledigen, gegenseitige Lernhilfe leisten, Spiel und Kindersport organisieren, musische Interessengemeinschaften bilden, Ferienmaßnahmen

(Pionierlager) durchführen, die auch direkte Rückwirkungen auf die Integration in der Schule und die Entwicklung der schulischen Leistungen haben, sind Kinder, die außerhalb der Pionierorganisation bleiben, benachteiligt. Sie haben es nicht nur schwerer, den Anschluß an die Klasse zu wahren, sondern müssen auch noch allein zu erheblich höheren Leistungen kommen, wollen sie die Chance wahren, in die Erweiterte Oberschule aufgenommen zu werden.

- Eltern werden in der DDR bei der politischen Beurteilung in ihren Kaderakten (Personalakten) auch danach bewertet, ob ihre Kinder in der Pionierorganisation sind. Ist dies nicht der Fall, haben sie es erheblich schwerer, befördert zu werden oder Vertrauensstellungen zu bekommen.

Freie Deutsche Jugend und Pionierorganisation Ernst Thälmann in der DDR, Reihe: Die DDR – Realitäten – Argumente, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. Auflage, Bonn 1984, S. 14 f.



Organisierte Freizeit: Das „Freizeitzentrum der Jugend und des Sports“ in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) mit vier Kegelbahnen, sieben Billards, 20 Tischtennisplatten und einem Großschach.

Freizeit vollzieht sich in der DDR für die Jugendlichen (und nicht nur für sie) vorzugsweise in nichtorganisierten Gruppen und in der Familie. Man kann geradezu von einem Bedeutungszuwachs der Familie in der DDR und von einer ausgesprochen „privatistischen“ Tendenz sprechen. Auch das niedrigere Heiratsalter bei Ledigen (Männer: 23,5 und Frauen: 21,4 Jahre; in der Bundesrepublik dagegen Männer: 26,3 und Frauen: 23,5 Jahre, jeweils 1981) ist ein Ausdruck des Rückzugs in Intimität und Privatheit gegenüber ständigen und allumfassenden politischen Mobilisierungs- und Gängelungsversuchen. Hier aber, in der Familie, werden Werte weiter-

gegeben, Einstellungen und Verhaltensweisen erzeugt, die nur zu oft in Konkurrenz mit den offiziellen Werten stehen, die die Partei verkündet.

Die Familie hat eine entscheidende Bedeutung für die Jugendlichen. Nach den Ergebnissen jugendsoziologischer Untersuchungen hat der größte Teil enge gefühlsmäßige Bindungen und ein ausgeprägtes Vertrauensverhältnis zu den Eltern. Einen Generationenkonflikt, der auf grundlegenden Wertunterschieden zwischen Eltern und Kindern beruht, scheint es nur selten zu geben. Das mag daran liegen, daß die Familie und die in ihr vermittelten Werte meist als „Gegenwelt“

Berliner Alexanderplatz. Viele Jugendliche sind an organisierter Freizeit nicht interessiert.



zum öffentlich-kontrollierten Bereich und zur offiziellen Ideologie erlebt werden.

Der Großteil der Jugendlichen lebt ein Doppelleben, ein gespaltenes Dasein: als angepaßte „Mitmacher“ spulen sie in der Schule ein angelerntes politisches Wissen ab, legen bei Feiern (Jugendweihe) und Festen ritualisierte Bekenntnisse zum Sozialismus ab und suchen dabei in der privaten Nische, in Familie und Freundesgruppen, die eigentliche Sinngebung ihres Lebens.

Die Stellung der Frau

Spätestens seit der berühmten Schrift von Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ (1884) gehört die Emanzipation der Frau zu den zentralen Programmpunkten sozialistischer Bewegungen. Die „Förderung der Frau“ wird denn auch als wichtige Aufgabe von Partei und Staat betrachtet:

Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.

(Art. 20 Abs. 2, S. 2 Verfassung der DDR)

Mit dieser Aufgabenformulierung geht die DDR-Verfassung über das Gleichberechtigungsgebot, das auch das Grundgesetz (Art. 3 Abs. 2 und 3) kennt, hinaus. Wenn wir einen Blick auf die gesellschaftliche Realität in der DDR werfen, muß beachtet werden, daß in der DDR selbst diese Aufgabe als noch nicht erfüllt angesehen werden kann.

1986 betrug der Anteil der Frauen an den Berufstätigen 49,1 Prozent.

Wirtschaftsbereich	Frauenanteil 1986 in %
Industrie	41,4
Handwerk (ohne Bau)	36,8
Bauwirtschaft	16,7
Landwirtschaft	38,5
Verkehr, Post, Fernmeldewesen	35,5
Handel	72,4
Dienstleistungen	
(„nichtproduzierende Bereiche“)	73,0

Der hohe Frauenanteil in der DDR-Wirtschaft ist nicht bloß Ausfluß einer emanzipatorischen Politik. Der Mangel an Arbeitskräften in der DDR, nicht zuletzt verursacht durch die Massenflucht bis 1961, nötigte die DDR-Führung, das Arbeitskräftepotential voll auszuschöpfen.

Unter den Studierenden an Hochschulen in der DDR lag 1986 der Anteil der Frauen bei 50,3 Prozent, gegenüber 37,8 Prozent in der Bundesrepublik.

In den beruflichen Führungspositionen sind die Frauen in der DDR immer noch erheblich unterrepräsentiert. Schätzungen zufolge sind nur zirka fünf Prozent aller ökonomischen oder kaufmännischen und ca. ein Prozent der technischen Direktoren in der Wirtschaft Frauen. Jedoch wird et-

wa jede vierte Schule in der DDR von einer Frau geleitet; und ein Drittel der Richter sind Frauen.

Als Faustregel läßt sich festhalten: Je wichtiger eine politische Position, desto unwahrscheinlicher ist es, dort eine Frau anzutreffen. So sind zwar 32,2 Prozent der Mitglieder der Volkskammer heute Frauen (im Bundestag 15,4 Prozent). Unter den 45 Mitgliedern des DDR-Ministerrates befindet sich jedoch nur eine Frau, Margot Honecker-Feist, Minister für Volksbildung und Frau des SED-Generalsekretärs. Unter den 27 Mitgliedern des Staatsrates sind fünf Frauen, davon aber keine unter den wichtigen acht Stellvertretenden Vorsitzenden. Von den 165 Mitgliedern des Zentralkomitees der SED sind 16 Frauen (= 9,6 Prozent), von den 57 Kandidaten zehn (= 17,5 Prozent). Unter den 41 Abteilungsleitern des ZK befinden sich drei Frauen (7,3 Prozent). Im Sekretariat des ZK sitzt eine Frau unter 10 Männern, keiner der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen ist eine Frau. Im innersten Machtzirkel der DDR, dem Politbüro, ist keine Frau unter den 22 Vollmitgliedern zu finden, unter den fünf Kandidaten sind immerhin zwei Frauen, von denen sich die eine allerdings schon seit 1973, die andere gar seit 1963 in diesem „Wartestand“ der Kandidatin befindet.

Ein entscheidender Beitrag zur Emanzipation der Frau in der DDR muß von den Männern ausgehen: Indem sie bereit wären, ihren – gesetzlich vorgeschriebenen – Anteil bei der Erziehung und Pflege der Kinder und bei der Hausarbeit zu leisten. Denn trotz beruflicher und gesellschaftlicher Tätigkeit sind die Frauen überwiegend allein der Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt ausgesetzt.

V. PARTEIEN UND MASSENORGANISATIONEN

1. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

Wenn in oder im Zusammenhang mit der DDR von „Partei“ gesprochen wird, meint man die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die SED. Damit ist ihre beherrschende, monopolartige Funktion im Vergleich zu den übrigen Parteien und Massenorganisationen charakterisiert, die ihr in der Verfassungswirklichkeit, aber auch dem Wortlaut der Verfassung nach im politischen System der DDR zukommt:

Sie [die DDR] ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

(Art. 1 Abs. 1, Satz 2 der DDR-Verfassung.)

Somit ist die führende Rolle der SED als marxistisch-leninistische Partei der DDR verfassungsmäßig fixiert. Dahinter steht die Vorstellung von der Interessenidentität Volk – Arbeiterklasse – kommunistische Partei – Parteiführung. Lenin hielt die Arbeiterklasse als ganzes für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft weder in der Lage noch bewußtseinsmäßig bereit. Dafür bedürfte es der Anleitung durch die revolutionäre Elite einer Partei als dem „bewußtesten Teil der Arbeiterklasse“. Sie

sollte die zentrale Antriebskraft, den Motor für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft abgeben, mit den von ihr gelenkten Massenorganisationen wie den Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“. Alle konkurrierenden, dieser Zielsetzung sich entgegenstellenden Kräfte mußten ausgeschaltet werden; die Partei beanspruchte das Willensbildungs- und Machtmonopol.

Heute versteht sich die SED nicht mehr nur als „organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse“, sondern „des werktätigen Volkes der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik“ schlechthin (so wörtlich sowohl im Programm als auch im Statut der SED vom 22. 5. 1976):

Als freiwilliger Kampfband Gleichgesinnter vereinigt sie in ihren Reihen die fortschrittlichsten Angehörigen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen.

(Statut, Präambel, Satz 2)

Als Arbeiterpartei entstanden und im Grunde sich immer noch so verstehend, trägt die SED in dieser Formulierung ihrer programmatischen Vorstellung von der allmählichen Verschmelzung der Klassen und Schichten, aber auch den sozialstrukturellen Wandlungen in der DDR Rechnung.

Mitgliederstruktur

Gegenwärtig (1986) hat die SED eigenen Angaben zufolge 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Die Sozialstruktur der Mitgliedschaft sah danach 1982 folgendermaßen aus:

- 56,9 % Arbeiter
- 4,7 % Genossenschaftsbauern
- 21,7 % Angehörige der Intelligenz
- 17,0 % Angestellte.

Gleichberechtigung und Ehe

Schon die Präambel des DDR-Familiengesetzbuches betont die völlige Gleichberechtigung der Frau in Ehe und Familie. Sie sei „Aufgabe und Voraussetzung der Gemeinschaft, denn nur auf ihrer Grundlage ist die Entfaltung der Persönlichkeit beider Ehegatten und die Entwicklung der Ehe möglich“.

Allerdings besteht in der DDR zur Zeit noch ein gewisser Widerspruch zwischen der Stabilität der Ehen und der Gleichberechtigung. Da viele Männer sich aus überlieferten Verhaltensweisen, die noch immer ihr Bewußtsein prägen, gegen die Verwirklichung der Gleichberechtigung sträuben und „Erscheinungen des Egoismus, der Haltlosigkeit und Verantwortungslosigkeit“ zeigen, kommt es häufig zu Konflikten, die sich dadurch verschärfen, daß viele Frauen auf Grund der veränderten Rechtslage und der sich verändernden Grundauffassungen ein neues Selbstbewußtsein entwickeln. Die Folge ist, daß sie das als „Paschatum“ bezeichnete Verhalten der Männer nicht hinnehmen und die Scheidung betreiben, die ihnen unter solchen Umständen nicht verwehrt werden kann.

In dem Maße, in dem die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frauen in der DDR wuchs und

sich damit auch ihr Selbstbewußtsein verstärkte, erhöhten sich auch die Scheidungszahlen, die – um ein Scherzwort aus der DDR aufzugreifen – die Antwort auf die „drei F“ der Männer (Filzpantoffeln, Fernsehen und Flaschenbier = Beiträge der Männer im gemeinsamen Haushalt) durch die Frauen sind.

Scheidungsquoten in der DDR

Jahr	Eheschließungen	Ehescheidungen	Scheidungsquote %
1950	214 744	49 860	23,2
1960	167 583	24 540	14,6
1970	130 723	27 407	20,9
1981	128 174	48 567	37,9
1986	137 208	52 439	38,6

Seit der Einführung des Familiengesetzbuches hat es also in der DDR keine Stabilisierung der Ehen und Familien gegeben, das Gegenteil trat ein. Parallel dazu verliefen die ständige Erhöhung des Anteils arbeitender Frauen in der Produktion, des Anteils von Frauen in besser bezahlten, gehobenen Funktionen in Wirtschaft und Verwaltung, und schließlich der Mädchen und Frauen mit gehobener Ausbil-

dung und Qualifikation. Auf die neuen Verhältnisse in der DDR haben die Frauen offenbar schneller reagiert und ihre Verhaltensweisen eingestellt, als dies bei vielen Männern der Fall war.

Um die Ehen zu stabilisieren, findet in der DDR eine verstärkte ideologische Beeinflussung statt, um vor allem Männer zur Änderung ihrer Verhaltensweise zu bewegen. Um die Scheidungsquoten zu senken, haben die Familienrichter in der DDR die Möglichkeit erhalten, Scheidungsprozesse nach dem ersten Termin um ein Jahr auszusetzen, wenn sie der Meinung sind, daß durch entsprechende Ermahnungen und „gesellschaftliche Hilfen“ – gemeint sind hier die staatlichen Eheberatungsstellen und die Kollektive am Arbeitsplatz (bei jungen Leuten bis zu 25 Jahren die FDJ-Gruppe, sonst die Gewerkschaftsgruppe oder die Grundorganisation der SED) – das Verhalten der Ehepartner so geändert wird, daß sich eine Fortführung der Ehegemeinschaft ermöglichen läßt.

Die Familiengesetzgebung der DDR, Reihe: Die DDR - Realitäten - Argumente, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1980, S. 20 f.

Der Prozentsatz der „Produktionsarbeiter“ unter den SED-Mitgliedern wird gegenwärtig mit 37,9 Prozent angegeben. 35,5 Prozent der SED-Mitglieder sind Frauen (gegenüber einem Frauenanteil von 52,9 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Überdurchschnittlich hoch ist der Ausbildungsstand der SED-Mitglieder: 30,6 Prozent der Mitglieder haben nach offiziellen Angaben einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Die fachliche Qualifikation der SED-Funktionäre ist ständig gestiegen. Mehr als die Hälfte der Mitglieder der Kreisleitungen, drei Viertel der Mitglieder der Bezirksleitungen, alle hauptamtlichen Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen und nahezu alle Parteisekretäre in Großbetrieben und Kombinatn weisen einen Hoch- oder Fachschulabschluß auf (wobei die Abschlüsse an den Parteihochschulen mitgerechnet sind).

Der hohe Ausbildungsgrad der SED-Kader ist eine Konsequenz aus der Einsicht, daß die Partei eine so komplexe Gesellschaft wie die DDR nur dann erfolgreich steuern kann, wenn ihre Funktionäre über ein hohes Maß an fachlicher Qualifikation verfügen.

Organisationsprinzipien

Seit 1948 ist die SED eine „Partei neuen Typus“, das heißt bolschewistischen Typs, die sich eng an die von Lenin entwickelten organisatorischen Prinzipien anlehnt.

Lenin verstand die bolschewistische Partei als eine Geheimorganisation, bestehend aus einem straff organisierten Generalstab von konspirativ arbeitenden Berufsrevolutionären (Kader), denen die Mobilisierung, Organisation und Lenkung der Massen obliegt. Verstanden werden muß diese Organisationsform aus den historischen Gegebenheiten Rußlands in der Zeit der Zarenherrschaft. Die bolschewistische Partei agierte als eine Partei der politischen und sozialen Umwälzung in einem autoritären Staat, verfolgt durch eine schlagkräftige Geheimpolizei. Die Partei mußte von daher militärisch-straff organisiert sein; Fraktionsbildung und Diskussionen, wenn Beschlüsse gefaßt waren, konnte sie sich nicht erlauben. Die Partei mußte sich auf eine kleine Schar fähiger und zuverlässiger Kader beschränken, die ihre ganze Zeit und Kraft der Sache widmen konnten. Jeder durfte nicht alles wissen, vielmehr wurde das „Eingeweiht-Sein“ hierarchisch gestaffelt, damit nicht bei jeder Verhaftung durch Plaudern gleich der ganze Apparat aufflog.

Die wichtigsten noch heute gültigen Organisationsprinzipien sind: Kaderpartei anstatt Massenpartei; straffer hierarchischer Aufbau; Verbot der Fraktionsbildung; demokratischer Zentralismus (Wahlen von unten nach oben, unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse von oben nach unten, jedoch auch Rechenschaftspflicht von oben gegenüber unten; in der Praxis werden auch die zu wählenden Funktionsträger von oben nach unten verbindlich „vorgeschlagen“); Dabei gibt es keine Gegen-

kandidaten und somit auch keine Kampf-abstimmungen. Abgestufte Formen des Mitgliedsstatus: Kandidat und Vollmitglied der Partei, Kandidat und Vollmitglied des ZK, Kandidat und Vollmitglied des Politbüros. Dabei stellt der Kandidatenstatus die Bewährungszeit dar; die Kandidaten haben die gleichen Pflichten, aber nicht die gleichen Rechte wie die Vollmitglieder. Wer in die SED eintreten will, benötigt zudem Bürgschaften von zwei Parteimitgliedern, die mindestens zwei Jahre Mitglied der Partei sind und den Aufzunehmenden ein Jahr aus seiner beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit kennen. Die Kandidatenzeit beträgt bei der Aufnahme in die Partei „einheitlich ein Jahr“, nachdem früher nach sozialer Herkunft (Arbeiter oder nicht) unterschieden wurde.

Viele Charakteristika eines Geheimbundes, die auf die Zeit der Illegalität der Kommunistischen Partei Rußlands vor 1917 zurückgehen, haben sowohl die KPdSU als auch die SED bis auf den heutigen Tag beibehalten. Gerechtfertigt wurde das in der Sowjetunion zunächst mit dem Bürgerkrieg und mit der nachzuholenden Industrialisierung des Landes, dann – wie auch in der DDR – mit der Allgegenwart von Konterrevolutionären und der Einkreisung durch ein feindliches, kapitalistisches Ausland. Nicht übersehen werden kann aber, daß unter den Bedingungen des Machtbesitzes in einem Lande sich diese Organisationsprinzipien hervorragend für die Errichtung und Beibehaltung der Despotie eines Mannes (Stalin) oder der Diktatur einer Clique („Diktatur des Politbüros“, so Bahro) mißbrauchen ließen. Der Führungsauftrag der Parteiführung wird heute damit begründet, daß die Aufgaben der Leitung und Planung immer weitreichender und komplizierter werden, die Führungsorgane die nichtantagonisti-

schen Widersprüche der Gesellschaft rechtzeitig erkennen und die geeigneten Lösungen finden müssen.

Die SED – da entstanden aus einer Zwangsfusion von SPD und KPD (siehe Seite 4) – hat jedoch bis zum heutigen Tage Eigenschaften einer Massenpartei behalten; rund 12 Prozent aller DDR-Bewohner sind Mitglied der Partei (von denen, die altersmäßig in der SED sein können, ist jeder sechste Mitglied), wohingegen in der Sowjetunion lediglich sechs Prozent der Bevölkerung Mitglied der Kommunistischen Partei sind. Da man sich in der SED-Führung bewußt ist, daß in Krisenzeiten (wie 1953, 1956 und 1961) nur ein Teil der Parteimitglieder wirklich zuverlässig ist, hat man innerhalb der SED Parteiaktiv geschaffen, die so etwas wie eine Partei innerhalb der Partei darstellen: In ihnen sind rund 10 Prozent besonders verlässliche Parteimitglieder zusammengefaßt; sie treffen sich auf allen Ebenen der Partei regelmäßig.

Aufbau

Organisatorisch ist die SED entsprechend der staatlichen Gliederung aufgebaut. Auf die Grundorganisationen folgen die Kreis- und Bezirksorganisationen. Kreisorganisationen gibt es jedoch nicht nur für Städte und Landkreise (regionale Kreisparteiorganisationen), sondern auch für Großbetriebe, Universitäten und Akademien, bei Massenorganisationen, bei einigen zentralen Organen des Staatsapparates, bei der Nationalen Volksarmee (funktionale Kreisparteiorganisationen).

„Höchstes Organ“ der Partei ist laut Statut (Ziffer 34) der Parteitag. Er tritt „in der Regel einmal in fünf Jahren“ zusammen und

Isoliert vom eigenen Volk

Man muß schon auf die Mandarine des chinesischen Imperiums zurückgreifen, um Herrscher zu finden, die derart isoliert vom eigenen Volk leben wie heute das Politbüro der DDR.

Trotz aller Privilegien, Sicherheitsmaßnahmen und Geheimniskrämereien, von welchen Politiker westlicher Demokratien heutzutage eingehüllt sind, ist diese Isolation im Westen kaum denkbar. Vor zehn Jahren fuhr der damalige Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel täglich mit der Straßenbahn zu seinem Dienstantritt ins Rathaus. Willy Brandt oder Helmut Schmidt kann man morgens durchaus in irgendeinem Restaurant antreffen. Für einen britischen Premierminister ist die Rückkehr zur Normalität fast brutal: Gestern noch Herrscher des Landes, heute einfach nur Mister Heath oder Mister Wilson, der für seine Einkäufe im Supermarkt wie jeder andere Schlange steht. Man vergleiche das mit der Situation Erich Honeckers. Er lebt ohne Unterbrechung seit 35 Jahren das Leben eines Spitzenfunktionärs: ein Leben im goldenen Käfig. Und die zehn Jahre davor saß er hinter den weit weniger goldenen Gittern von Hitlers Gefängnissen. Mit ande-

ren Worten: Er hat seit seiner Kindheit keine „normale“ Existenz gekannt.

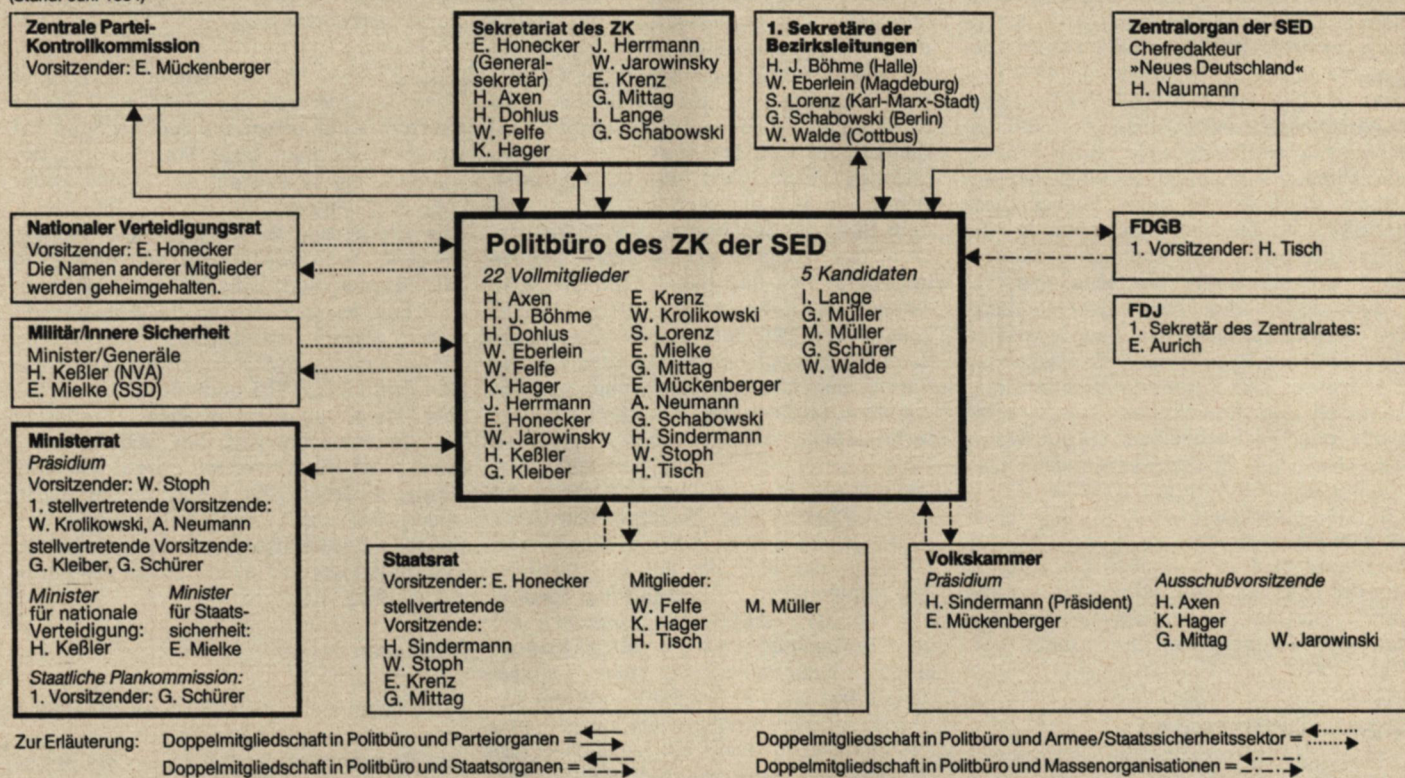
Heute lebt er, wie auch der Rest des Politbüros, in einer streng bewachten Enklave in den Wäldern von Wandlitz, günstig gelegen an der Autobahn nördlich von Berlin. Die „Waldsiedlung“, die wie ein exklusiver Golfclub aussieht, ist von einer hohen, beleuchteten Mauer umgeben. Besucher werden von den Wächtern am Eingang verschuecht. Gefragt, was sie denn eigentlich bewachen, antworten sie „ein Militärobjekt“. Über den Luxus, der innerhalb der Mauern herrschen soll, kursieren die wildesten Gerüchte. Sicher ist, daß die Politiker weit auseinanderliegende Villen bewohnen, ihre eigenen Spezialgeschäfte haben, ihr eigenes Personal, das zu striktester Geheimhaltung verpflichtet wurde, und ihre eigenen Freizeiteinrichtungen...

Ihre außergewöhnliche Isolation verstärkt jedoch zwei falsche Eindrücke: den des gewöhnlichen Bürgers über das Leben seiner Führerschaft und den der Führungselite über das Leben der Bürger.

Timothy Garton Ash: Und willst Du nicht mein Bruder sein..., Spiegel-TB Nr. 15, Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 169 f.

Personelle Verflechtungen des Politbüros des ZK der SED mit Organen in Partei, Staat und Gesellschaft

(Stand: Juni 1984)



ist eine Massenveranstaltung. Der Parteitag wählt das Zentralkomitee (ZK), dessen generelle Aufgaben das Parteistatut (Ziffer 39) so beschreibt:

Das Zentralkomitee führt die Beschlüsse des Parteitages aus, ist zwischen den Parteitagen das höchste Organ der Partei und leitet ihre gesamte Tätigkeit.

Das Zentralkomitee und das Politbüro

Das ZK tagt „mindestens einmal in sechs Monaten“, gegenwärtig gehören ihm 165 Vollmitglieder und 57 Kandidaten an, darunter auch alle führenden Funktionäre der Partei.

Die beiden wichtigsten Gremien der SED sind: das Sekretariat des ZK und das Politbüro. Beides sind kleine Gremien hauptamtlicher Funktionäre mit großem politischen Gewicht, und beide verfügen über einen – gemeinsamen – Apparat von rund 1500 hauptamtlichen Mitarbeitern in 41 Abteilungen, sie tagen unter Vorsitz des Generalsekretärs einmal wöchentlich.

Die Aufgabenbeschreibung und Arbeitsteilung zwischen Sekretariat des ZK und Politbüro, wie wir sie in Ziffer 42 des Parteistatus vorfinden, entspricht auch der Realität: Das Sekretariat führt aus, erledigt Routinegeschäfte, ist die Parteiexecutive. Der Personalplanung („Auswahl der Kader“) kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Das Politbüro ist demgegenüber das politische Richtlinienorgan von Partei und Staat: Es trifft alle grundsätzlichen politischen und organisatorischen sowie die wesentlichen personellen Entscheidungen für alle Lebensbereiche.

Gegenwärtig gehören dem Politbüro 22 Vollmitglieder und 5 Kandidaten an. Kennzeichnend für das Politbüro ist seine personelle Verschränkung mit den Führungsorganen von Staat und Gesellschaft (vergleiche Übersicht). So gehören Staatsratsvorsitzender (Honecker), Ministerpräsident (Willi Stoph), Verteidigungsminister (Heinz Keßler), Staatssicherheitsminister (Erich Mielke), Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (Gerhard Schürer als Kandidat) dem Politbüro an; ebenso alle elf Mitglieder des Sekretariats des ZK, fünf der fünfzehn 1. Sekretäre der SED Bezirksleitungen (Hans Joachim Böhme, Werner Eberlein, Siegfried Lorenz, Günter Schabowski und Werner Walde) sowie der 1. Sekretär des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Harry Tisch.

Die Sitzungen des Politbüros werden vorbereitet und geleitet vom Generalsekretär der SED, Erich Honecker. Nach allem, was uns bekannt ist, waren auch in der Ära Ulbricht die Diskussionen im Politbüro frei und kontrovers, die Abstimmungen fielen nicht einstimmig aus. Im wesentlichen „herrschte“ Ulbricht durch seinen Fleiß: Er hatte immer alle Vorlagen gründlich studiert; durch die Sitzungsvorbereitung (Verteilung der Materialien!) hatte er allerdings

einen zeitlichen Vorsprung, den er gelegentlich auch zu seinen Gunsten vergrößerte.

Statische Führungsschicht

Da sich die Führungsgruppe der SED nicht freien Wahlen zu stellen braucht, überrascht ihre geringe Mobilität nicht: Die engste Führungsschicht der DDR ist ausgesprochen statisch, der Hauptabberufungsgrund ist der Tod. Entsprechend hoch ist das Durchschnittsalter des Politbüros: 64,3 Jahre (1987). Unterscheidet man zwischen Vollmitgliedern und Kandidaten (in denen man mit einigem Recht den „Nachwuchs“ sehen kann), dann liegt bei den Vollmitgliedern das Durchschnittsalter bei 65,2 und bei den Kandidaten bei 60,4 Jahren. Auch bei den hauptamtlichen Sekretären des ZK liegt das Durchschnittsalter bei 62,7. Dabei liegen zehn der 22 Vollmitglieder des Politbüros über diesem Durchschnitt, acht allein sind über 70, darunter auch Erich Honecker mit 75 Jahren. Der jüngste unter ihnen ist mit 51 Jahren Egon Krenz.

Das Politbüro ist also das Zentrum der Macht in der DDR, nicht nur in der Partei, sondern innerhalb des politischen Systems überhaupt. Die Macht des Politbüros ist insofern einzigartig, als seine Machtansprüche nicht allein die Politik im engeren Sinne betreffen, sondern die Wirtschaft, die Ideologie, das gesamte gesellschaftliche Leben. Das Politbüro ist somit

die oberste politische, ökonomische, gesellschaftliche Leitungsinstanz der DDR.

Wenn auch die Mitglieder des Politbüros der SED den eigentlichen Führungskern der DDR darstellen, gibt es darüber hinaus naturgemäß eine Fülle von Teilhabern an der politischen Macht, die man zusammen mit dem eigentlichen Führungskern als die politische Elite der DDR bezeichnen kann. Dazu gehören die Inhaber von Führungspositionen im Bereich der Partei, des Staates, der Massenorganisationen und auch der „Blockparteien“, die Fragen von geringer politischer Bedeutung selbstständig entscheiden können und die die Entscheidungen des eigentlichen Führungskerns vorbereiten und eigenverantwortlich ausführen. Gerd Meyer rechnete hierzu insgesamt rund 460 Führungspositionen in der DDR, die – wegen der vielfältigen institutionellen Verflechtungen und der damit verbundenen Personalunionen – gegenwärtig von etwa 330 Personen eingenommen werden (Stand: 1986):



XI. Parteitag der SED im Palast der Republik in Ost-Berlin 1986.

A. Partei (SED)

1. Die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK (22 + 5 = 27)
2. Die Sekretäre des ZK (11)
3. Die Abteilungsleiter des ZK-Apparats (41)
4. Die Mitglieder und Kandidaten des ZK (165 + 57 = 222)
5. Die Leiter zentraler Parteiinstitutionen (6)
6. Die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen (15)

B. Staat

1. Die Mitglieder des Präsidiums des Ministerrats (12)
2. Die Mitglieder des Ministerrats (45, mit Präsidium)
3. Der Vorsitzende und die Staatssekretäre der Staatlichen Plankommission und andere leitende Mitarbeiter in zentralen Staatsorganen (etwa 30)
4. Die Mitglieder des Staatsrats (26)
5. Die Führungsspitzen der Nationalen Volksarmee (NVA), des Staatssicherheitsdienstes (SSD) und der Deutschen Volkspolizei (soweit nicht in B2.; militärische Ränge; etwa 25)
6. Der Präsident und der Vizepräsident des Obersten Gerichts; der Generalstaatsanwalt (3)
7. Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke (15)

C. Andere Parteien und Massenorganisationen

1. Die Vorsitzenden der anderen vier Parteien (CDU, DBD, LDPD, NDPD) (4)
2. Die Vorsitzenden beziehungsweise Ersten Sekretäre der in der Volkskammer vertretenen Massenorganisationen (FDGB, FDJ, DFD, KB) (4)

Gerd Meyer, Die politische Elite der DDR, in: Hans-Georg Wehling (Red.), DDR, Stuttgart 1983, Seite 94 f. (aktualisiert).

2. Die „Blockparteien“

Neben der SED gibt es in der DDR vier weitere Parteien, die mit der SED und den bedeutendsten Massenorganisationen im „Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen“ (gegründet 1945) zusammengeschlossen sind. Der Block ist Kern der „Nationalen Front“.

Alle vier Parteien bekennen sich heute zum sozialistischen Staat, anerkennen die Führungsrolle der SED und haben als parteiinternes Willensbildungsmuster den demokratischen Zentralismus getreu den Lehren Lenins übernommen.

Originäre Gründungen, spontan aus der Bevölkerung und in Anknüpfung an Traditionen aus der Weimarer Republik entstanden, sind die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD); beide wurden 1945 gegründet (s. S. 4).

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) sind als Filialgründungen der SED 1948 ins Leben getreten, um die Anhängerschaft der „bürgerlichen“ Parteien zu spalten, damit diese besser gleichgeschaltet werden konnten. Die DBD sollte CDU und LDPD die bäuerliche Anhängerschaft teilweise entziehen, die NDPD wollte den kleinen Nazis und ehemaligen Wehrmachtsangehörigen eine politische Heimat sein (s. S. 5).

Nischenfunktion

Offiziell besteht die Aufgabe der genannten vier Blockparteien darin, dem System distanziert gegenüberstehende Bevölkerungsteile, namentlich des traditionellen

„bürgerlichen“ Lagers, für die Politik der SED zu gewinnen. Um das leisten zu können, wird ihnen zugestanden, im begrenzten Umfang die Interessen jener Kreise wahrzunehmen: der Christen, der Selbständigen, der Bauern. Noch am ehesten von Bedeutung sind in dieser Hinsicht CDU und LDPD. Inoffiziell erfüllen die Blockparteien zunehmend die Funktion von Nischen, in die man sich zurückziehen kann, um sich dem Zugriff durch die Ansprüche der SED zu entziehen. Wer Mitglied in einer der „bürgerlichen“ Parteien ist, wird von der SED weitgehend in Ruhe gelassen, hat auch – im Vergleich zu politisch nicht Organisierten – begrenzt Aufstiegschancen innerhalb des Systems. So ist denn gerade wegen dieser „Nischenfunktion“ (Mieczkowski) die Mitgliederentwicklung der „Blockparteien“ seit den siebziger Jahren wieder positiv. Der Mitgliederstand der vier nicht-kommunistischen Parteien in der DDR sieht gegenwärtig so aus:

CDU:	125 000
LDPD:	82 000
NDPD:	91 000
DBD:	103 000

Bis auf die CDU ist es diesen Parteien untersagt, Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen. Aber auch die CDU darf Arbeiter nicht in führenden Funktionen herausstellen, damit die SED zumindest optisch nicht als Monopolpartei der Arbeiterschaft in Frage gestellt wird.

Die nicht-kommunistischen Parteien besitzen ihre eigenen Schulungs- und Bildungsstätten und geben für ihre Klientel Zeitungen und Zeitschriften heraus, die weit über ihre eigene Mitgliedschaft hinaus gelesen werden (am stärksten bei der LDPD, deren Tageszeitungen fast dreimal soviel Abonnenten haben wie die Partei

Mitglieder hat). Darüber hinaus besitzen die Blockparteien eigene Buchverlage mit begrenzt eigenem Profil: So verlegte der CDU-eigene Union Verlag zum Beispiel Heinrich Böll, der „Buchverlag Der Morgen“ der LDPD zeitweilig den regimiekritischen Autor Stefan Heym. Aber auch hier auf dem Publikationssektor ist der Spielraum der nicht-kommunistischen Parteien sehr begrenzt und ausgerichtet an ihrer generellen Funktion, die Distanzierten stärker an das SED-Regime zu binden.

3. Massenorganisationen (Gesellschaftliche Organisationen)

Die Massenorganisationen sollen verschiedene Bevölkerungsgruppen in die Durchführung der Politik von SED und Staat einbeziehen, sie zur Erfüllung der Wirtschaftspläne mobilisieren und sie im Sinne der Ideologie des Marxismus-Leninismus beeinflussen. Sie sind somit „Transmissionsriemen“:

Unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei, der höchsten Form gesellschaftlicher Organisation, organisieren sie [die gesellschaftlichen Organisationen] ihre Mitglieder zur bewußten und aktiven Mitarbeit an der Erfüllung staatlicher und gesellschaftlicher Aufgaben und helfen mit, das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen zu formen, ihre staatsbürgerliche Verantwortung und Aktivität zu entwickeln.

(*Kleines politisches Wörterbuch*, 4. Auflage, Berlin 1983, Seite 313 f)

Die Vielfalt der Massenorganisationen wird mit dem Vorhandensein verschiedener Interessen begründet: Die erzieherische Aufgabe wird wahrgenommen, indem der einzelne bei seinen Interessen „abgeholt“ wird – was eine begrenzte Interessenvertretung miteinschließt.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)

Die mitgliederstärkste und „umfassendste Klassenorganisation der Arbeiterklasse“ der DDR ist der FDGB. In seinen 16 Einzelgewerkschaften waren 1985 9 375 922 Mitglieder zusammengeschlossen. Damit erreicht der Organisationsgrad nicht nur 100 Prozent der Erwerbstätigen, sondern auch Rentner. Der hohe Rang, der den Gewerkschaften zukommt, wird dadurch unterstrichen, daß sie als einzige der Massenorganisationen verfassungsmäßig verankert sind, indem ihnen ein eigenes Kapitel in der DDR-Verfassung gewidmet ist („Kapitel 3: Die Gewerkschaften und ihre Rechte“, Art. 44 und 45). Als einzige nichtstaatliche Institution haben sie sogar das Recht der Gesetzesinitiative (Art. 65 Abs. 1), was vor allem von symbolischer Bedeutung ist, da die Gewerkschaften wie andere Massenorganisationen auch eine eigene Fraktion in der Volkskammer haben.

Die Funktion der Gewerkschaften ist nach der herrschenden Ideologie in sozialistischen Staaten wie der DDR eine andere als in Staaten mit Privatwirtschaft. Da die Produktionsmittel nahezu ausschließlich

sozialistisches Eigentum, „Volkseigentum“ sind, soll die Aufgabe der Gewerkschaften nicht darin bestehen, die Interessen der Arbeiter gegenüber den Produktionsmittelbesitzern durchzusetzen. Im Selbstverständnis der DDR stellt sich die Funktion der Gewerkschaften so dar:

Sie stellen die Verbindung her zwischen der zentralen staatlichen Leitung der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen. Und eben diese Rolle verwirklichen die Gewerkschaften, wenn sie ihre Mitglieder zur bewußten Teilnahme am Kampf um die Ausarbeitung, Erfüllung und Überbietung der Pläne erziehen, wenn sie sich um die Intensivierung der Produktion bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen kümmern, wenn sie dafür eintreten, daß ihre Rechte bewahrt und ihre wachsenden Bedürfnisse immer besser befriedigt werden.

(Töpfer/Kunze: „Die Gewerkschaften in unserer Gesellschaft“. In: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*, Jahrgang 29, 1974, Seite 818).

Da die Arbeiter nach DDR-Selbstverständnis also für sich selbst arbeiten, haben die Gewerkschaften die Aufgabe, deren Mitwirkung an der Betriebsleitung zu organisieren, die Erfüllung der Betriebsziele im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspläne zu gewährleisten, für Berufsausbildung und Fortbildung zu sorgen.

Die Interessen der Belegschaft nehmen sie wahr, indem sie den Arbeitsschutz kontrollieren, Härten aus Rationalisierungs- und Umorganisationsmaßnahmen zu mildern suchen, Ferienheime (1985 insgesamt 1166 mit 137078 Betten) betreiben. Im Bereich der Sozialpolitik kommt dem FDGB eine Schlüsselrolle zu, da er für die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der meisten Rentner verantwortlich ist.

Kritiker, die die Alltagswirklichkeit der DDR kennen, wie Rudolf Bahro, verweisen nicht nur auf die problematische Grundannahme des „Volkseigentums“, das in Wahrheit ein Staatseigentum mit der Verfügungsgewalt einer kleinen Gruppe ist, sondern auch darauf, daß bei diesem Selbstverständnis der Gewerkschaft die Arbeiter der DDR faktisch ohne Sprachrohr und Kampfinstrument für ihre Interessen sind; denn legitime Instrumente des Arbeitskampfes (wie Streiks) kann es dem Selbstverständnis der DDR nach nicht geben.

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ)

Die FDJ ist die „Staatsjugend“ der DDR, die den Anspruch erhebt, alle Jugendlichen zu organisieren und im Sinne der SED und ihrer Ziele zu erziehen. Das Statut der SED als „Mutterpartei“ enthält ein eigenes Kapitel (VIII) über die FDJ, das programmatisch folgendermaßen beginnt:

Die Freie Deutsche Jugend, die sozialistische Jugendorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik, ist der aktive Helfer und die Kampfpreserve der Partei (Ziffer 65).

Die FDJ bekennt sich nicht nur zur führenden Rolle der Partei, die SED verpflichtet

statutenmäßig alle ihre Parteiorganisationen,

die in der Freien Deutschen Jugend tätigen Mitglieder und Kandidaten der Partei anzuleiten und ... zu gewährleisten, daß sie im Jugendverband die Parteibeschlüsse vorbildlich verwirklichen helfen (Ziffer 67).

Die FDJ organisiert die Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren (keine Obergrenze für die Funktionäre und für Studenten). Gegenwärtig hat sie 2,1 Millionen Mitglieder, rund 70 Prozent der genannten Altersgruppe sind organisiert.

Von der FDJ angeleitet wird die sozialistische Kinderorganisation, die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Sie erfaßt die Kinder der 1. bis 3. Klasse als Jungpioniere (635 102 Mitglieder) und die Schüler von Klasse 4 bis 7 als Thälmann-Pioniere (705 455 Mitglieder). Insgesamt weist somit die Pionierorganisation 1 340 557 Mitglieder auf (alle Zahlen 1985), damit liegt der Organisationsgrad bei nahezu 100 Prozent. Die Pioniere an einer Schule sind in der Pionierfreundschaft zusammengeschlossen, die von einem hauptamtlichen Pionierleiter mit pädagogischer Ausbildung (er kann in den Lehrerberuf überwechseln) geleitet wird. Der Pionierleiter ist gleichberechtigtes Mitglied im Lehrerkollegium der Schule und macht Unterrichtsbesuche. Die Pioniergruppen in den Klassen werden von älteren Schülern, die FDJ-Mitglied sind, oder von FDJ-lern aus Patenbetrieben geleitet.

Andere Massenorganisationen

Massenorganisationen mit „Parlamentsrang“ (siehe Seite 19) sind ferner der *Demokratische Frauenbund Deutschlands* (DFD) mit seinen 1,5 Millionen Mitgliedern (davon 73,4 Prozent berufstätig) und der *Deutsche Kulturbund der DDR* (DKB) mit 263 874 Mitgliedern. Er soll den kulturell interessierten, die ein parteipolitisches Engagement scheuen, ein von der Partei kontrolliertes Betätigungsfeld bieten. Erwartungsgemäß ist die Intelligenz im Kulturbund deutlich überrepräsentiert, nur 22 Prozent seiner Mitglieder sind Arbeiter und Genossenschaftsbauern. Das Angebot des Kulturbundes reicht bis zum Fotografieren und zum Briefmarkensammeln. Neuerdings spielt auch der Umweltschutz eine zunehmende Rolle in der Arbeit des Kulturbundes.

Eine politisch wichtige Organisation in der DDR ist ferner die *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* (DSF) mit 6 Millionen Mitgliedern, der eine hohe symbolische Bedeutung zukommt.

Der Wehrerziehung und der vormilitärischen Ausbildung dient die *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST), die seit 1952 besteht und dem Ministerium für Nationale Verteidigung untersteht. In ihren rund 16 000 Grundorganisationen werden Jugendliche auf den Dienst in der Volksarmee vorbereitet. Neuerdings ist die GST auch die Organisation für den Wehrsport in der DDR, an dem sich nicht zuletzt die Reservisten der NVA beteiligen sollen (siehe auch Seite 25).



Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.

4. Die Nationale Front

Die Nationale Front der DDR (am 7. 10. 1949 gegründet) erfüllt im politischen System der DDR drei Funktionen. Sie ist

- eine Art Ober- und Dachverband zur Zusammenfassung und Kontrolle aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen,
- eine Kandidatenpräsentierungsorganisation für die Wahlen auf allen staatlichen Ebenen,
- eine Massenaktivierungsorganisation über Parteien und Verbände hinaus.

Die Nationale Front der DDR ist eine Art Dachverband, der alle Parteien, Massenorganisationen und Verbände zusammenfaßt, um sie unter Anleitung der SED zur Verwirklichung ihrer Ziele zu formieren. Die korporative Mitgliedschaft reicht dabei von der SED und den vier Blockparteien über die bereits genannten Massenorganisationen bis hin zum „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“:

Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik seinen organisierten Ausdruck (Art. 3 Abs. 1 der DDR-Verfassung).

Die Rolle der SED in der Nationalen Front wird im „Wörterbuch zum sozialistischen Staat“ deutlicher formuliert als in Art. 3 Abs. 2 der DDR-Verfassung:

In Verwirklichung des Programms der SED, der Beschlüsse ihrer Parteitage und der Kongresse der N. F. finden sich in der N. F. die Parteien, Massenorganisationen und die parteilosen Bürger zusammen, um aktiv an der Gestaltung der

entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR mitzuwirken (Wörterbuch, Seite 195).

Interessengruppen und Verbände sind nur im Rahmen der Nationalen Front möglich. Insofern ist sie ein Instrument zur Kontrolle von Interessenartikulation und zur Ausschaltung konkurrierender Willensbildung. Vor allem kommt ihr aber die – abschließliche – Funktion zu, bei den Wahlen zu den Volksvertretungen auf allen Ebenen eine Einheitsliste zu formulieren und die Kandidaten auf ein gemeinsames Programm (letztlich das der SED) zu verpflichten (Programm- und Kandidatenkartell).

Die N. F. ist Träger der Wahlen zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen, Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen. Sie unterbreitet den Wählern die Liste der von den Parteien und Massenorganisationen vorgeschlagenen Kandidaten und stellt das Wahlprogramm im ganzen Volk zur Diskussion (Wörterbuch, ebenda).

Die Nationale Front hat das Kandidatenpräsentierungsmonopol (Einheitsliste) und verpflichtet die Kandidaten auf ihr Programm.

Schließlich soll die Nationale Front als eine „sozialistische Volksbewegung“ namentlich die parteilosen Bürger der DDR aktivieren und in den Dienst von Partei und Staat stellen. In rund 19 100 Ausschüssen der Nationalen Front sind DDR-eigenen Angaben zufolge 388 000 (1985) DDR-Bürger aktiv, in denen unter anderem Wettbewerbe wie „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!“ geplant und durchgeführt werden. Somit ist die Nationale Front zugleich eine Massenaktivierungsorganisation. Dabei sind ihr aber

deutliche Grenzen gesetzt. Schon die Mitglieder der vier nicht-kommunistischen Parteien halten sich in den Ausschüssen der Nationalen Front spürbar zurück.

5. Massenmedien

Die Presse in der DDR ist weitgehend im Besitz der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen. Daneben gibt es allerdings noch kirchliche Blätter, die meist nur intern und nicht öffentlich vertrieben werden. Rundfunk und Fernsehen sind staatlich.

Die formal unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse ändern nichts daran, daß die Massenmedien in der DDR ein relativ einheitliches und einförmiges Bild bieten. Eine ausgeprägte Informations- und Meinungsvielfalt gibt es in der DDR nicht und kann es auch dem eigenen Selbstverständnis nach nicht geben.

Zwar garantiert die DDR-Verfassung in Artikel 27 das Recht auf freie Meinungsäußerung und die „Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens“. Doch ein Zensurverbot wird – im Gegensatz zu Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes – nicht ausgesprochen. Die freie öffentliche Meinungsäußerung in der DDR ist zudem nur „den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß“ (Artikel 27) erlaubt. Zentraler Verfassungsgrundsatz ist jedoch, daß die DDR „ein sozialistischer Staat ... unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ ist (Artikel 1).

Entsprechend interpretiert der Kommentar zur DDR-Verfassung Artikel 27:

Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens zu sichern heißt deshalb vor allem, keinerlei Mißbrauch der Massenmedien für die Verbreitung bürgerlicher Ideologien zu dulden und ihre Tätigkeit bei der Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideologie, als Formen des schöpferischen Meinungsaustausches der Werktätigen bei der Organisation des gemeinsamen Handelns der Bürger für die gemeinsamen sozialistischen Ziele voll zu entfalten.

Presse, Rundfunk und Fernsehen, aber auch die Film- und Buchproduktion in der DDR werden durch die SED, genauer durch das Politbüro (allgemein) und durch den Sekretär für Agitation und Propaganda im Sekretariat des ZK der SED (im besonderen), angeleitet und kontrolliert. Die Partei bestimmt auch die Personalpolitik für alle Medien. In allen wichtigen politischen Fragen werden Sprachregelungen in Form von Textvorgaben vorgenommen. Sie werden über den staatlichen Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) verteilt, der dem Presseamt der DDR-Regierung unterstellt ist (die Deutsche Presse-Agentur der Bundesrepublik, dpa, ist demgegenüber ein genossenschaftliches Unternehmen im Besitz von Presseverlagen und Rundfunkanstalten, zudem gibt es bei uns inländische wie ausländische Konkurrenzagenturen).

Im Bereich der Presse werden die Lenkung und Kontrolle außerdem auch mit Hilfe folgender Instrumente gesichert:

- Lizenzpflicht: Presseerzeugnisse dürfen nur mit staatlicher Erlaubnis, für deren Erteilung das Presseamt zuständig ist, hergestellt und herausgebracht werden. Dabei kann eine Lizenz befristet wie unbefristet erteilt und auch wieder entzogen werden.
- Materialzuteilung: Alle wichtigen Materialien zur Herstellung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern – also insbesondere Papier – werden vom Staat zugeteilt. Dadurch kann man rein verwaltemäßig die Auflagen begrenzen.

VI. DIE FUNKTION DES STAATES

1. Staat und Partei

Der Staat im Sozialismus wird nicht als neutrale Instanz in deutlicher Distanz zu allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen verstanden, nicht einmal als eine relativ eigenständige Größe. Er wird vielmehr bewußt als politisches Instrument der Arbeiterklasse und damit einer einzigen Partei, nämlich der marxistisch-leninistischen, begriffen. So heißt es denn im heute gültigen Programm der SED von 1976 (Teil II, C): Der Staat „ist das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus“.

Dabei versucht die SED, die Tätigkeit des Staates auf folgende Weise zu lenken:

- Sie gibt politische Richtlinien vor, an denen sich die Staatstätigkeit auch im Einzelfall zu orientieren hat.
- Um die Befolgung dieser Richtlinien kontrollieren zu können, hat sie einen umfangreichen Parteiapparat parallel zum Staatsapparat aufgebaut, dem allein auf zentraler Ebene rund 1500 Mitarbeiter angehören.
- Dadurch, daß die Partei personalpolitisch die Weichen stellt („Kaderarbeit“), sorgt sie dafür, daß auf allen Ebenen ihr ergebene Staatsbedienstete tätig sind.
- Für die Führung und Erziehung der Parteimitglieder im Staatsapparat ist die SED verantwortlich. Sie kann jedem einzelnen Parteimitglied konkrete Aufträge („Parteiaufträge“) erteilen, die es dienstlich auszuführen hat.

- Den Parteiorganisationen in allen staatlichen Bereichen und Gliederungen kommen zudem erhebliche Mitspracherechte zu.

- Auf der höchsten Entscheidungsebene (Staatsrat, Ministerrat – Politbüro) gibt es zudem jenen „Steuerungsverbund von Personen im Zentrum der Macht (Gerd Meyer), der für die DDR und andere Ostblockstaaten charakteristisch ist (vgl. Schaubild Seite 14).

Die Richtlinien für die Staatstätigkeit kommen in Fragen höchster Bedeutung vom Politbüro der SED selbst, ansonsten vom zuständigen Sekretär des ZK der SED und dessen Mitarbeitern. So ist nicht der Minister für Kultur die höchste Instanz für Fragen der Kulturpolitik in der DDR, sondern – nach dem Politbüro – der zuständige Sekretär des ZK, Kurt Hager, der damit faktisch der Vorgesetzte des Ministers, Hans-Joachim Hoffmann, ist.

Kaderpolitik

Das wesentliche Instrument der Personalpolitik der SED („Kaderpolitik“) für den eigenen Parteiapparat wie für den Staats- und Wirtschaftsapparat stellt die sogenannte Nomenklatur dar. Dies ist ein Verzeichnis von Positionen und Funktionen auf allen gesellschaftlichen Gebieten, über deren Besetzung die SED entweder direkt entscheidet oder für die sie sich eine Kontrolle vorbehält, auch dann, wenn es sich formal um Wahlpositionen handelt (Gerd-Joachim Glaebner). Auf diese Weise ist eine perfekte Personalplanung und Steuerung in allen wichtigen Bereichen möglich.

Die Kaderpolitik wird für die SED um so wichtiger, je weniger es der Parteispitze gelingt, mit der fortschreitenden Differenzierung der Gesellschaft Schritt zu halten und die ökonomische, wissenschaftlich-technische Entwicklung im Griff zu behalten. Der sehr viel umfangreichere und spezialisierte Staatsapparat kann hier naturgemäß eine größere Eigenständigkeit erringen, wobei die Partei immer mehr auf Anleitung im Detail verzichten und sich auf die Richtliniensetzung und Kontrolle beschränken muß.

„Absterben des Staates“

Die Auffassung von Marx, daß der Staat mit Entwicklung des Sozialismus allmählich absterbe, ist von den kommunistischen Parteien des Ostblocks aufgegeben worden. Im Gegenteil:

Die Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder besagen: Es ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit, daß auch bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die Rolle des sozialistischen Staates wächst.

(DDR-Schulbuch „Staatsbürgerkunde“, Klasse 10, Seite 141; letzter Satz fettgedruckt).

Als Gründe dafür werden neben der „Aggressivität des Imperialismus“ die zunehmende Komplexität der Gesellschaft und vor allem der Volkswirtschaft angeführt.

Indes soll sich die Natur des Staates im Laufe der Entwicklung des Sozialismus von der Diktatur des Proletariats zum „Sozialistischen Staat des ganzen Volkes“ in der Periode der reifen entwickelten sozialistischen Gesellschaft wandeln, doch wird lediglich für die Sowjetunion diese Periode als bereits erreicht angesehen.

2. Die Volkskammer

Das Zentralparlament der DDR ist die Volkskammer. Laut Verfassung ist die Volkskammer „das oberste staatliche Machtorgan der DDR“ (Art. 48 Abs. 1). In ihrer Tätigkeit verwirklicht sie „den Grundsatz der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung“ (DDR-Verfassung Art. 48 Abs. 2, Satz 3). Das heißt: Aufhebung der Gewaltenteilung, Gewaltenkonzentration. Das Prinzip der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung besagt,

daß sich im sozialistischen Staat alle politische Macht in den gewählten Volksvertretungen konzentriert und diese als arbeitende Körperschaften tätig werden. Es bedeutet die Überwindung des bürgerlichen Parlamentarismus als Trennung der legislativen von der exekutiven Gewalt.

(Wörterbuch zum sozialistischen Staat, Seite 87)

Einheitsliste der Nationalen Front

Gewählt wird die Volkskammer aufgrund einer Einheitsliste der Nationalen Front für jeweils fünf Jahre. Bis Anfang der 60er Jahre enthielt die Liste in den jeweiligen Wahlkreisen genauso viele Kandidaten, wie Abgeordnete zu wählen waren. Eine Auswahl konnte der Wähler also nicht treffen, ihm blieb nur die Möglichkeit, die Liste anzunehmen oder als Ganzes zu verwerfen. Da jedoch eine offene Stimmenabgabe erwartet wird, ist jede Abweichung offenkundig und kann Konsequenzen nach sich ziehen (man macht sich verdächtig, man handelt sich berufliche Nachteile ein). Seit 1965 enthält die Einheitsliste mehr Kandidaten als zu wählende Abgeordnete, der Wähler hat die Möglichkeit der Namensstreichung. Doch sind die Kandidaten auf den vorderen Plätzen insofern bevorzugt, als nur dann einer von ihnen ausscheidet, wenn er von mehr als 50 Prozent der Wähler gestrichen wird. Das ist – vor allem auch wegen der üblichen offenen Stimmabgabe – bislang nicht vorgekommen (allerdings sind solche Fälle im Bereich der Kommunalwahlen bekannt geworden). Da bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse die Stimmenzahl der einzelnen Kandidaten nicht aufgeführt wird, eignet sich dieses Verfahren auch nicht als Popularitätstest (im Unterschied zu Polen, wo dasselbe Verfahren gilt, jedoch die Stimmenzahlen bekanntgegeben werden). Die Kandidaten auf den hinteren Plätzen sind somit nichts weiter als Ersatzkandidaten, die für ausgeschiedene Abgeordnete nachrücken.

Die Fraktionen

Seit 1950 entfielen auf die Einheitslisten jeweils rund 99 Prozent der Stimmen. Da

dem Wähler nur die Einheitsliste vorliegt und er faktisch nichts verändern kann, sind die Kandidaten bereits mit ihrer Aufstellung durch die Nationale Front gewählt. Die Zusammensetzung der Volkskammer nach Fraktionen hat sich seit den Wahlen von 1963 kaum verändert. Der Volkskammer gehören 500 Mitglieder an, einschließlich 66 Abgeordneter aus Berlin (Ost) (die inzwischen aber voll in die Fraktionen integriert und seit 18. 6. 1979 auch direkt von der Bevölkerung von Berlin (Ost) zu wählen sind). Die Abgeordneten verteilen sich folgendermaßen auf die neun Fraktionen (9. Wahlperiode 1986):

	Anzahl	%
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	127	25,4
Christlich-Demokratische Union (CDU)	52	10,4
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)	52	10,4
National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)	52	10,4
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	52	10,4
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)	61	12,2
Freie Deutsche Jugend (FDJ)	37	7,4
Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	32	6,4
Kulturbund der DDR (KB)	21	4,2
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB)	14	2,8

Die SED stellt zwar die stärkste Fraktion, hat aber nur ein Fünftel der Mandate der Volkskammer. In den Fraktionen der Massenorganisationen jedoch sind rund 90 Prozent der Abgeordneten SED-Mitglieder, die genauso der Parteidisziplin unterliegen wie die der SED-Fraktion. Mehr als die Hälfte der Volkskammerabgeordneten sind mithin SED-Mitglieder. Praktisch ist das aber ohne Bedeutung, da alle Kandidaten sich auf das gemeinsame Programm der Nationalen Front verpflichtet haben, das von der SED bestimmt wird. Die Abstimmungen in der Volkskammer fallen dementsprechend einstimmig aus (nur einmal, bei der Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs 1972, gab es 14 Gegenstimmen und acht Enthaltungen aus der CDU-Fraktion).

Soziale Zusammensetzung

In der 9. Wahlperiode von 1986 sind 32,2 Prozent der Volkskammermitglieder Frauen, 57 Prozent der Abgeordneten haben einen Hochschul- und 15,8 Prozent einen Fachschulabschluß. Im Verhältnis zur 8. Wahlperiode hat auch hier das Ausbildungsniveau noch einmal deutlich zugenommen. 12 Prozent der Abgeordneten sind bis 30 Jahre alt, 12 Prozent 31 bis 40 Jahre, 23,6 Prozent 41 bis 50 Jahre, 36,2 Prozent 51 bis 60 Jahre und 16,2 Prozent sind 60 Jahre und älter.

Sehr vorsichtig muß die Zusammensetzung „nach der sozialen Stellung“ betrachtet werden. Das Statistische Jahrbuch der DDR fügt selbst abschwächend in Klammern hinzu:

„erlernter Beruf beziehungsweise erste Erwerbstätigkeit“:	
Arbeiter	54,2 %
LPG-Mitglieder, Einzelbauern usw.	6,2 %
Angestellte	13,8 %
Intelligenz	25,2 %
Sonstige	0,6 %

Die Zahl der noch als Arbeiter Tätigen dürfte in Wirklichkeit nicht viel höher als 10 Prozent liegen (der Generalsekretär des SED und Staatsratsvorsitzende Honecker zum Beispiel wird als „Dachdecker“ und mithin als Arbeiter gerechnet, obwohl er diesen Beruf seit 1935 spätestens nicht mehr ausgeübt hat).

„Mandatsentzugsrecht“

Entsprechend dem Leitbild der Pariser Kommune und den Forderungen Lenins muß ein Abgeordneter jederzeit abberufbar sein; denn nur so sei gewährleistet, daß das Parlament wirklich dem Volkswillen entsprechend handelt. In der DDR können Wähler die Abberufung jedoch nur beantragen, und auch das nur bei gröblicher Verletzung der Abgeordnetenpflichten (Art. 52 Abs. 2). Die Entscheidung liegt bei der Volkskammer, somit kennt die DDR kein Abberufungsrecht, sondern nur ein Mandatsentzugsrecht. Aber auch das ist in neuerer Zeit ohne praktische Bedeutung geblieben und kann nur als eine Notbremse angesehen werden, einen eventuell unbequem Gewordenen legal loszuwerden.

Geringe Bedeutung der Volkskammer

In der DDR wird das Abgeordnetenmandat als ein „gesellschaftliches Ehrenamt“ betrachtet, das ohne Unterbrechung der normalen Berufstätigkeit ausgeübt wird. Allerdings tagt die Volkskammer auch nicht öfter als im Durchschnitt an vier Tagen im Jahr.

Geringe Sitzungshäufigkeit und faktisch einstimmiges Abstimmungsverhalten der Volkskammer sind sichere Indizien für ihre geringe Bedeutung bei der politischen Willensbildung. Bedeutender schon ist die Arbeit in den Ausschüssen der Volkskammer. Eine wichtige Funktion der Volkskammer besteht darin, durch ihre Abgeordneten der Bevölkerung in den Wahlkreisen die Politik der SED-Führung zu verdeutlichen und sie dafür zu gewinnen sowie für die Durchführung dieser Beschlüsse an der Basis zu sorgen.

Dem politischen Einfluß und dem gesellschaftlichen Rang nach steht die Mitgliedschaft in der Volkskammer weit unter der im Zentralkomitee (ZK) der SED, dem „Parteiparlament“. So rechnet Gerd Meyer mit Recht die Mitglieder der Volkskammer nicht zur politischen Elite der DDR.

3. Der Staatsrat

Der Staatsrat ist das kollektive Staatsoberhaupt der DDR. Dementsprechend vertritt er die DDR völkerrechtlich, ratifiziert und kündigt Staatsverträge, ernennt die DDR-Vertreter im Ausland, legt die militärischen und diplomatischen Ränge fest, verleiht Orden und Ehrenzeichen, übt das Amnestie- und Begnadigungsrecht aus, schreibt die Wahlen zur Volkskammer aus und so fort.

Hinzu kommen eine Anleitungsfunktion gegenüber den örtlichen Volksvertretungen sowie die Aufsicht über das Oberste Gericht und den Generalstaatsanwalt: Aufgaben, die der Staatsrat als „Organ der Volkskammer“ zur Gewährleistung der „sozialistischen Gesetzmäßigkeit“ wahrnimmt.

Der Staatsrat wird von der Volkskammer auf fünf Jahre gewählt, die stärkste Fraktion stellt dabei den Vorsitzenden (gegenwärtig Honecker, der Generalsekretär der SED). Unter den wichtigen acht Stellvertretenden Vorsitzenden sind der Präsident der Volkskammer, der Ministerpräsident (beide SED) sowie die Vorsitzenden der vier Blockparteien. Dem Staatsrat gehören ferner 18 einfache Mitglieder (unterschiedlicher politischer Bedeutung) sowie der Sekretär des Staatsrats an.

Der Staatsrat wurde 1960 nach dem Tod des ersten Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, geschaffen. Walter Ulbricht, der das Amt des Staatsratsvorsitzenden übernahm, wollte auf diese Weise in die Rolle des „Landesvaters“ hineinwachsen, ohne sich im Zeitalter der Entstalinisierung dem Vorwurf der Einmannherrschaft auszusetzen. Zugleich stattete er den Staatsrat mit einer Fülle politischer Rechte aus. So konnte der Staatsrat früher an die Stelle der Volkskammer treten, Beschlüsse mit Gesetzeskraft erlassen und Verfassung und Gesetze verbindlich auslegen. Er vereinigte mithin sowohl exekutive, legislative als auch judikative Vollmachten in sich, die er je nach Bedarf ausüben konnte. Die Rolle des Vorsitzenden wurde dabei besonders unterstrichen. Nach Ulbrichts Sturz 1971 wurden die Funktionen des Staatsrates, dessen Vor-

Sitzungsfrequenz von Volkskammer und Bundestag

Wahlperiode	Sitzungen
Die Volkskammer tagte	
1950–1954	50
1959–1963	27
1967–1971	20
1976–1981	13

Im Vergleich der Bundestag:

1949–1953	282
1957–1961	168
1965–1969	247
1979–1980	227

sitz zunächst Willi Stoph übernahm, durch das Gesetz über den Ministerrat von 1972 und die Verfassungsänderung vom 7. Oktober 1974 im wesentlichen auf die eines Staatsoberhauptes zurückgeschraubt.

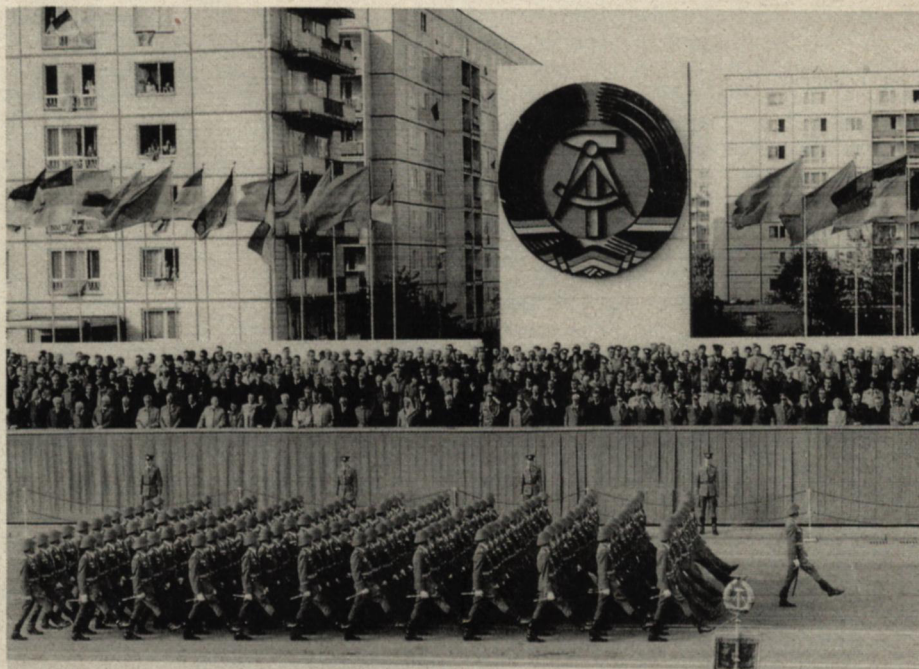
4. Der Ministerrat

Der Ministerrat ist die Regierung der DDR. Formalrechtlich ist das parlamentarische System perfekt verwirklicht, indem der Ministerrat nicht nur von der Volkskammer auf die Dauer ihrer Legislaturperiode (fünf Jahre) gewählt wird und ihr „verantwortlich und rechenschaftspflichtig“ ist; er ist vielmehr „Organ der Volkskammer“ und leitet „im Auftrag der Volkskammer“ die gesamte Staatstätigkeit (Art. 76 Abs. 1 der DDR-Verfassung). Das Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16. 10. 1972 hält demgegenüber die Unterstellung des Ministerrats unter den Willen der SED – was faktisch die Unterstellung unter das Politbüro bedeutet – in § 1 Abs. 1 auch rechtlich fest:

Der Ministerrat arbeitet unter Führung der Partei der Arbeiterklasse im Auftrag der Volkskammer die Grundsätze der staatlichen Innen- und Außenpolitik aus und leitet die einheitliche Durchführung der Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik.

Auch bei der Aufzählung der Einzelaufgaben wie Leitung der Volkswirtschaft, Ausarbeitung der Volkswirtschaftlichen Pläne, Durchführung der Außenpolitik kehren im Ministerratsgesetz ständig Formulierungen wieder wie: „Direktiven der Sozialistischen Einheitspartei“, „auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse“, und ähnliche.

Der Ministerrat umfaßt gegenwärtig 45 Mitglieder, von denen aber viele kein Ministerium führen. Neben dem Vorsitzenden des Ministerrats (= Ministerpräsident, gegenwärtig der 1914 geborene Willi Stoph) haben auch die beiden 1. Stellvertretenden Vorsitzenden (Werner Krolkowski und Alfred Neumann) kein Ressort. Zu den 45 Mitgliedern des Ministerrats gehören der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission (Gerhard Schürer), einer seiner Stellvertreter und einer seiner Staatssekretäre, der Präsident der Staatsbank, der Leiter des Amtes für Preise (Walter Halbritter) und des Amtes für Jugendfragen (Hans Sattler), der Oberbürgermeister von Ost-Berlin (Erhard Krack), der Ständige Vertreter im Exekutivkomitee des RGW (= Comecon). Mehr als die Hälfte der Mitglieder des Ministerrates steht an der Spitze eines Ressorts oder Amtes, das für Wirtschaftsfragen zuständig ist und dessen Aufgabe darin besteht, den jeweiligen Volkswirtschaftsplan für die entsprechende Branche aufzuschlüsseln und den Wirtschaftsbereich anzuleiten und zu kontrollieren (Beispiele: Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Ministerium für Glas- und Keramikindustrie). Diese Ressortdifferenzierung auf dem wirtschaftlichen Sektor ist eine Konsequenz der Zentralverwaltungswirtschaft, der zentralen Leitung und Planung der gesamten Volkswirtschaft.



Ehrenparade in Ost-Berlin zum 35. Jahrestag der DDR-Gründung, am 7. 10. 84.

Der von seinem Umfang her große und schwerfällige Ministerrat wird durch das Präsidium des Ministerrats gesteuert, dem außer dem Vorsitzenden die beiden 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, neun einfache stellvertretende Vorsitzende und drei weitere Mitglieder des Ministerrats angehören. Dieses fünfzehnköpfige Präsidium kann zudem anstelle des gesamten Ministerrates handeln und somit Beschlüsse fassen, die ihn als Gesamtheit binden.

41 Minister gehören der SED an, der Justizminister ist Mitglied der LDPD, der Post- und Fernmeldeminister der CDU, der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DBD und der Vorsitzende des Staatlichen Vertragsgerichtes der NDPD. Die Minister der vier Blockparteien sind auch Mitglied im Präsidium und Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats. Die Staatssekretäre und Stellvertretenden Minister aller Ministerien gehören nahezu ausschließlich der SED an.

Die Staatliche Plankommission

Ein „Organ des Ministerrats“ ist die Staatliche Plankommission (SPK). Ihr obliegt – unter Aufsicht des Ministerrats – die Planung, Leitung und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft der DDR: Sie arbeitet die Pläne aller Stufen aus (langfristige Pläne, Fünfjahrespläne, Jahresvolkswirtschaftspläne), die dann vom Ministerrat genehmigt werden (mit Zustimmung des Politbüros). Sie ist ebenfalls für deren Erfüllung verantwortlich. Auch für die Plankoordination innerhalb des RGW ist die Plankommission zuständig. Bei einer derartig umfassenden Kompetenz mit einer nahezu unüberschaubaren Detailfülle stellt die Staatliche Plankommission einen beträchtlichen Machtfaktor dar.

5. Bezirke und kommunale Verwaltungen

Die DDR ist ein zentralistischer Staat (wie zum Beispiel Frankreich), kein föderalistisch organisiertes Gemeinwesen. Die Länder wurden 1952 abgeschafft und durch 15 Bezirke ersetzt (siehe Karte Seite 3). Sie sind Mittelinstanzen ohne Staatsqualität (anders als die Bundesländer bei uns), sie werden durch die Zentralinstanzen (Volkskammer, Ministerrat, Staatsrat usw.) angeleitet und kontrolliert. Ähnlich sieht es auf der kommunalen Ebene aus: Die DDR hat keine kommunale Selbstverwaltung. Das Regierungssystem der DDR kennt zwar Unterinstanzen auf regionaler und lokaler Ebene aus Gründen der Zweckmäßigkeit, nicht aber Dezentralisierung, das heißt die Abgabe von Verwaltungsaufgaben an „verselbständigte Verwaltungsträger zur Wahrnehmung unter staatlicher Aufsicht“ (E. Forsthoft).

Die Umsetzung zentraler Zielvorgaben soll durch das „Prinzip der doppelten Unterstellung“ gesichert werden: So sind die Fachabteilungen auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene den Weisungen der übergeordneten Instanzen unterworfen; gleichzeitig sind sie aber dem jeweiligen Rat und dem entsprechenden Parlament gegenüber verantwortlich. Das führt in der Praxis zu einer ausgesprochenen Absicherungsmentalität, die Entscheidungsfreude und Verantwortungsbewußtsein beeinträchtigt.

Bezirke und Gemeinden sind für die Versorgung der Bevölkerung, für Wohnraum und das Verkehrswesen zuständig. Da die zentralen Behörden zu weit entfernt von den regionalen und lokalen Problemen sind, wird versucht, hier den Sachverstand

der Bürger zu mobilisieren, um ihr Betätigungsbedürfnis zu befriedigen und sachgerechtere Entscheidungen aufgrund der Kenntnis der örtlichen Verhältnisse zu erreichen. Doch die nächsthöhere Instanz beschränkt sich nicht auf die Rechtsaufsicht, sondern kann durch Ausgabe von Direktiven auch die Fachaufsicht ausüben. Gleichwohl sind hier die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger noch am größten.

6. Rechtssystem und Staatsschutz

Überzeitliches, unabhängig von der konkreten Gesellschaftsordnung und den in ihr herrschenden Machtverhältnissen geltendes Recht gibt es nach der marxistisch-leninistischen Ideologie nicht. Das Recht ist vielmehr ein Phänomen des Überbaus:

Rechtsnormen widerspiegeln die Interessen der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse.

(Wörterbuch zum sozialistischen Staat, Art. Recht, S. 237)

Wie sich die sozialistische Gesellschaftsformation grundsätzlich von allen Vorgängergesellschaften unterscheidet, so auch das sozialistische Recht. Es steht im Dienst der Verwirklichung des Sozialismus, ist also Instrument, ist Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse (Ulbricht 1959: „der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse“) und damit des Willens der Partei. Eine unabhängige Justiz im Sinne der Gewaltenteilung kann es von daher nicht geben, vielmehr sind die Gerichte Teil der einheitlichen Staatsgewalt.

Das Oberste Gericht

Höchste Instanz der Rechtsprechung in der DDR ist das Oberste Gericht. Mittlere und untere Instanz sind die Bezirks- und Kreisgerichte. Entsprechend dem instrumentellen Charakter von Recht und Rechtsprechung werden die Gerichte auf allen Ebenen angeleitet und kontrolliert; ihre Richter werden auf Zeit gewählt, ja sie können sogar vorzeitig abberufen werden. Auch für die Rechtsprechung gilt das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Gewählt werden die Richter von der Volksvertretung der jeweiligen Ebene für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode, so zum Beispiel die Richter am Obersten Gericht auf Vorschlag des Staatsrates durch die Volkskammer auf die Dauer von fünf Jahren. Die Richterwahl gilt in der DDR als typisches Merkmal eines sozialistischen Staates. Immerhin wurde in der polnischen Verfassung die Bestimmung über die Richterwahl 1974 gestrichen, nachdem sie in Polen auch vorher schon nicht mehr praktiziert worden war. Im polnischen Schrifttum wurde die Richterwahl seit 1956 abgelehnt, da sie der Unabhängigkeit und Qualifikation der Richter nicht förderlich sei.

Das Oberste Gericht hat die „einheitliche und richtige Gesetzesanwendung durch

alle Gerichte“ zu sichern (§ 36 Gerichtsverfassungsgesetz). Angeleitet und kontrolliert werden die Bezirks- und Kreisgerichte auch durch das Ministerium der Justiz als „zentralem Leitungsorgan“, nach westlichen Vorstellungen also durch eine Institution der Exekutive. Auch hier gilt also durchweg das Prinzip der doppelten Unterstellung. Als Aufgabe der Rechtspflege bestimmt die Verfassung der DDR in Art. 90 Abs. 1:

Die Rechtspflege dient der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit, dem Schutz und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie schützt die Freiheit, das friedliche Leben, die Rechte und die Würde der Menschen.

Bezeichnend dabei ist die Rangfolge der Rechtsgüter: Der Staat und die Gesellschaftsordnung rangieren vor der Freiheit, den Rechten und der Würde der Menschen.

Die „Gesellschaftlichen Gerichte“

Für die Rechtspflege in der DDR ist charakteristisch, daß es neben den (staatlichen) Gerichten „Gesellschaftliche Gerichte“ gibt. Die Gesellschaftlichen Gerichte sollen vor allem kleinere Streitigkeiten schlichten und geringfügige Straftaten ahnden.

Dabei steht die erzieherische Funktion im Vordergrund: Von Gesellschaftlichen Gerichten Bestrafte gelten nicht als vorbestraft, damit wird ein wichtiger Beitrag zur Entkriminalisierung kleinerer Delikte geleistet. Die Verantwortung von Arbeitskollegen und Nachbarn für den Gestrauchten wird erhöht, in dem diese in das Verfahren einbezogen werden. Das Gesetz über die Gesellschaftlichen Gerichte von 1968 bezeichnet denn auch diese als „gewählte Organe der Erziehung und Selbsterziehung der Bürger“. Um zu verhindern, daß die Gesellschaftlichen Gerichte ihre Macht gegen mißliebige Arbeitskollegen oder Nachbarn mißbrauchen, können sie nur solche Straftaten ahnden, die aufgeklärt, deren Täter geständig und die ihnen ausdrücklich von den staatlichen Organen der Rechtspflege mit schriftlicher Begründung übergeben worden sind. Die staatlichen Organe kontrollieren zudem die Tätigkeit der Gesellschaftlichen Gerichte. Ist der Beschuldigte mit der Entscheidung nicht einverstanden, kann er beim zuständigen Kreisgericht Einspruch einlegen.

Die Gesellschaftlichen Gerichte bestehen aus 8 bis 15 Mitgliedern. Sie heißen in Betrieben, staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen „Konfliktkommissionen“. Sie werden dort auf Vorschlag der Betriebsgewerkschaftsleitung von allen Betriebsangehörigen gewählt (und können auch abgewählt werden). Dabei soll sich ihr Zuständigkeitsbereich auf nicht mehr als 300 Betriebsangehörige erstrecken.

In den Wohngebieten der Städte und Dörfer sowie in den Genossenschaften (LPG,

PGH und so fort) heißen die Gesellschaftlichen Gerichte Schiedskommissionen. Sie werden in den Wohngebieten auf Vorschlag der Nationalen Front von der örtlichen Volksvertretung, in den Genossenschaften auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung gewählt.

Neben Vergehen, Verfehlungen, Ordnungswidrigkeiten sind die Gesellschaftlichen Gerichte auch für einfache zivilrechtliche Streitigkeiten (bei Geldforderungen bis zu 500 Mark) zuständig.

Die Gesellschaftlichen Gerichte ahnden auch „arbeitscheues“ Verhalten. Die Konfliktkommissionen sind zudem erste Instanz in Arbeitsrechtssachen.

Das Ministerium für Staatssicherheit

Für den Schutz und die Bewahrung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR sorgt neben Staatsanwaltschaft und Gerichten – basierend auf den Staatsschutzbestimmungen des Strafgesetzbuches – vor allem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), im Volksmund „Stasi“ genannt. Es verfügt über einen ausgeklügelten Kontrollapparat, der es ermöglicht, alle Bereiche des Lebens – allerdings ohne den ganz privaten Bereich – zu überwachen. Neben der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg bestehen in den Bezirken und Kreisen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, gibt es hauptamtliche Beauftragte in den Großbetrieben und Strafanstalten. Ein Heer von Spitzeln (inoffizielle Mitarbeiter und Gesellschaftliche Mitarbeiter genannt) ist für die „Stasi“ tätig. Man schätzt, daß allein in der Zentrale der „Stasi“ in Berlin-Lichtenberg 1500 Offiziere und Unteroffiziere und 1600 Zivilangestellte hauptamtlich tätig sind. Minister für Staatssicherheit ist seit 1957 Erich Mielke. Foltermethoden, wie sie bis 1954 durchaus nicht selten waren, werden heute nicht praktiziert, wenngleich immer wieder Vernehmungspraktiken vorkommen, die rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen.

Dem Ministerium für Staatssicherheit untersteht ein 4000 Mann starkes Wachregiment. Ferner ist es neben seiner Aufgabe, die DDR nach innen zu sichern, auch für die Spionage in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) und im Ausland zuständig (Hauptabteilung „Aufklärung“).

Polizei

Das Ministerium des Innern ist faktisch ein Polizeiministerium, der Minister und seine sechs Stellvertreter sind Generäle der Deutschen Volkspolizei (DVP). Zu den rund 73 000 regulären Volkspolizisten kommen rund 8000 Mann Transportpolizisten und 15 000 Mann Betriebsschutz. Damit kommt in der DDR auf 170 Personen ein hauptamtlicher Polizist (im Vergleich: in der Bundesrepublik kommt gegenwärtig ein Polizist auf 385 Einwohner; rechnet

man die Bundespolizei – Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt, Bundestagspolizei – hinzu, ist es ein Polizist auf 329 Einwohner).

In Gemeinden und Stadtbezirken sind „Abschnittsbevollmächtigte (ABV)“ der Volkspolizei für polizeiliche Aufgaben zuständig. Sie sollen die Verbindung zwischen Polizei und Bevölkerung festigen. Sie nehmen Beschwerden der Bevölkerung entgegen, kontrollieren aber zum Beispiel auch Eintragungen in den „Hausbüchern“, in denen jede An- und Abmeldung sowie Besuche von längerer Dauer, also auch Überwachungen von westlichen Besuchern, registriert werden. Die ABV werden von 126 000 „freiwilligen Helfern“ der Volkspolizei unterstützt.

Die Polizei in der DDR schützt selbstverständlich nicht nur den Staat und die Gesellschaftsordnung, sondern auch „die Freiheit, das friedliche Leben, die Rechte und die Würde der Menschen“ (Art. 90 DDR-Verfassung). Sie ist somit Hilfsorgan von Staatsanwaltschaft und Gerichten.

Militär

Für die militärische Sicherung der DDR sind die Bewaffneten Organe zuständig, an ihrer Spitze die Nationale Volksarmee (NVA), die 1956 aus der Kasernierten Volkspolizei hervorgegangen ist. Sie wurde aufgestellt, nachdem 1955 die DDR dem Warschauer Pakt angeschlossen worden war. Die NVA ist Teil der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts und untersteht dem Vereinigten Oberkommando, das immer von einem Sowjetmarschall angeführt wird. Durch diese Einbindung sieht die DDR ihre äußeren Sicherheitsinteressen gewahrt.

Die Funktion der Bewaffneten Kräfte besteht darin, die Integrität der DDR sowohl territorial und ideologisch-gesellschaftlich

„Kampfpappell“ der Kampfgruppen zum 20. Jahrestag der „Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin“, spricht der Mauer.



Der ABV

Während meiner Zeit in der Erich-Weinert-Straße nutzte ich die Gelegenheit, um meinem lokalen Polizisten, dem sogenannten „Abschnittsbevollmächtigten“ oder „A.B.V.“, einen Besuch abzustatten. Der gleiche karge, ungeheizte Raum im Klub der Nationalen Front, in dem wenige Abende zuvor die Volksvertreter gegessen hatten. Der Volkspolizist, ein alther, gepflegter Mann in den Vierzigern mit jeder Menge Blech auf der Brust, begrüßt mich schroff: „Wer sind Sie? Wo wohnen Sie? Was wollen Sie?“ Ich stotterte: „Naja, ich wollte eigentlich nur wissen, was ein A.B.V. ist...“ Er explodiert. Ob ich von gestern sei? Dann – leises Zittern in seinem Gesicht. „Sie sind doch DDR-Bürger?“ Nein. „Polnische Staatsbürgerschaft?“ noch immer barsch. „Ach, Sie kommen aus England“, er erhebt sich, „angenehm!“ Die Verwandlung ist vollkommen. Ich hatte eine Vorstellung davon bekommen, wie ein Bürger der DDR behandelt worden wäre. Aber nun

will er mir sein menschliches Gesicht zeigen. Langatmig schildert er mir seinen sozialen Einsatz – seine Hilfe für mißhandelte Kinder, für einsame, alte Leute, Wohnungssuchende und vieles mehr. Ja, der Zustand meines Hauses sei beklagenswert, aber ich müsse wissen, daß es bis vor zwei Jahren in privatem Besitz gewesen war... (Häuser in „kommunaler“ Hand sind in keinem besseren Zustand). Ganz besonders betonen möchte er, daß es hier keinerlei Rassenvorurteile gegenüber Farbigen gäbe. Da es kaum Farbige gibt, bin ich auch nicht sonderlich beeindruckt. Beeindruckend allerdings ist, was er seine „Bürgernähe“ nennt. Seit fünfzehn Jahren lebt er hier und kennt jeden der ungefähr 3500 Menschen in seinem „Abschnitt“. Unter den Bewohnern gibt es so gut wie keine Kriminalität.

Timothy Garton Ash: *Und willst Du nicht mein Bruder sein...*, Spiegel-TB Nr. 15, Rowohlt-Verlag, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 78.

(die „sozialistischen Errungenschaften“) zu sichern als auch einen Beitrag zur Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers zu leisten (wozu im Verteidigungsfall ein „gerechter“ Krieg gehören kann). So betrachtet hat die Sicherheitspolitik der DDR eine defensive und offensive Funktion nach außen, aber auch eine absichernde, machterhaltende Funktion nach innen.

Die interne, machterhaltende Funktion der Truppen des Warschauer Paktes wurde sichtbar bereits bei der Niederschlagung der Aufstände in der DDR vom 17. 6. 1953 und in Ungarn 1956 sowie beim Einmarsch in die CSSR 1968, an dem auch Truppen aus der DDR beteiligt waren.

Die Bewaffneten Organe

Die Bewaffneten Organe der DDR umfassen folgende Einheiten:

- Die Nationale Volksarmee (NVA) mit insgesamt zirka 213 000 Mann (zum Vergleich: Bundeswehr zirka 500 000 Mann): Zu ihr gehören zirka 116 000 Mann Landstreitkräfte, zirka 37 000 Mann Luftstreitkräfte und Luftverteidigung und zirka 14 000 Mann Volksmarine. Hinzu kommt die 48 000 Mann starke Grenztruppe, die zwar dem Minister für Nationale Verteidigung untersteht, aber keine Teilstreitkraft der NVA ist. Ihr obliegen Sicherung und Kontrolle der Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland und nach Berlin (West). Damit machen die regulären Streitkräfte der DDR zirka 1,3 Prozent der Bevölkerung aus (Bundesrepublik: 0,8 Prozent).

Bis 1962 war die NVA eine Freiwilligenarmee. Da trotz materieller Anreize und mehr oder weniger starken Drucks (etwa im Hinblick auf die Zulassung zum Studium) die angestrebte Truppenstärke nicht erreicht werden konnte, wurde 1962 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, wobei der Grundwehrdienst 18 Monate beträgt. Wehrdienstverweigerung ist in der DDR kein von der Verfassung verbrieftes Recht wie in der Bundesrepublik; die Möglichkeit der Waffendienstverweigerung ist lediglich aufgrund einer (jederzeit wieder rückziehbaren) Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates von 1964 zulässig. Wehrdienstverweigerer werden danach als „Bausoldaten“ beim Bau militärischer Anlagen eingesetzt (diese „Baueinheiten“ sind dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt).

- VP-Bereitschaften: Hier handelt es sich um kasernierte und militärisch gegliederte Einheiten der Volkspolizei (VP) als Bereitschaftspolizei. Sie bilden den Kern der Territorialverteidigung und umfassen zirka 20 000 Mann.

- „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ als Miliz: Ihnen liegt die marxistisch-leninistische Auffassung von „Volksbewaffnung“ zugrunde. Zu ihren Aufgaben gehören: Unterdrückung von Aufständen oder anderen

inneren Unruhen, Objektschutz, Nachschubsicherung für die regulären Streitkräfte, aber auch taktische Unterstützung der Streitkräfte. Die Aufstellung der Kampfgruppen ist eine Konsequenz, die man aus dem Aufstand vom 17. 6. 1953 zog; eingesetzt wurden die Kampfgruppen bei der Errichtung der Berliner Mauer 1961. Die Kampfgruppen sind rund 350 000 Mann stark, bestehen aus zuverlässigen SED-Mitgliedern und umfassen Männer im Alter zwischen 25 und 60 Jahren (Frauen sind als Funker und Sanitäter in den Kampfgruppen). Die Angehörigen der Kampfgruppen absolvieren ihre Ausbildung und Übungen in ihrer Freizeit (meist sind sie Reservisten der NVA) und sind mit von der NVA ausgemustertem Gerät ausgerüstet.

● Zu den Bewaffneten Organen in der DDR zählen auch kasernierte Einsatzkräfte der Zivilverteidigung (zirka 15 000 Mann, faktisch der NVA unterstellt), die Deutsche Volkspolizei (zirka 73 000 Mann), die Sondereinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit (zirka 17 500 Mann), und die bewaffneten Einheiten der Zollverwaltung (zirka 10 000 Mann), wobei alle diese Kräfte vorwiegend Aufgaben der inneren Sicherheit zu erfüllen haben.

Der Primat der Politik gegenüber den bewaffneten Kräften wird in der DDR äußerst strikt durchgesetzt. Auf allen Ebenen der NVA gibt es Politorgane, mit deren Hilfe die SED ihre Führungsrolle in den Streitkräften durchsetzt. Die Kaderabteilung des SED-ZK-Sekretariats achtet darauf, daß die Offiziere politisch unbedingt verlässlich sind. Offiziellen Angaben zufolge sind 98 Prozent der Offiziere SED-Mitglieder.

Oberstes staatliches Richtlinien- und Koordinierungsorgan für die Sicherheitspolitik der DDR ist der Staatsrat (Art. 73 DDR-Verfassung). Ihm zugeordnet ist der Nationale Verteidigungsrat der DDR, dessen Vorsitzender (gegenwärtig Erich Honecker als Nachfolger Walter Ulbrichts) im Verteidigungsfall den Oberbefehl über alle Bewaffneten Organe der DDR führt.

Sowjettruppen in der DDR

Als Nachfolger der sowjetischen Besatzungstruppen sind in der DDR aufgrund des Truppenstationierungsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR von 1957 sowjetische Streitkräfte in Höhe von rund 400 000 Mann stationiert (offizielle Bezeichnungen: „zeitweilig auf dem Territorium der DDR stationierte sowjetische Streitkräfte“ und „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ – GSSD). Damit sind die Sowjettruppen in der DDR ungefähr doppelt so stark wie die regulären Truppen der DDR, die NVA. (Zum Vergleich: In der Bundesrepublik sind gegenwärtig zirka 350 000 Soldaten der NATO-Verbündeten stationiert, davon zirka 210 000 aus den USA. Die Bundeswehr umfaßt demgegenüber zirka 500 000 Mann.) Die Sowjettruppen in der DDR sind vollmotorisiert und mit taktischen Atom-



NVA-Offiziere auf einem Lehrgang einer Kriegsschule in der Sowjetunion.

waffen ausgerüstet. Sie gelten als Elite-truppen. Zusammen mit der NVA und polnischen Verbänden bilden sie die „1. Strategische Staffel“ der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Wie stark die Sowjettruppen auf DDR-Boden sind, welche Truppenbewegungen zwischen den Standorten stattfinden, welche Manöver sie abhalten, liegt letztlich in der Entscheidungskompetenz der Sowjetunion; der Truppenstationierungsvertrag sieht lediglich „Beratungen“ und „Vereinbarungen“ vor. „Im Falle der Bedrohung der Sicherheit“ der sowjetischen Streitkräfte können sie sogar unbeschränkt und ohne Mitsprache der DDR-Regierung alle erforderlichen Maßnahmen treffen. Damit liegt letztlich das Notstandsrecht in der DDR bei der Sowjetunion.

Die Einheitsschule (am ehesten einer integrierten Gesamtschule vergleichbar) schien am besten geeignet, das übergeordnete Ziel der Gleichheit zu erreichen.

Die Bezeichnung „Oberschule“ soll dabei ausdrücken, daß *alle* Schüler eine Ausbildung auf dem Niveau der (früheren) Höheren Schule erhalten sollen; das heißt: alle Schüler lernen eine Fremdsprache (Russisch ab der 5. Klasse, ab der 7. Klasse können sie eine zweite Sprache – meist Englisch oder Französisch – lernen). Der Unterricht in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie ist recht umfangreich. Am Ende der 10klassigen Oberschule steht eine schriftliche und mündliche Prüfung.

Polytechnische Bildung

Namengebend für die Einheitsschule der DDR ist die polytechnische Bildung. Sie soll in die moderne Arbeitswelt geistig und auch praktisch einführen. Zudem verspricht man sich von der Arbeit selbst eine erzieherische Wirkung. Hinter der polytechnischen Bildung steht die Marx'sche Vorstellung, daß der Mensch erst durch Arbeit zum Menschen wird, indem er durch seine Arbeit die Welt gestaltet und verändert. Zugleich wird hier an die Tradition der Arbeitsschulbewegung der Weimarer Republik angeknüpft.

Polytechnische Bildung soll zunächst einmal als Unterrichtsprinzip alle Fächer durchdringen. Es gibt aber auch ausdrücklich polytechnische Unterrichtsfächer: der Schulgartenunterricht in den ersten vier und der Werkunterricht in den ersten sechs Klassen. Von Klasse 7 an kommen dann die Fächer Technisches Zeichnen und Einführung in die sozialistische Produktion hinzu. Zugleich sollen die Schüler ab Klasse 7 selbst an der Produktion teil-

VII. BILDUNGSSYSTEM

Ein dreigliedriges Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium), wie es in der Bundesrepublik noch vorherrschend ist, kennt die DDR seit 1949 nicht mehr. Als Einheitsschule fungiert in der DDR die „Zehnklassige Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule“ (POS), deren Aufbau und Inhalte auf dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom 25. 2. 1965 beruhen: „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes.“

nehmen, und zwar in den Produktionsabteilungen oder eigens eingerichteten polytechnischen Zentren der Betriebe.

Leistungsnivellierung

Das Streben nach einer einheitlichen höheren Bildung für *alle* Schüler hat Auswirkungen auf den Unterrichtsstil und die Leistungsmessung: Der Inhalt ist detailliert vorgeschrieben, in den Lehrplänen und Lehrbüchern genau festgelegt; der Unterricht besteht nahezu ausschließlich aus Lehrervortrag und Abfragen (lehrerzentrierter Frontalunterricht); die Lernkontrollen vollziehen sich vorwiegend als Abfragen von Gelerntem. Das Ziel, möglichst alle Schüler bis zur 10. Klasse beisammenzuhalten, erfordert ein besonderes Eingehen auf leistungsschwächere Schüler. Die häufige Leistungsmessung soll schwächere Schüler anregen; Lern- und Kontrollkommissionen und Lernpatenschaften der Pionier- bzw. FDJ-Gruppen innerhalb der Klasse sollen gefährdeten Schülern helfen und das hohe Ziel (50 Prozent der erteilten Noten „gut“ und „sehr gut“) erreichen helfen. Der Anteil der „Sitzenbleiber“ (in den 50er Jahren noch zirka 12 Prozent einer Klasse) ist sehr niedrig (ca. 1 Prozent), jede Nichtversetzung muß ausführlich begründet werden.

Der Schulalltag scheint allerdings oft nicht den hoch gesteckten Zielen gerecht zu werden. Viele, vor allem ältere Schüler, die keine Chance für den Besuch der Erweiterten Oberschule oder die Verwirklichung ihres Berufszieles sehen, sind wenig lern- und leistungsmotiviert. Der auf den Lehrer ausgerichtete Unterrichtsstil, der wenig Eigentätigkeit der Schüler erlaubt, eine beträchtliche Stofffülle, die oft nur durch stures Auswendiglernen bewältigt werden kann, verstärkt die Lernmühsal. So scheiden denn trotz aller Bemühungen über 10 Prozent der Schüler vorzeitig, meist nach der 8. oder 9. Klasse, aus der Schule aus. Aber die Schule entmutigt und *überfordert* nicht nur manche schwächere Schüler, sie *unterfordert* auch oft die leistungsstarken. Seit Anfang der 80er Jahre wird denn auch gelegentlich von DDR-Wissenschaftlern eine vermehrte Förderung von Begabten gefordert, aber im Rahmen der POS ist das nur in der Form von zusätzlichen Arbeitsgemeinschaften möglich, die von der Schule oder der FDJ angeboten werden.

Nur etwa acht Prozent der Schüler der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule erhalten die Möglichkeit, die Erweiterte Oberschule (EOS) zu besuchen. Dort wird in zwei Jahren auf das Abitur vorbereitet, das zur Bewerbung zum Universitäts- und Hochschulstudium berechtigt. Der Übergang zur EOS setzt nicht nur besondere schulische Leistungen voraus. Mitbestimmend ist auch, aus welcher sozialen Schicht ein Schüler kommt: Arbeiter- und Bauernkinder werden bevorzugt. Auch das gesellschaftliche Engagement der Schüler spielt eine große Rolle.



Nachwuchs für die NVA.

Das Abitur kann auch durch den Besuch einer Abiturklasse in Einrichtungen der Berufsbildung (Betriebsakademien, Betriebs- und kommunale Berufsschulen) erworben werden. Dieser Weg zum Abitur dauert drei Jahre und umfaßt neben der schulischen Ausbildung eine Facharbeiterausbildung.

Schon bei der Zulassung zu den zum Abitur führenden Klassen wird berücksichtigt, wieviel Absolventen eines Jahrgangs überhaupt studieren sollen.

Etwa 3 Prozent eines Jahrgangs besuchen Spezialklassen oder -schulen, die sowohl Spitzenbegabungen im musischen, sportlichen, sprachlichen oder naturwissenschaftlich-technischen Bereich fördern, als auch den Bedarf an Spezialisten decken sollen. Ebenfalls etwa 3 Prozent eines Jahrgangs sind Schüler von Hilfs- und Sonderschulen, eine geringe Zahl, die sich dadurch erklärt, daß die Regelschule sich verstärkt auch zum Beispiel um lernschwache und -behinderte Kinder bemühen soll.

Erziehungsziele

Der *politisch-ideologischen* Erziehung kommt zentrale Bedeutung zu. Denn die DDR will ja das bestehende System nicht einfach erhalten wissen, sondern strebt eine Fortentwicklung in Richtung auf die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus an. Dazu aber muß der „neue Mensch“, der dieser Gesellschaftsform angemessen ist, erst noch geschaffen werden.

Hinzu kommt, daß vom Elternhaus hier nicht ohne weiteres eine Unterstützung des offiziellen Erziehungszieles erwartet

werden kann. Im Gegenteil: Die politische Erziehung durch Partei und Staat muß weitgehend gegen die vom Elternhaus überlieferten Werte, Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen ankämpfen. Insofern unterscheidet sich politische Sozialisation in den sozialistischen Staaten der Gegenwart sehr wesentlich von der in einem Staat wie der Bundesrepublik.

Als Lernziele streben die offiziellen Dokumente zur politisch-ideologischen Erziehung (Verfassung, SED-Parteiprogramm, offizielle Bekundungen des Ministeriums für Volksbildung, der FDJ, die Lehrpläne für die Schulen und so fort) an Verhalten, Überzeugungen und Persönlichkeitsmerkmalen an:

- Als Verhalten wird vom Bürger der DDR ein fester „Klassenstandpunkt“ verlangt. Er äußert sich im Eintreten für den Sozialismus im allgemeinen und die Stärkung des sozialistischen deutschen Staates im besonderen (Liebe zur DDR, Verteidigungsbereitschaft und so fort). Dazu gehören ferner das Bekenntnis zum „proletarischen Internationalismus“ und die Liebe zur Sowjetunion im besonderen. Die negative Entsprechung ist der Haß gegen die Feinde des Sozialismus.

- Der feste Klassenstandpunkt setzt bestimmte Überzeugungen und Kenntnisse voraus: Die Überzeugung von der „historischen Mission der Arbeiterklasse unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei“, die Überzeugung vom objektiven Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung und von der historischen Aufgabe der DDR. Voraussetzung eines solchen „optimistischen Zukunftsbildes“ ist wiederum die Vertrautheit mit dem Marxismus-Leninismus.



Wehrerziehung der GST auf dem Jugendfestival der FDJ in Ost-Berlin im Mai 1984.

● Die spezifischen sozialistischen Persönlichkeitsmerkmale kann man unter dem Ideal der „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ zusammenfassen. Dazu gehören unter anderem hohe Bildung, Liebe zur Arbeit und zum arbeiten, den Menschen, Fleiß, Disziplin, Treue zu den sozialistischen Idealen.

Staatsbürgerkunde

Politisch-ideologische Erziehung findet in den Schulen der DDR vor allem im Fach Staatsbürgerkunde statt. Dabei ist Staatsbürgerkunde – wie die polytechnische Bildung und Erziehung – zunächst einmal Unterrichtsprinzip, das heißt eine für alle Fächer verbindliche Fragestellung und Betrachtungsweise, und das von der Vorschulerziehung an. Als eigenes Fach tritt Staatsbürgerkunde jedoch erst in Klasse 7 auf, mit jeweils wöchentlich einer Unterrichtsstunde in den Klassen 7 bis 9 und in der Abschlußklasse 10 mit zwei Stunden. In der Erweiterten Oberschule (EOS) sind für die Klasse 11 eine Stunde und für die Abschlußklasse 12 zwei Stunden vorgesehen.

Wehrunterricht

1978 wurde für die Klassen 9 und 10 der Wehrunterricht eingeführt, 1981 die Anweisung zur Ausbildung in der Zivilverteidigung für Auszubildende und die Anweisung zur Vorbereitung und Durchführung der vormilitärischen Ausbildung für die Klasse 11 erlassen.

Der Wehrunterricht hat in der 9. Klasse einen theoretischen Teil (vier Doppelstunden pro Jahr) zum Thema „sozialistische Landesverteidigung“ für alle Schüler; der praktische Teil wird entweder (für Jungen)

im GST-Lager abgeleistet (einschließlich einer Ausbildung am Kleinkalibergewehr) oder als Lehrgang für „Zivilverteidigung für alle“, Mädchen und Jungen; in der 10. Klasse nehmen alle an den „Tagen der Wehrbereitschaft“ teil. Die vormilitärische Ausbildung der Schüler in der 11. Klasse findet in 12tägigen Lehrgängen während der Sommerferien statt.

Als Zielsetzung des Wehrunterrichts nennt die Direktive des Ministeriums für Volksbildung vom 1. 2. 1978:

Der Wehrunterricht dient der sozialistischen Wehrerziehung der Jugend und ist fester Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsprozesses in der Schule. Er fördert die Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Schüler und hat zum Ziel,

- die Mädchen und Jungen auf die Wahrnehmung des in der Verfassung festgelegten Rechts und der Ehrenpflicht zum Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft vorzubereiten,
- die klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung der Schüler weiter ausprägen und die Wehrmotivation zu festigen,
- die systematische und planmäßige Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung durch Vermittlung entsprechender Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu unterstützen.

Der Wehrunterricht, dessen Einführung auf den heftigen Widerstand der evangelischen Kirche in der DDR traf, macht die vormilitärische Erziehung verpflichtend, die als Hinführung auf den „Ehrendienst“ in der Nationalen Volksarmee schon im Kindergarten beginnt und außerhalb der Schule von der Pionierorganisation (Pioniermanöver) und der FDJ (Hans-Beimler-

Das Abschlußmanöver der GST

Von der bevorstehenden Abschlußprüfung in der Gesellschaft für Sport und Technik wurde schon Wochen, ja monatelang vorher gesprochen. „Da könnt ihr euer Meisterstück machen. Das Gesellenstück. Das Abitur macht ihr dann später“, witzelte einer der Erzieher. Und ein anderer pries: „Erst die Abschlußprüfung in der GST macht euch zu richtigen Männern!“

Bevor die Übung begann, hatten wir noch harte und anstrengende Ausbildungstage gehabt. Nahe unserer Schule in einem Wäldchen war in einer unbenutzten Kieskuhle ein Schießstand aufgebaut worden, an dem wir nun täglich schießen mußten.

„Wenn Ihr mit Eurer KK-MPi auf fünfzig Meter die Scheibe trifft, dann ist es so, daß Ihr auf hundert Meter Entfernung mit unserer Standardwaffe, die wir in der NVA haben, und zwar der sowjetischen Kalaschnikow-Maschinenpistole einen Mann treffen könnt“, sagte der uns begleitende Offizier der Nationalen Volksarmee.

Bei den jetzt stattfindenden Schießübungen mußte jeder von uns die „Schulübung 1“ durchführen. Sie bestand darin, liegend 5 Schuß Einzelfeuer mit der Kleinkalibermaschinenpistole auf eine Zehnerscheibe abzugeben. Die Entfernung bei dieser Übung betrug fünfzig Meter.

Dabei waren folgende Normen angesetzt:

- Note 1 = 46 Ringe
- Note 2 = 35 Ringe
- Note 3 = 25 Ringe
- Note 4 = 20 Ringe
- Note 5 = unter 20 Ringe

Wehe dem Schüler, der nur die Note fünf geschossen hatte, der mußte solange üben, bis er mindestens Note vier erreichte, besser aber noch Note drei oder zwei.

Herbert Helmrich/Bernd Arndt: Schüler in der DDR, Saur Verlag, München 1980, S. 128.

Wettkämpfe) sowie in der „Gesellschaft für Sport und Technik (GST)“ zusätzlich unterstützt wird.

Politische Erziehung

Die politische Erziehung ist rezeptiv und affirmativ, daß heißt: Der Schüler soll das vorgegebene, von oben verordnete Programm politischen Wissens aufnehmen und verinnerlichen, um damit das richtige politisch-ideologische Bewußtsein einer sozialistischen Persönlichkeit zu erreichen. Aber vieles spricht für die Vermutung, daß ein Großteil der Schüler zwar ein umfangreiches Faktenwissen in Prüfungen reproduzieren kann, fleißig auswendig gelernte Bekenntnisse wiedergibt, weil der Schülerfolg und die Ausbildungs- und Berufschancen davon abhängen, daß von einem Verstehen oder gar Verinnerlichen aber nicht die Rede sein kann. So beklagen DDR-Pädagogen, daß „bei einer Reihe von Schülern verbale Kenntnisse vor echten Erkenntnissen rangieren“, daß trotz „fundierter theoretischer Erkenntnisse“ die Bereitschaft zur Anwendung dieser Kenntnisse auf die persönliche Lebensgestaltung unzureichend sei. Auch bei vielen

Schülern der oberen Klassen scheint die für die DDR typische Spaltung des politischen Bewußtseins in ein öffentliches und ein privates schon vorhanden zu sein: eine „Verbal-,Ideologie“ und eine Verschuß-Meinung“ (Rainer Brämer). Die „Schranke im Kopf“ schirmt das Ich vor der Umformung durch die politischen Beeinflussungsversuche durch die Schule ab. Die verstärkte Politisierung der Schule (auch gerade durch den Wehrunterricht) scheint eher gegenteilige Wirkung zu haben: sie fördert den Rückzug der Jugend in den entpolitisierten privaten Bereich.

Weiterbildung und Berufswahl

Mit Ausnahme von ganz wenigen vorzeitigen Schulabgängern durchlaufen alle Jugendlichen eine Berufsausbildung. Von den 291 Ausbildungsberufen setzen die meisten (225) den Abschluß der 10. Klasse voraus, die übrigen (zum Beispiel Facharbeiter für Agrotechnik, Dreher, Betriebschlosser) können auch bei vorzeitigem Schulabgang nach der 8. oder 9. Klasse erlernt werden.

Auch in der DDR gibt es „Modeberufe“ und weniger begehrte Tätigkeiten. Die Vermittlung zwischen individuellem Berufswunsch und wirtschaftlich-gesellschaftlichem Bedarf soll durch eine intensive Berufsberatung wie auch die Bemühungen der Schule im Rahmen des polytechnischen Unterrichts erreicht werden. Sie hat zum Ziel, daß jeder Jugendliche vor Abschluß der Schulzeit eine „persönlich vertretene Berufsperspektive besitzt, die den gesellschaftlichen Erfordernissen weitgehend Rechnung trägt“.

Nach DDR-Angaben beginnen etwa 70 Prozent der Jugendlichen eine Ausbildung im Beruf ihrer ersten Wahl. Der wirtschaftliche Druck führte dazu, daß Ende der 70er Jahre die Berufsausbildung wieder stärker praxis- und betriebsorientiert ausgerichtet wurde, um den Auszubildenden sofort nach Abschluß als Facharbeiter einsetzen zu können. Ein ungeliebter Beruf, eine negative Berufseinstellung sind wesentliche Ursachen für den Berufswechsel, der besonders bei Mädchen und Frauen zu beobachten ist, die auch in geringerem Maße als Männer bereit sind, sich fort- und weiterzubilden. In den letzten Jahren wird die Berufszufriedenheit häufiger dadurch beeinträchtigt, daß Berufsanfänger für die ihnen zugewiesene Tätigkeit überqualifiziert sind, das gilt in hohem Umfang auch für junge Leute mit Facharbeiterausbildung.

Hochschulen und Akademien

Ausbildungsstätten für mittlere Führungskräfte (Kader) sind in der DDR die 239 *Fachschulen*, dort studieren vor allem Frauen (1985 waren 72,5 Prozent der 162 221 Studierenden Frauen). An den 54 Universitäten und Hochschulen waren im selben Jahre 107 828 Studenten im Direktstudium eingeschrieben (davon 52 Prozent Frauen). Etwa 40 Prozent der Fachschul-

studenten insgesamt und etwa 10 Prozent der Universitäts- und Hochschulstudenten studieren im Fern- oder Abendstudium, alle Direktstudenten sind Stipendienempfänger. Das monatliche Grundstipendium beträgt für alle Studenten an Fachschulen wie Universitäten und Hochschulen 200 Mark; dazu kommen für ehemalige und zukünftige Zeitsoldaten wie für frühere Facharbeiter eine Zulage von 100 bzw. 80 Mark (Fachschulen) und evtl. Kinderzuschläge und ab dem 2. Studienjahr ein Leistungsstipendium von 60 bis 150 Mark.

Neben den Hochschulen, die Bestandteil des „Einheitlichen sozialistischen Bildungssystem“ sind, gibt es in der DDR insgesamt 12 *hochschulähnliche Einrichtungen*, wie die Parteihochschule „Karl Marx“, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die Akademie der Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, das Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, die FDGB-Hochschule „Fritz Heckert“, die Militärakademie „Friedrich Engels“.

In der DDR gilt eine Regelstudienzeit von vier Jahren, die mit einer Diplom-Prüfung abschließt. Das Studium gliedert sich in ein Grundstudium und ein Fachstudium mit je zwei Jahren. Zum Grundstudium gehört nicht nur die Aneignung von Grundwissen des gewählten Faches, sondern auch ein für alle obligatorisches Studium des Marxismus-Leninismus und Russisch-Unterricht.

Studenten mit besonderen Leistungen können nach dem Fachstudium ein Forschungstudium anschließen, das nach drei Jahren mit der Promotion abschließt. Der Doktorgrad kann aber auch durch eine „Wissenschaftliche Aspirantur“ erworben werden: Zu diesem Zweck werden die Aspiranten für drei Jahre von der Arbeit beurlaubt oder werden für vier Jahre bis zu 70 Arbeitstagen pro Jahr freigestellt.

Wie alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens werden die Zahlen der Fach- und Hochschulstudenten geplant, und zwar aufgrund von Bedarfsprognosen (die allerdings nur sehr schwer und mit vielen Fehlerquellen behaftet zu gewinnen sind). Die Planung setzt bereits beim Übergang zur Erweiterten Oberschule ein. Hier bereits wird – wie vorher gesagt – ausgesondert. Für alle Übergänge, insbesondere zur EOS und zu den Hochschulen, gilt als Prinzip der Verfassungsgrundsatz:

Der Staat sichert die Möglichkeit des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung.
(Art. 26 Abs. 1 DDR-Verfassung)

Nicht nur Leistung, auch gesellschaftlicher Bedarf und eine erwünschte soziale Zusammensetzung der Studierenden (was insbesondere die Herkunft eines großen

Teiles der Studenten aus der Arbeiterklasse betrifft) schränken also das Recht auf Bildung ein. Hinzu kommt faktisch das Erfordernis der „gesellschaftlichen Reife“, was politische Konformität bedeutet. Über die Zulassung zum Studium entscheidet jeweils eine Kommission der Fach- und Hochschule unter Vorsitz des Rektors.

Die „Drosselung der Expansion im Hochschulsektor“ seit 1974 führte zu einem bemerkenswerten Rückgang der Studentenzahl, die Ausbildung wurde umgelenkt auf die – insgesamt ausgeweitete und auch aufgewertete – Facharbeiterausbildung. Da die Abiturientenquote geplant wird, deckt sich zwar die Zahl der Studienanfänger mit der der verfügbaren Studienplätze, aber in vielen Fällen können die gewünschten Studiengänge (begehrte sind vor allem Biologie, Medizin, Außenwirtschaft, Physik, Chemie) nicht belegt werden.

Chancengleichheit

Chancengleichheit ist ein zentrales Ziel der Bildungspolitik der DDR. Dabei wird unter Chancengleichheit hier mehr verstanden als gleiche Zugangsmöglichkeiten bei gleichen Leistungen. Erstrebt wird vielmehr die prozentual angemessene Beteiligung aller Klassen und Schichten am weiterführenden Bildungsangebot. In den Anfangsjahren der DDR war dieses Ziel, das faktisch einen höheren Anteil an Arbeiterkindern in weiterführenden Bildungseinrichtungen meint, auch ein notwendiges Mittel für den beabsichtigten Elitenaustausch. Es ist aber vor allem ein zentrales ideologisches Ziel.

Insgesamt gesehen sind die Anstrengungen, die die DDR zur Herstellung der Chancengleichheit unternommen hat, groß und aner kennenswert. Die Erfolge können sich sehen lassen. Das gilt namentlich für das erste Jahrzehnt der DDR. Mittlerweile scheint sich aber auch in der DDR – nachdem der Elitenaustausch vollzogen ist und die DDR sich immer mehr zu einer Leistungsgesellschaft entwickelt hat – die Tendenz zur Vererbung des erreichten sozialen Status bei den Angehörigen der Intelligenz durchzusetzen.

Zahlenangaben über die soziale Herkunft der Studierenden an Fach- und Hochschulen sind das letzte Mal im Statistischen Jahrbuch der DDR von 1968 veröffentlicht worden. Danach hatte sich der Anteil von Arbeiterkindern an den Studierenden von 1960 bis 1967 von 50,3 Prozent auf 38,2 Prozent verringert. 20,4 Prozent der Studierenden waren (1967) Kinder von Angehörigen der Intelligenz! Daß sich das Statistische Jahrbuch seitdem darüber ausschweigt, spricht nicht dafür, daß dieser Trend spürbar umgekehrt werden konnte.

Neuere DDR-Untersuchungen zeigen, daß Kinder von Angehörigen der Intelligenz, Angestellten und Selbständigen unter den Hochschulabsolventen überrepräsentiert,

Kinder von Arbeitern und Bauern dagegen unterrepräsentiert sind. In der DDR hat sich damit eine qualitative Veränderung in der Rekrutierung der künftigen Führungskader vollzogen, sie entstammen nicht mehr vorrangig bislang unterprivilegierten Schichten (Arbeiter und Bauern), sondern der neuen Intelligenz. Diese starke Tendenz zur Selbstreproduktion der Intelligenz wird mit dem Lebensstil, der durch den „geistigen Inhalt der Arbeit der Eltern“ geprägt wird, erklärt. Die spezifischen Wertmuster von Intellektuellenfamilien formen und stimulieren Lernhaltung und Berufswunsch. Die „objektiven sozialen Unterschiede“ – so DDR-Bildungsforscher neuerdings – lassen sich auch durch die Schule nicht „egalisieren“.

VIII. ALLTAG IN DER DDR – ARBEIT UND FREIZEIT

Alltag in der DDR ist stärker als bei uns vorrangig Arbeit: Art. 24 der Verfassung garantiert nicht nur jedem Bürger das *Recht auf Arbeit*, sondern *verpflichtet* auch jeden „arbeitsfähigen Bürger“ zu „gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit“. Die DDR ist eine Arbeitsgesellschaft: Von den 16,6 Millionen Einwohnern sind 8,2 Millionen berufstätig; 80 % der Bürger im erwerbsfähigen Alter (Männer zwischen 15 und 65, Frauen zwischen 15 und 60 Jahren) arbeiten, fast 90 Prozent der Frauen sind erwerbstätig (s. auch S. 29f).

Bis vor kurzem litt die DDR unter einem spürbaren Arbeitskräftemangel, die Ausschöpfung aller Arbeitskraftreserven war wirtschaftliche Notwendigkeit. Aber der außergewöhnlich hohe Anteil an Berufstätigen hat auch politisch-ideologische Ursachen: Nur durch die Arbeit kann der Mensch alle seine Anlagen und Fähigkeiten entwickeln, sein „kulturelles, technisches und allgemeines Bildungsniveau“ erhöhen und zum Wohl der Gesellschaft einsetzen und damit seine eigene Weiterentwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit vorantreiben, wie seinen Beitrag zur „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ leisten.

Arbeit ist Recht und Pflicht

Von dieser zentralen Bedeutung der Arbeit für den einzelnen erklärt sich die verfassungsrechtliche Absicherung des Rechts und der Pflicht zur Arbeit.

Der Betrieb darf dem Arbeitnehmer nur in unabwiesbaren Notlagen kündigen, unter vorheriger Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung und erst dann, wenn der Arbeitnehmer das Angebot eines zumutbaren neuen Arbeitsplatzes („Überleitungsvertrag“) und auch einen „Aufhe-



Lehrlingsausbildung im VEB Schwermaschinen-Baukombinat Takraf (Eberswalde).

bungsvertrag“, das ist eine Kündigung im gegenseitigen Einvernehmen, abgelehnt hat. Fristlose Kündigung ist praktisch nur bei schwerwiegender Verletzung der Arbeitsdisziplin oder der staatsbürgerlichen Pflichten, das heißt aus politischen Gründen, möglich.

Für die einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen werden die Tarife vom Ministerrat im Benehmen mit dem Bundesvorstand des FDGB festgelegt.

Das Arbeitsrecht sichert dem Beschäftigten einen Anspruch auf Qualifikation, Fort- und Weiterbildung auf Kosten des Betriebes zu (und damit Aufstiegschancen), der Betrieb muß ihm auch ermöglichen, sportliche und kulturelle Aktivitäten auszuüben.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Die Steigerung der Produktion und Erhöhung der Effektivität sollen vor allem die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im Betrieb und die verschiedenen Formen des sozialistischen Wettbewerbs bewirken. Die Einbindung des einzelnen in ein engmaschiges System von Gruppen („Brigaden“) und Aktivitäten am Arbeitsplatz soll die Verwirklichung dieser zweifachen Zielsetzung – Produktivitäts- und Effizienzsteigerung wie Bewußtseinsentwicklung – fördern. Unter dem Motto: „Gemeinsam sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ ist der Beschäftigte in „Brigaden“ eingegliedert, die miteinander arbeiten, mitwirken und mitbestimmen, sich aber auch kontrollieren sollen und eventuell miteinander in Wettbewerb stehen. Für den einzelnen am wichtigsten ist wohl das Arbeitskollektiv. Hier werden Arbeitsabläufe, Urlaubsregelungen, Prämienverteilung und so weiter be-

sprochen und geregelt; im Kollektiv nimmt man an politisch-gesellschaftlichen Veranstaltungen teil, man bildet sich fort, aber man feiert auch gemeinsam und unterstützt sich in privaten Problemsituationen. Die Zusammensetzung des Kollektivs ist oft ausschlaggebend für die Zufriedenheit mit Arbeitsplatz und Beruf.

Die sozialistischen Wettbewerbe

Nach sowjetischem Vorbild werden die Werktätigen durch zahlreiche von der SED und der Gewerkschaft gesteuerte „sozialistische Wettbewerbe“ mobilisiert. Anlaß bilden meist politische Ereignisse (zum Beispiel Parteitage der SED) oder Gedenktage. Der individuelle Wettbewerb zwischen einzelnen Beschäftigten ist heute weitgehend abgelöst durch kollektiven Wettbewerb (Arbeitsgruppen, Brigaden, Betriebe). Der Produktivitäts- und Effektivitätssteigerung sollen ebenfalls die vielfältigen Aktionen im Rahmen der Aktivistenbewegung (zum Beispiel „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit“, „Neuererbewegung“) dienen. 1985 standen zum Beispiel 287 917 Kollektive mit 5 058 813 Beschäftigten im Wettbewerb um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“.

Diese Zahlen könnten zu der Vermutung führen, die Arbeitenden stünden unter einem fast unerträglichen Leistungs- und Erfolgsdruck. Das Gegenteil ist eher der Fall. Die Wettbewerbe sind ein Mittel, die Planerfüllung zu sichern beziehungsweise Planrückstände aufzuholen. Das Wettbewerbsprogramm des einzelnen Kollektivs wird weitgehend vom Kollektiv ausgearbeitet bzw. von ihm gebilligt. Das Arbeitstempo in den Betrieben ist oft eher gemächlich. Das hat seine Ursache häufig in

Der Werktätige im Sozialismus

Der sozialistische Wettbewerb 1

Der sozialistische Wettbewerb ist gewissermaßen der Motor der Arbeitsproduktivität des realen Sozialismus. Er soll die Werktätigen dazu anspornen, den vorgegebenen staatlichen Plan nicht nur zu erfüllen, sondern wenn möglich überzuerfüllen. Was die führende Rolle der Partei für die sozialistische Gesellschaft, das ist der sozialistische Wettbewerb für die sozialistische Arbeit – das sozialistische Pendant zum kapitalistischen Leistungsprinzip: die kapitalistische Konkurrenz, das Zuckerbrot und die Peitsche.

Vom Grundsatz her ist der sozialistische Wettbewerb ein höheres Leistungsprinzip als das kapitalistische. Er beruht darauf, daß sozialistische Menschen und Kollektive miteinander wetteifern, den staatlichen Plan durch die Erreichung eines Höchstmaßes an Arbeitsproduktivität zu erfüllen und überzuerfüllen. Dieses gegenseitige Wettstreiten geschieht durch die Aufstellung eines sozialistischen Wettbewerbsplanes, der auf der Grundlage der gemeinsamen Hilfe, einer freiwilligen, bewußten Disziplin und des Verständnisses dafür, daß die gesellschaftlichen gegenüber den persönlichen Interessen Vorrang haben, erfüllt wird. Dieses Leistungsprinzip ist nicht so zu verstehen, daß der Werktätige gänzlich uneigennützig nur für die Gesellschaft arbeitet. Seine Arbeit, die Erfüllung des Plans, wird selbstverständlich seiner Leistung entsprechend honoriert und der Wettbewerbs-sieg des Kollektivs materiell und/oder ideell durch eine Urkunde, Medaille, Orden u. ä. besonders anerkannt. Dennoch ist der Sinn des sozialistischen Wettbewerbs, daß die Arbeit nicht nur für den persönlichen Nutzen, sondern für die Gemeinschaft, für die sozialistische Gesellschaft und die internationale Arbeiterklasse zu leisten ist.

Franz, Loeser: Quo vadis, DDR? Die unglaubwürdige Gesellschaft, Bund und Verlag, Köln 1984, S. 108.

Der sozialistische Wettbewerb 2

Herausragendes Erlebnis... war die Besichtigung einer Strickerei, eines Stückes Volkseigentums also. Und wie arbeiten nun die Werktätigen in einem Betrieb, der nicht einem Ausbeuter, sondern ihnen selbst gehört? An den Strickmaschinen, welche immer wieder dieselben monotonen Handbewegungen abtönen, arbeitet nur weibliches Volk. Der Direktor ist Angehöriger des männlichen Volkes und der SED. Und die „ungeheuren Fortschritte der DDR auf dem Gebiet der Frauen-Emanzipation“ manifestieren sich nicht nur darin, daß die Strickerinnen selbst sagen, für Männer sei diese Arbeit doch zu eintönig, sondern auch darin, daß die werktätigen Frauen ihren werktätigen Männern nunmehr erst nach Ende des Werktages pflichtbewußte Hausfrau sein können. Aber immerhin hat die DDR die höchste Scheidungsrate auf der Welt. Das geht eben seinen sozialistischen Gang. Von sozialistischem Wettbewerb kündigt eine große Tafel am Eingang zum Maschinensaal der Fabrik. Hier steht der Name jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters fein säuberlich aufgelistet. Dahinter dann ist zu lesen, wie oft der oder diejenige krank gewesen ist. Wieviel Stunden sie oder er gearbeitet hat. Und zu wieviel Prozent sie oder er den Plan er-

füllt hat. Und alle Faulenzer, die weniger als 110 Prozent Planerfüllung aufweisen können, sind in Rot gekennzeichnet.

Stefan Moll: Noch fünfhundert Meter hin zur Freiheit. Wie eine „Sympathisanten-Delegation“ den real existierenden Sozialismus in der DDR vorgeführt bekam. Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 1984.

SVK-Buch und Kaderakte

Jeder Mensch im arbeitsfähigen Alter besitzt das grüne SVK-Buch. Es ist eine Kombination von Sozialversicherungsausweis und Arbeitsbuch. In ihm sind seine Daten, seine Ausbildungsabschlüsse, seine Arbeitsstellen, seine Tätigkeiten, seine Krankheiten, Zahnbehandlungen, Impfungen sowie seine Fehltag und Versicherungszahlungen notiert. Dieses Buch braucht er, will er eine Arbeit aufnehmen oder einen Arzt aufsuchen. Es ist ebenso wichtig wie der Personalausweis. Es gibt erste Auskünfte über das Sozialverhalten des Arbeitenden.

Der Weg des Werktätigen durch die Institutionen wird außerdem begleitet von einem geheimnisvollen Dokument: der Kaderakte. Der Betroffene bekommt sie gewöhnlich nie zu Gesicht. Die Kaderakte enthält Paßbild, Fragebögen, Lebensläufe, Beurteilungen, Verweise, Auszeichnungen, Protokolle von Kadergesprächen – kurzum alles, was an Aussagen zur Person zusammengetragen werden kann; gebündelt liegt es im Panzerschrank der Personalabteilung. Bewirbt man sich in einem anderen Betrieb, verfolgt die Akte einen dorthin. Kündigt man, ohne eine neue Arbeit aufzunehmen, verbleibt sie im alten Betrieb. Die Kaderakte begleitet den Bürger vom ersten Arbeitstag an bis zur Rente. Er weiß, daß darin seine guten Taten und Sünden festgeschrieben sind. Er weiß nicht, wie schlampig diese Akten oft geführt sind, wie wenig aussagekräftiges Material sie enthalten. Allein die Existenz solcher Akten genügt, jedermann zu disziplinieren. Eingeschüchtert sind die Leute dadurch nicht. Immer hat der DDR-Bürger im Hinterkopf, daß seine Daten an den verschiedensten Stellen gespeichert sind und daß er sowieso keinerlei Einfluß darauf hat, wie sie verwendet werden. Hat er sich damit abgefunden, gewinnt er eine seltsame Art von Freiheit. Ihm ist gleichgültig, in welchem Licht er der Bürokratie erscheint. Was immer die Funktionäre von ihm halten, auf seine Arbeitskraft können sie nicht verzichten.

Irene Böhme: Die da drüben, Rotbuch-Verlag, Berlin 1983, Seite 21 f.

Der Plan

Ich besuchte die unterste Schicht jener derart demokratisch gewählten Volksvertreter, die drei sogenannten „Stadtbezirksabgeordneten“...

Stolz zeigen sie mir die Kopie des „Volkswirtschaftsplans des Stadtbezirks Berlin-Prenzlauer Berg, Entwurf (nur für den Dienstgebrauch)“. Schwerlich eine erbauliche Lektüre, sollte man denken. Doch in diesem Dokument erfährt man mehr über die Art dieses politischen Systems als in vielen Top-secret-Memoranden des Politbüros. Es zeigt den monumentalen Irrsinn der zentralen Zahlenplanung, vor der seither so viele Menschen in Osteuropa zu fliehen versuchen. Geht man vom Allgemeinen zum Besonderen – mit

Zahlen bis zur dritten Dezimalstelle –, kommt man vom Sublimen zum Absurden. „Der Versorgungsgrad in der Arbeiterversorgung ist auf 56 % zu steigern, dabei in der dritten Schicht auf 82 %“, ist auf Seite 10 zu lesen. „Dazu ist die HO-Gaststätte ‚Storkower-Eck‘ wieder in vollem Umfang versorgungswirksam zu machen...“

„Die Buchbestände in den Bibliotheken werden von 350 000 auf 450 000 Bände erhöht. Die Zahl der Entleihungen ist auf 108,2 % zu steigern“ (Seite 23). Man sollte einen Moment innehalten, um über diesen Satz nachzudenken. Die armen Bibliothekare, so sie bei ihrer Jahresinventur mit nur 105,76 % abschließen können. „Verzeihung, haben Sie nie daran gedacht, die Werke Schillers zu lesen? Sind doch nur siebzig. Ich werde Sie dafür vormerken.“ – „Was, Genosse! Du hast nie die Werke Rosa Luxemburgs gelesen? Hier sind sie, kannst sie alle mitnehmen!“ – „Na komm, Ottochen, wir sind doch schon groß, höchste Zeit, daß wir Hegel lesen, nicht wahr?“ Keine Rede davon, daß die Menschen ermutigt werden sollen, die öffentlichen Bibliotheken mehr zu nützen, nein, „die Zahl der Entleihungen ist auf 108,2 % zu steigern“. Ein – buchstäblicher – Irrsinn.

Timothy Garton Ash: „Und willst Du nicht mein Bruder sein...“. Die DDR heute, Spiegel-Buch Nr. 15, Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 72 ff.

Der permanente Bummelstreik

Am Eingang des Restaurants ein Schild: „Bitte warten Sie, Sie werden plaziert“. Vor dem Schild die Gäste, sie ordnen sich diszipliniert zur Schlange. Hinter dem Schild ein gähnend leeres Lokal. Niemand kommt, die Gäste einzuweisen. Kein Gast wagt sich an einen Tisch zu setzen, er würde nicht bedient. Seit Jahren ist das Sitte in der DDR. Als kürzlich die Schilder entfernt wurden, blieben die Gäste weiterhin verunsichert am Eingang stehen, wartend auf ein Zeichen des Personals. Ein eingeschliffener Reflex. Der Bürger weiß, er kann von einem anderen Werktätigen keine Dienstleistung erzwingen. Er selbst wäre auch nicht dazu bereit. Es gilt das ungeschriebene Gesetz, nicht der Kunde, sondern der Arbeitende ist König. In der Präambel des „Gesetzbuches der Arbeit“ steht: „Aus der Last der unfreien Arbeit für schmarotzende Ausbeuter wurde die freie Arbeit der Werktätigen für sich selbst und die Gesellschaft.“ Das wird wörtlich genommen. An erster Stelle die freie Arbeit für mich selbst, an zweiter die für die Gesellschaft. Obwohl vielen der Text dieses Gesetzes nicht geläufig ist, handeln alle nach dieser Auslegung.

Der Kellner läßt die Tische unbesetzt, stellt grundlos auf einige das Schild „Reserviert“, bedient langsam und mürrisch. Am nächsten Tag versorgt er die Gäste flott, bedient zuvorkommend und freundlich. Im ersten Fall hat er keine Lust auf Gäste. Es ist ihm wichtiger, mit den Küchenmädchen zu plaudern, mit seinen Kollegen die neuesten Fußballergebnisse durchzugehen oder die Zeitung zu lesen. Im zweiten Fall hat der Kellner Lust auf Gäste. Es macht ihm Spaß vorzuführen, wie gut er sein Handwerk beherrscht. Sein persönliches Wohlbefinden ist ihm wichtiger als Trinkgeld.

Irene Böhme: Die da drüben, a. a. O., Seite 28 f.

fehlender Materialversorgung oder – trotz „wissenschaftlicher Arbeitsorganisation“ – in betriebswirtschaftlichen Mängeln. Die Unzufriedenheit mit der Arbeitsorganisation ist denn auch – das zeigen Umfragedaten – in Industriebetrieben relativ groß. Auch die noch vielfach als nicht zufriedenstellend bewerteten technischen und arbeitshygienischen Einrichtungen am Arbeitsplatz sind mit ein Grund für einen schleppenden Produktionsablauf im Industriebetrieb. Dieser vielfach planerisch-organisatorisch verursachte Rückstand soll dann in einem oft hektisch wirkenden Wettbewerbseinsatz vor allem am Ende einer Planperiode wieder aufgeholt werden, um das Plansoll doch noch zu erfüllen.

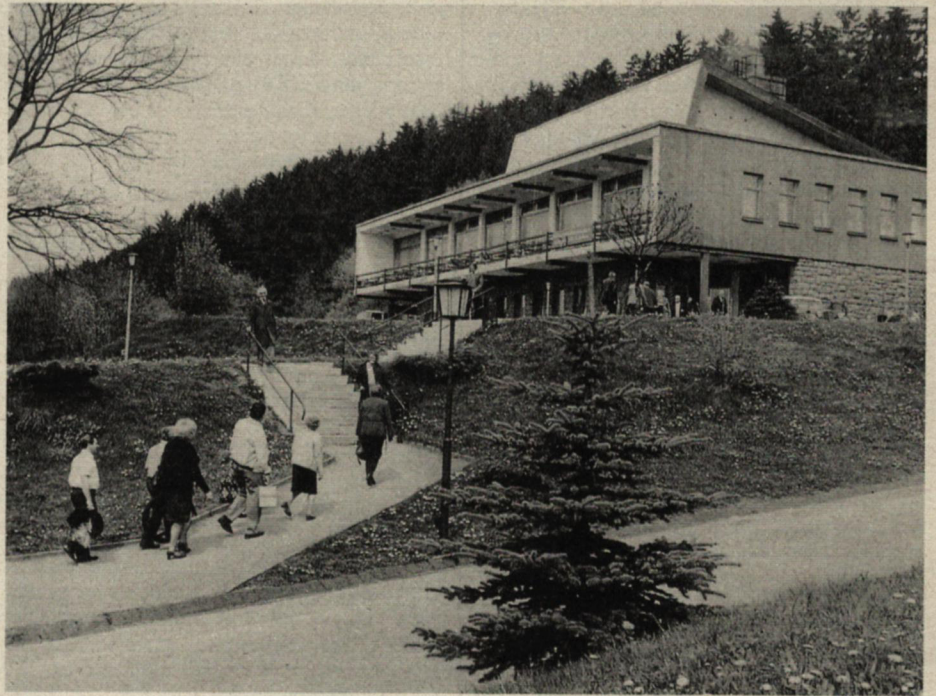
Auch im Dienstleistungsbereich ist der Wettbewerb oft nur ein (wenig wirksames) Mittel, dem „permanenten Bummelstreik“ (Irene Böhme) entgegenzusteuern, mehr Eifer und Freundlichkeit bei der Versorgung von Kunden und Gästen zu erreichen. Auch hier beinhalten die Verpflichtungen oft Selbstverständlichkeiten, wie zum Beispiel regelmäßige Kontrolle der Warenbestände, freundliche Bedienung, Versorgung der Kunden mit qualitativ guter Ware, Sauberkeit, geregelte Öffnungszeiten...

„Arbeitnehmermentalität“ auch in der DDR

Das Verhalten vieler Beschäftigter, auch der Arbeiter, der Vorhut der Werktätigen, zeigt vielfach noch nicht die Merkmale des „sozialistischen Eigentümers“, dessen vorrangiges Eigeninteresse die Steigerung der Produktion und ihrer Effizienz sein sollte. Viele Verhaltensweisen sind eher Indiz für die Fortdauer einer „Arbeitnehmermentalität“ auch unter geänderten Eigentumsverhältnissen. Die wenigen verfügbaren Daten aus industriesoziologischen Untersuchungen weisen darauf hin, daß für die Arbeiter leistungsgerechte Entlohnung, gute Arbeitsorganisation, gute fachliche Kenntnisse des Leiters und harmonische Beziehungen innerhalb des Arbeitskollektivs von hoher Bedeutung sind (Horst Laatz); allenfalls der letzte Punkt zeigt hier eventuell ein stärker gesellschaftsbezogenes Bewußtsein. Aber gerade die politische und kulturelle Arbeit im Betrieb, ein Herzstück der sozialistischen Bewußtseinsbildung, hat vergleichsweise geringe Bedeutung. Auch die Einrichtungen der Mitwirkung und Mitbestimmung im Betrieb werden – mit Ausnahme der unmittelbar berührenden Probleme wie Entlohnung und Arbeitsbedingung, Wettbewerbsprogramme – eher skeptisch beurteilt, vor allem was die Mitarbeit an Planung und Leitung anbelangt.

Verschärfte Auslese durch technologischen Wandel

Der technologische Wandel und der Eintritt geburtenstärkerer Jahrgänge in das Erwerbsleben führten neuerdings auch in der DDR zu gewissen Anspannungen auf



Der Bezirk Suhl ist das zweitgrößte Erholungsgebiet der DDR und bietet 825 000 Erholungsuchenden Platz. ADN: „Blick auf die Urlauberversorgungseinrichtung in Waldau.“

dem Arbeitsmarkt. Doch gibt es keine Arbeitslosigkeit, auch weil wegen der überalterten Produktionsanlagen in der Industrie weit mehr Arbeitskräfte benötigt werden als bei modernen Anlagen, die gleichzeitig eine höhere Arbeitsproduktivität ermöglichen. Bei betrieblichen, der Modernisierung dienenden Umstellungen dauert die Überleitung auf einen neuen oder veränderten Arbeitsplatz relativ lange. Auch die Zahl der Überqualifizierten, die nicht angemessen beschäftigt werden, wächst; wer von sich aus kündigt, hat Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden (ein Zeichen dafür sind die Stellengesuche in den Tageszeitungen); vor allem wird die Lenkung der Berufswünsche der Jugendlichen nach den „gesellschaftlichen Notwendigkeiten“ immer spürbarer. Besonders auffällig sind die Zulassungsbeschränkungen für qualifizierte Ausbildungsgänge. So sank zum Beispiel die Zahl der Schüler in der Klasse 12 der Erweiterten Oberschule (EOS) von 27 791 (1972) auf 22 645 (1982) und die Zahl der Studienanfänger an Universitäten und Hochschulen im Direkt- und Fernstudium von 39 449 (1972) auf 31 583 (1985).

Der Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung liegt inzwischen (anders als in den 50er und 60er Jahren) weit unter dem der Bundesrepublik Deutschland (1985: In der DDR auf 1000 Einwohner 7,8 Studenten, in der Bundesrepublik 20,7).

„Laufbahngesellschaft“ und „Aussteiger“

Die verschärfte Auslese nach fachlichen Leistungen, aber auch nach gesellschaftlich-politischem Engagement einerseits,

die verschlechterte Chance, den gewünschten Beruf auch wirklich erlernen zu können und die verringerten Aufstiegschancen andererseits sind Ursachen für zwei neuerdings zu beobachtende gegensätzliche Verhaltensweisen von jungen Leuten. Es gibt die Lern- und Leistungswilligen, die sich im Interesse ihrer Karriere dem strengen fachlichen und politischen Ausleseverfahren unterwerfen, sie prägen das Bild der „leistungsorientierten Laufbahngesellschaft“ (Peter Christian Ludz) der DDR.

Daneben finden sich aber verstärkt vor allem Jüngere, die sich den Anforderungen dieser sozialistischen Leistungsgesellschaft zu entziehen scheinen: Schulabbrecher, die es auch nicht bis zur 8. Klasse der Oberschule schaffen (vor allem auf dem Land), Berufswechsler, Leute mit abgebrochener Lehre, die von häufig wechselnden Gelegenheitsarbeiten leben (vor allem in den größeren Städten), aber auch Intellektuelle, die unter Verzicht auf höheres Einkommen und beruflichen Aufstieg eine „Nische“ in der Arbeitswelt suchen, die ihnen – politische – Anpassungsleistung möglichst erspart.

Freizeit und Erholung

Neben dem Recht (und der Pflicht) zur Arbeit garantiert die DDR in ihrer Verfassung das Recht auf Freizeit und Erholung (Art. 34), wobei auch der Gestaltung von Freizeit und Erholung eine bestimmte Zielvorstellung zugrundeliegt, wie sie sich zum Beispiel in Art. 25 zeigt: das „Voranschreiten“ zum „allseitig gebildeten und harmonisch entwickelten Menschen“. Dem Bürger wird das „Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben“ zugesichert.

Die Freizeit muß „sinnvoll und effektiv“ verwendet werden: „Inhalt und Umfang ihrer sinnvollen Nutzung werden durch gesellschaftliche Erfordernisse beeinflusst und begrenzt“. Die wirtschaftliche Lage (bislang Arbeitskräftemangel, Mängel in der Güterversorgung) und die politischen Vorgaben sind die Ursache dafür, daß die Freizeit relativ knapp bemessen ist, die Möglichkeiten freier Gestaltung eingeschränkt sind (zum Beispiel Reisen) und sie starken Eingriffen und Reglementierungen unterliegt (zum Beispiel Verpflichtung zu politisch-gesellschaftlichen Aktivitäten). Dieser Versuch, die Freizeit im Sinne politischer Zielsetzungen zu gestalten und zu kontrollieren, führt aber auch dazu, daß viele Bürger diesen Zugriff abwehren, indem sie sich in ihrer Freizeit auf den engsten Privatbereich zurückziehen: Familie, Freundeskreis, nicht organisierte Freizeitgruppen oder auf staatsferne Räume wie die Kirche.

Die Freizeit, also die Zeit, die nicht durch Berufsarbeit ausgefüllt wird, ist etwas kürzer als in der Bundesrepublik: Die Lebensarbeitszeit ist etwas länger, da es keine flexible Altersgrenze, kein vorgezogenes Altersruhegeld gibt; die Wochenarbeitszeit mit 43¼ Stunden etwas höher (nur Werk-tätige unter besonderen Bedingungen, zum Beispiel Mütter mit 2 Kindern unter 16 Jahren, Schwerstarbeiter, arbeiten 40 Stunden); der Urlaubsanspruch mit 4 Kalenderwochen (21 Werk-tage Grundurlaub) geringer. In dieser arbeitsfreien Zeit muß man Schlafen, Essen, den Weg zur Arbeitsstelle zurücklegen, Besorgungen/Einkäufe machen, den Haushalt versorgen, und nur der Rest ist wirklich Freizeit. Dabei ist vor allem der Zeitaufwand für das Beschaffen und Einkaufen von Gütern des täglichen Bedarfs eine aufwendige und freizeitraubende Tätigkeit, das Suchen, Warten, Schlangestehen verkürzt vor allem die Freizeit von Frauen. Auch die Versor-

gung des Haushalts belastet trotz der anderslautenden Forderungen des Familien-gesetzbuches vor allem Frauen. Die Zahlen aus einer DDR-Studie aus dem Jahre 1981 zeigen dies deutlich.

Verfügbare tägliche Freizeit
(ohne freies Wochenende)

	bis 1 Std.	bis 2 Std.	bis 3 Std.	bis 4 Std.	über 4 Std.
Frauen	14 %	35 %	30 %	14 %	7 %
Männer	7 %	20 %	29 %	24 %	20 %

Freizeit in der Deutschen Demokratischen Republik, Reihe: Die DDR · Realitäten – Argumente, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1981, S. 35.

Die Ausstattung der Haushalte mit arbeits-erleichternden Haushaltsgeräten ist – un-abhängig von der Berufszugehörigkeit – relativ gut, nur ist ihr Erwerb mit großer Mühe (Wartezeit) und hohen Kosten ver-bunden (siehe Schaubild unten).

Viel Freizeit benötigen Reparaturen, War-tung, Pflege beziehungsweise das Be-schaffen der notwendigen Materialien, be-sonders, wenn man ein solch begehrtes und prestigeträchtiges Konsumgut wie ein Auto besitzt oder gar Eigentümer eines Wochenendhauses ist.

Organisierte Freizeit

Das Freizeitbudget wird noch weiter ein-geschränkt, da von dem im Arbeitsprozeß Stehenden gesellschaftliche Aktivitäten (Partei, Gewerkschaft, „freiwillige“ Arbeits-einsätze zur Verschönerung des Wohnge-bietes oder Betriebes) erwartet werden. Davon sind einige (Gewerkschaftsarbeit) in die Arbeitszeit einbezogen, andere aber finden während der Freizeit statt. Sicher gilt hier die Grundregel: Je höher die Posi-

tion, je ehrgeiziger der Karrierewunsch, desto größer die Freizeitbelastung, aber den gesellschaftlichen Aktivitäten und Ver-pflichtungen entziehen kann sich nur, wer noch nicht oder nicht mehr im Ausbil-dungs- und Arbeitsprozeß steht beziehungsweise keinen Wert auf beruflichen Aufstieg legt.

Auch Sport und Kultur, Vergnügen und Ur-laubstreisen sind als nicht privat organi-sierte Freizeit staatlichem Eingriff unter-worfen und haben eine gesellschaftspoliti-sche Funktion.

Daß der Spitzensport als Mittel, das inter-nationale Ansehen der DDR zu fördern, benutzt wird, ist bekannt. Aber auch der Breitensport, eine der beliebtesten Frei-zeitbeschäftigungen vor allem bei jünge-ren männlichen DDR-Bewohnern, dient politischen Zwecken, wenn zum Beispiel der Erwerb des Sportabzeichens unter dem Motto : „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“ steht.

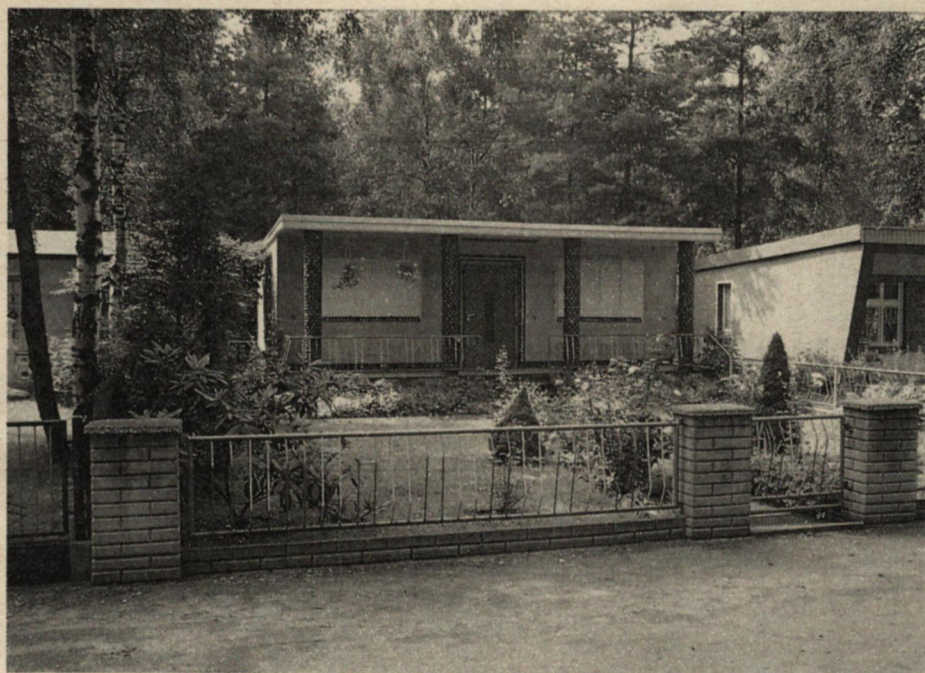
Das kulturelle Leben

Ein „kulturelles Leben“ ist Merkmal der sozialistischen Persönlichkeit, der Bürger hat nach der Verfassung ein „Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben“. Der Kul-turbegriff hat im Verlauf der DDR-Ge-schichte eine Wandlung erfahren: In den 50er und frühen 60er Jahren wurden – nach sowjetischem Vorbild – zur Kultur nur Künste und Wissenschaft gezählt; durch den Ausbau des Bildungssystems vor allem sollten die Massen in die Kultur hineingeführt werden. Die „Kulturrevolu-tion“ wurde 1958 von Ulbricht zum Be-standteil der „sozialistischen Umwälzung“ erklärt. Mit dem „Bitterfelder Weg“ (1959) sollte die Bewegung der schreibenden Ar-beiter ins Leben gerufen werden, von der man hoffte, sie würde zu einer „Haupt-quelle der sozialistischen Nationalliteratur“ werden und auch in der Literatur die Ar-beiterklasse zur bestimmenden Kraft ma-chen. Die Produkte der unter der Losung: „Kumpel, greif zur Feder, die sozialistische Nationalkultur braucht dich!“ entstandenen Arbeiterliteratur wurden auf der zwei-ten Bitterfelder Konferenz 1964 vor allem von etablierten Schriftstellern heftig kriti-siert (Erwin Strittmatter: „Gut gemeintes Gestammel“); 1973 wurde dieser Versuch, eine Einheit von Arbeit, Politik und Litera-tur herzustellen, den Gegensatz von Kopf- und Handarbeit aufzuheben, endgültig für gescheitert erklärt.

In den späten 60er und 70er Jahren setzte sich dann auch ein neuer, weiterer Kultur-begriff durch, der zum Beispiel zwischen dem geistig-kulturellen Leben (also Wis-senschaft und Kunst) und der „sozialisti-schen Arbeiterkultur“, „Kultur der Um-welt“, „Kultur in den menschlichen Bezie-hungen und im persönlichen Leben“ unter-scheidet. Der Werktätige schafft durch seine Aktivität Kultur in *allen* Lebensberei-chen. Er soll sich das „humanistische Kul-turerbe“ (das heißt die Kultur im engeren Sinne) aneignen, aber man sieht jetzt ein,

Bungalow im Urlaubs- und Erholungszentrum Talsperre Spranberg im Bezirk Cottbus.





Erholungsgebiet mit „Datschen“ in Schleife (Bezirk Cottbus).

daß dieser Prozeß sehr langwierig sein wird. Seit Mitte der 70er Jahre werden denn auch soziologische Forschungen veröffentlicht, die zeigen, daß nicht nur Erziehung und Ausbildung in Familie und Schule, sondern ebenfalls die Arbeitsplatzsituation, die physischen und psychischen Anforderungen eine entscheidende Rolle bei der Weckung der kulturellen Bedürfnisse und den kulturellen Aktivitäten in der Freizeit spielen.

Die vorliegenden Daten weisen darauf hin, daß auch in der DDR ältere Arbeiter lieber Operettenmelodien und jüngere Pop-Musik hören als Sinfonien oder Kammermusik. Der Theater- und Konzertbesuch ist zwar (bezogen auf die Einwohnerzahl) doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik, (niedrige Eintrittspreise, Vergabe von Kartenkontingenten über die Betriebe, teilweise auch kollektiver Besuch, haben hier sicher die Hemmschwelle für den Besuch von Oper und Theater herabgesetzt), aber auch hier ist das Interesse bei besser Ausgebildeten deutlich höher.

Die Kulturarbeit in den Betrieben, die von der Gewerkschaft und den Kulturorganisationen getragenen Bildungs- und Freizeitveranstaltungen in den Kulturhäusern scheinen vor allem bei Arbeitern relativ wenig Anklang zu finden.

Die Ursache mag darin liegen, daß man sich nicht die wirklich freie Zeit beschränken lassen möchte, daß man eine Politisierung durch die organisierten Aktivitäten befürchtet, aber vielleicht auch darin, daß soziale Herkunft und Ausbildung weiterhin Hemmnisse in den Weg legen.

Ihren hohen Stellenwert als „Ersatzöffentlichkeit“ (Irma Hanke), als Ort der Artikula-

tion von Information und Selbstdarstellung, von Wünschen und Kritik wie von Sinngebung hat die Literatur wohl für eine politisch gewichtige, aber zahlenmäßig nur relativ kleine Gruppe der Bevölkerung.

Urlaub

Ein herausgehobener Bereich der Freizeit ist der Urlaub. Die Vermittlung von Ferienplätzen und -reisen ist praktisch Monopol der Betriebe, des FDGB und der FDJ. Einerseits wird ihr Angebot als preiswerte Dienstleistung gerne angenommen, andererseits als Instrument der Kontrolle und Gängelung auch in der Freizeit kritisiert.

Denn die Zuteilung von Ferienplätzen und -reisen richtet sich oft nicht nach individuellen Wünschen; wer zum Beispiel in einem Jahr einen Platz an der Ostsee erhalten hat, kann im nächsten Jahr dort nicht unbedingt einen Ferienplatz erwarten.

Besonders die Jugend ist Objekt der politischen Betreuung in der Freizeit; das umfassende Ziel der Jugendpolitik, daß junge Leute „auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen und zu leben“ haben, fordert auch die Lenkung und Reglementierung der Freizeit. So wird zum Beispiel im Jugendgesetz von 1974 in zahlreichen Paragraphen vorgeschrieben, wie die Jugendlichen durch Kultur, Sport, Freizeitgestaltung und Touristik zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ herangebildet werden sollen. Selbst das Bedürfnis der Jugend nach Tanz und Vergnügen macht sie zum Gegenstand staatlicher Fürsorge. Da ist denn nicht verwunderlich, daß viele Jugendliche die organisierte Freizeit (Jugendspartakiaden, Freizeitaktivitäten in Jugendklubs und -häusern) nicht als Freizeit, sondern als Fortsetzung der Lenkung und Kontrolle

von Schule und Beruf mit anderen Mitteln empfinden. Ausweichmöglichkeiten, andere öffentliche Räume gibt es nicht, Cafés und Kneipen sind rar, Jugendliche dort oft unerwünscht.

Rückzug ins Private

Die ständige Bevormundung und Reglementierung, Leistungsdruck in Schule und Beruf, Anpassungsdruck in der Freizeit erklären denn auch den allseits zu beobachtenden Rückzug in den Privatbereich. Das führt – wie der DDR-Schriftsteller Werner Heiduczek es nennt – dazu, daß Jugendliche „ein gespaltenes Leben leben – ein offizielles und ein privates unter sich“. Die Mehrzahl der Jugendlichen gehört nicht-organisierten Freizeitgruppen an, man hört Musik, treibt Sport, geht in die Disko oder das Kino, feiert „Feten“, die Diskussion über Politik ist selten. Vielfach spannt sich ein Netz von Freundschaften, oft über die ganze Republik. Auch die Ansätze zu einer jugendlichen Alternativkultur in den Großstädten und vor allem die verstärkte Hinwendung junger Leute zur Kirche sind Ausdruck dieses Ausweichens, eine stille Verweigerung der politischen Inanspruchnahme.

Bei Jugendlichen wie bei den Erwachsenen bestimmt der Rückzug ins Private das Freizeitleben. Die beliebtesten Freizeitbeschäftigungen der älteren Generation (Fernsehen, Spielen mit Kindern, Gartenarbeit, Handarbeiten) vollziehen sich im Kreis der Familie, der Verwandten und engsten Freunde. Man trifft sich, redet miteinander, feiert; die private, nicht organisierte Geselligkeit hat einen großen Stellenwert.

Dieser Rückzug in den Privatbereich, aus dem die Politik bewußt ausgeklammert ist, zeigt sehr deutlich das Fortbestehen einer Spannung zwischen dem Anspruch des Systems nach einer sozialistischen Gestaltung aller Lebensbereiche seiner Bürger und der sozialen Wirklichkeit.

IX. KIRCHEN

Kirchliche Gemeinschaften sind in sozialistischen Staaten Fremdkörper, nicht nur weil Marx in der Religion „Opium für das Volk“ sah, sondern weil sie letztlich nicht vollständig vom Staat zu kontrollieren und in seinen Dienst zu stellen sind. In der DDR war die SED in den ersten Jahren bemüht, den Einfluß der Kirchen systematisch zurückzudrängen. Dann wurde versucht, die gesamtdeutschen Bindungen der Kirchen weitgehend einzugrenzen. Seit rund zwölf Jahren ist es das Ziel der SED, die Kirche an die „entwickelte sozialisti-

sche Gesellschaft" der DDR anzupassen. Heute ist eine mehr oder weniger „friedliche Koexistenz“ möglich, die aber nicht frei von Nadelstichen und persönlichen Benachteiligungen von Seiten des Staates gegenüber den Gläubigen ist. Das trägt zur rapiden Verkleinerung der kirchlichen Gemeinschaften bei, die sich schließlich auf einen Stamm echter Gläubiger beschränkt sehen.

Die Existenzbedingungen kirchlicher Gemeinschaften, die Größe ihres Freiraumes sind jedoch auch von ihrer zahlenmäßigen Stärke abhängig. Die Freiheit der polnischen Kirche zum Beispiel beruht auf ihrer starken Verankerung im polnischen Volk. Die Machtbalance zwischen kommunistischem Staat und katholischer Kirche trägt dort dementsprechend dazu bei, daß der Raum religiöser Freiheit in Polen am größten im ganzen Ostblock ist.

Vom *katholischen Eichsfeld* (das historisch zum Erzbistum Mainz gehörte) einmal abgesehen, sind die heutigen Gebiete der DDR seit der Reformation immer überwiegend protestantische Lande gewesen. Katholiken lebten dort nur zerstreut (*Diaspora*). Daß zur Zeit der Gründung der DDR rund 15 Prozent ihrer Einwohner katholisch waren, lag nicht zuletzt an den Flüchtlingen aus Schlesien und Ostpreußen. Heute ist der Katholikenanteil auf 7 Prozent der DDR-Bevölkerung geschrumpft.

Zur evangelischen Kirche bekennen sich heute noch rund 42 Prozent der DDR-Bewohner. Insgesamt gehören somit heute rund 49 Prozent der Einwohner der DDR einer christlichen Religionsgemeinschaft an. Auf Druck der DDR-Regierung hin haben sich die acht evangelischen Landeskirchen 1969 von der „Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ getrennt und sich zum „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK)“ zusammengeschlossen. Die sechs Jurisdiktionsbezirke der katholischen Kirche (nur das Bistum Meißen liegt ganz auf dem Territorium der DDR) sind in der Berliner Bischofskonferenz zusammengeschlossen.

Die für die Kirchen zuständige staatliche Behörde ist das Staatssekretariat für Kirchenfragen. Die CDU hatte seit Gründung der DDR die Aufgabe, die Christen an den Sozialismus „heranzuführen“. Zugleich versucht sie aber, in beschränktem Umfang auch kirchliche Interessen in der DDR zum Zuge kommen zu lassen (augenfällig geworden durch das Abstimmungsverhalten einiger CDU-Volkskammerabgeordneter bei der Einführung der Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbruch).

Sozialbereich

Vor allem im sozialen Bereich ist die Bedeutung der Kirchen erheblich. Die evangelische Kirche unterhält in 48 Krankenhäusern über 6000 Betten, auf katholischer Seite sind es über 5000 Betten in 34 Krankenhäusern – das sind zusammenge-



Blues-Messe am 27. April 1984 in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg.

nommen rund 7 Prozent des Bettenangebotes in den Krankenhäusern der DDR. Hinzu kommen kirchliche Krankenpflegeschulen, Pflegeheime, Altenheime, Kur- und Erholungsheime und Kinderheime in beträchtlichem Umfang. Hier tun sich nicht nur Freiräume für Kranke, Pflege- und Hilfsbedürftige auf, auch für das Personal ergeben sich hier „Nischen“: Wenig Anpassungsbereite oder gar politisch Mißliebige können hier Arbeit und Lebensinhalt finden. Die Leistungen dieser Krankenhäuser, Heime und so fort werden größtenteils über die staatlich festgesetzten Pflegesätze finanziert.

Die Kirchen in der DDR dürfen von ihren Mitgliedern eine Art Kirchensteuer erheben (freilich im Gegensatz zur Bundesrepublik ohne staatliche Mithilfe). Sie beziehen zudem finanzielle Unterstützung von den Kirchen in der Bundesrepublik. Schließlich verfügen sie noch immer über einen nicht unbeträchtlichen *Grundbesitz* (8700 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, die von 46 Betrieben mit insgesamt 600 Mitarbeitern bewirtschaftet werden).

Kristallisationspunkt oppositionellen Verhaltens

Auch wenn Bischof Schönherr seinerzeit als Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erklärte: „Wir wollen nicht Kirche gegen, nicht Kirche neben, sondern Kirche im Sozialismus sein“, ist nicht zu übersehen, daß die Kirchen immer wieder zum Kristallisationspunkt oppositionellen Verhaltens in der DDR werden. Kirchliche Veranstaltungen stellen eine Rückzugsmöglichkeit gegenüber der ständigen Präsenz und dem Zugriff von Partei und Staat dar. So ist das religiöse Interesse gerade unter den Ju-

gendlichen im Zunehmen begriffen. Jugendgottesdienste sind in der DDR vielerorts stark besucht.

Die Kirchen ihrerseits machen sich zum Sprecher der Nöte Jugendlicher, wie sich nicht nur 1979 bei ihrer Opposition gegen die Einführung des Wehrunterrichts zeigte. Andererseits sind aber auch Versuche der SED-Führung zu beobachten, die kirchlichen Hierarchien zur Besänftigung christlich-motivierter oder auch politisch-sozialer Opposition zu nutzen.

X. OPPOSITION IN DER DDR

Eigentlich kann es Opposition in der DDR gar nicht geben, nach der marxistisch-leninistischen Ideologie ist sie illegitim. So heißt es im „Kleinen Politischen Wörterbuch“ der DDR (Berlin 4. Aufl. 1983, S. 695):

In sozialistischen Staaten existiert für eine O. keine objektive, soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit allen anderen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, deren Grundinteressen mit denen der anderen Klassen und Schichten prinzipiell übereinstimmen.

Nur dort, wo sich Klassen feindlich gegenüberstehen, gibt es Opposition – nämlich als Widerstand gegen die „herrschende Klasse“. Wie jede sozialistische Gesellschaft zeichne sich die DDR dadurch aus,

daß es Ausbeutung und Klassenkampf nicht mehr gebe. Vielmehr seien die nach wie vor vorhandenen Klassen – Arbeiter und Genossenschaftsbauern beziehungsweise Handwerker – freundschaftlich miteinander verbunden.

Innerhalb eines solchen Klassenbündnisses kommt der Arbeiterklasse die Führung zu. Deren Wille wird durch die marxistisch-leninistische Partei, die SED, formuliert und ausgeführt. Als eine Partei bolschewistischen Typs kennt auch sie keine legitime *interne* Opposition.

„Staatsfeindliche Hetze“

Dennoch gab es und gibt es in der DDR oppositionelle Haltungen und Oppositionsbewegungen. Sie können offiziell nur als den objektiven Gesetzmäßigkeiten zuwiderlaufend gedeutet, als Abirrungen und Verfehlungen eingeschätzt und als kriminelle Handlungen abgestempelt werden. So kennt das Strafgesetzbuch der DDR (in der Fassung von 1979) den Straftatbestand der „Staatsfeindlichen Hetze“ (§ 106):

(1) Wer die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angreift oder gegen sie aufwiegelt, indem er 1. die gesellschaftlichen Verhältnisse, Repräsentanten oder andere Bürger der DDR wegen deren staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit diskriminiert; 2. Schriften, Gegenstände oder Symbole zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Repräsentanten oder anderen Bürgern herstellt, einführt, verbreitet oder anbringt; 3. die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen der DDR diskriminiert, ...wird mit Freiheitsstrafe von 1 bis zu 8 Jahren bestraft.

Ähnlich steht die „staatsfeindliche Gruppenbildung“ unter Strafe (§ 107 StGB). In beiden Fällen sind die Straftatbestände äußerst vage gefaßt.

Systembedingte Probleme

Die DDR weist einige Grundprobleme auf, die immer wieder den Nährboden für oppositionelle Haltungen und Bewegungen abgeben:

- Die Umwälzung nach 1945 und die Errichtung des gegenwärtigen Systems kamen nicht aus der Bevölkerung selbst, sondern wurden ihr von oben übergestülpt, von „außen“ aufgezwungen. Daraus ergibt sich bis heute eine „Legitimationslücke“.

- Die Abhängigkeit von der Sowjetunion.

- Die ungelöste nationale Frage und das nicht ausgelöschte Verlangen nach Wiedervereinigung bzw. dem Selbstbestimmungsrecht. Von daher sind in der DDR – anders als in anderen Ostblockstaaten – nationale Energien zur Stabilisierung des Systems nicht mobilisierbar.

- Das Vorenthalten wichtiger individueller Freiheitsrechte, insbesondere auch die enge Beschränkung der Reisemöglichkeiten.



Die Berliner Friedenswerkstatt im Juli 1983 in und um die Erlöserkirche stand unter dem Motto „Frieden pflanzen“.

- Die Vergleichsmöglichkeiten der Lebensverhältnisse mit dem Westen, namentlich mit der Bundesrepublik. „Legitimation durch Leistung“ konnte dem DDR-Regime nicht gelingen, denn die DDR-Bevölkerung mißt ihren Lebensstandard nicht an dem (niedrigeren) in der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten, sondern an dem in der Bundesrepublik.

- Der Widerspruch zwischen marxistischer Lehre und „realsozialistischer“ Praxis.

Friedens- und Ökologiebewegung

Zu diesen Problemen, die ja zum Teil Geburtsfehler sind, kommen die Auswirkungen länders- und systemübergreifender Strömungen wie gegenwärtig die Bewegung gegen die umfassende Bedrohung der menschlichen Existenz durch moderne Massenvernichtungsmittel und gegen die Gefährdung unserer ökologischen Existenzgrundlagen (Friedensbewegung, Ökologiebewegung, meist miteinander verbunden). Während solche Bewegungen in westlichen Systemen legitim sind, sich auch politisch und organisatorisch verfestigen können (ökologische Parteien), politische Entscheidungen durchsetzen wollen und nach Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß streben, wird darin in der DDR eine – auch rechtlich – unerlaubte Gefährdung des Machtmonopols der „Arbeiterklasse“ und ihrer marxistisch-leninistischen Partei gesehen. Die Bewegung wird kriminalisiert. Selbst der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ wird daher verboten. Freilich bietet die DDR-Gesellschaft inzwischen einige „Nischen“, um sich solchen staatlichen Zugriffen begrenzt entziehen zu können. Von besonde-

rer Bedeutung ist hier vor allem die (evangelische) Kirche, die – als „staatsfreier Raum“ – für die namentlich jungen Menschen der Friedens- und Ökologiebewegung Versammlungs- und Mitteilungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt. Allerdings hütet sich die Kirche davor, sich voll und ganz mit diesen Bewegungen zu identifizieren. Denn das könnte auf die Dauer ihre organisatorische Eigenständigkeit beeinträchtigen, davon aber hängt wiederum ihre Möglichkeit ab, Nischen für unangepaßte Menschen und nicht konforme Bewegungen anzubieten.

Sozial sind Friedens- und Ökologiebewegung in der DDR nicht eindeutig festzumachen. Es scheint aber ähnlich zu sein wie etwa in der Bundesrepublik: Die Kinder der „etablierten“ Intelligenz sind überrepräsentiert.

Opposition in verschiedenen Bereichen

Deutlich sozial zuzuordnen sind demgegenüber die anderen Oppositionsbewegungen, die es in der Geschichte der DDR gab:

- Die bürgerliche Opposition der durch die politisch-sozialen Umwälzungen in der SBZ/DDR Entmachteten und von politischer Mitwirkung Ausgeschlossenen. Sie ist im Verlaufe der Zeit von abnehmender Bedeutung: durch die Massenflucht (vor allem bis zum Bau der Mauer), durch biologische Gesetzmäßigkeit (sie „stirbt aus“), durch die „Macht des Faktischen“. Ihr Ziel war, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen wieder rückgängig zu machen.

- Opposition innerhalb der Arbeiterschaft. Am empfindlichsten muß sich ein Regime,

Der Mensch zwischen Anspruch und Realität

Die sozialistische Persönlichkeit

Die sozialistische Persönlichkeit ist kein fernes Zukunftsideal; ihre Züge bilden sich täglich im Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen um die Erfüllung der vielseitigen Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft aus. Die Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit ist eine vorrangige Aufgabe des sozialistischen Staates und der marxistisch-leninistischen Partei. Die Behauptung imperialistischer Ideologen, die Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit führe zur Uniformierung der Menschen, entbehrt jeder Grundlage und dient allein dem Zweck, den Sozialismus zu diskreditieren. Die Entwicklung des Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit kann nur in der Gemeinschaft und durch diese geschehen. Die Tätigkeit des einzelnen zum Nutzen der Gesellschaft ermöglicht es dieser erst, alle Bedingungen zur Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen. Im Sozialismus werden die Gedanken und Erkenntnisse der großen humanistischen Denker der Vergangenheit aufgehoben und verwirklicht. »Die Ausprägung der sozialistischen Lebensweise entspricht den Interessen aller Werktätigen und ihrem Streben nach einem sinnerfüllten, inhaltsreichen und schönen Leben in der sozialistischen Gemeinschaft. Sie ist untrennbar mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten verbunden, deren Denken und Handeln vom sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus gekennzeichnet ist. Dazu gehören das Eintreten für die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse, Treue zum Sozialismus und die Bereitschaft, seine Errungenschaften zu schützen und zu verteidigen.« (Programm der SED, S. 74)

Kleines politisches Wörterbuch, Dietz-Verlag, Berlin (Ost), 4., überarbeitete und ergänzte Auflage 1983, Stichwort „Persönlichkeit“ (Auszug), S. 730 f.

Die Schaffung des neuen Menschen

Die Schaffung des neuen Menschen ist nicht einmal in der UdSSR gelungen, in der die kommunistische Herrschaft schon mehr als sechs Jahrzehnte andauert. Auch dort bestehen trotz aller Erziehungs- und Prägungsversuche Individualität und Freiheitswille der Menschen weiter. Der ständige ideologische Kampf der KPdSU gegen die „Überbleibsel des Kapitalismus“ in den Hirnen der Menschen und gegen die „Einflüsse der bürgerlichen Ideologie“ spricht eine deutliche Sprache.

Zur Zeit der Gültigkeit des alten Programms der SED hatte sich Ulbricht in den Glauben hineingesteigert, er habe den neuen Menschen bereits weitgehend geschaffen. In seiner Theorie von der sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR kam dies zum Ausdruck. Die Väter des neuen Partei-programms haben mit dieser Illusion gründlich aufgeräumt. Realistischer als Ulbricht mußten sie erkennen, daß diese Gemeinschaft neuer Menschen nur in der Phantasie des alternden Ulbricht bestand, nicht aber in Wirklichkeit. Deshalb setzten sie den Kampf um die Herausbildung des neuen Menschen erneut und mit einer hohen Prioritätsstufe auf die Tagesordnung, ohne sich festzulegen, wann er endgültig geschaffen sei.

Die Praxis zeigt, daß sich die Menschen nicht geistig uniformieren und zu einem ein-

heitlichen Denken und Handeln zwingen lassen, sondern daß es immer unterschiedliche Interessen, Auffassungen, Talente und Lebensziele gibt. Das Menschenbild der SED widerspricht dieser Pluralität der Menschheit, und es wird sich nicht realisieren lassen. Hier liegt der Hauptwiderspruch zwischen den Vertretern freiheitlicher, pluralistischer Auffassungen und den Kommunisten.

Honeckers Parteiprogramm, Reihe: Die DDR - Realitäten - Argumente, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1980, S. 69.

Der reale sozialistische Mensch

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die gesetzmäßig zur Herausbildung eines wirklich sozialistischen Menschen tendiert und diesen fordert, wird durch die Entartung des realen Sozialismus in sein Gegenteil umgekehrt: die Züchtung eines kleinbürgerlichen Spießers, dessen Bedürfnisse nicht befriedigt und dessen persönliche Freiheit unterdrückt werden. Die Konsequenz ist, daß ein frustrierter, desillusionierter, aggressiver, unterdrückter Menschentyp entsteht, der sich seiner Unterdrückung zu entziehen sucht, indem er sich wo immer möglich vom gesellschaftlichen Leben in seine vier Wände zurückzieht, in die Geborgenheit der Familie. Das Ergebnis dieser Entfremdung: eine unsoziale Aggressivität und Rücksichtslosigkeit des DDR-Bürgers in seinen öffentlichen Beziehungen. Sie ist mir immer ganz besonders aufgefallen, wenn ich sie mit dem sozialen Verhalten der Bürger im Kapitalismus vergleiche, die ich gut kenne: die Briten, Japaner, Kalifornier und Kölner. Alles Menschen, die unter stark ausgeprägten kapitalistischen Verhältnissen leben. Die Höflichkeit, Zuvorkommenheit und Rücksichtnahme dieser Menschen unterscheidet sich vom öffentlichen Verhalten der DDR-Bürger wie Tag und Nacht.

Und hier liegt auch sicherlich der Kern der real sozialistischen Tragödie. Denn mit einem solchen kleinbürgerlichen, frustrierten, unsozialen Spießler läßt sich keine neue sozialistische Gesellschaft aufbauen, der sozialistische Wettbewerb nicht zu einem höheren Leistungsprinzip entwickeln als das kapitalistische. Im Gegenteil, mit einem solchen Menschentyp wird der sozialistische Wettbewerb zu einem gänzlich untauglichen Leistungsprinzip, das das Desinteresse an der Arbeit und am gesellschaftlichen Fortschritt nur noch weiter potenziert.

Franz Loeser: Die unglaubliche Gesellschaft, Bund Verlag, Köln 1984, S. 115 f.

Die Vaterrolle des Staates

Der Staat denkt für dich. Wer das nicht anerkennt, ist eigenwillig, trotzig, muß gezügelt werden. Die Ungebärdigen sind nicht beliebt. Wer mit eigenen Ideen teilnehmen will am Aufbau des Sozialismus, wer sich einmischt und Fragen stellt, wer Vorschläge macht, möglicherweise ohne Anleitung Menschen aktiviert, ist ein Sorgenkind. Alle Kraft der gesellschaftlichen Kamarilla ist darauf ausgerichtet, diesen Menschenschlag, der unbequemerweise ständig nachwächst, in Reih und Glied zurückzuweisen. Das geschieht durch Überredung und Bestechung. Als Bestechungsmittel dienen Aufstiegschancen, Funktionen, Wohnungen, Studienplätze und Auslandsreisen. Das weitgespannte Netz sozialpolitischer Maßnahmen, das jungen Eheleuten Kredite, Kindergeld und bevorzugte Wohnungen bietet, gehört dazu. Es hilft, jugendliche Feuerköpfe zu befrieden, ihre

Energien in häusliche Bahnen zu lenken. Wer Frau, Kind und Wohnung hat, Auto und Grundstück anstrebt, verhält sich meist konform. Wer die materiellen und ideellen Segnungen sozialistischer Lebensweise nicht wahrnimmt, gilt als Außenseiter. Diese Außenseiter sind geduldet, solange sie nicht gesellschaftlich aktiv werden.

Die Vaterrolle des Staates wird indirekt auch von jenen anerkannt, die ihn nicht lieben, achten oder verehren. Ein Teil der Jugend beispielsweise hat kein Verhältnis zu der Gesellschaftsordnung, in die sie hineingeboren ist. Der junge Mensch wird in ein Nest gesetzt, das eingerichtet und abgegrenzt ist. Wenig darin stimmt mit seinen Intentionen überein. Verlangt wird jedoch, er soll sich wohlfühlen und sich am täglichen Aufputzen des Vorhandenen beteiligen. Unlustig tut er das. Wo es möglich ist, drückt er sich vor Arbeit und Verantwortung. Er läßt sich krank-schreiben oder behauptet, überfordert zu sein. Er lernt zögernd, er hat kein Interesse am Aufstieg, keinen Sinn für den Ausbau der Industriegesellschaft, kein Verhältnis zur »sozialistischen Menschengemeinschaft«. Das geht nicht nur jungen Leuten so. Der Mensch sieht sich als Kind behandelt und verhält sich entsprechend. Junge und Ältere gehen in die Defensive, verweigern sich, ohne ihre Verweigerung zu proklamieren. Sie lehnen die Verantwortung fürs Ganze wie für sich selbst ab. Sie erwarten vom Staat, daß er ihre Bedürfnisse befriedigt, wie Kinder von ihren Eltern erwarten, daß für Behausung, Nahrung und Kleidung gesorgt wird. Sie lehnen den Staat ab wie Söhne einen gestrengen Vater, eine überfürsorgliche Mutter. Sie schieben Verantwortung von sich, erwarten die Unterdrückung, fügen sich unwillig und werden nicht aktiv. Bewußt oder unbewußt beharrt ein Teil der Bevölkerung auf Infantilität, grenzt sich ab und beraubt sich möglicher Emanzipation. Unauffälliges Verweigern anerkennt und zementiert Bestehendes.

Irene Böhme: Die da drüben, a. a. O., S. 42 f.

Das öffentliche und das private Ich

Heute sind nur wenige Gesellschaften »privatisierter« als die der DDR. Hier geben sich die Menschen jede erdenkliche Mühe, sich von der kollektiven politischen Bühne in ihre eigenen apolitischen Nischen zurückzuziehen. Hier sinnt der Privatmann Schmidt auf einen neuen Gartenzweig für seinen Schrebergarten, während im selben Moment der Bürger Schmidt in der 1.-Mai-Parade freudig den Arm erhebt zum sozialistischen Gruß.

Der Riß zwischen dem öffentlichen und privaten Ich, der offiziellen und der inoffiziellen Sprache, kurz – das Doppelleben ist ein Phänomen aller Ostblockländer, eine Entwicklung, die George Orwell auf brillante Weise in »1984« vorhersagte. Jedenfalls ist es bisher noch keinem Regime gelungen, eine effektiv arbeitende Gedanken-Polizei aufzubauen. Man kann darüber streiten, ob sie wirklich gebraucht würde. Die perfekt kontrollierte Schizophrenie, die perfekt verbalisierte Heuchelei – die bereits den Vierzehnjährigen in der DDR so selbstverständlich ist wie Großstadtkindern das Überqueren belebter Straßen – genügt ihren Bedürfnissen. Die Bereitschaft zum Doppelleben impliziert auch die Akzeptierung einer Doppelmoral: Ich bin bereit, einem staatlichen Verhalten zu applaudieren, dem ich im privaten Bereich niemals Anerkennung zollen würde.

Timothy Garton Ash: „Und willst Du nicht mein Bruder sein...“, a. a. O., S. 78.

das sich als Sachwalterin und „Vorhut“ der Arbeiterschaft versteht, durch oppositionelle Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft getroffen fühlen. In jeder Beziehung am bedrohlichsten war deshalb der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, der nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen werden konnte. Verständlich, daß dieser Arbeiteraufstand immer noch ein Stück „unbewältigter Vergangenheit“ in der DDR ist.

● Opposition innerhalb der politischen Elite (SED-interne Opposition). Als Motiv lag ihr – neben persönlichem Machtstreben – vor allem der Wunsch zugrunde, die Kluft zwischen Partei und Bevölkerung zu verringern. Die bedeutendsten parteiinternen Oppositionsgruppen, die bisher bekannt geworden sind; die Gruppe um den Stasi-Chef Wilhelm Zaisser und den Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“ Rudolf Herrnstadt, 1953. Die Gruppe um Karl Schirdewan, Ulbrichts damaligen Stellvertreter und Ernst Wollweber, dem Chef des Staatssicherheitsdienstes, 1956/57. Nicht zufällig traten beide Gruppen in ausgesprochenen Krisenjahren in Erscheinung, im Jahre des Aufstands vom 17. Juni und im Jahr des Ungarnaufstandes.

● Opposition innerhalb der kulturell-wissenschaftlichen Elite. Zu sehen sind solche oppositionellen Strömungen vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses und der Rolle des Wissenschaftlers und Künstlers in der Gesellschaft. Undogmatisch zu sein, scheinbar Selbstverständliches zu hinterfragen, die Wirklichkeit an der Idee zu messen, gehört auch in sozialistischen Ländern zum Selbstverständnis des Wissenschaftlers und Künstlers, auch wenn man sie selbst mit Hilfe des verengt verstandenen Begriffs von der Parteilichkeit an die Leine des von der Parteiführung Erwünschten zu legen versucht. Die versuchte Gängelung kann dann bei selbständigen Geistern die Folge haben, daß aus systemimmanenter Opposition sehr leicht eine systemsprengende Regung wird. Starke Anstöße erhielten oppositionelle Strömungen im Bereich von Wissenschaft und Kunst vor allem in Krisenzeiten, wenn die Widersprüche des Systems besonders spürbar werden.

Im Bereich der Wissenschaft ist es vor allem die Philosophie, die diesen Anspruch am deutlichsten verkörpert (Wolfgang Harich, Ernst Bloch, Robert Havemann). Das Grundanliegen der oppositionellen Philosophen ist dabei der Kampf für ein produktives, nicht durch dogmatisch-bürokratisch-kleinkarierte Vorgaben eingeengtes Denken, wie es im Gegensatz dazu die „Hauptverwaltung ‚Ewige Wahrheiten‘ (HEW)“ (so Robert Havemann über die Parteiführung) verlangt. Eine Vermenschlichung und Demokratisierung des real existierenden Sozialismus wird erstrebt. Und die Übernahme der Erkenntnisse der modernen Wissenschaft, insbesondere der Naturwissenschaft, in die moderne Philosophie wird für unumgänglich gehalten, auch wenn dadurch beachtliche Verände-



Der Enthusiasmus der Werktätigen bei der Mai-Demonstration hält sich offensichtlich in Grenzen.

rungen im überkommenen Lehrgebäude fällig werden.

Den Widerspruch zwischen Idee und Realität aufzudecken, das Leiden des Menschen an der Gesellschaft und ihren Anforderungen darzustellen, kann man als Auftrag des Schriftstellers ansehen. Ihm geht es mehr darum, aufzugreifen, was die Menschen tatsächlich bewegt, als was sie von Partei wegen bewegen sollte.

Verschiedene Erscheinungsformen

Opposition und Widerstand äußern sich in den verschiedensten Erscheinungsformen – keineswegs nur als Vorbereitung zu Umsturz und „Konterrevolution“. Kollektive Schlüsselerlebnisse wie die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 und des Ungarnaufstandes von 1956, der Bau der Berliner Mauer 1961 und die gewaltsame Unterdrückung des „Prager Frühlings“ von 1968 (auch mit Hilfe von Truppen aus der DDR) haben ohnehin deutlich gemacht, daß gewichtige Veränderungen im politischen System oder gar Umsturz und Revolution aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse (militärische Beherrschung durch die Sowjetunion) keine Chance haben. Soweit man das überhaupt richtig einschätzen kann, wird eine Beseitigung der sozialen und ökonomischen Veränderungen allenfalls von einer verschwindenden Minderheit angestrebt. Gedacht wird vielmehr an eine Art „dritter Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Angestrebt wird ein Wandel, nicht die Beseitigung des Systems.

Oppositionelle Haltungen zeigen sich heute in der DDR eher in der Form des sich Entziehens, des sich Versteckens in Nischen, des konsequenten Ausnutzens

rechtlich gegebener Möglichkeiten, des zielstrebig Besetzens von verbliebenen Freiräumen – kurz: in einer Taktik des Unterlaufens, die es den Organen von Partei und Staat schwer macht, wirksam dagegen einzuschreiten. Die DDR-Führung wird sich immer wieder fragen müssen, inwieweit sie sich auf den angestrebten Veränderungsprozeß von unten einlassen kann, um die innere Stabilität des Regimes zu erhöhen, oder ob durch solche Zugeständnisse nicht ein weiterführender Wandlungsprozeß ausgelöst und beschleunigt wird, der für die DDR-Führung letztlich unkalkulierbar wird.

XI. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN

Beide deutschen Staaten weisen von einander deutlich unterscheidbare gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Systeme auf, die kaum miteinander zu vereinbaren sind: Wie „Feuer und Wasser“ stehen sich – einem Ausspruch des SED-Generalsekretärs Erich Honecker zufolge – Bundesrepublik und DDR gegenüber. Erschwerend kommt hinzu, daß beide deutschen Staaten unterschiedlichen Machtblöcken angehören, die sich bewaffnet gegenüberstehen und an der innerdeutschen Grenze aufeinandertreffen. Somit können beide Staaten eine Wiedervereinigung nicht unter sich ausmachen. Die Lösung der Deutschen Frage scheint gegenwärtig in weite Ferne gerückt.



Unterzeichnung der innerdeutschen Vereinbarung zur Regelung der Abwasserprobleme des Flusses Röden am 12. Oktober 1983 in München.

Auch wenn die DDR seit rund einem Jahrzehnt nicht mehr von der Existenz einer gemeinsamen deutschen Nation spricht (Vergleiche die Verfassungsänderung von 1974 im Unterschied zum Verfassungstext von 1968!) und die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft betreibt, läßt sich auch von ihr die Fülle der nach wie vor weiterbestehenden Gemeinsamkeiten nicht bestreiten – von den sich berührenden Interessen ganz zu schweigen. Ihre ideologischen und politischen Abgrenzungsversuche gegenüber der Bundesrepublik sind eher ein Zeugnis für die nach wie vor politisch sich auswirkenden Gemeinsamkeiten und die Attraktivität der Bundesrepublik, die der DDR-Führung ständig Schwierigkeiten bereiteten.

Menschliche Erleichterungen

Auch wenn seit dem „Grundlagenvertrag“ von 1972 die DDR von Seiten der Bundesrepublik als Staat, wenn auch nicht als Ausland, anerkannt ist, fühlen sich alle Bundesregierungen nach wie vor auch für die Deutschen in der DDR mitverantwortlich. Von daher genießt das Ziel der „menschlichen Erleichterungen“ unbedingt Vorrang in der Deutschlandpolitik. Ständige Kontakte mit der DDR-Führung sind somit eine Notwendigkeit.

Hinzu kommt das Ziel, die Verbindungen mit West-Berlin zu sichern, das ja von DDR-Territorium eingeschlossen ist. Die Zugangswege dorthin sind prinzipiell stör anfällig, auch wenn der zivile Berlin-Verkehr zu Lande und zu Wasser im Rahmen des Abkommens der vier ehemaligen Besatzungsmächte (die nach wie vor völker-

rechtlich für Berlin verantwortlich sind) von 1971 inzwischen auf eine eindeutige vertragliche Grundlage gestellt werden konnte.

Gemeinsame Interessen zwischen der Bundesrepublik und der DDR – etwa im Bereich des Umweltschutzes, aber auch des Neubaus und der Verbesserung der Verkehrswege nach Berlin – werden einzelvertraglich geregelt.

Die Politik menschlicher Erleichterungen äußert sich nicht zuletzt darin, daß die Bundesrepublik Reiseerleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands anstrebt: Nur wenn Mauer und Stacheldraht in beiden Richtungen durchlässiger werden, ist der Zusammenhalt zwischen beiden Teilen Deutschlands zu wahren, sind menschliche Härten zu mildern, wird die Teilung Deutschlands erträglicher. Auch das Los der politisch Verfolgten in der DDR haben alle Bundesregierungen nach Kräften zu erleichtern versucht, mit beträchtlichem Erfolg, wie nicht erst die jüngsten Ausreisewellen zeigen. – In diesen politischen Grundlinien war von Anfang an eine Gemeinsamkeit zwischen allen Parteien in der Bundesrepublik gegeben, und sie besteht nach wie vor trotz manchmal erheblicher Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen.

Das Mittel, das die Bundesrepublik Deutschland zur Förderung ihrer Politik der menschlichen Erleichterungen einsetzen kann, ist ihre wirtschaftliche Stärke, die sich konkret in Geld ausdrückt. Die Milliarden-Kredite an die DDR von 1983 und 1984 sind sprechende Beispiele dafür.

Insgesamt liegt die Stärke der Bundesrepublik gegenüber der DDR in ihrer beträchtlichen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft auf die Bevölkerung der DDR. Dieser Vorteil kann allerdings im Interesse der Sache nicht übermäßig ausgespielt werden, da sonst die Politik der DDR nur unnötig defensiv-verhärtet würde. Die Wiedervereinigung läßt sich auf diese Weise nicht erreichen: Die Deutsche Frage ist eine Frage weltpolitischer Konstellationen.

XII. ENTSTEHUNG DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

1. Herausforderungen

Die Deutschen in der SBZ wie in den anderen Besatzungszonen sahen sich 1945 einer Reihe großer gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen gegenüber. Wie würden die Deutschen den Wirtschaftsprozess wieder ankurbeln? Welche Rolle sollten sie dem privaten Kapital, welche der staatlichen Verwaltung zuweisen? An welchen Werten würden sie sich orientieren, in welcher Besatzungsmacht ein Vorbild sehen? Wie würden sie einen weiteren Industrialisierungsschub bestehen? Dies sind nur einige der Fragen, auf die in den Besatzungszonen unter dem maßgeblichen Einfluß der Siegermächte unterschiedliche Antworten gegeben wurden. Spätestens um die Jahreswende 1945/46 war abzusehen, daß aus der militärischen Grenze, die das Besatzungsgebiet der Sowjetunion von den übrigen Besatzungszonen trennte, eine politische Trennungslinie entstand. In Ost und West wurde den Herausforderungen zunehmend unterschiedlich begegnet. Dabei ist es aus heutiger Sicht nicht immer leicht, die Ausgangslage sowie die inzwischen über 40jährige Wirtschaftsentwicklung gerecht zu beurteilen. Zu häufig fehlen zweifelsfreie statistische Daten, sind wichtige historische Quellen noch nicht zugänglich. Außerdem berichten die offiziellen Selbstdarstellungen in der Regel einseitig nur über die positiven Ergebnisse.

Die massiven Veränderungen des Wirtschaftssystems, die bald nach der Übernahme aller Staatsgewalt durch die Militärverwaltung einsetzten, fielen in eine Epoche, in der breite Bevölkerungskreise den Antifaschismus als Leitvorstellung akzeptierten. Es blieb einem Großteil der Bevölkerung allerdings verborgen, daß genau jene Jahre bis zur Gründung der DDR 1949, die dann offiziell als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ bezeichnet wurden, in der sowjetischen Vorstellung von der allgemeinen kommunisti-

schen Weltbewegung als erste Etappe der Übergangsperiode zum Sozialismus fun-
gierten. So ist es in der SBZ im Unter-
schied zu den Westzonen nie zu einer um-
fassenden öffentlichen Debatte über die
zukünftig anzustrebende Eigentumsord-
nung gekommen. Die wirtschaftlichen Um-
wälzungen dieser Zeit legitimierten sich
öffentlich statt dessen in dem breiten Kon-
sens über die Notwendigkeit entnazifizie-
render Maßnahmen. Erst nach der Grün-
dung der DDR und der Konstituierung ei-
nes neuartigen politischen Systems in den
Jahren 1949/50 zeigten sich auch der
breiten Bevölkerung alle Anzeichen der
Transformation zur „Volksdemokratie“.
Meilensteine auf diesem Weg waren auf
politischem Gebiet die Umwandlung der
SED zur „Partei neuen Typs“, innerpartei-
liche und innerstaatliche Zentralisierungen,
die Anpassungen anderer Parteien sowie
der Massenorganisationen an die Politik
der SED und die Integration der DDR in
den von der UdSSR geführten Block.
Auf wirtschaftlichem Gebiet führten die
entscheidenden Weichenstellungen

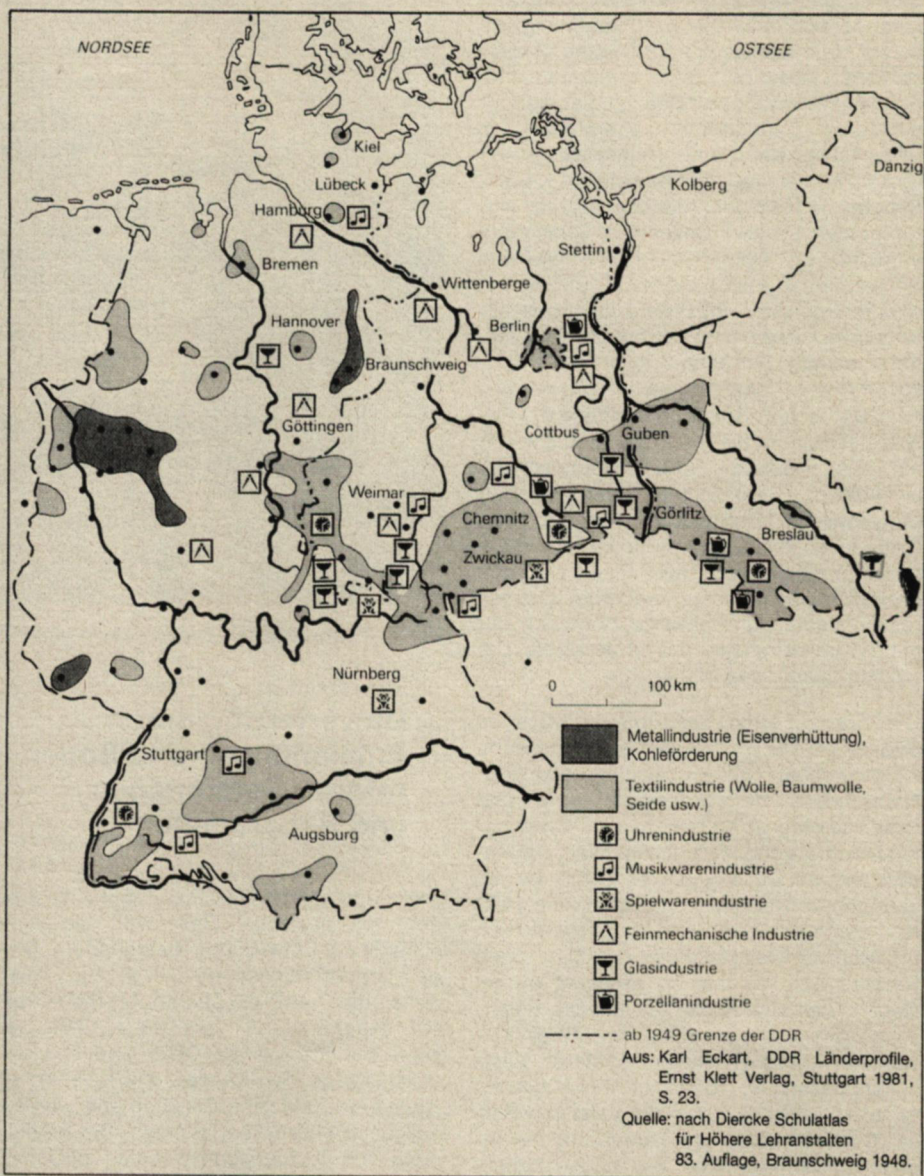
- zum Start einer zentralen Wirtschafts-
planung,
- zu der Umverteilung des privaten Eigen-
tums an Boden sowie an Industrie-, Bank-
und Handelskapital,
- zu der Etablierung eines Planungs- und
Leitungssystems nach sowjetischem Vor-
bild sowie
- zum Umbau der Wirtschaftsstruktur.

Insgesamt gesehen zog sich die Transfor-
mation zur „sozialistischen Planwirtschaft“
bis 1960/61 hin. Bis dahin hatten die poli-
tischen Führungsabteilungen der SED, die
Ministerien und staatlichen Ämter die
Planwirtschaft nach folgenden Plänen ge-
steuert:

- Dem *Halbjahresplan* Juli bis Dezember
1948, der als Übergangsplan der Deut-
schen Wirtschaftskommission nur die
Grundstoffindustrie betraf;
- dem *Zweijahrplan* 1949/50 als erstem
umfassenden Wirtschaftsplan;
- dem *Ersten Fünfjahrplan* 1951/55, der
von der Staatlichen Plankommission aus-
gearbeitet wurde und vorsah, die Indu-
strieproduktion gegenüber 1950 zu ver-
doppeln und die durch die Teilung
Deutschlands hervorgerufenen und durch
Zerstörungen und Reparationsleistungen
bedingten volkswirtschaftlichen Dispro-
portionen zu beseitigen;
- dem *Zweiten Fünfjahrplan*, der nur von
1956 bis 1958 galt und vor allem den Ma-
schinenbau förderte;
- dem *Siebenjahrplan*, der in Anlehnung an
den sowjetischen Siebenjahrplan 1949 be-
gonnen und 1961/62 abgebrochen wurde.

Der letzte große Transformationsschritt
bestand in der Kollektivierung der Land-
wirtschaft, die 1960 abgeschlossen wurde.
Die „sozialistischen Produktionsverhältnis-
se“ hatten damit im Verständnis der po-
litischen Führung endgültig über die „ka-
pitalistischen Produktionsverhältnisse“ ge-
siegt.

Die wichtigsten Industrien und Industriegebiete im Deutschen Reich um 1933



Produktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR (Stand 1936, Gebiet 1945 ohne Berlin, DDR und Bundesrepublik = 100)

Erzeugnis	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Steinkohle	97,0	3,0
Kokereikoks	99,1	0,9
Roheisen	98,4	1,6
Rohstahl insgesamt	92,4	7,6
darunter: Thomas-Rohblöcke	97,8	2,2
Siemens-Martin-Rohblöcke	88,7	11,3
Elektrostahl-Rohblöcke	96,1	3,9
Eisen-, Temper- und Stahlguß	79,6	20,4
Walzwerkerzeugnisse	92,1	7,9
Zement	83,5	16,5
Braunkohle	36,5	63,5
Braunkohlenbriketts	32,8	67,2
Büromaschinen	22,5	77,5
Papierverarbeitungsmaschinen	36,5	63,5
Textilmaschinen	36,8	63,2

Quelle: Altmann 1960, Seite 134 ff.

2. Ausgangslage

Die Ausgangslage der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, war ungünstig, da es auf dem Gebiet der SBZ kaum *Bodenschätze* und nur eine unbedeutende Schwerindustrie gab. Das Gebiet verfügt nur über bedeutende Lagerstätten an Braunkohle, Kali- und Steinsalzen sowie über Vorkommen an Kalkstein, Kiesen, Sanden und einigen Nichteisenerzen, worunter das Uranerz besondere Bedeutung erlangte. Im Deutschen Reich war die Schwerindustrie vor allem im Ruhrgebiet und in Schlesien lokalisiert, das seit der Kriegsniederlage unter polnischer Verwaltung stand. Betrachtet man das Wirtschaftsgebiet danach, inwieweit die aus dem Deutschen Reich überkommene Wirtschaftsstruktur für eine vom Austausch mit den Produkten und Leistungen der westlichen und östlichen Gebiete stärker abgekoppelte Produktion geeignet war, dann fallen die Disproportionen innerhalb der *Industriestruktur* auf. Einer schwach entwickelten Grundstoffindustrie standen relativ starke, spezialisierte Branchen der metallverarbeitenden Industrie sowie der Leichtindustrie gegenüber.

Die Konzentration der Bodenschätze im Süden und die im Norden vorherrschende Landwirtschaft hatten ein starkes *Süd-Nord-Gefälle* der Industrialisierung und Urbanisierung entstehen lassen. Dabei befand sich die Industrie in Sachsen, Thüringen und im Ballungsgebiet Berlin auf einem hohen Produktionsniveau. Wenn 1939 die durchschnittliche Industrieproduktion pro Kopf im Gesamtgebiet des Deutschen Reiches bei 100 lag, so erreichte sie im Gebiet, das später die sowjetische Besatzungszone abgeben sollte, die Ziffer 121, während sie im Gebiet der späteren westlichen Besatzungszonen die Ziffer 104 erreichte – ohne Berücksichtigung von Berlin. Die kriegsbedingte Zerstörung der Industrie war geringer als angenommen. Stark zerstört war dagegen – wie ähnlich in den Westzonen – das Verkehrsnetz.

Die Anzahl und das Ausbildungsniveau der vorhandenen Arbeitskräfte war für die erneute Ingangsetzung und Erweiterung der Produktionsbetriebe, Verwaltungen und Forschungsstätten ausreichend. Allerdings erfuhr die *Bevölkerungsstruktur* bereits in den letzten Kriegsjahren erhebliche Umschichtungen. Aufgrund des militärischen Einsatzes an der Front, der Evakuierungen und der Ströme der Flüchtlinge und Aussiedler aus den deutschen Siedlungsgebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie veränderten sich das quantitative Verhältnis von Männern und Frauen sowie die Zusammensetzung der Berufsstruktur. Bis Ende 1945 verringerte sich die männliche Bevölkerung um 0,6 Millionen, während der weibliche Anteil um fast 1,9 Millionen anwuchs. Aufgrund der kriegsbedingten Verluste bei den männlichen Altersgruppen zwischen 18 und 40 Jahren stieg der relative Anteil der weiblichen Erwerbstätigen. Mangel an Facharbeitern trat auf. Zudem wurden Arbeitskräfte in größerer Anzahl von der Besatzungsmacht beansprucht.



Aufräumarbeiten in den schwerbeschädigten Leipziger Bahnhofsanlagen (1947).

3. Umverteilung durch Enteignungen und Bodenreform, Demontagen und Reparationen

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die nach der Besetzung die wirtschaftliche Entwicklung besteuerten, gingen von verschiedenen Stellen aus, unter denen die SMAD als oberste Macht wirkte. Mit Befehl Nr. 1 vom 28. 4. 1945 beschlagnahmte sie die Geld- und Wertpapierbestände der *Banken*; auch *Versicherungen* und einzelne Großbetriebe wurden auf diese Weise übernommen. Die Enteignung von *Industrieunternehmen* zwischen 1945 und 1948 veranlaßten Befehle der Besatzungsmacht, aber auch Rechtsakte der deutschen Verwaltung sowie Gerichtsverfahren, die die Einziehung von Vermögen bei Nationalsozialisten, Kriegsverbrechern und Rüstungsfabrikanten anordneten. Die Befehle 124 vom 30. 10. 1945 („Sequesterbefehl“) und 167 vom 5. 6. 1946 erfaßten das Staats-, Wehrmachts- und Nazieigentum sowie Schlüsselbetriebe – insgesamt über 10 000 Betriebe – in drei Gruppen. Die Liste A umfaßte die Betriebe, über die in Volksabstimmungen entschieden werden sollte, die jedoch durch einfache Verordnungen enteignet wurden. Eine Ausnahme stellte lediglich das Land Sachsen dar, in dem auf Betreiben der SED ein Volksentscheid am 30. 6. 1946 durchgeführt wurde. Für die Enteignung stimmten 77,6 %, dagegen 16,6 %, während 5,8 % ungültige Stimmzettel abgaben. Insgesamt wurden so über 9000 Unternehmen verstaatlicht, darunter 3843 Industriebetriebe. Die Liste B führte die weniger wichtigen Betriebe auf, die die Eigentümer zurückerhielten. Die in der Liste C enthaltenen 213 Großbetriebe, die gut ein Viertel der damaligen Industrie-

kapazität der SBZ ausmachten, wurden enteignet und in sowjetisches Eigentum überführt. Bis zu ihrem Rückkauf und ihrer Umwandlung in den Jahren 1949 bis 1953 in Volkseigene Betriebe der DDR arbeiteten sie als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) auf sowjetische Rechnung. Davon ausgenommen wurde lediglich die Wismut-SAG, die heute als gemischte deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft (Wismut AG) Uranerzbergbau betreibt (1951 mit rund 225 000 Beschäftigten).

Die Betriebe der Listen A und C stellten das Fundament der späteren „*sozialistischen Wirtschaft*“ dar. Wenn sich die Besatzungsmacht in ihrer Industriepolitik weitgehend an der Wirtschaftsordnung der UdSSR orientierte, so gab es nach Kriegsende zunächst auch Ansätze einer gegenläufigen Entwicklung. In manchen „herrenlosen Betrieben“ ergriffen Arbeiter und Betriebsräte die Initiative für einen Wiederaufbau „von der Basis“ her. Betriebsräte waren seit April 1946 zulässig. Sie, die im Gründungsjahr als „Bollwerk und Fundament der neuen demokratischen Ordnung“ (Geschäftsbericht des FDGB Groß-Berlin 1946, Berlin 1947, S. 12) bezeichnet wurden, galten häufig bei den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, in denen sich die SED leichter durchsetzen konnte, als Konkurrenz. In den Jahren 1948 bis 1949 wurden die Betriebsräte zur Auflösung gedrängt. Wirtschaftspolitisch kennzeichnend war es mithin, daß weder die aus der NS-Zeit überkommene Wirtschaftsordnung fortgesetzt, noch einfach zur Wirtschaftsverfassung der Weimarer Republik zurückgekehrt werden sollte.

Die Probleme des Industriesaufbaus wurden dadurch erheblich verschärft, daß die Besatzungsmacht Produktions- und Verkehrsanlagen *demontieren* ließ sowie umfangreiche *Entnahmen aus der laufenden*

Produktion befahl. Letztere wurden entweder direkt in die UdSSR oder an sowjetische Einrichtungen in der SBZ geliefert. Bis 1953, dem offiziellen Ende der Reparationsleistungen, sollen Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark (zu Preisen von 1944) aus der laufenden Produktion entnommen worden sein. Die Verluste durch die Demontagen von Kriegs-, aber auch von friedenswirtschaftlichen Betrieben, durch die Beschlagnahme von Banknoten, Sach- und Kunstwerke werden zusammen mit den Leistungen, die von der SMAD mit Besatzungsgeld beglichen wurden, und dem Aufwand für den Rückkauf der SAG-Betriebe auf weitere 31,4 Milliarden Mark geschätzt. 676 Betriebe wurden – nach Angaben der DDR – vollständig demontiert; nach westlichen Berechnungen wurden 1225 Betriebe ganz oder teilweise demontiert.

Die Umverteilungen von Eigentum an Produktionsmitteln erfaßte auch die *Landwirtschaft*. Hier wurde eine neue Eigentumsstruktur durch die im September 1945 von den Länder- und Provinzialverwaltungen veranlaßte Bodenreform eingeleitet. Alle landwirtschaftliche Betriebe und Güter, die über mehr als 100 ha Betriebsfläche verfügten, sowie die Betriebe von Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten wurden entschädigungslos enteignet. Ein Teil des beschlagnahmten Bodens wurde in Parzellen aufgeteilt, die von landlosen Bauern, Landarbeitern und Vertriebenen („Neubauern“) erworben werden konnten. Ausgenommen von der Umverteilung blieb das Land der Kirchen sowie der Besitz von unbelasteten Mittel- und Großbauern bis zu 100 ha. Aufgeteilt wurden insgesamt 1,6 Millionen ha Boden von rund 7000 Wirtschaften, mit dem knapp 60 000 Klein- und Kleinwirtschaften aufgestockt und neue Höfe mit durchschnittlich 7 bis 8 ha für fast 160 000 landlose Bauern und Landarbeiter sowie über 60 000 Vertriebene geschaffen wurden.

Im Handel und Handwerk erfolgten Maßnahmen gegen das privatwirtschaftliche Gewerbe vor allem im Rahmen der Bewirtschaftung von Gütern und Leistungen. Bereits seit ihrer Gründung 1945 wurde die staatliche Handelsorganisation (HO) bei der Warenbereitstellung gegenüber dem privaten Einzelhandel bevorzugt. Im Handwerk wurde die Gründung von Produktionsgenossenschaften propagiert. In nennenswerte Anzahl wurden sie jedoch erst nach Veränderung der Besteuerung im Jahr 1958 gegründet.

Im Gefolge einer „Revolution von oben“ (Richard Löwenthal) entstand aus einer zunächst in erster Linie antifaschistisch begründeten Säuberung der Kern der Eigentumsverhältnisse einer sowjetsozialistischen Wirtschaftsordnung. Als die SED-Führung 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ als zukünftiges Programm verkündete, erwirtschafteten die Betriebe im staatlichen oder im genossenschaftlichen Eigentum bereits 62 % des Bruttosozialprodukts (vgl. Tabelle Seite 41).



Bodenreform in Mecklenburg. Der Boden des ehemaligen Staatsgutes Bredentin wird den Landarbeitern übergeben. Der Superintendent von Mecklenburg schlägt die Grenzpfosten ein.

4. Kollektivierung

Bis zum endgültigen „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ über die kapitalistische Wirtschaft galt es, die Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln auch im Dienstleistungsbereich sowie in der Landwirtschaft weiter voranzutreiben. Insofern blieb die Wirtschaftspolitik auch nach Stalins Tod 1953 weiterhin am sowjetischen Vorbild orientiert. Der Übergang der Alteingesessenen wie der erst angesiedelten Bauern zur *genossenschaftlichen Produktionsweise* wurde nicht gesetzlich angeordnet, sondern sollte freiwillig erfolgen. Wo allerdings materielle Vergünstigungen als Anreiz nicht ausreichten, veranlaßten Nötigung, Drohung und auch Verhaftungen den Zusam-

menschuß der Bauern in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Die Umwandlung erhielt damit den Charakter einer Zwangskollektivierung. Waren nach 1952 zunächst nur wenige LPG gebildet worden, so änderte sich dies ab 1958. Nach drei Jahren forcierter Kollektivierung war die Eigentumsstruktur radikal verändert worden. Private Bauern gab es nur noch vereinzelt. Über 19 000 LPG bewirtschafteten nunmehr 85 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während auf die Volkseigenen Gütern 6 % entfielen.

Im Unterschied zur Landwirtschaft bestand 1961, als der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ von der Führung der SED verkündet wurde, im Einzelhandel, vor allem aber im Handwerk noch nennenswertes Privateigentum.

Das Glück der neuen Besitzer war kurz. Gut ein Jahrzehnt später war ihr Land in Kollektiveigentum überführt worden. Das Schild steht zwischen den Ortschaften Schönfließ und Schildow in der Mark Brandenburg.



XIII. PRINZIPIEN DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

1. Die Prinzipien

Die Wirtschaftsordnung ist parteiprogrammatisch und verfassungsrechtlich auf die Form einer „sozialistischen Planwirtschaft“ festgelegt. Sie beruft sich auf die marxistisch-leninistische Politische Ökonomie und versteht sich von daher als endgültige Überwindung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen. Die sozialistische Planwirtschaft rechnet demgemäß zu den „unantastbaren Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ (Art. 2 Abs. 2 DDRV). Die ökonomischen Gesetze der Politischen Ökonomie sollen nach einem einheitlichen, auf die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gerichteten staatlichen Gesamtplan wirksam werden.

Von den Prinzipien der Wirtschaftsordnung sind die beiden erstgenannten von grundlegender Bedeutung:

- Vergesellschaftetes *Eigentum an den Produktionsmitteln*, über das nicht die Masse der arbeitenden Menschen verfügt, sondern Leitungs- und Planungsgremien der SED und des Staates.
- *Zentrale Planung und Leitung* der Produktion und Distribution.
- Allumfassende *wirtschaftliche Funktionen* des von der SED-Führung angeleiteten und kontrollierten Staates, der über die Produktionsmittel verfügt, den Produktions- und Verteilungsprozeß leitet und als Verkörperung der wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft gilt.
- Geringe, sich primär auf die Durchführung von Entscheidungen beschränkende *Autonomie von Betrieben und Verwaltungen* sowie nur begrenzte selbständige Aktionsmöglichkeiten von gesellschaftlichen Organisationen (Massenorganisationen).
- Die *Verteilung* soll nach der Arbeitsleistung erfolgen entsprechend dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“.
- Die *Wirtschaftspolitik* hat zu erreichen, daß zum einen die Grundmerkmale der Wirtschaftsordnung – gesellschaftliches Eigentum und zentrale Planung und Leitung – funktionsbereit bleiben und zum anderen über wirtschaftliches Wachstum und die Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen möglich wird, den Lebensstandard anzuheben.



In der Praxis steht die Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt der Gesamtpolitik der SED. Die parteipolitische Machtbehauptung ist eng mit den Maßnahmen zur Beschäftigung und Berufsausbildung, zur Produktion und Verteilung, zur Infrastruktur, zur Einkommensbildung, zur sozialen Sicherheit und zum Konsum verbunden („Einheit von Politik und Ökonomie“).

2. Eigentumsverhältnisse

Die aus den Enteignungen und Umverteilungen bis 1960, dem Ende der Vollkollektivierung der Landwirtschaft, hervorgegangenen Eigentumsverhältnisse werden als die wichtigsten Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft angesehen, da sie im marxistisch-leninistischen Verständnis alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend prägen sollen: Verhältnisse zwischen den Klassen, Schichten und sozialen Gruppen, zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Führungsgruppen und den Massen der Geführten, zum Beispiel zwischen Betriebsleitungen und Betriebsbelegschaften. In der Realität fällt eine derartige, abgekürzt als „sozialistisch“ zu bezeichnende Prägung unterschiedlich stark aus. Die in den Anfangsjahren der DDR verbreitete Annahme, die umgewälzten Eigentumsverhältnisse würden parallele Umwälzungen in Politik und Gesellschaft bewirken, wird heute so starr nicht mehr vertreten. Zu deutlich ist geworden, daß die verschiedenen Bereiche von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sich nicht in einem einheitlichen Tempo, sondern unterschiedlich verändern (Ungleichzeitigkeit der Entwicklung). Trotz intensiver Bemühungen um Vereinheitlichung im Zeichen einer „sozialistischen Revolution“ während der 50er Jahre wiederholt sich die einheitliche Form des Produktionsprozesses nicht einfach

Eigentumsformen

1. Sozialistisches Eigentum (Art. 9,1, 10,1 DDR V):

a) Gesamtgesellschaftliches Volkseigentum (Art. 12 DDR V):

Bodenschätze, Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren, Gewässer, Naturreichtümer des Festlandsockels, Banken, Versicherungen, volkseigene Güter, Verkehrswege, Transportmittel, Post- und Fernmeldeanlagen, volkseigene Industriebetriebe.

b) Genossenschaftliches Gemeineigentum (Art. 13 DDR V):

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Gärtnerische Produktionsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften des Handwerks, Produktionsgenossenschaften der werktätigen Fischer, Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, Konsumgenossenschaften.

c) Eigentum gesellschaftlicher Organisationen:

Ferienheime des FDGB, Jugendherbergen der FDJ, Finanzmittel, Verlage und Druckereien der Parteien.

2. Persönliches Eigentum (Art. 11,1 DDR V):

Ersparnisse, Ausstattung der Wohnung und des Haushalts, Gegenstände des persönlichen Bedarfs, der Berufsausbildung, der Weiterbildung und der Freizeitgestaltung, Grundstücke und Gebäude zu Wohn- und Erholungszwecken, vermögensrechtliche Ansprüche aus Urheber-, Neuerer- und Erfinderrechten:

3. Privates Eigentum der Einzelhandwerker und Gewerbetreibenden (Art. 14,2 DDR V):

Kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe, Mietshäuser.

im gesellschaftlichen und kulturellen Leben. In der Gesellschaft bereitet sich stattdessen eine Pluralität der verschiedenen beruflichen, altersförmigen und regionalen Bevölkerungsgruppen sowie eine heterogene Kulturlandschaft aus. Deren Differenzen ergeben sich aus dem arbeitsteilig organisierten Produktionsprozeß, aus dem hierarchisch-bürokratisch organisierten Herrschaftssystem sowie aus Mentalitäten und weltanschaulichen Unterschieden. Vor allem die durch die Umwälzung der Eigentumsstrukturen nicht angetastete Arbeitsteilung wirkt differenzierend.

Sozialistisches Eigentum

Dennoch findet die gesamtpolitische Steuerung durch die SED und den Staat nicht nur legitimatorisch, sondern auch praktisch ihre Grundlage im „sozialistischen Eigentum“ an den Produktionsmitteln. Verhindert wird, daß sich erneut unternehmerisches Privateigentum und größere Kapitalgruppen mit entsprechenden politischen Einflußmöglichkeiten bilden können.

Das *sozialistische Eigentum* existiert in den zwei Hauptformen des *gesamtgemeinschaftlichen Volkseigentums* und des *genossenschaftlichen Gemeineigentums* sowie als *Eigentum gesellschaftlicher Organisationen*. Letzteres ist gesamtwirtschaftlich ohne Bedeutung. Gruppeneigentum an Betrieben kennt die Wirtschaftsordnung nicht. Seit dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ sind die wichtigsten volkswirtschaftlichen Ressourcen zwingend in Volkseigentum. Die nach 1971 diskutierte Möglichkeit, die vorhandenen Produktionsmitteln restlos in Volkseigentum zu überführen, wurde nicht beschritten. Der bisher letzte Sozialisierungsschub erfolgte 1972 mit der entgoltenen Umwandlung von Produktionsstätten – handwerkliche Produktionsgenossenschaften, Betriebe mit staatlicher Beteiligung und kleinere Privatunternehmen – in Volkseigentum. Wohl ist das Volk Eigentümer, es verwirklicht seine Eigentümerfunktion jedoch nur mittelbar durch den Staat und die den Staat kontrollierende SED. In diesem politischen Rahmen werden die Verfügungs- und Nutzungsbefugnisse von den zentralen und bezirklichen Organen der Wirtschaftsleitung und den von diesen eingesetzten Leitern der Betriebe, Güter, Kombinate und Dienstleistungseinrichtungen wahrgenommen.

Seit 1978 stellt in der materiellen Produktion nicht mehr der Volkseigene Betrieb (VEB), sondern das *Kombinat* als Zusammenschluß mehrerer VEB das allgemeine Wirtschaftssubjekt dar. Das Kombinat folgt in seinem Aufbau den jeweiligen Reproduktionszusammenhängen, das heißt, es umfaßt auch die wichtigsten Zulieferer, ferner Absatz- und Forschungseinrichtungen. Im Verfügungsbereich der Industrieministerien wird seit 1981 völlig und in dem der Bezirkswirtschaftsräte (BWR) nahezu vollständig in Kombinat produziert: 127 Kombinate der Industrieministerien und 95 (1986) der BWR. Zu den zentralgeleiteten Kombinat gehören durchschnittlich

Anteile der Eigentums- bzw. Rechtsformen am Nettoprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1985 (%)

(in Klammern: 1983¹⁾)

Wirtschaftsbereiche	Volkseigene Betriebe	Genossenschaftliche Betriebe	Betriebe mit Kommissionsvertrag oder staatlicher Beteiligung	Private Betriebe
Land- und Forstwirtschaft	96,3		— (—)	3,7 (4,4)
Industrie und produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)	(96,7)	97,7 (1,1)	— (—)	2,3 (2,2)
Bauwirtschaft	(74,7)	94,1 (17,9)	— (—)	5,9 (7,4)
Binnenhandel	(70,1)	91,9 (21,3)	5,4 (5,7)	2,7 (3,0)
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	(96,9)	98,3 (—)	0,9 (1,6)	0,8 (1,5)
Sonstige produzierende Zweige ²⁾	(93,2)	93,9 (0,6)	0,1 (0,1)	6,0 (6,1)
Wirtschaftsbereiche insgesamt	96,7		0,5 (0,6)	2,8 (2,8)

¹⁾ Letztmals 1983 wurden Angaben für volkseigene und genossenschaftliche Betriebe getrennt ausgewiesen. Zusammengefaßte Angaben gab es bereits für Land- und Forstwirtschaft und Wirtschaftsbereiche insgesamt: 95,6 bzw. 96,6.

²⁾ Hierzu gehören hauptsächlich: Leistungen der Projektierungsbetriebe, Umsatz der Verlage, Leistungen der Textilreinigungsbetriebe, der hauswirtschaftlichen Reparaturkombinate und -betriebe sowie der Rechenbetriebe und „produktive Leistungen“ der Filmstudios.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, Seiten 95 und 97; 1986, Seite 99.

Berufstätige nach Eigentumsformen (in 1000)

Jahr	Sozialistisch			Staatl. Be- teiligung oder Kommissions- vertrag	Privat
	Insgesamt	Volkseigen	Genossen- schaftlich		
Berufstätige (ohne Lehrlinge)					
1955	4633,2	4167,2	466,0	—	3089,3
1965	6427,5	4929,6	1497,9	467,8	780,5
1975	7457,3	6231,4	1225,9	54,4	435,9
1980	7781,6	6571,4	1210,2	51,1	392,6
1986	8099,0	6839,0	1259,9	448,6 ¹⁾	
davon Arbeiter und Angestellte (ohne Lehrlinge)					
1955	4440,4	4167,2	273,3	—	1510,0
1965	5351,7	4929,6	422,1	427,1	481,0
1975	6669,7	6231,4	438,3	28,2	265,5
1980	7036,0	6571,4	464,5	25,3	238,4
1986	7283,7	6839,0	444,7	271,0 ¹⁾	
Selbständige Erwerbstätige und mithelfende Familienangehörige					
1955	—	—	—	—	1579,2
1965	—	—	—	40,7	299,5
1975	—	—	—	26,2	170,4
1980	—	—	—	25,8	154,2
1986	—	—	—	177,6 ¹⁾	
Mitglieder von Produktionsgenossenschaften					
1955	192,8	—	192,8	—	—
1965	1075,8	—	1075,8	—	—
1975	787,6	—	787,6	—	—
1980	745,6	—	745,6	—	—
1986	815,3	—	815,3	—	—

¹⁾ Seit 1986 werden die Berufstätigen nicht mehr nach a) Betriebe mit staatlicher Beteiligung oder Kommissionsvertrag und b) Privatbetriebe gezählt, sondern statistisch nur noch in der Eigentumsform „Privat“ erfaßt. Die Werte für Berufstätige 1985: 49,8 bzw. 398,0.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, Seite 111; 1987, Seite 114.

lich 20–40 formal selbständige VEB, in einigen Fällen sind es über 150. Beschäftigen die zentralgeleiteten Kombinate durchschnittlich etwa 25 000 Mitarbeiter, so die bezirksgeleiteten Kombinate im Durchschnitt 2000.

Das *genossenschaftliche Eigentum* wird als niedere Entwicklungsstufe des sozialistischen Eigentums angesehen, da das Subjekt nicht das gesamte Volk ist. Ist das Kombinat typischer Träger von Volkseigentum, so die *Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft* (LPG) von genossenschaftlichem Eigentum. In der LPG bleibt der von den Genossenschaftsbauern eingebrachte Boden formalrechtlich deren Eigentum. Die Verfügungsrechte wie auch die Erträge erwirbt jedoch die Genossenschaft. Entsprechend den verschiedenen Genossenschaftstypen (LPG I, II oder III) variieren die Einbringungspflichten. Neben den Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft, im Gartenbau, in der Fischwirtschaft und im Handwerk bestehen *Konsumgenossenschaften* und *Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften*.

Persönliches Eigentum erstreckt sich auf die Güter und Leistungen in der Sphäre der unmittelbaren materiellen und kulturellen Lebensbedingungen. Es umfaßt auch die Gruppe der gehobenen Konsumgüter wie Autos, Segelboote und die Einrichtungen von Wochenendhäusern. So lange geldwirtschaftliche Verrechnungen der Arbeitsleistungen („Ware-Geld-Beziehung“) sowie die Konsumentenautonomie der Bürger nicht aufgehoben werden, bedarf es gesamt- und einzelwirtschaftlich des persönlichen Eigentums.

Privates Eigentum an Produktionsmitteln wird nur dort zugelassen, wo Betriebe ganz überwiegend auf der persönlichen Arbeit der Inhaber beruhen. Ferner wird die Verfügung über das Eigentum weitgehend eingeschränkt und der Betrieb in die staatliche Wirtschaftsplanung einbezogen. Privates Eigentum existiert in der Landwirtschaft – als Nebengewirtschaft –, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Das private Handwerk wird seit 1976 wieder stärker zugelassen. Die Betriebe dürfen nicht mehr als 10 Personen beschäftigen.

Da vor allem beim sozialistischen Eigentum die Eigentümerrechte der *Nutzung* und *Verfügung* getrennt worden sind, bestehen zwei Gruppen von Wirtschaftssubjekten:

- Die *staatlichen Organe der Wirtschaftsleitung*, zu denen neben den koordinierenden Organen *Ministerrat*, *Staatliche Plankommission*, *Ministerium für Wissenschaft und Technik* die *Industrieministerien* zählen,
- die *Wirtschaftseinheiten*, zu denen Betriebe, Dienstleistungseinrichtungen sowie auch wirtschaftsleitende Organe der mittleren Ebene rechnen. Die Aufgaben der Leitung von Industriezweigen durch Industrieministerien stellen primär Verfügungsrechte und -pflichten dar, bei nur



minimalen Nutzungsrechten, da ihnen die selbständige Aneignung von Erträgen verwehrt ist.

Die Verfügungs- und Nutzungsbefugnisse der Wirtschaftseinheiten sind an die Zwecke der Planerfüllung und Prämienverwirtschaftung gebunden. Fünfjahres- und Jahrespläne sowie die direkte Anleitung ziehen sehr enge Grenzen. Verfügungsrechte bestehen im Sinne von möglichen Initiativen zum Planentwurf und der Konkretisierung der vorgegebenen Plannorm. Im Vertragsgesetz von 1982 wird mit der Konstruktion der „Fondsinhaberschaft“ den Betrieben ein Bündel begrenzter Handlungsrechte zugestanden, die sie im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und nach Maßgabe staatlicher Aufgaben ausüben können. In den insgesamt nur engen Gestaltungsräumen liegt eine der Hauptquellen für das langsame Innovations-tempo und die im internationalen Vergleich geringen Leistungssteigerungen der Wirtschaft.

2. Zentrale Planung

Der Übergang zur zentralen Planwirtschaft in der Nachkriegszeit erfolgte in dem Maß, wie die breit angelegten Enteignungen durchgeführt und sowjetische Betriebs- und Planungsformen übernommen wurden, während ein Teil der kriegswirtschaftlichen Regelungen beibehalten wurde. Die marxistisch-leninistische Wirtschaftslehre geht davon aus, erst dann die Gesetze der wirtschaftlichen Prozesse bewußt ausnutzen zu können, wenn der Konkurrenz-zwang und Marktpontaneitäten durch das sozialistische Eigentum und die gesamtwirtschaftliche Planung überwunden worden sind. Spontane Reaktionsweisen werden entsprechend negativ bewertet.

Das planmäßige richtige Verhältnis der wirtschaftlichen Entwicklung und die optimale Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung will die Planung durch vorweg eingreifende und festlegende Entscheidungen erzielen (im vorhinein Verteilung der Gesamtarbeit eines Jahres auf die Wirtschaftssubjekte). Auf diese Weise soll die zentrale Planung die Wachstums- und Strukturziele der Wirtschaftspolitik mit den Ressourcen und Interessen der Betriebe und Industriezweige in Übereinstimmung bringen. Prioritäten, die sich aus wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Strategien ergeben, sind gegebenenfalls auch gegen Betriebsinteressen durchzusetzen. Bisher hat sich die Form, nach der sich die Beziehungen zwischen Planungs-zentrale und Wirtschaftseinheiten regelten, wiederholt geändert. Der Vorrang der Planungs-zentrale gegenüber den Betrieben war jedoch nie in Frage gestellt.

Das gegenwärtige Planungssystem erfaßt alle Wirtschaftsbereiche:

- Die Planung der Produktions- und Verteilungsprozesse,
- die Koordination der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Konsumpolitik,
- die außenwirtschaftlichen Beziehungen,
- die ökonomische Nutzung der naturwissenschaftlich-technischen Entwicklung,
- die Bestimmung der materiellen und immateriellen Leistungsanreize,
- die Festsetzung der Löhne,
- die Gestaltung der Wirtschaftsorganisation sowie
- die Mitwirkung der Berufstätigen, der Gewerkschaft und der anderen Massenorganisationen an der Planung und Leitung.

Die Planwirtschaft arbeitet mit

- volkswirtschaftlichen *Prognosen* für Zeiträume von 20 bis 30 Jahren,
- *langfristigen Konzepten* bzw. *Zielprogrammen* mit orientierenden Festlegungen für 10 bis 15 Jahre,
- bilanzierten und als Gesetz verabschiedeten *Fünfjahrplänen*,
- jährlichen, als Gesetz verabschiedeten *Volkswirtschaftsplänen* und *Haushaltsplänen*.

Der *Volkswirtschaftsplan* stellt die grundlegende, vollzugsverbindliche Arbeitsanweisung an die Wirtschaftseinheiten und -leitungen dar. Über Direktiven, Plannormen und Empfehlungen löst er Handlungen aus und koordiniert diese. Die Anforderungen an das Verhalten der arbeitenden Menschen werden in rechtlicher Form formuliert und sind für alle verbindlich.

Der Plan entsteht aus einem wiederholten Informationsaustausch zwischen den zentralen Planungsorganen und den Kombinate und Betrieben.

Während eines Jahres werden die Wirtschaftssubjekte

- über die *Staatlichen Aufgaben* der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik informiert,
- diese schrittweise in Richtung der Produktionsprozesse detailliert und miteinander abgestimmt,
- anschließend in Planentwürfen zusammengefaßt und
- von den zentralen Gremien der SED und der Staatsführung als *Staatliche Planauflage* für das folgende Planjahr bzw. -jahrhundert beschlossen.

Die dabei getroffenen *Planentscheidungen* über die zu erwartenden Leistungen, den Ressourceneinsatz, die Fondszuführungen und die Effizienz der Mittelverwendungen stehen unter dem Vorbehalt einer ungewissen Zukunft. Bei widersprüchlichen Prognosen der zukünftigen Entwicklung tendiert die Planung dahin, an der bisherigen Praxis festzuhalten. Insbesondere die langfristige Planung ist ständig der Gefahr ausgesetzt, durch Veränderungen auf dem Weltmarkt sowie durch wissenschaftlich-technische Neuerungen überholt zu werden.

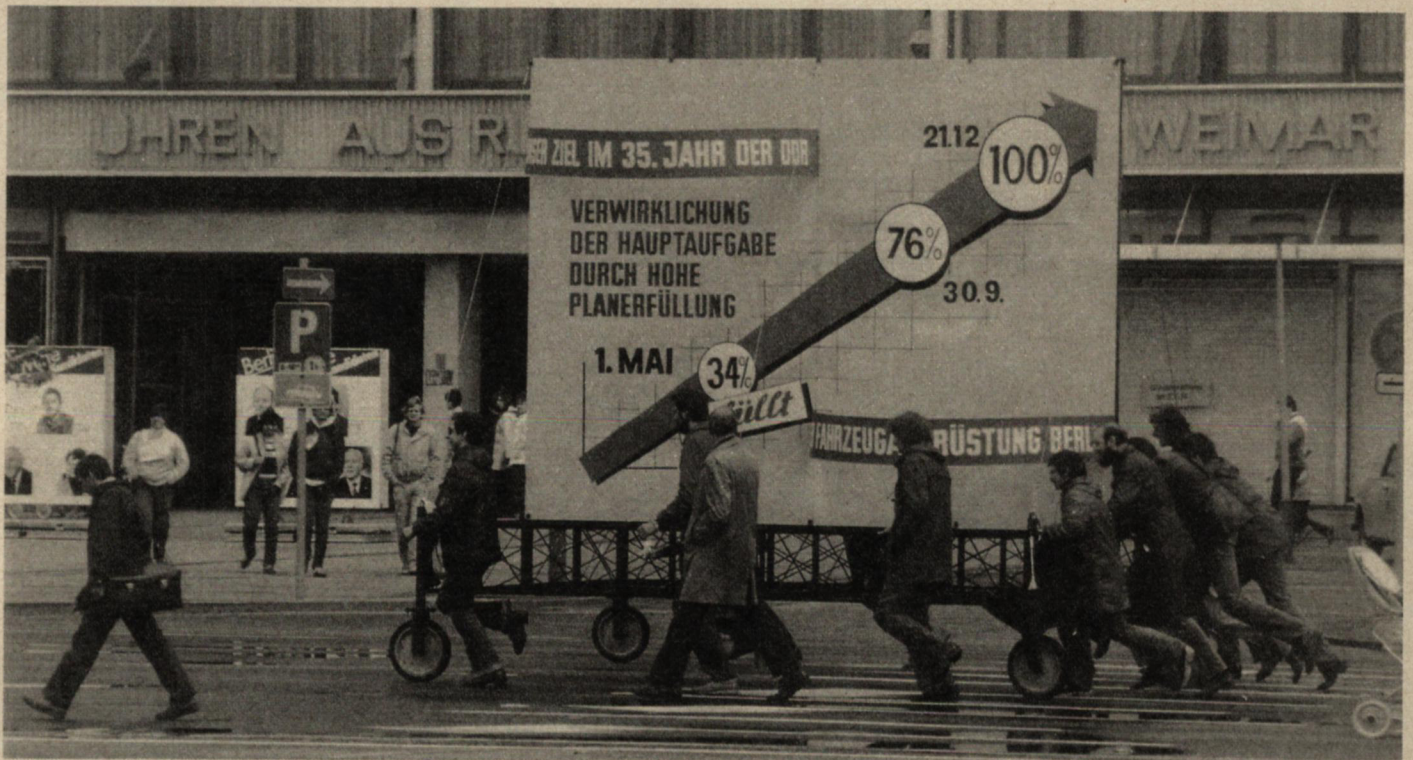
Als weiteres Planungsproblem stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß Entscheidungen und Kontrollen zentralisiert oder an örtliche Planungsinstanzen und Kombinate- bzw. Betriebsleitungen delegiert werden sollen. In diesem Zusammenhang muß auch geklärt werden, wie die Kombinate und Betriebe dazu angehalten werden, die Planaufgaben in ihren Betriebsplänen auch zu realisieren. Während bis in die 60er Jahre hinein die strikte „Planung von oben“ dominierte, wird seitdem im Planungsverfahren eine stärkere Abstimmung zwischen betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen versucht.

Ausgehend von den überkommenen kriegswirtschaftlichen Regelungen – etwa des Preissystems – und sowjetischen Planungspraktiken entwickelte sich die Planungsmethodik bisher aus Versuchen und Irrtümern. Das gegenwärtige Planungssystem erfaßt alle Wirtschaftsbereiche mit naturalen und finanziellen Kennziffern. Da aber nicht alle Güter und Leistungen in die Planung einbezogen werden, handelt es sich um eine unvollkommene Planung.

Mittels der *Plankennziffern* und der *Bilanzierungsmethode* werden die Planentscheidungen inhaltlich koordiniert. Die Bilanzierung soll jenes Gleichgewicht zwischen Bedarf und den Möglichkeiten seiner Deckung ermitteln, daß in der Marktwirtschaft vor allem über die Preise angezeigt werden soll. Sie dient dazu, die materiellen und finanziellen Proportionen der Pläne zu ermitteln und zu kontrollieren. Zu unterscheiden sind gesamtwirtschaftliche Bilanzen, zum Beispiel des Realeinkommens, des Außenhandels, des Transports, von Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK). In ihnen werden für bestimmte Güter oder Gütergruppen die in der Planungsperiode verfügbaren Mengen den möglichen Verwendungen – zum Beispiel für inländischen Bedarf oder Export – gegenübergestellt. Die Planentscheidung legt dann die Verwendungszwecke fest. Für den Volkswirtschaftsplan 1984 wurden insgesamt 4575 MAK-Bilanzen erarbeitet. Über dreiviertel der Produktion wurde zentral mittels rund 2200 Bilanzen entschieden. Davon betreute die Staatliche Plankommission 425 Bilanzen, die Ministerien 665 und rund 1100 wurden von Kombinate erarbeitet.

Mit Plankennziffern wird die Menge der jährlich zu produzierenden Güter und Leistungen festgelegt; zugleich soll der wirkliche Einsatz der hierzu notwendigen Ressourcen gesteuert werden. Ihre Angaben können daher sowohl Mengen, Werte, Zeiteinheiten als auch Relationen ausdrücken. Die Entscheidung darüber, ob die wirtschaftliche Planung sich mehr auf Wert- oder Mengenkennziffern verlassen und welche der Kennziffern leitend sein soll (Hauptkennziffern) ist bisher häufig geändert worden. Die Kennziffernomenkla-

Am 1. Mai 1984 in Berlin: „Losung“ wird zum Aufmarsch transportiert.



tur der Planungsordnung für die Jahre 1986 bis 1990 enthält bei den Planaufgaben 156 Kennziffern für den Jahresplan und 81 für den Fünfjahresplan.

Ein neuralgischer Punkt ist traditionell die Abstimmung zwischen materieller, güterwirtschaftlicher und der finanziellen Planung. Kombinate und Betriebe haben bisher immer wieder Spielräume für „betriebs- und branchenegoistisches Verhalten“ gefunden. Interessenwidersprüche mit der Planungszentrale äußern sich in der Neigung der Betriebe, günstige Planaufgaben zu erreichen („weiche Pläne“).

XIV. WIRTSCHAFTSPOTENTIAL

1. Größe, Lage

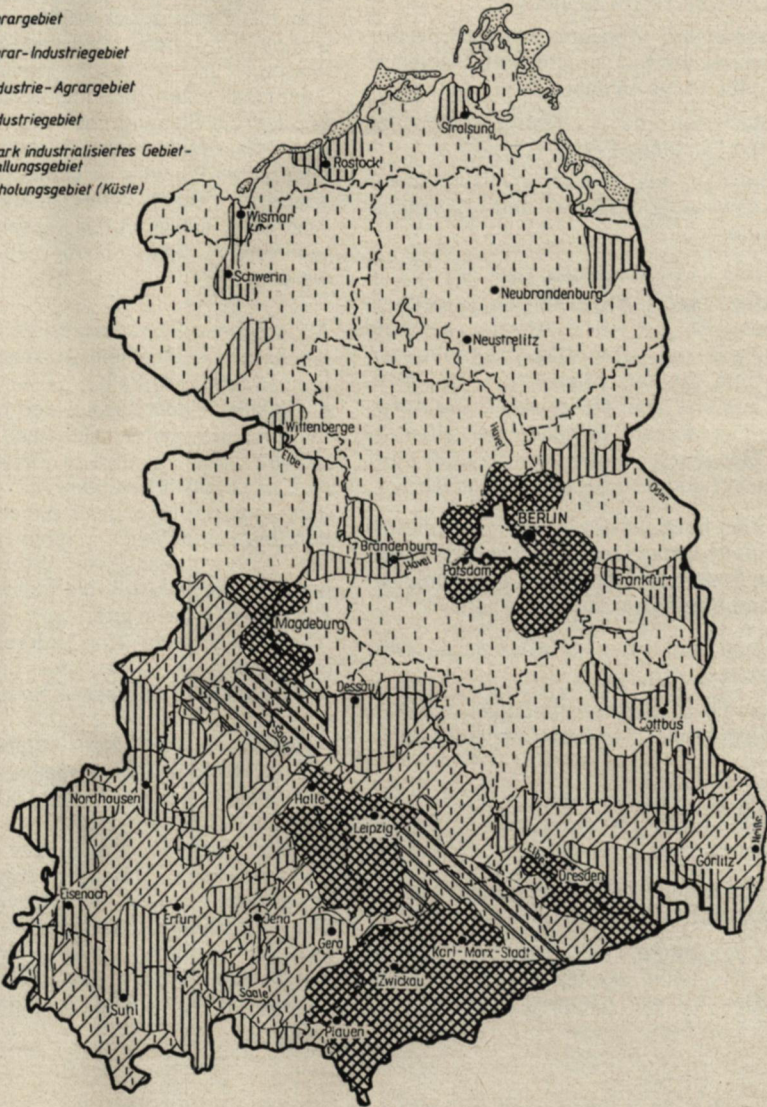
Die DDR ist ein mittelgroßer, volkreicher Staat der Erde. Ihr Staatsgebiet umfaßt 108 333 km², die Bevölkerung 16,6 Millionen Einwohner (1986). Unter den 33 europäischen Staaten nimmt die DDR auf 1 % der Fläche des Kontinents der Größe nach die 16. und der Einwohnerzahl nach die 10. Stelle ein. Die verwaltungsförmige Gliederung des Staatsgebietes ist seit der Auflösung der Länder Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen und der Bildung von 14 Bezirken sowie Berlin (Ost) im Jahre 1952 weitgehend unverändert geblieben. 7567 Gemeinden (1946: 12 249 Gemeinden) verteilen sich auf 38 Stadtkreise sowie Stadtbezirke und 191 Landkreise (1986).

Die Grenzen verlaufen zum größeren Teil entlang natürlicher Landschaftsgrenzen. Ist es im Norden die Ostseeküste, so die Oder südlich von Stettin und die Lausitzer Neiße im Osten als Grenze zur Volksrepublik Polen und die sächsische Mittelgebirge im Süden als Grenze zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Die innerdeutsche Grenze erstreckt sich im Westen über 1378 km von der Lübecker Bucht bis zum Thüringer Wald. Durch die Mittellage in Europa begünstigt, stand der Wirtschaftsraum schon seit dem Mittelalter in engen wirtschaftlichen Verbindungen mit den Nachbarregionen.

Die Industrialisierung führte im Deutschen Reich zu einer Trennung von ländlichen und industriellen Wirtschaftsgebieten. Reine Agrargebiete waren Mecklenburg, Pommern und Brandenburg (ohne den industriellen Großraum Berlin), in denen landwirtschaftliche Großbetriebe (über 100 ha) dominierten. Industriegebiete breiteten sich im südlichen Sachsen, im Raum Halle-Leipzig-Dessau, im Vogtland, den Gebieten Hof-Plauen, Cottbus-Guben sowie in den Großstädten Berlin, Dresden, Magdeburg und Rostock aus.

Gebietsstrukturen in der DDR

- Agrargebiet
- Agrar-Industriegebiet
- Industrie-Agrargebiet
- Industriegebiet
- stark industrialisiertes Gebiet-Ballungsgebiet
- Erholungsgebiet (Küste)



Aus: Der Bürger im Staat, DDR, 5/1983.
Quelle: Bönisch, a. a. O., S. 50.

2. Bodenschätze und Raumordnung

Die Lage der Bodenschätze hat die wirtschaftsräumliche Gliederung stark beeinflusst. Ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland ist die DDR ein rohstoffarmes Land. Als Energierohstoff steht ihr in ausreichendem Maße nur Braunkohle zur Verfügung. Seit 1980 ist die Braunkohlenförderung als Reaktion auf die ansteigenden Weltmarktpreise für Energieträger stark erhöht worden (vgl. Tabelle Seite 46). Der Primärenergieverbrauch wurde 1984 zu 70 % durch Braunkohle gedeckt. Der Abbau von Steinkohle wurde dagegen 1978 wegen Erschöpfung der Vorräte eingestellt. Die Erdölvorkommen sind unbedeutend. Die Erdgasproduktion ist trotz geringer Vorkommen und milderem Heizwert seit 1970 stark ausgeweitet worden (von 1 auf 13,1 Milliarden m³ 1984). Der Umfang der bedeutsamen, von der Sowjetunion beanspruchten Uranvorkommen bei Aue

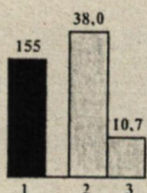
ist unbekannt. Die Lagerstätten von Eisenerzen, Kupfer, Zinn und Nickel sind wenig ergiebig bzw. stark ausgebeutet. Bedeutender sind die Vorkommen an Kali- und Steinsalzen sowie an Kalkstein, Kiesen und Sanden. Vor allem die Kali- und Steinsalze sind ein wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie. Der starke Abbau von Braunkohlen- und Salzvorkommen erhöhte die Umweltbelastung. Einige Industriegebiete – zum Beispiel Plauen-Dresden, Berlin, Halle-Leipzig-Dessau – sind von hohen Immissionen betroffen. Die Reaktivierung der erschöpften Lagerstätten hält mit dem größtenteils im Tagebau betriebenen Abbau nicht Schritt.

Aufgrund der Konzentration der Bodenschätze im Süden besteht auch heute noch ein Süd-Nord-Gefälle der Industrialisierung und Urbanisierung. Durch Neuansiedlung und Ausweitung vorhandener Industrien sowie durch Stadtgründungen in den nördlichen und mittleren Bezirken in den 50er Jahren – Eisenhüttenstadt,

Industriegebiete und Industrialisierungsgrad

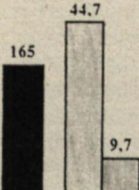
0 50 km

Daten 1980:
DDR gesamt

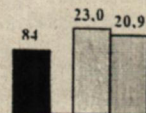


1 Bevölkerungsdichte
Berufstätige (v. H.)
2 Industrie
3 Landwirtschaft

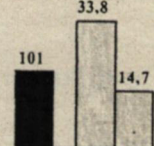
Südwest



Nord

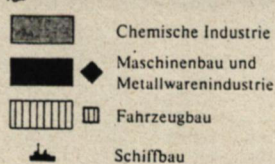
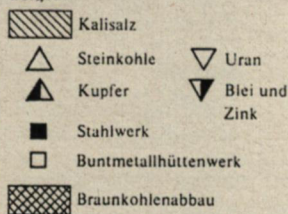


Mittel

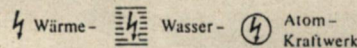


Süd

Bergbau



Kraftwerke ab 300 MW



Aus: Praxis Geographie 9/85.

Quellen: Haase 1983, S. 105 f.; D. Gohl, GR 29 (1977) H. 8, S. 268.

Schwedt – verringerten sich die regionalen Differenzen. Seit den 70er Jahren fördert die Industrialisierungspolitik demgegenüber erneut den Produktionsausbau an den traditionellen Standorten. Vor allem in Berlin (Ost) und den vier Südbezirken Dresden, Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt sind Bevölkerung, Industrie, Wissenschaft und Technik konzentriert. Auf einem Viertel der Fläche der DDR wird in den vier Südbezirken in knapp die Hälfte der industriellen Bruttoproduktion erzeugt, während die etwa gleichgroßen Nordbezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock nur einen Anteil von 8 % produzieren (1986). Die Kohle- und Energiewirtschaft, die chemische und die elektrotechnische und elektronische Industrie sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau sind im Großraum Berlin (Ost) sowie den Gebieten Halle-Leipzig, Karl-Marx-Stadt/Zwickau und Dresden-Oberes Elbetal konzentriert. Zwischen den industriellen und den stärker landwirtschaftlich genutzten Gebieten bestehen erhebliche Ungleichheiten. Sie äußern sich in ungleichen Lebensumständen und Berufschancen der Bewohner, die durch unterschiedliche Umweltbelastungen und Wohnqualitäten noch verstärkt werden.

3. Bevölkerung

Mit 16,6 Millionen Einwohnern leben 1986 2,5 Millionen Personen weniger in der DDR als 1947, dem Jahr mit dem höchsten Bevölkerungsstand. Durchschnittlich 153 Einwohner leben auf einem km². Die *Bevölkerungsdichte* entspricht damit dem Stand von 1939. Der Bevölkerungsverlust gegenüber der Nachkriegszeit ist hauptsächlich auf die bis 1961 erfolgte Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland (Fluchtbewegung), den kriegs- und nachkriegsbedingten Geburtenausfällen sowie einem allgemeinen Geburtenrückgang zurückzuführen. Während der Norden und einzelne Gebiete in der

Mitte und im Südwesten relativ dünn besiedelt sind, steigt die Bevölkerungsdichte in den großstädtischen Räumen Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Dresden und Halle stark an, am dichtesten ist Berlin (Ost) besiedelt. Gemessen am Stand 1970 haben viele Menschen die Ballungsgebiete inzwischen verlassen (minus 6 % bis 1983). Wanderungsgewinne erzielte vor allem Berlin (Ost) (plus 9 % bis 1983). Gegenüber der Nachkriegszeit hat sich die *Bevölkerungsstruktur* deutlich verändert. Der kriegsbedingte Frauenüberschuß (1950: 55,6 % der Bevölkerung) ging zurück (1986: 52,5 %).

Die Gruppe der im arbeitsfähigen Alter stehenden Personen nimmt seit 1970 (58 %) wieder zu (1986: 65 %), die der Einwohner im Rentenalter sinkt (1970: 20 %, 1986: 16 %). Damit verbesserte sich das quantitative Verhältnis der erwerbsfähigen zur nichterwerbsfähigen Bevölkerung. Die Erwerbstätigen müssen weniger nichterwerbstätige Kinder und Alte wirtschaftlich und sozial „versorgen“.

Die *natürliche Bevölkerungsentwicklung* ist nach wie vor von der besonders durch den Krieg und die Flucht ungünstig geprägten Alters- und Sexualstruktur mit den darausfolgenden hohen Sterbeziffern und den eingeschränkten Heiratsmöglichkeiten beeinflusst. Während die Zahl der Gestorbenen seit 1960 letztlich gleichgeblieben ist, stieg die Zahl der Lebendgeborenen seit 1975 merklich an, bewegte sich zwischen 1979 und 1982 auf höherem Niveau und sinkt seitdem wiederum. Erstmals 1979 starben weniger Menschen als neue lebend geboren wurden. Diese dennoch insgesamt relativ günstige Entwicklung wird auf die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre zurückgeführt, ferner auf sozialpolitische Verbesserungen („Babyjahr“, Schwangerschaftsurlaub und Arbeitszeitverkürzung). Die natürliche Bevölkerungsentwicklung kennzeichnet als langfristigen Trend eine im internationalen Vergleich geringe *Geburtenquote* (Gebore-

ne je 1000 Einwohner). Sie erreichte 1980 mit 14,6 ihren seit 1967 (14,8) höchste Rate, fällt bis 1986 auf 13,4. Als Ursachen der geringen Geburtenquote kommen die schon vor dem Zweiten Weltkrieg erkennbare Tendenz zur Kleinfamilie sowie die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches in Betracht. Verbreitet ist in der DDR die Ein- bis Zwei-Kinderfamilie. Die Tendenz zur Kleinfamilie spiegelt sich in der Entwicklung der *privaten Haushalte*.

Auf Ein- und Zwei-Personenhaushalte entfielen 1981 zur Zeit der letzten Volkszählung über die Hälfte aller Haushalte (26,6 plus 27,1 %).

Wie in vergleichbaren anderen Industrieländern sind relativ viele Menschen erwerbstätig. Die *Erwerbsquote* liegt bei 52 % (vgl. Tabelle Seite 47) und erhöht sich noch, wenn das nichtausgewiesene Militärpersonal und die im Uranerzbergbau Beschäftigten einbezogen werden. Fast jeder zweite Arbeitsplatz wird von einer Frau eingenommen. Typisch ist, daß auch zahlreiche Rentner noch im Arbeitsprozeß stehen.

4. Wissenschaft und Forschung

Die in den Instituten der Universitäten, Akademien, Fachhochschulen und Kombinat betriebene Wissenschaft kann sich in wirtschaftlicher Hinsicht längst mit einem mittleren Industriezweig messen. Das gegenwärtige dichte Netz an Lehrer- und Forschungsstätten geht zum einen auf die Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert zurück, zum anderen auf die frühen Universitätsgründungen in Leipzig (1409), Rostock (1419), Greifswald (1456), Halle-Wittenberg (1502) und Jena (1548). Nach der Kapitulation 1945 mischten sich deutsche und sowjetische Forschungstraditionen und Bildungskonzeptionen. Der Lehrstoff wurde stärker kanonisiert. Auch die Uni-

Gewinnung¹ ausgewählter Rohstoffe

Rohstoffe	Einheit	1970	1976	1980	1984
Steinkohle	Mill. t	1,0	0,5	—	—
Braunkohle	Mill. t	261,5	246,9	258,1	296,3
Erdöl	Mill. t	0,2	0,2	0,1	0,1
Erdgas	Mrd. m ³	1,0	8,0	7,7	13,1
Kalisalze	1000 t K ₂ O	2420	3161	3422	3465
Steinsalz	1000 t	2131	2508	3076	3075
Siedesalz	1000 t	49,3	52,1	52,1	58,4
Eisenerz ²	1000 t	422	60	20	18
Kupfer ²	1000 t	10,0	16,0	11,0	12,0
Zinn ²	1000 t	1,0	1,2	1,8	2,0
Nickel ²	1000 t	—	2,8	2,7	2,2

¹ Verwertbare Förderung oder Erzeugung.
² Metallinhalt.

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 255.

Wirtschaftlich gewinnbare Vorräte ausgewählter Rohstoffe (Stand 1984)

Rohstoffe	Einheit	DDR
Steinkohle	Mrd. t	—
Braunkohle	Mrd. t	20
Erdöl	Mill. t	2
Erdgas	Mrd. m ³	150
Kalisalz	Mill. t K ₂ O	800

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 254.

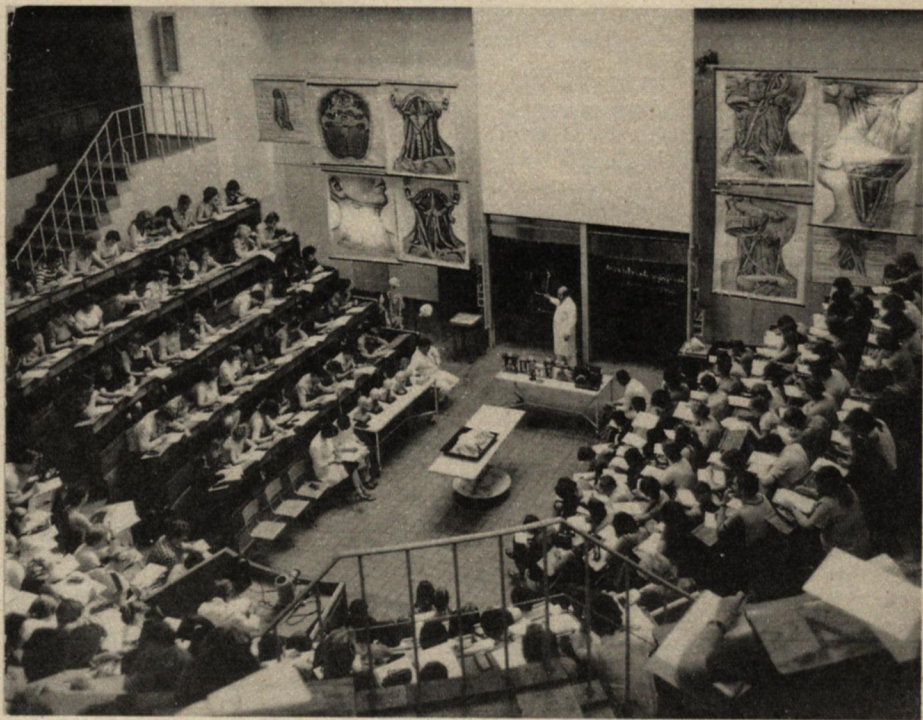
versität hatte nunmehr primär der Berufsausbildung zu dienen. Sowjetisch bestimmt war ferner der Umbau der Akademie der Wissenschaften zu einer Akademie mit umfangreichen eigenen Forschungsstätten, die fern von der Produktion errichtet wurden. Heutzutage genießen Wissenschaft und Forschung in Politik und Gesellschaft hohes Ansehen. Fragen der Aus- und Weiterbildung wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Bevölkerung behauptet ein im internationalen Vergleich hohes durchschnittliches Qualifikationsniveau. Dies gilt auch dann, wenn manche Qualifikation nur auf dem Papier steht und im praktizierten Beruf nicht angewendet werden kann. Beeinflußt von der marxistisch-leninistischen Ideologie herrscht ein Bild der Wissenschaft vor, das deren nützlichen Beitrag für die Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft betont, in der Sprache des Marxismus-Leninismus: ihre Rolle als „unmittelbare Produktivkraft“.

Insbesondere seit dem Wechsel in den 70er Jahren zu einer Politik, die wirtschaftliches Wachstum, soziale und kulturelle Wohlfahrt und ausreichende innenpolitische Stabilität verknüpfen will, gelten Wissenschaft und Forschung als „Hauptkettenglied“ und „Hauptreserve“ des Fortschritts. Sie sollen als „Motor“ der wissenschaftlich-technischen Revolutionierung der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens wirken.

Institutionell ist Wissenschaft und Forschung in drei große, administrativ gesonderte Komplexe geordnet:

- die Akademie der Wissenschaften,
- die Universitäten und Hochschulen sowie
- die Industrieforschung.

Die Akademie der Wissenschaften ist einerseits weiterhin Gelehrtenorganisation, deren über 200 ordentliche und korres-



Hörsaal des Anatomischen Instituts der Universität Leipzig.

pondierende Mitglieder regelmäßig im Plenum oder in den insgesamt neun Klassen zu Beratungen zusammentreten. Als solche ähnelt sie der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zu Halle. Die Akademie der Wissenschaften ist aber andererseits zugleich mit 22 000 Mitarbeitern die weitest größte Forschungseinrichtung des Landes, die – dem Ministerrat unterstellt – in rund 50 Zentralinstituten und Instituten wissenschaftliche Forschung (*big science*) betreibt. Arbeitete sie zunächst in ziemlicher Isolation von den konkreten Problemen der industriellen Produktion und Distribution, so wurden seit den 60er Jahren verschiedene Wege beschritten, um die

Distanz durch vertragliche Bindungen zwischen Akademie und Forschungsauftraggebern und auch durch den gemeinsamen Betrieb von Akademie-Industrie-Komplexen zu verringern. Themen solcher seit 1976 gegründeten Komplexe sind:

- Arzneimittelforschung (AdW-Institut für Wirkstoffforschung und VEB Berlin-Chemie)
- Applikationsgrundlagen organischer Hochpolymere (AdW-Zentralinstitut für organische Chemie und VEB Kombinat Plaste und Elaste)
- organische Synthese (AdW-Zentralinstitut für organische Chemie und VEB Chemie Kombinat Bitterfeld)

Erwerbsbeteiligung

Jahr	Erwerbstätige ^{a)}			Erwerbsquote ^{a)}			Arbeitslosenquote ^{a)}
	insgesamt		Anteil der Frauen	insgesamt	Erwerbsquote der Frauen	Erwerbsquote der Männer	
	in 1000		in %	in %	in %	in %	in %
1950	7581		—	41	—	—	5,1
1960	7993		45	47	38	57	0,1
1970	8218		48	48	43	54	
1980	8717		50	52	49	56	

^{a)} Einschließlich Lehrlinge

^{b)} Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, Bevölkerungsstand jeweils 31. Dezember.

^{c)} Die Arbeitslosenquote bezeichnet den Anteil der Arbeitslosen (in der amtlichen Terminologie der DDR „Arbeitssuchende“) an den abhängig Beschäftigten.

Quelle: Ralf Rytlewski, Manfred Opp de Hipt, Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49–1980, München 1987, Seite 65 f.

Beschäftigte und Nettobeiträge der „produzierenden Bereiche“ zum Nationaleinkommen (jeweils Preise von 1980; Struktur in %)

	Beschäftigte		N.-beiträge	
	1970	1983	1970	1983
Land- und Forstwirtschaft	12	10	12	8
Produzierendes Gewerbe	41	41	66	72
Baugewerbe	8	7	7	6
Handel	10	10	10	9
Verkehr	7	7	5	4
Dienstleistungen	22	25	—	—

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 476 f.

- Kerntechnik (AdW-Zentralinstitut für Kernforschung und Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“).

Gegenwärtig sind 54 Universitäten und Hochschulen Bestandteil des 1965 beschlossenen Einheitlichen Sozialistischen Bildungssystems, das ferner vorschulische Einrichtungen, Schulen und Weiterbildungsstätten erfaßt und auf bestimmte einheitliche weltanschauliche, pädagogische wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele festlegen will. Drei Hochschulreformen bedeuteten den Bruch mit dem herkömmlichen Universitätstypus zugunsten einer stark verschulten Ausbildungsweise bei permanentem numerus clausus. Die Hochschulen bilden mittleres und höheres Leitungspersonal aus. Sie beschäftigten 1984 rund 36 000 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter (vgl. Übersicht, Seite 48). Zusätzlich beteiligten sich während der letzten Jahre etwa 30 000 Studenten an der Forschung.

Politischer Nachwuchs wird in starkem Maße außerhalb des staatlichen Bildungssystems ausgebildet. Dafür stehen insgesamt 14 Hochschulen der SED, des FDGB, der NVA und der Polizei bereit. In der Forschungsplanung haben insbesondere die Hochschulen der SED erhebliches Gewicht.

Die Industrieforschung umfaßt Forschungs- und Entwicklungsstellen, die entweder der staatlichen Verwaltung unterstehen oder selbständige Betriebsteile darstellen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit der Pflege und Fortentwicklung einerseits der Produktionssortimente, andererseits der Fertigungsverfahren zu befassen. Letzteres wurde in der Vergangenheit häufiger versäumt und hat zur „technologischen Lücke“ gegenüber führenden westlichen Industrien erheblich beigetragen. War bis Ende der 70er Jahre der Großteil der überbetrieblichen Industrieforschung recht produktionsfern in den Instituten der Ministerien und anderer wirtschaftsleitender Organe organisiert, so ist dieses Potential heute weitgehend bei den zentralgeleiteten Kombinat zu finden. Hier sind Forschungsinstitute mit mehreren 1000 Mitarbeitern nicht selten. In einigen forschungsintensiven Kombinat arbeiten bis zu 16 % der Beschäftigten in der Industrieforschung: Kombinat Automatisierungsanlagenbau, Berlin (16 %), Kombinat Mikroelektronik, Erfurt (13,5 %), Kombinate Carl-Zeiss, Jena und Robotron (12 %). Insgesamt 168 000 Beschäftigte verteilen sich auf die Industrie (152 000), das Bauwesen, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen. Über Auftragsforschung sind in der Akademie der Wissenschaften etwa weitere 20 000 und in den Universitäten 12 000 Wissenschaftler und wissenschaftliche Mitarbeiter an der Industrieforschung beteiligt (vgl. Übersicht, Seite 48).

Die Produktion und Nutzenanwendung von wissenschaftlichem Wissen als der entscheidenden „Produktivkraft“ für Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Wohlfahrt stellt eine offizielle Staatsdoktrin dar. Stärker als in der Bundesrepublik

hängen die konkreten technisch-ökonomischen Entwicklungen von einem engen Verbund der Wissenschaft mit dem Staat ab.

5. Industrie

Der Beitrag der Industrie einschließlich des produzierenden Handwerks, jedoch ohne das Bauhandwerk an der Bildung des Sozialprodukts lag 1983 bei 72 %. Die Industrie ist damit auch dann der mit großem Abstand wichtigste Wirtschaftsbe-reich, wenn sein Anteil aus systemspezifischen Gründen statistisch überhöht aus-gewiesen wird (vgl. Übersicht).

Die Branchenstruktur folgt den schon vor 1945 gegebenen Schwerpunkten. Jedoch sind Industriezweige nach 1950 gefördert worden, die die Struktur ausgleichen und sie insgesamt dem sowjetischen Mo-dell annäherten: Aufbau eines eigenen Schwermaschinenbaus sowie die Auswei-tung der Grundstoffindustrie (Braunkoh-len-, eisenschaffende und chemische Industrie). Das wirtschaftliche Wachstum wird durch vier Industriezweige bestimmt:

- Die auf der Braunkohle basierende Ener-giewirtschaft,
- die chemische Industrie,
- den Maschinenbau,
- die Elektrotechnik, Elektronik und den Gerätebau.

Einzelne traditionelle Zweige des säch-sisch-thüringischen Maschinenbaus wur-den von der zentralen Industriepolitik vernachlässigt: Textilmaschinen, graphische Maschinen, Kraftfahrzeugbau. Zugunsten der exportfähigen Grundstoff- und Investi-tionsgüterproduktion stagniert ferner die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Die bisherige Industriepolitik hat eine wider-sprüchliche Situation entstehen lassen. Ausbau und Modernisierung ließen tech-nologisch fortgeschrittene und effiziente Fertigungen entstehen. Gelegentlich nur ein Haus weiter finden sich dann technolo-gisch völlig veraltete und ineffiziente Fa-brikationsanlagen, die nur der planwirt-schaftliche Konservatismus vor der Schlie-ßung bewahrt.

Anteil einzelner Industriebereiche an der Bruttoproduktion der Industrie¹ (in %)

Jahr	Chemische Industrie	Maschinen- und Fahrzeugbau	Elektrotechnik/ Elektronik, Gerätebau	Leichtindustrie (ohne Textil-industrie)
1949	14	15	3	16
1955	13	17	4	13
1960	13	19	5	12
1965	14	21	6	11
1970	15	21	7	11
1975	17	21	8	11
1980	16	23	9	10
1984	16	23	11	10

¹ Berechnet auf der Grundlage konstanter Preise; Preisbasis 1980.
Ralf Rytlewski, Manfred Opp de Hipt, Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49-1980, München 1987, Seite 65 f.

Entwicklung des Hochschulwesens

Beschäftigte in 1000 Personen

	1970	1984
Wissenschaftler davon	24,6	36,5
Professoren	2,1	3,2
Dozenten	2,5	3,8
übrige Wissenschaftler	20	29,6

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundes-ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 336.

Beschäftigte und finanzielle Aufwendungen in der Industrie-forschung nach Bereichen 1984

	Beschäftigte		Finanzielle Aufwen-dungen	
	in Tsd. Perso-nen	An-teile in %	in Mrd. M	An-teile in %
Akademie der Wissen-schaft	20	10	0,63	7
Universi-täten, Hoch-schulen	12	6	0,43	5
Übrige Bereiche	168	84	7,97	88
darunter Industrie	152	76	7,30	81
insgesamt	200	100	9,03	100

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundes-ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 336.

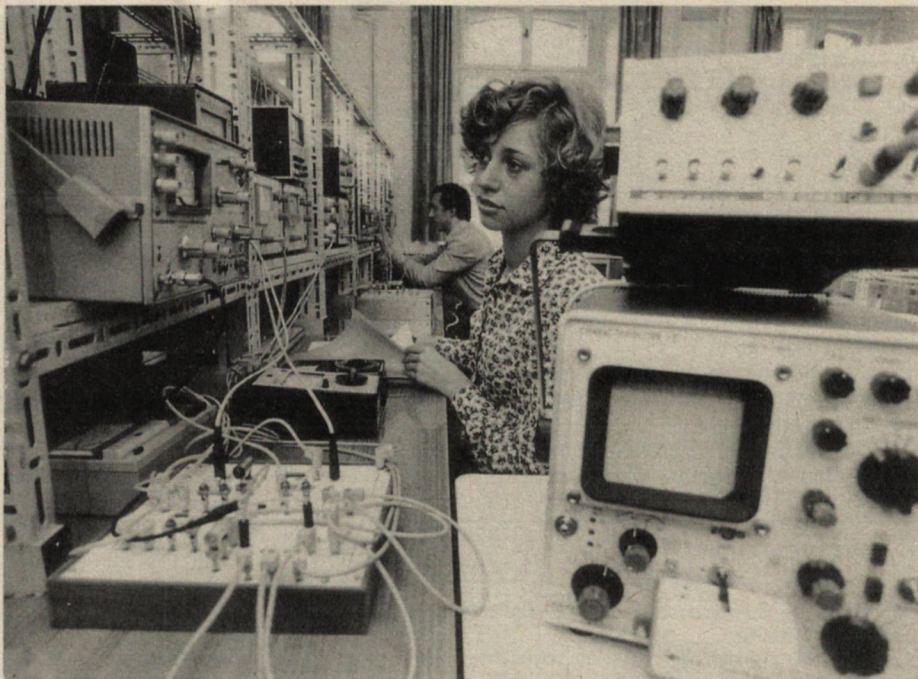
XV. ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität erklärt das Parteiprogramm der SED von 1976 zur „wichtigsten Quelle des wirtschaftlichen Wachstums“. Es folgt der klassischen marxistischen Definition der Arbeitsproduktivität als Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit. Noch Lenin sah in der Arbeitsproduktivität „in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“ (Die große Initiative, Moskau 1919). Trotz ihrer alle anderen Meßziffern überragenden Bedeutung wird sie in der Planung nur als eine von zahlreichen Plankennziffern verwendet.

Die Arbeitsproduktivität in der Industrie stieg, gemessen an der Bruttoproduktion je Beschäftigten (ohne Lehrlinge) zwischen 1950 (= 100 %) und 1985 auf 741. Die industrielle Bruttoproduktion wuchs im gleichen Zeitraum allerdings von 100 auf 1131. Mithin ist die Arbeitsproduktivität gegenüber der Industrieproduktion langsamer gestiegen. Dies gilt auch gegenüber der technischen Ausstattung je industriellem Arbeitsplatz. Die höchste Produktivitätssteigerung wiesen – bezogen auf das Jahr 1970 (= 100) – die Industriebereiche Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau (293), chemische Industrie (210) und Textilindustrie (207) auf, die geringsten Steigerungen die Branchen Wasserwirtschaft (121), Energie- und Brennstoffindustrie sowie Lebensmittelindustrie (je 143).

Das bei diesen Berechnungen verwendete Verfahren erlaubt nur sehr grobe Richtwerte. Feinanalysen läßt das betriebliche und gesamtwirtschaftliche Rechnungswesen nicht zu, da durch die Politische Ökonomie die „bürgerliche“ Betriebswirtschaftslehre zwar abgeschafft, nicht aber durch ein geeigneteres Rechnungsverfahren ersetzt wurde. So bleiben Differenzen im Ausbildungsniveau der Arbeitenden, im Schwierigkeitsgrad der Arbeit und im Stand der Mechanisierung und Automatisierung unberücksichtigt.

Westliche Berechnungen nach den Verfahren der gesamtwirtschaftlichen Gesamtrechnung sowohl der DDR als auch der Bundesrepublik ergaben, daß sich die Arbeitsproduktivität seit den 60er Jahren in etwa ähnlich dem Anstieg in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte (vgl. Tabelle, Seite 50), sich jedoch auf unterschiedlichem Niveau befindet. Der dabei ermittelte *Niveauunterschied* betrug 1968 in der Industrie 32 % und in der Landwirtschaft 39 %, das heißt, diese Bereiche erzielten 68 bzw. 61 % der jeweiligen Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik. Ein Vergleich des Sozialprodukts beider

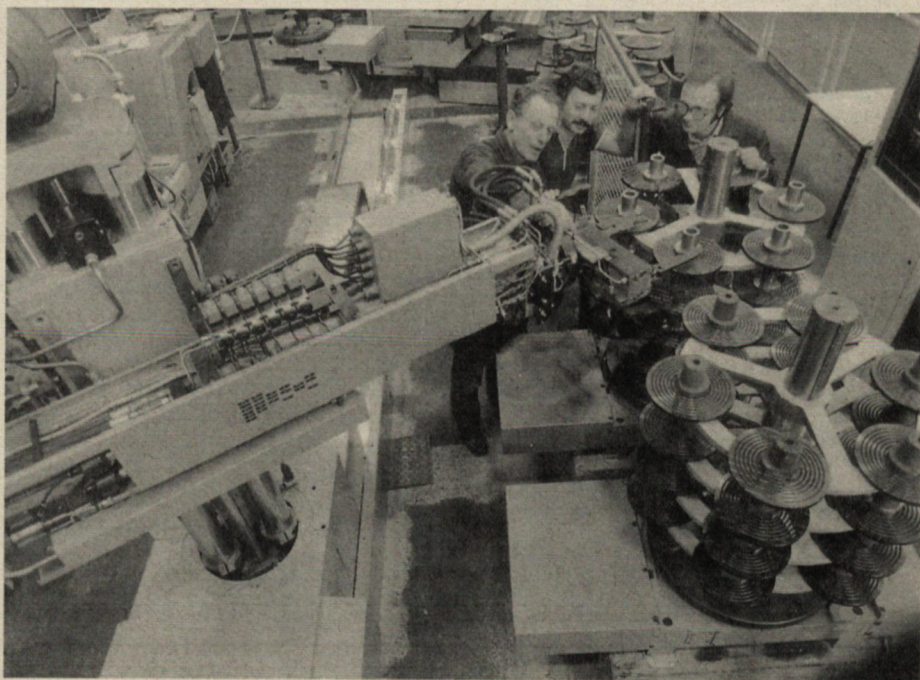


Forschung an der Ingenieurhochschule Zwickau. Studenten überprüfen den Einsatz von mikroelektronischen Bauelementen für den Bau von Industrierobotern.

Staaten für das Jahr 1976 ergab, daß der Produktivitätsabstand nicht verringert werden konnte (37 % gegenüber der Bundesrepublik). Von der Führung der SED wurde erstmals 1982 auf der 5. ZK-Tagung eine Lücke in der Arbeitsproduktivität in Höhe von 30 % angegeben. Nach neueren Analysen dürfte der Abstand schon in den 70er Jahren höher gelegen haben. Diese in den „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987“ angestellten Berechnungen messen und bewerten die industrielle und landwirtschaftliche Leistungserbringungen in bei-

den Staaten. Auf der Basis von Produktionsstatistiken und Preisangaben für 66, in zehn Bereiche zusammengefaßte Produktionszweige wurde für alle Industriebereiche die *Produktivitätsentwicklung* ermittelt. Da die Erzeugerpreisparitäten unbekannt sind, mußte das *Produktivitätsniveau* beider Volkswirtschaften mit verschiedenen Methoden gemessen und geschätzt werden, die tiefgestaffelte, produktionsbezogene Preisbewertungen einschlossen. Danach produzierte die Industrie 1983 ungefähr ein Viertel der bundesrepublikanischen Erzeugung, wofür sie aber relativ

Der erste mobile Roboter der DDR im Werkzeugmaschinenkombinat 'Fritz Heckert' in Karl-Marx-Stadt (früher Chemnitz).



Arbeitsproduktivitätsunterschiede. DDR in v. H. der Bundesrepublik Deutschland

(Bundesrepublik = 100)

Industriebereich	Originalwerte ¹⁾				Bewertungs- faktor ²⁾	Vergleichbare Werte			
	1970	1976	1980	1983		1970	1976	1980	1983
Energiewirtschaft, Kohlenbergbau	82	62	58	60	0,80	66	50	46	48
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	49	59	66	71	0,70	35	42	46	50
Metallerzeugung und -bearbeitung	95	109	102	114	0,41	39	45	42	47
Steine und Erden	41	47	45	43	0,95	39	45	43	41
Wasserversorgung	45	53	55	58	1,21	54	64	66	70
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	54	59	65	71	0,79	43	47	51	56
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	53	54	63	69	0,75	40	41	47	52
Textilgewerbe	72	72	76	77	0,73	52	52	55	56
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	55	54	57	58	0,98	54	53	56	57
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	73	66	59	56	0,77	57	52	46	43
Gesamte Industrie	63	63	64	69	0,76	48	48	49	52

¹⁾ Errechnet aus: Bundesrepublik: Umsatz in DM je Beschäftigten, DDR: Bruttoproduktion in Mark je Arbeiter und Angestellten (einschließlich Lehrlinge); jeweils zu konstanten Preisen.

²⁾ Errechnet aus den durchschnittlichen Preisrelationen der jeweiligen Industriezweige im Jahre 1983 bei Berücksichtigung der Beschäftigtenstruktur innerhalb der Industriebereiche;

Berechnungen und Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 390.

Zur Bewertung

Eine abschließende Wertung muß jedoch positiv hervorheben, daß es der DDR-Wirtschaftsführung trotz der gesetzlich verankerten Beschäftigungsgarantie und eines wenig leistungsgerechten Subventionssystems durchaus gelungen ist, den Rückstand zu der sich stärker arbeitsteilig entwickelnden Bundesrepublik seit 1970 nicht größer werden zu lassen.

Die Industrie der Bundesrepublik verbesserte zwar ihre Struktur und hat heute ein vergleichsweise höheres Leistungsniveau, erreichte diese Ziele aber um den Preis eines Abbaus der Beschäftigung, da Staat und Dienstleistungsbereiche seit über einem Jahrzehnt die von der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte nicht mehr voll übernehmen können.

Mißt man allerdings die tatsächlich erbrachten Leistungen in den einzelnen Industriezweigen, ist die DDR angesichts des weiter bestehenden Niveauunterschiedes von insgesamt etwa 50 v. H. heute negativer zu beurteilen als 1970.

Viele Industrieländer innerhalb und außerhalb Europas haben im Vergleich zur Bundesrepublik aufgeholt, sie konnten ihre Produktivität, aber auch Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung, relativ stärker erhöhen. Bei sich weiter verbessernder Konjunktur nach 1983 dürfte der Abstand zwischen beiden deutschen Staaten wieder zugenommen haben. Fallender Dollar und fallende Ölpreise stellen mit unterschiedlichem Vorzeichen ebenso hohe Anforderungen an die Anpassungsflexibilität einer Volkswirtschaft wie die Rohstoffkrisen der siebziger Jahre.

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 393.

Struktur und Entwicklung der Arbeitsproduktivität ¹⁾ in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland

Bereiche	Struktur 1971 in v. H.		Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten in v. H.		
			1971:1960		1971:1966
	DDR	Bundes- republik	DDR	Bundes- republik	DDR
Industrie ²⁾	123	108	5,0	4,6	5,5
Baugewerbe	85	87	3,6	4,0	2,4
Landwirtschaft	69	39	2,7	5,5	2,4
Verkehr	60	98	3,7	4,3	3,8
Handel ³⁾	97	106	4,7	2,7	6,0
produzierende Bereiche insgesamt	100	100	4,4	4,6	4,8

¹⁾ Gemessen am Nettoprodukt in jeweiliger Währung (Preise von 1967) je Beschäftigten.

²⁾ Einschließlich produzierendes Handwerk.

³⁾ DDR: Nur Binnenhandel, einschließlich Gaststättengewerbe.

Quelle: DDR-Handbuch, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1984, S. 72.

Anteil der Wirtschaftsbereiche am Nettoprodukt

	1950	1960	1970	1983
Nettoprodukt (Mrd. M)	29	80	125	223
davon: Industrie	49,9	59,9	64,5	70,2
Bauwirtschaft	5,4	5,6	6,5	5,8
Land- und Forstwirtschaft	29,3	16,9	12,0	7,7
Verkehr/Post	6,9	4,9	4,5	4,1
Binnenhandel	7,7	10,1	9,8	9,1
Sonstige prod. Bereiche	2,4	2,6	2,7	3,1

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR.

Arbeitsproduktivität
der Landwirtschaft in
der Bundesrepublik
Deutschland und in der DDR
1970 bis 1984

Wirtschafts- bzw. Kalender- jahre ¹⁾	Arbeitsproduktivität ²⁾		
	Bundes- republik	DDR	DDR in v. H. der Bundes- republik
	in dt GE		
1970/74*	457,0	265,9	58,1
1975/79*	604,0	321,0	53,1
1980/84*	754,7	327,4	43,4
1970	400,2	230,7	57,6
1976	552,4	314,7	57,0
1980	707,2	335,0	47,4
1984	791,9	333,6	42,1

* Fünfjahresdurchschnitte.
1) Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.
2) Nahrungsmittelproduktion je Arbeitskraft-Einheit; GE = Getreideeinheit.

Quelle: In Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 707.

doppelt so viel Arbeitskräfte benötigte. Die Arbeitsproduktivität liegt im Vergleich nur bei 50 % (vgl. Tabelle).

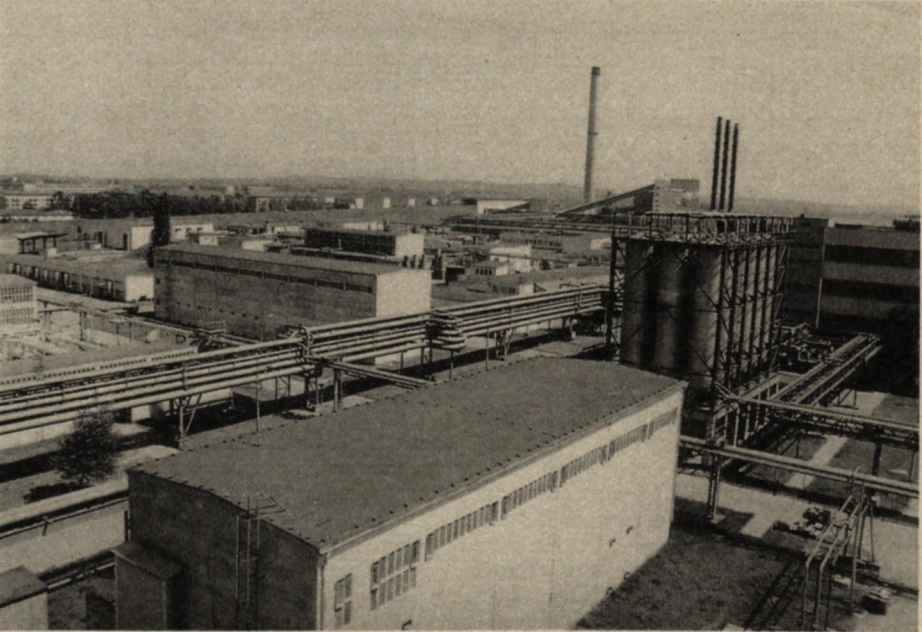
Auch in der Landwirtschaft konnte das Produktionsniveau der Bundesrepublik nicht erreicht werden. Ganz im Gegenteil vergrößerte sich der Abstand und lag 1984 bei 58 % (vgl. Tabelle, Seite 51).

Dabei wurde die Arbeitsproduktivität als das Verhältnis von Nahrungsmittelproduktion zur Zahl der in der Landwirtschaft eingesetzten Vollarbeitskräfte gemessen. Die Arbeitsproduktivität wuchs zwischen 1970 und 1984 nur mit einem Fünftel des Tempos der westdeutschen Steigerung (1 % : 5 %). Wesentlich günstiger verlief allerdings die landwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung in diesem Zeitraum, wenn nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Flächenproduktivität (Nahrungsmittelproduktion je Flächeneinheit) und die Produktivität der Viehhaltung (tierische Leistung bezogen auf den Viehbestand) gemessen werden.



Studenten der Bergakademie Freiberg sind zur Arbeitsleistung im Braunkohlentagebau eingeteilt. Sie helfen bei der Generalreparatur einer Abraumförderbrücke.

Chemiefaserwerk Wilhelm-Pieck-Stadt-Guben.



Produktion ausgewählter Erzeugnisse

	1938	1950	1960	1970	1983
Rohbraunkohle (Mio. t)	120	137	225	261	278
Elektroenergie (1000 GWh)	18	19	40	68	105
Rohstahl (Mio. t)	1,4	1,3	3,7	5,1	7,2
Zement (Mio. t)	2,0	1,4	5,0	8,0	11,8
Benzin (1000 t)	769	486	1080	2236	3955
Stickstoffdüngemittel (1000 t N)	341	231	334	395	968
Kunststoffe (1000 t)	30	1	8	47	151
Papier (1000 t)	894	321	542	720	860
Strumpfwaren (Mio. Paar)	367	146	151	199	357
Lkw (1000 Stück)	29	1	13	24	40
Pkw (1000 Stück)	73	7	64	127	188
Rundfunkempfänger (1000 Stück)	—	—	810	915	975
Schuhe (Mio. Paar)	47	—	57	79	82
Wohnungsneubau (1000 Einheiten)	32	—	72	66	123

Quellen: Gleitze, B.: Ostdeutsche Wirtschaft. Berlin 1956, Seite 192 ff. Statistische Jahrbücher der DDR.

XVI. AUSSENWIRTSCHAFT

Mit der Teilung Deutschlands brach der Wirtschaftsraum der SBZ/DDR aus der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung des Reiches heraus. Er hatte sich entsprechend der sowjetischen Wirtschaftslehre nunmehr als ein eigenständiges Wirtschaftsgebiet mit einer in der Grundstruktur voll ausgebildeten modernen Wirtschaft zu behaupten. Als rohstoffarmes Gebiet mit starker Industriewirtschaft und engem Binnenmarkt war die DDR von Beginn an darauf angewiesen, Roh- und Energiestoffe sowie Nahrungsmittel zu importieren. Zugleich war es darauf angewiesen, mit dem Export von Fertigwaren den Import zu finanzieren. Der Handel und der Transport, aber auch die Produktion selbst waren auf den Austausch mit der UdSSR und den anderen neuen Bündnispartnern umzustellen. Die DDR wurde Grenzland des sowjetischen Hegemonialsystems.

1. Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Die Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 1949 in Moskau durch die UdSSR, Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn war zunächst primär politisch begründet. Die 1948 mit dem Marshall-Plan und der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) angestrebte Öffnung eines Handelsraums von Nordamerika über Westeuropa nach Osteuropa sollte abgelehrt werden. Die DDR wurde ein Jahr später in den RGW aufgenommen. Nur sehr langsam wurden Schritte unternommen, innerhalb des Rates zu einer organisierten Abstimmung der Wirtschaftsinteressen zu gelangen. Im Jahr 1962 wurde die Koordination der staatlichen Wirtschaftspläne als wichtigste Kooperationsform beschlossen. Ein 1971 verabschiedetes Komplexprogramm legte ergänzend fest, sich auch bei wichtigen Struktur- und forschungspolitischen Maßnahmen sowie bei der Produktionsstandardisierung abzustimmen. Um die Planung und Zusammenarbeit in der Forschung, Fertigung und beim Absatz zu erleichtern, wurden auf Gebieten mit übereinstimmenden Interessen mehrerer Länder zwischenstaatliche Organisationen oder Internationale Wirtschaftsorganisationen gegründet. Aufgrund ihrer industriellen Schwerpunkte beteiligt sich die DDR vor allem an Organisationen des Maschinenbaus, der chemischen Industrie sowie der elektrotechnischen und elektronischen Industrie: „Assofoto“, Moskau (fotomechanische Industrie), „Interchim“, Halle (Chemie), „Inter-
textilmasch“, Moskau (Maschinenbau),



Zusammenkunft der Staats- und Parteichefs der RGW-Staaten in Moskau 1983.

„Interatomenergo“, Moskau (Atomkraftwerke).

Im RGW entstand keine international integrierte Wirtschaft. Dafür fehlen die entscheidenden Voraussetzungen: über die Grenzen hinweg hin- und herfließende Kapitalmittel und Personen. Abstimmungen erfolgen grundsätzlich von Land zu Land. Dabei treten die Mitgliedsstaaten souverän und als Wirtschaftseigentümer auf. Direkte Beteiligungen an Projekte zweier oder mehrerer Länder erfolgen als gestreckte Kompensationsgeschäfte. Auf diese Weise beteiligt sich auch die DDR an der Erschließung sowjetischer Rohstoffvorkommen.

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit des RGW steht der bilaterale Warenaustausch (vgl. Tabelle, Seite 52). Die DDR ist am Intra-Blockhandel aufgrund ihres hohen Leistungsniveaus – das höchste im RGW – und ihrer Rohstoffabhängigkeit relativ

stark beteiligt. Nach der UdSSR ist sie die zweitgrößte Handelsmacht. Knapp zwei Drittel ihres Außenhandels wickelt sie mit den RGW-Mitgliedsländern ab. Da die DDR sich im Unterschied zu ihren Handelspartnern auf einem höheren Industrialisierungsniveau befindet, ist der Außenhandel weitgehend durch Komplementarität und nicht durch Substitution gekennzeichnet. Eine Ausnahme bildet der Warenaustausch mit der CSSR. Die DDR exportiert vor allem Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel (Exportanteil 50 %). Die Maschinenausfuhr geht zu 80 bis 90 % in die sozialistischen Länder. Bei den Exporten in die UdSSR stehen Investitionsgüter (50 %), chemische Produkte und industrielle Verbrauchsgüter im Vordergrund. Auf der Importseite dominieren Rohstoffe und Vorerzeugnisse. Dreiviertel ihres Imports von Brennstoffen, mineralischen Rohstoffen und Metallen bezieht die DDR aus dem RGW-Raum, vorrangig aus der UdSSR.

Außenhandel der DDR nach Ländern
(einschließlich innerdeutscher Handel; in %)

	1960	1965	1970	1975	1980
sozialistische Länder	75	74	72	70	66
RGW-Länder	68	69	67	66	63
darunter: UdSSR	43	43	39	36	35
ČSSR	9	9	10	9	8
Polen	7	7	7	9	6
Ungarn	4	4	5	5	5
kapitalistische Industrieländer	21	22	24	26	27
darunter: Bundesrepublik Deutschland	10	9	10	9	8
Entwicklungsländer	4	4	4	4	6

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1981, Seite 235.

Struktur der Warenkäufe
der DDR (1984, in %)

	IDH	OECD
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (einschl. Bergbau)	60	30
davon: Chemie	21	16
Eisen und Stahl	11	9
Bergbau	11	0
NE-Metalle und Halbzeug	11	2
Investitionsgüterindustrien	16	25
davon: Maschinenbau	10	13
Elektrotechnische Erzeugnisse	2	4
Verbrauchsgüterindustrien	8	12
davon: Textilien, Bekleidung	4	7
Landwirtschaft und Ernährungsgüterindustrie	16	33

Karl-Heinz Groß, *Der innerdeutsche Handel aus internationaler Sicht*, in: *Deutschland-Archiv*, 10/1986, Seite 1083 f.

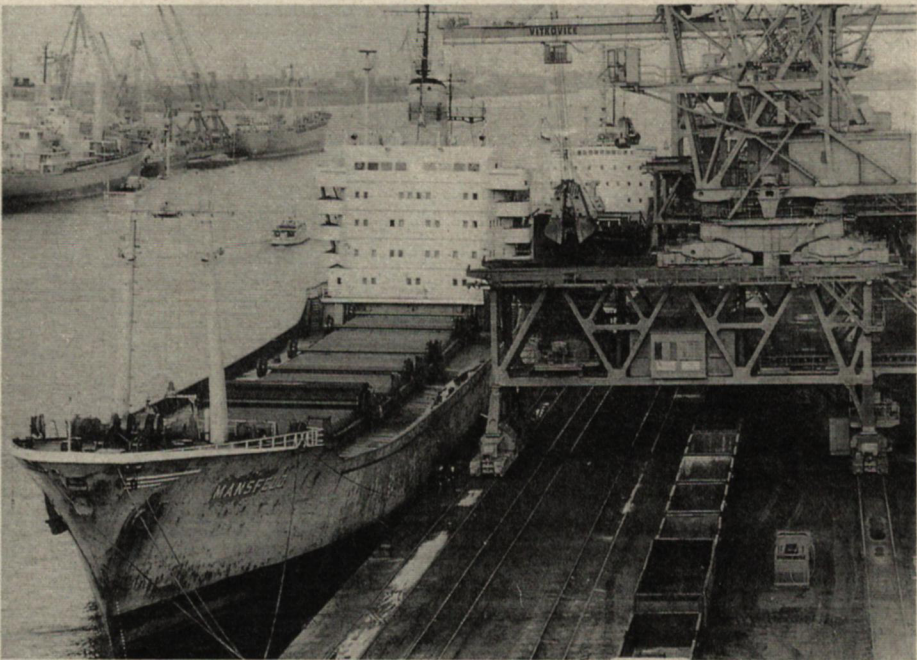
Innerdeutscher Handel 1983

Lieferungen in die DDR	in %
1. Chemische Erzeugnisse	15,8
2. Eisen und Stahl	13,5
3. Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse	13,3
4. Land- und forstwirtsch. Erzeugnisse	12,5
5. Erdöl (roh)	8,8
6. Dienstleistungen	15,7
Bezüge aus der DDR	in %
1. Mineralölerzeugnisse	20,8
2. Textilien, Bekleidung	11,6
3. Chemische Erzeugnisse	11,0
4. Land- und forstwirtsch. Erzeugnisse	9,3
5. Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse	7,2
6. Dienstleistungen	11,5

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): *Pressemitteilung vom 29. Februar 1984*

2. Innerdeutscher Handel

Trotz der militärischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilung wurde zwischen den beiden Staaten keine Zollgrenze errichtet. Der seit 1951 auf der Grundlage des „Abkommens über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)“ mögliche Austausch von Waren und Dienstleistungen ist Handel zwischen Wirtschaftsgebieten, deren Währungen in keinem offiziellen Kursverhältnis zueinanderstehen.



Ständig wechseln sich Frachter aus der Sowjetunion und der DDR an den Liegeplätzen im Rostocker Überseehafen ab und bringen für die DDR-Wirtschaft unentbehrliche Rohstoffe wie Apatit, Eisenerzkonzentrate und Kohle.

Es handelt sich um einen reinen Tauschhandel, der meistens auf der Grundlage der Marktpreise der Bundesrepublik abgeschlossen und über die Notenbanken der Staaten verrechnet wird. Das devisenfreie Verrechnungssystem, geringe Transportkosten und gelegentlich auch die traditionellen Geschäftsverbindungen begünstigen den innerdeutschen Handel. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist er für beide Staaten nicht von entscheidendem Umfang. Aufgrund von Preissteigerungen stieg er seit den 70er Jahren zwar nominell erheblich an, jedoch blieb das jahresdurchschnittliche reale Wachstum mit 3 % hinter der Erhöhung des Au-

ßenhandels beider Staaten zurück. Bei der *Warenstruktur* des innerdeutschen Handels fällt auf, daß der Anteil der Produkte der Investitionsgüterindustrie relativ gering ist (DDR-Lieferung 1985: 11 %, DDR-Bezüge: 18,7 %) und dem Produktionsniveau der Länder nicht entspricht. Im Vordergrund steht mit einem Anteil von nahezu 60 % (1985) der Austausch von Eisen und Stahl, chemischen Erzeugnissen und Mineralöl bzw. Mineralerzeugnissen sowie anderen Produkten der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Bedeutung erlangte in den letzten Jahren das „Mineralölgeschäft“, bei dem die DDR Mineralölerzeugnisse liefert und Rohöl bezieht.

West-Verschuldung der DDR

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Schuldenstand der DDR ¹⁾	in Mrd. US-\$									
Bankkredite (BIZ/OECD)	5,28	6,79	8,55	9,93	10,73	9,11	8,60	8,54	10,37	11,68
Öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite (BIZ/OECD)	1,00	1,20	1,30	1,40	1,50	1,62	1,95	1,74	1,45	1,95
Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel ²⁾	1,38	1,96	2,25	1,96	1,62	1,57	1,49	1,00	1,43	2,06
Bruttoverschuldung	7,66	9,95	12,10	13,29	13,85	12,30	12,04	11,28	13,25	15,69
Guthaben (BIZ) ³⁾	-0,90	-1,32	-1,96	-2,15	-2,18	-1,99	-3,39	-4,53	-6,53	-7,46
Nettoverschuldung	6,76	8,63	10,14	11,14	11,67	10,31	8,65	6,75	6,72	8,23

¹⁾ Soweit statistisch nachgewiesen. Jeweils am Ende des Berichtszeitraums. — ²⁾ Kumulierter Passivsaldo der DDR, in US-Dollar umgerechnet. — ³⁾ BIZ: Bank für internationalen Zahlungsausgleich.
Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 5, 1988, S. 66.

3. Westhandel: Verhältnis zur OECD und zur EG

Unter dem Westhandel ist der Austausch mit den Ländern des OECD-Raumes zu verstehen, der den hier gesondert dargestellten innerdeutschen Handel einschließt. Des weiteren rechnen auch Fragen des Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft (EG) hierzu. Der Westhandel ist seit 1960 stärker als der RGW-Handel gesteigert worden. Hierin zeigt sich das Bestreben der politischen Führung, den Bedarf an technischen Neuerungen stärker über den Import von Anlagen und technisch-organisatorischem Know-how zu decken. Erzeugnisse der Investitionsgüter-industrie haben bei der Einfuhr ein größeres Gewicht als im innerdeutschen Handel.

Ferner ist die DDR am Handel mit westlichen Ländern aufgrund ihrer Situation als zweiter deutscher Staat interessiert. Der sich auf den Handel mit der Bundesrepublik beziehende Teil ihrer Außenwirtschaft wird von seiten des GATT (1947 abgeschlossenes Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und der EG als Binnenhandel der Bundesrepublik anerkannt. Auch für die DDR gelten damit die entsprechenden Vergünstigungen der steuerlichen Erleichterungen, der hohen Agrarpreise der EG, der Zollfreiheit mit direktem Marktzugang und ohne die Verpflichtung, Abschöpfungsbeiträge zu entrichten zu müssen. Da ein nicht geringer Anteil der Importe über Kredite finanziert wird, geriet die DDR in eine beachtliche Verschuldung, die 1981 mit 10,1 Milliarden Dollar einen Höhepunkt erreichte. Daraus resultierende Zinslasten machten etwa ein Viertel aller Exporteinnahmen aus.

Die Verschuldung führte in Verbindung mit einem hohen Handelsbilanzdefizit gegenüber der UdSSR in den 80er Jahren zu einer veränderten Außenwirtschaftsstrategie. Exportsteigerungen bei Importdrosselungen waren von Veränderungen im Ausfuhrsortiment begleitet. Vor allem stieg der Export von Mineralölprodukten. Von Gewicht ist seitdem ferner die Ausfuhr chemischer Produkte, während der Maschinenexport nur noch geringe Bedeutung erlangt. Die bis Mitte 1986 erreichte Reduktion der Nettoverschuldung in Hartwährung auf den Stand von 5,5 Milliarden Dollar ging einher auch mit Konsumeinschränkungen der Bevölkerung. Der Import industrieller Konsumgüter erreicht nur einen Anteil von knapp 5 %. Aufgrund ihrer Orientierung und Anbindung sowohl an den sowjetischen als auch an den westeuropäischen Handelsraum bleibt der DDR kaum noch Spielraum für erweiterten Handel mit den Entwicklungsländern.



Haus der Plaste und Elaste.

Durchschnittliche Bruttomonatslöhne in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

(in Mark je vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in Volkseigenen Betrieben)

Jahr	Industrie	Bau-industrie	Land- und Forstwirt-schaft	Verkehr	Post- und Fern-melde-wesen	Handel	Durchschnitt aller ausge-wählten Bereiche
1970	770	833	710	806	653	668	762
1975	895	949	886	990	818	798	897
1980	1039	1041	1000	1127	928	905	1030
1983	1099	1101	1040	1189	992	959	1089

Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 725.

Entwicklung des Einzelhandelsumsatz

	1971 bis 1975	1976 bis 1980	1981	1982	1983	1984	1985
Einzelhandelsumsatz insgesamt	5,1	4,1	2,5	1,0	0,7	4,2	4,2
Nahrungs- und Genußmittel	3,5	3,4	2,9	2,1	1,6	3,3	2,7
Industriewaren	6,8	4,8	2,1	-0,1	-0,1	5,1	5,6

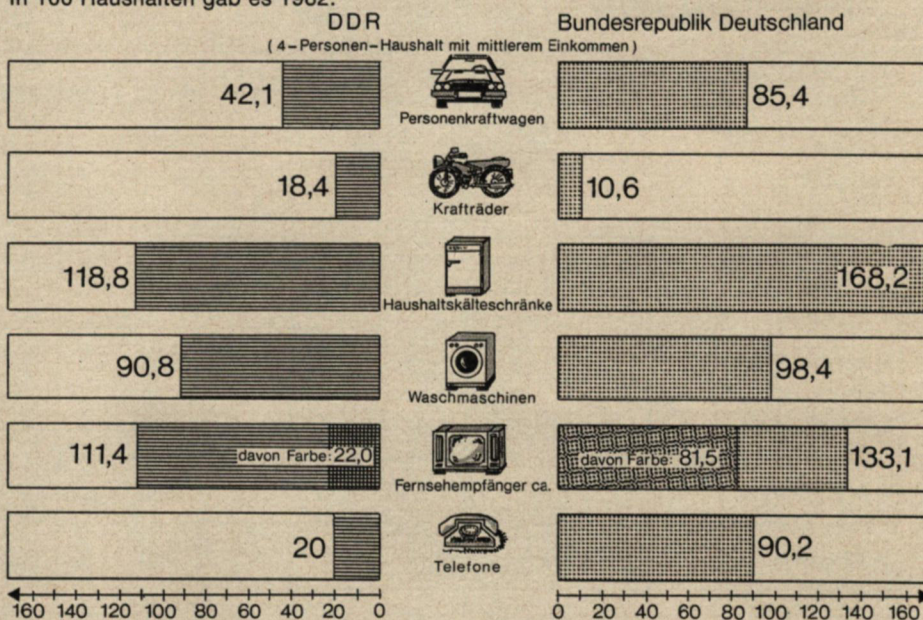
Quelle: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, Seite 522.

XVII. EINKOMMEN, PREISE, VERBRAUCH

Die Wirtschaftspolitik hat in den Anfangsjahren der Nachkriegszeit den Schwerpunkt nicht bei den Konsum-, sondern bei den Investitionsgütern und den Produkten der Grundstoffindustrie gelegt. Der im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland zurückbleibende Lebensstandard sollte erstmals 1959 mit dem Siebenjahrplan gefördert werden. Weitere „Aufholpläne“ folgten, ohne die Lücke schließen zu können. Ein Kurswechsel stellte dann die 1971 auf dem VIII. Parteitag der SED verabschiedete wohlfahrtsstaatliche Strategie der „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“ dar. Konsumgüterversorgung, sozialpolitische Leistungen und privater Verbrauch erhöhten sich in den folgenden Jahren beachtlich, so daß das DDR-System gelegentlich bereits als „Konsumsozialismus“ charakterisiert wurde. Die Konsumförderung hielt allerdings nur so lange an, als noch keine schweren außenwirtschaftlichen Probleme, bedingt durch internationale Roh- und Energienstoffpreiserhöhungen sowie internationale Kreditzinslasten, auftraten.

Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern

In 100 Haushalten gab es 1982:



1. Einkommen

Die Gestaltung des Einkommens von Individuen und privaten Haushalten ist eng mit der Gesellschaftspolitik verbunden. Dies wird zunächst an der institutionellen Weise deutlich, in der von zentraler staatlicher Seite aus einheitliche Lohnstarife und vereinheitlichte Normen für die Bewertung der Arbeitsleistungen garantiert werden.

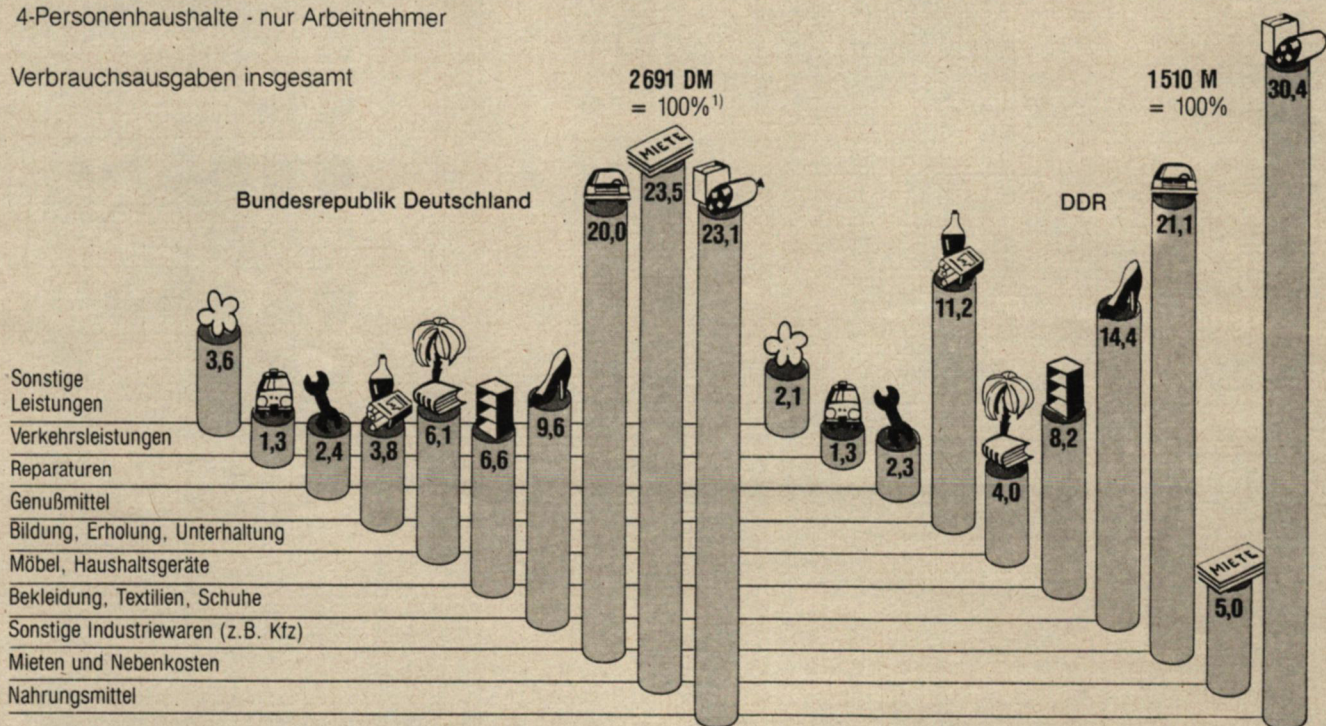
Der FDGB tritt nicht als autonome Tarifvertragspartei, sondern als Mitwirkender der staatlichen Lohnpolitik auf. Dies vor allem bei der betrieblichen Konkretisierung des zentral beschlossenen Lohn- und Tarifvertragssystems.

Zweitens kommt der gesellschaftspolitische Stellenwert in doppelter Weise inhaltlich zum Ausdruck:

Ausgaben privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1982 in (%)

4-Personenhaushalte - nur Arbeitnehmer

Verbrauchsausgaben insgesamt



¹⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Quellen: 2 (1983), 7 (Fachserie 15, Reihe 1), 55.

Verbraucherpreise und Kaufkraft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Waren
bzw.
Leistungsart

Mengen-
einheit

Einzelhandels-
preise, Miete
(Jahresmitte
1983)

Zum Kauf erforderliche Arbeitszeit¹⁾



Nahrungs- und Genußmittel in DM bzw. M Stunde : Minuten

Roggen-Mischbrot	1 kg	3,—	0:13		0:06
		0,52			
Weizenmehl, Typ W 405	1 kg	1,43	0:06		0:16
		1,40			
Zucker, Raffinade	1 kg	1,96	0:09		0:18
		1,55			
Butter	1 kg	9,56	0:42		1:51
		9,60			
Delikateß-Margarine	1 kg	4,18	0:19		0:46
		4,—			
Eier	10 Stück	2,49	0:11		0:45
		3,90			
Trinkvollmilch, verpackt ⁹⁾	1 l	1,09	0:05		0:08
		0,66			
Käse, 40-45% Fett i.Tr., Gouda	1 kg	12,07	0:54		1:51
		9,60			
Schweinekotelett	1 kg	12,20	0:54		1:32
		8,—			
Mettwurst, Braunschweiger	1 kg	14,08	1:03		1:25
		7,40			
Kartoffeln ¹⁰⁾	5 kg	5,04	0:22		0:10
		0,85			
Blumenkohl ¹¹⁾	1 kg	2,27	0:10		0:21
		1,85			
Äpfel, inländisch, mittlerer Güte ¹¹⁾	1 kg	2,18	0:10		0:16
		1,35			
Zitronen	1 kg	3,08	0:14		0:58
		5,—			
Vollmilch-Schokolade	100 g	0,89	0:04		0:44
		3,85			
Bohnenkaffee, mittlere Sorte	250 g	5,35	0:24		4:20
		22,50			
Bier	0,5 l	0,91	0:04		0:15
		1,28			
Deutscher Weinbrand, 38%	0,7 l	12,98	0:58		5:12
		27,—			
Filterzigaretten, gängige Sorte	20 Stück	3,57	0:16		0:37
		3,20			

Mieten

Zwei-Zimmer-Wohnung mit Küche, Bad, Zentralheizung. (Kaltmiete)	monatl.	366,—		27:07	14:25	
		75,—				

9)Bundesrepublik Deutschland: 3,5% Fettgehalt; DDR: 2,2% Fettgehalt.

10)Stand Oktober 1983, ohne Frühkartoffeln.

11)Saisonabhängiger Preis.

Quellen: 2 (1983), 7 (Fachserie 17, Reihe 7), 55, Pressemeldungen, Berechnungen des DIW Berlin.

- Die festgelegten Lohnklassen und Prämienstaffeln bringen die angestrebte soziale *Egalisierung* und die noch als notwendig angesehene soziale *Differenzierung* in einen Zusammenhang.

- Das Realeinkommen summiert sich aus dem *Arbeitseinkommen* (Löhne und Prämien) und den in Anspruch genommenen Gütern und Leistungen des Staates, den Ausbildungs-, Infrastruktur- und Sozialleistungen („gesellschaftlichen Konsum“).

Die aus dem „gesellschaftlichen Konsumtionsfonds“ finanzierten Leistungen ermöglichen Vorgriffe auf das Bedürfnisprinzip des Kommunismus. Das Aussterben der Lohnarbeit zugunsten der unentgeltlichen Leistungen der „gesellschaftlichen Konsumtion“ steht gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung der Gesellschaftspolitik.

Das Arbeitseinkommen wird vor allem von zwei Faktoren bestimmt:

- der Höhe der gesamtwirtschaftlich für die „individuelle und gesellschaftliche Konsumtion“ verfügbaren Mittel (Lohnfonds),

- der Höhe des Wertes der betrieblichen Produktion, wobei das Realeinkommen teils von der individuellen Leistung, teils von den Einnahmen und Abgaben der Betriebe abhängt.

Der Doppelcharakter begünstigt widersprüchliche Entwicklungen in der Praxis. Die *Leistungsentlohnung* wird gegenwärtig noch als notwendig angesehen. Das Prinzip läßt sich aber auf die am Betriebsergebnis ausgerichtete Prämienvergabe nicht anwenden, da das Resultat von externen Faktoren abhängig ist, die von den Arbeitenden nicht beeinflußbar sind. Große Unsicherheit besteht in der Frage, wie ein wirtschaftlich sinnvolles Verhältnis zwischen Tariflohn und Mehrleistungslohn bzw. zwischen reinem Zeitlohn und Lohn nach differenzierten Leistungskennziffern bestimmt sein soll. Nach 1976 wurden für Produktionsarbeiter und die Gruppe der Meister sowie für das Hoch- und Fachschulpersonal neue Tariflöhne – jetzt Grundlohn genannt – eingeführt, die wesentliche Teile der bisherigen, sehr breit angelegten Mehrleistungslöhne aufnahmen. Der Grundlohn soll jetzt ca. 80 % der Bruttolohnsumme betragen und wird bei einer Normerfüllung von 100 % voll ausgezahlt.

Der *durchschnittliche Bruttoverdienst* erhöhte sich zwischen 1970 und 1983 von 616 M auf 955 M.

Aufgrund von Erhöhungen einzelner Verbraucherpreise liegt der faktische Einkommenszuwachs jedoch unter dem nominalen. Dabei spricht vieles dafür, daß das Einkommen in den 70er Jahren zunächst anstieg, um Anfang der 80er Jahre zu stagnieren.

Es kennzeichnet die Struktur des Einkommens, wenn der Abstand zwischen dem



Kaufhaus „Konsument“ am Brühl in Leipzig.

geringsten und dem höchsten durchschnittlichen Einkommen vergleichsweise gering ist. Im Jahr 1980 lag er bei 21 %-Punkte (Bundesrepublik: 29 %-Punkte). Seit 1970 hat sich die Nivellierung zwischen den durchschnittlichen Einkommen aller Erwerbsgruppen erhöht, so daß insbesondere eine finanzielle Gleichstellung zwischen Genossenschaftsbauern und den übrigen Arbeitenden erreicht sein dürfte. Das Realeinkommen der Genossenschaftshandwerker und der noch verbliebenen Selbständigen liegt eineinhalb- bis zweimal über dem Gesamtdurchschnitt. Die Einkommensskala führt – wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie noch zu Beginn der 70er Jahre – die Gruppe der Selbständigen an.

Das *durchschnittliche Haushaltseinkommen* erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 60 %, wobei die öffentlichen Übertragungen aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfond stärker als die Nettolöhne stiegen. Vor allem die Rentner-Haushalte verbesserten ihr durchschnittliches Einkommen in der Folge der Rentnererhöhungen 1971/72, 1976 und 1979.

2. Preise

Konsumgüterpreise sollen anders als Investitionsgüterpreise die soziale Verteilung der Güter und Leistungen beeinflussen. Die Preisfestlegung folgt dann nicht dem grundsätzlich anzustrebenden Prinzip der Kostendeckung, sondern sozialpolitischen Überlegungen der Konsumförderung oder -hemmung. So geraten Konsumpreise schnell in Widerspruch mit der planwirtschaftlich notwendigen Aufgabe, wenn schon nicht planungsoptimale, dann doch zumindest solche Preise zu fixieren,

die wenigstens den volkswirtschaftlich notwendigen Aufwand spiegeln.

Die Konsumpreise sind seit längerem aus gesellschaftspolitischen Gründen in zwei Richtungen differenziert. Eine Reihe von Grundnahrungsmitteln und Dienstleistungen werden durch staatliche *Subventionen* niedrig gehalten: Brot, Kartoffeln, Fleisch, Backwaren, Fisch, aber auch einzelne Textilwaren wie Berufs- und Kinderkleidung, ferner Mieten, Verkehrstarife, Leistungen der Friseure und Wäschereien. Erzeugnisse des gehobenen Bedarfs werden dagegen mit hohen *Produktionsabgaben* belastet: Fernsehgeräte, Autos, Waschmaschinen, Kühlschränke.

Kam es in den 70er Jahren häufiger zu stillschweigenden Preiserhöhungen, indem durch Produktwandel die Qualität gesenkt wurde, so sind seit 1979 offene Preiserhöhungen für höherwertige Industrieprodukte möglich. Diese Preise sollen die Kosten decken und Gewinn bringen. Mit dieser Regelung werden nun auch alle jene halb-offenen Preiserhöhungen gedeckt, die mit der Unterscheidung von einfachen und gehobenen Produktvariationen verbunden werden. Auf dem oberen Preisniveau liegen die „Exquisit“- und „Delikat“-Läden, deren Preise für hochwertige DDR- und Importerzeugnisse drei- bis viermal über den Preisen für einfache Güter liegen.

Typische Merkmale der *Kaufkraft* der Mark lassen sich darstellen, wenn sie mit der Kaufkraft der DM in der Bundesrepublik in Beziehung gesetzt wird. Die Kaufkraftparitäten werden nach der typischen Verbrauchsstruktur („Warenkörbe“) von Privathaushalten in beiden Staaten berechnet. Danach bewirkt die gegenwärtige Preisdifferenzierung in der DDR, daß die

Kaufkraft der Mark mit höherem Einkommen und anspruchsvolleren Konsumgewohnheiten im Vergleich zur DM sinkt. Umgekehrt steigt die Kaufkraft der Mark mit weniger anspruchsvollen Konsumgewohnheiten. Da weniger Waren des gehobenen Bedarfs im Warenkorb des Zweipersonen-Rentnerhaushalts der DDR enthalten sind, ist entsprechend hier die Kaufkraft besonders hoch.

3. Verbrauch

Gemessen am *Einzelhandelsumsatz* zeigt sich deutlich, wie der Verbrauch seit 1971 der allgemeinen Konsumpolitik und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgt (vgl. Tabelle, Seite 54). In den Jahren 1984 und 1985 schlägt sich ein generell gegebener größerer finanzieller Spielraum in erhöhtem Umsatz von technischen Konsumgütern nieder. Der Grundbedarf an Industriewaren und Nahrungsgütern ist gesichert. Der Fleischverbrauch, ein Wohlstandsindiz, liegt über dem der Bundesrepublik. Engpässe bestehen bei technischen Konsumgütern, so bei dem völlig veralteten Telefonsystem und den technisch ebenfalls veralteten Pkw-Typen „Trabant“ und „Wartburg“.

Konsumwaren gehobener Qualität werden in besonderen „Exquisit“- und „Delikat“-Läden angeboten. Exquisit-Läden wurden erstmals 1962 eingerichtet. Sie führen Spitzenerzeugnisse der Bekleidungs-, Leder- und Rauchwarenfertigung vornehmlich westlicher Herkunft. Delikat-Läden entstanden seit 1976. Sie sind auf Nahrungs- und Genußmittel der gehobenen Preisklasse spezialisiert. Für 1982 werden insgesamt 300 Exquisit- und 500 Delikat-Läden angegeben. In beiden Läden wird mit Mark der DDR beglichen. Da das Preisniveau 3- bis 4mal über dem für einfache Produkte liegt, spalten die beiden Ladenketten die Konsumentenschaft der DDR in zwei „Preis-Klassen“.

Die sich darin scharf markierenden Differenzen im Lebensstandard der Bevölkerung gehen in gewissem Umfang auch auf die Handelsorganisation „Intershop“ zurück. Sie wurde 1962 gegründet, um ausländische, meist westliche Waren gegen Bezahlung in frei konvertierbaren Währungen an Reisende zu verkaufen. Seit dem Inkrafttreten des Devisen-Gesetzes am 1. 2. 1974 können Bürger der DDR westliche Devisen halten und damit knappe Güter in Intershops erwerben. Allerdings kann seit dem 16. 4. 1979 nicht mehr direkt mit westlichen Währungen beglichen werden, sondern nur mit „Mark-Wertschecks“, die bei der Forum-Außenhandels-GmbH gegen Devisen einzutauschen sind.

Zusammen mit dem Anstieg des Reiseverkehrs aus der Bundesrepublik in die DDR stieg die Zahl der Verkaufsstellen. Sie wird insgesamt mit rund 250 Geschäften angegeben. Intershops werden in größeren und kleineren Städten unterhalten, vor allem in Hotels, auf Bahnhöfen und auf Flughäfen, ferner an Transitstraßen nach Berlin und in



der dritte Länder. Sie führen Nahrungs- und Genußmittel, Kosmetika, Bekleidung und technische Konsumgüter wie Rundfunk- und Fernsehgeräte. Intershops haben dazu beigetragen, mit der DM eine Nebenwährung zu etablieren.

Die *Wohnungsversorgung* hat sich in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ verbessert.

Große Versorgungslücken bestehen nach wie vor im *Dienstleistungsbereich*. Dies gilt zum Beispiel beim Angebot von Reparaturdiensten, Ersatzteilen, ferner bei Fahrschulen.

Abhilfe kommt unter anderem vom privaten Handwerk, auf das 1985 etwa 60 % aller handwerklichen Dienste entfallen, weniger von organisatorischen Maßnahmen, die bisher verstreute Betriebsstellen und Reparaturdienste in Dienstleistungskombinaten zusammenfassen. Typisch ist die große Rolle der Außer-Haus-Verpflegung. In den Betrieben wurden Mitte der 80er Jahre etwa zwei Drittel der Beschäftigten, in den Schulen vier Fünftel der Schüler mit einer warmen Mahlzeit versorgt. Kennzeichnend ist ferner das große Ausmaß, in dem die Feriendienste des FDGB und der

Betriebe den Inlandstourismus bestimmen. Von den reisenden Familien nimmt mehr als die Hälfte daran teil. Das Angebot der Reisebüros spielt demgegenüber keine Rolle.

Weitaus die Mehrheit verbringt ihre Ferien im Inland. Auslandsferien können nur in sozialistischen Staaten verbracht werden. Urlaubsreisen in westliche Länder sind Rentnern, in dringenden Familienangelegenheiten und neuerdings auch Jugendgruppen möglich. 1972 stieg der Reiseverkehr rapide an, als die mitteleuropäischen RGW-Staaten die Reisebedingungen erleichterten. Die Reisen nach Polen wurden 1980 wiederum drastisch eingeschränkt. Seitdem ist die CSSR das Hauptreiseziel. Da nur sehr begrenzt über Devisen verfügt werden kann, muß bei den meist individuell organisierten Reisen auf Komfort in der Regel verzichtet werden. Die reisefreudigste Bevölkerungsgruppe sind die Angestellten, gefolgt von den Arbeitern. Die wenigsten Reisen unternehmen Genossenschaftsbauern. Die Zahl der Besuche von Personen im Rentenalter in die Bundesrepublik stiegen von 1 Mio. 1970 auf 1,5 Mio. 1980 und 1,7 Mio. 1986 (Schätzungen).

Wie geht es weiter?

Wie sind nun die langfristig wirkenden Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung für die DDR einzuschätzen?

1. Die Produktionskosten für die Gewinnung und den Import von Energieträgern steigen weiter. Die Qualität der zu fördernden Braunkohle verschlechtert sich auch künftig. Die Ruinierung der Umwelt setzt sich dadurch beschleunigt fort. Zusätzliche Aufschlüsse an Gas oder Öl sind nicht zu erwarten.

2. Die Kosten für den Abbau und Transport der Rohstoffe steigen, die heimischen Vorräte verringern sich, Steinkohle und Eisenerze sind bereits erschöpft, die Buntmetalle folgen. Es verbleiben Uran, worüber sowieso die Russen verfügen, und Kalisalze. Neu erschlossen und besser ausbeutet werden können noch Sande und Kaoline.

3. Neben dieser negativen Energie- und Rohstoffbilanz ist auch in der Arbeitskräftebilanz Stagnation zu erkennen. Bis 1990 müssen daher 470 000 Arbeitskräfte eingespart werden.

4. Der Anteil des Westhandels im RGW geht, wie der Anteil der DDR am Außenhandel der Bundesrepublik, zurück. Innerhalb der wichtigsten Exportzweige ist dieser Rückgang am gravierendsten: Zu Beginn der Fünfjahresplanung, 1950, betrug der Anteil am DDR-Export beim Maschinenbau etwa 10 Prozent, heute sind es nur noch knapp 3 Prozent. Die DDR ist vom Platz 10 in der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik, den sie noch zu Beginn der siebziger Jahre einnahm, auf Platz 15 abgerutscht. Sie verliert weitere Anteile an die Schwellenländer, besonders da, wo sie extrem hohe Lieferquoten hat, wie bei Oberbekleidung.

5. Die Investitionsrate der DDR ist seit den siebziger Jahren auf weit unter 20 Prozent abgesackt, also auf die Quote eines Entwicklungslandes. Die jährliche Investitionssumme verringerte sich noch von 1980 bis 1985 um 7 Prozent, d. h. die Subventionen fressen die Investitionen auf. Die Geldsumme der gesellschaftlichen Fonds betrug am Ende des letzten Fünfjahresplan rund 75 Milliarden Mark. Die Investitionen betrugen rund 50 Milliarden Mark. Diese Versäumnisse sind im Hinblick auf die Hochtechnologien nicht mehr aufzuholen. Der Abstand zu den westlichen Industrieländern wird in diesem Bereich weiter zunehmen. Schlüsseltechnologisches Inseln können die qualitative Umgestaltung der Wirtschaft in aller Breite nicht bewirken.

6. Die DDR hat die höchste Außenhandelsintensität der Welt. Daher ist diese rückläufige Entwicklung der Investitionsrate für diesen Staat lebensbedrohend, denn 45 Prozent des Nationaleinkommens müssen über den Außenhandel realisiert werden. Am Welthandel ist die DDR aber insgesamt nur mit einem Prozent beteiligt. Die partielle Reform des Außenhandels mittels erweiterter Rechte der Kombinate reicht nicht aus. So wirkt nur begrenzt, etwa bei Zeiss, weil dieser Betrieb die sowjetischen Panzerarmeen mit Elektronik ausrüstet und am Sternenkriegsprogramm der Russen beteiligt ist. Daher kann Zeiss Jena über Devisen zum Einkauf im Westen verfügen, andere Kombinate nur sehr begrenzt oder gar nicht.

7. Die Verschuldung der DDR nähert sich 1986 wieder jener von 1982 bis 1983. Die Nettoverschuldung liegt z. Z. bei acht bis neun Milliarden Dollar. Wieder droht der Bankrott. Auch die letzte Jahresbilanz im innerdeutschen Handel ist für die DDR daher wiederum negativ. Der Abbau dieser Schulden ist insgesamt erschwert, weil auch die Sowjetunion auf Begleichung der DDR-Schulden drängt, und zwar in hochwertigen Produkten, die dann im Westexport fehlen. Die DDR muß stetig bemüht sein, über kurzfristige Anlei-

hen vier Milliarden Dollar mit einjähriger Laufzeit auf dem Eurogeldmarkt aufzutreiben.

8. Honecker mußte angesichts dieser Entwicklungen öffentlich eingestehen, daß sich der Rückstand der Arbeitsproduktivität in der Zeit seiner Amtsführung im Vergleich DDR-Bundesrepublik von 25 auf 30 Prozent vergrößert hat. Die Propaganda verbreitet trotzdem auf seine Weisung hin weiter die Mär von der erfolgreichsten Phase der DDR-Entwicklung unter Honeckers Führung.

9. Für jeden Laien sichtbar schlagen sich die negativen Trends der Wirtschafts- und Finanzentwicklung in den Wechselkursen der Banken und dem D-Mark-Kurs in der DDR nieder. Unter Ulbricht tauschten die Banken 1:3, unter Honecker 1:5; die Bevölkerung in der DDR früher 1:4 bis 5, heute 1:6 bis 7. Das Volk hat ein unübertroffenes Gespür für reale Preise. Um methodisch den hiesigen Kaufkraftvergleichen, die Laien immer wieder mit Lebensstandard verwechseln, auf die Sprünge zu helfen: Ein 64-K-RAM-Speicherchip kostet im DDR-Kombinat Mikroelektronik 800,00 Ostmark. Bei Siemens kostet er 7,00 Westmark. Werden 100 Stück gekauft, reduziert sich der Stückpreis auf 4,20 Westmark. Sagen reale Preise für Investitionsgüter nicht etwas mehr und vor allem Eindeutigeres über die Leistungskraft einer Volkswirtschaft aus als das subventionierte Preis-Chaos der DDR?

10. Die beiden höchstrangigen Propagandisten der SED, der Direktor der ZK-Akademie, Reinhold, und der Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft, Schmidt, mußten – ungewollt – das Desaster der Wirtschaftspolitik der SED eingestehen. Reinhold tat es im Gespräch mit Gaus am 20. April 1986 im Fernsehen zum letzten SED-Parteitag, und Schmidt am 22. Mai 1986 bei einem Vortrag im Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung, HWWA.

Gibt es einen Ausweg?

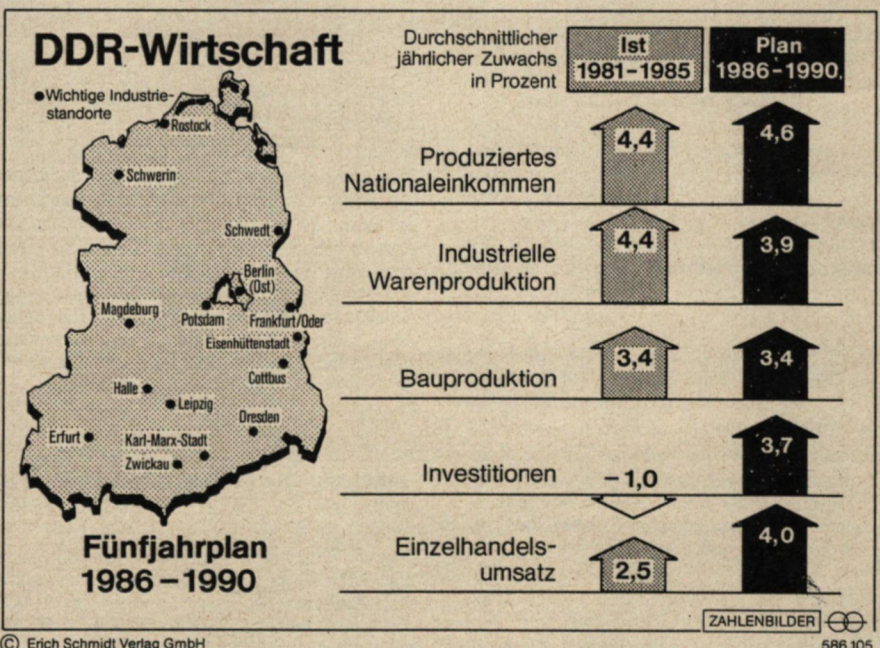
Jeder Mensch in der DDR macht täglich seine Erfahrungen mit der unsocialen Sozialpolitik der SED, obwohl die DDR, die keinen Produktionsausfall durch Streiks kennt, schon deshalb die Bundesrepublik leistungsmäßig mehrfach überholt haben müßte. Der DDR-Bürger sieht am täg-

lichen Leben, daß so ziemlich alles das Gegenteil der Propaganda ist. Konnte er vor Honecker mit zusätzlichen Einsatzwagen im Berufsverkehr rechnen, so klappt heute oftmals der normale Berufsverkehr nicht mehr; konnte er früher im Reiseverkehr der Bahn im Speisewagen essen und trinken, wird das inzwischen eingespart; konnte er früher in Übergangszeiten bei kühlerer Witterung elektrisch heizen, ist das inzwischen streng verboten; es sei denn, er kann ein gegen Devisen importiertes Westgerät vorweisen...

Kurz: Die DDR wird die kommenden Jahrzehnte wirtschaftlich einigermaßen erträglich nur überstehen, wenn sie im Währungs- und Finanzbereich ebenso wie im Handel und in der Produktion mit der Bundesrepublik Deutschland zunehmend verwächst. Intershop-, Genex-, Forumscheck-, Euroscheck-, Delikat-, Exquisit-, Quelle-Versand, das sind die bereits gesetzten Wegzeichen. Übertägt man die Verrechnungseinheiten des innerdeutschen Handels auch auf den Tourismus und macht für die DDR-Betriebe diese Währung im deutschen Wirtschaftsraum frei verfügbar, ist der Rückstand der DDR-Technologie in zwei bis drei Fünf-Jahr-Plänen aufgeholt, auch zum Nutzen der RGW-Partner und besonders zum Nutzen der Russen. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik verschwände, der Binnenmarkt würde expandieren können über Jahrzehnte hinweg. Der Nachholbedarf in der DDR ist im produktiven, konsumtiven und infrastrukturellen Bereich ungeheuer...

Man sollte seitens der Bundesrepublik ausloten, wie sich eine solche deutsch-deutsche Koexistenz vertraglich entwickeln ließe und einen finanziellen-ökonomischen Grundlagenvertrag ins Leben rufen. Erich Honecker hat der „Saarbrücker Zeitung“ bereits im November 1985 gesagt, es seien echte Kooperationsbeziehungen zwischen Privatfirmen der Bundesrepublik und den Kombinat der DDR möglich. So könnte die DDR von ihrem heute 25. Platz in der Weltliste der Industrienationen wieder auf den 10. Platz vorrücken, den sie nach Auskunft der SED unter Ulbricht innehatte.

Quelle: von Berg, Hermann/Loeser, Franz/Seifert, Wolfgang, Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000, Bund Verlag, Köln, 1987



LITERATURHINWEISE

von Berg, Hermann/Loeser, Franz/Seiffert, Wolfgang: Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000, Bund-Verlag, Köln 1987.

Drei Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, der Philosophie und der Rechtswissenschaft versuchen 38 Jahre nach der Gründung der DDR, Bilanz zu ziehen und ein Programm für die demokratische Erneuerung der DDR vorzustellen.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR-Handbuch, Verlag Wissenschaft und Politik, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2 Bände, Köln 1985, 1660 S.

Das wichtigste Nachschlagewerk über die DDR. Informiert zuverlässig und umfassend über nahezu alles, was die DDR betrifft. Lexikalisch aufgebaut.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich. Wird ständig neu aufgelegt.

Anschauliche, faktenreiche Übersicht über alle Bereiche des Lebens in beiden deutschen Staaten. Unentbehrlich, kann auch als Schülermaterial genutzt werden. Wird ständig neu aufgelegt und kann kostenlos bezogen werden.

Deutsche Demokratische Republik, Handbuch, VEB Verlag Enzyklopädie, Leipzig 1979, 764 S.

Umfangreiche Selbstdarstellung der DDR, nach Sachgebieten geordnet, mit vielen Karten, Schaubildern, Tabellen, Fotos. Interessant nicht zuletzt als Quellenmaterial. Wie alle DDR-Nachschlagewerke preiswert.

DDR, Kohlhammer Taschenbücher Band 1064, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1983, 240 S.

Dieses Taschenbuch enthält 10 Beiträge führender DDR-Forscher zu allen wichtigen Aspekten des politischen Systems (wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick, Geschichte, Sozialstruktur, Partei und Staat, politische Elite, Bildungswesen, Opposition, politische Kultur, Wirtschaft, Außenpolitik), ferner eine umfangreiche kommentierte Bibliographie. Besonders verdienstvoll scheinen uns die Analyse der DDR-Elite (Gerd Meyer) und der Versuch, die politische Kultur der DDR mit Hilfe der Gegenwartsliteratur zu erfassen (Irma Hanke).

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Hrsg.), Handbuch DDR-Wirtschaft, Rowohlt-Taschenbuch-Verlag Handbuch rororo, Nr. 6306), 4., erweiterte und aktualisierte Auflage 1984, 439 S. Anspruchsvolle, knappe Beschreibung des Planungssystems, der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, der Einkommensverteilung, der sozialen Sicherung und des Außenhandels. Zahlreiche Tabellen.

Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1984, 260 S.

Opposition und Widerstand in der DDR beschäftigen – aus verständlichen Gründen – Politik und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik stets in besonderer Weise. Dieses Buch liefert einen umfassenden Überblick von den Anfängen bis in die Gegenwart.

Gohl, Dietmar: Deutsche Demokratische Republik. Eine aktuelle Landeskunde. Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt a. M. 1986, 350 S.

Mittelpunkt des Buches sind die Kapitel „Mensch und Wirtschaft“ und „Regionale Strukturen – Wirtschafts- und Kulturräume“. Eine Fülle von Basisinformationen über die Bevölkerungsentwicklung und über den primären, sekundären und tertiären Wirtschaftssektor werden angeboten. Weiterführende Literaturangaben (darunter auch Atlanten und Zeitschriften) findet man im Anhang.

Helwig, Gisela: Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch, Edition Deutschland Archiv, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1984, 128 Seiten.

Durch die Auswertung DDR-interner sozialwissenschaftlicher Untersuchungen und empirischer Daten ist es gelungen, den Themenbereich in seiner gesamten Spannweite plastisch darzustellen und zu erhellen und einen Vergleich zwischen politischer Zielsetzung und alltäglicher Realität zu ermöglichen.

Helwig, Gisela: Frau und Familie in beiden Staaten, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1982, 150 S.

In handbuchähnlicher Form, nach Stichworten geordnet werden hier die Situation der Frau und der Familie in beiden deutschen Staaten dargestellt. Reich an Daten und Tabellen, gut benutzbar für den Unterricht (Materialien).

Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, Verlag Gebr. Holzapfel, Berlin 1983, 152 S.

Sachlich informatives, solide fundiertes, allgemeinverständliches Taschenbuch, das einen gerafften Überblick über die Massenmedien der DDR bietet einschließlich aktueller Zahlenangaben über Erscheinen und Auflagenstärken der Tages- und Wochenzeitungen, Betriebszeitungen und Zeitschriften, über Sender und Programme in Hörfunk und Fernsehen der DDR.

Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriss. Edition Deutschland Archiv, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1982, 205 S.

Bedeutender Beitrag zum Verständnis der kulturpolitischen Situation in der DDR sowie der Faktoren, die sie prägen. Im Mittelpunkt der chronologischen Darstellung steht der Versuch, am Beispiel der schönen Literatur die Auseinandersetzungen zwischen „den unterschiedlichen Interessen des etablierten Apparates, der auf möglichst große Autonomie dringenden Künstler und des differenziert-anspruchsvollen Publikum zu beschreiben und zu deuten“.

Lapp, Peter Joachim: Wahlen in der DDR. Wählt die Kandidaten der Nationalen Front, Verlag Gebr. Holzapfel, Berlin 1982, 138 S.

Beschreibung und Erläuterung von Wahl und Wahlrecht im real existierenden Sozialismus, „sozialistisches Wahlrecht in der Praxis“ und „Die ‚sozialistische Wahlbewegung‘ und der Wahlabschluß“. Für das Verständnis der politischen Strukturen und Mechanismen der

Machtausübung kommt dem Buch eine Bedeutung zu, die über die bloße Beschreibung der Wahlen hinausgeht.

Kleines politisches Wörterbuch, 4. überarbeitete Auflage, Dietz Verlag, Berlin 1983, 1133 S.

Wer authentische Definitionen, die DDR-Sicht politischer Probleme und Selbstdarstellung sucht – nicht zuletzt auch um Texte zu haben, mit denen man in der politischen Bildung arbeiten kann –, der sei auf dieses DDR-Nachschlagewerk verwiesen. Die Stichworte reichen von „Abbild“ und „Abgeordneter“ bis zu „Zweite Internationale“, „Zweiter Weltkrieg“ und „zyklische Krise“.

Loeser, Franz: Die unglaubliche Gesellschaft. Quo vadis, DDR?, Bund-Verlag, Köln 1984, 236 S.

Dieses Buch gibt Einblicke in die Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen der DDR, geschrieben von einem Mann, der als Philosophie-Professor an der Ost-Berliner Humboldt-Universität Zugang zum politischen Führungskern der DDR hatte.

Gerd Meyer: Das politische System der DDR. Ein Arbeitsbuch. (Teilband von Jochen Kühnert u. a.: Dimensionen der Politik. Ein Arbeitsbuch), Hirschgraben Verlag, Frankfurt/M. 1984, 112 S.

An sich ein Schulbuch für die Sekundarstufe II, zugleich aber auch für die politische Erwachsenenbildung und für das Studium nützlich, nicht zuletzt wegen der Fülle und Vielfalt des Materials (Texte, Zeitungsausschnitte, Karikaturen, Kollagen).

Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): DDR – Das politische, wirtschaftliche und soziale System. Beck'sche Elementarbücher, 6. überarbeitete Auflage, C.H. Beck Verlag, München 1984, 376 S.

Dieses von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit initiierte „Elementarbuch“ eignet sich gut zur ersten Information über die DDR. Seine sechs Teile beschäftigen sich mit der Geschichte, der Sozialstruktur, der politischen Kultur, der Wirtschaft, dem politischen System im engeren Sinne und der Außenpolitik.

Rytlewski, Ralf/Opp de Hipt, Manfred: Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen. 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Verlag C.H. Beck, München 1987, 182 S.

Die wichtigsten statistischen Daten zur demographischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung von der Besatzungszeit bis Anfang der 80er Jahre werden als „lange Reihen“ übersichtlich präsentiert, kommentiert und erläutert. Ein Parallelband zur Bundesrepublik Deutschland ermöglicht den Vergleich.

Ruban, Maria Elisabeth: Gesundheitswesen in der DDR. System und Basis. Gesundheitserziehung, Gesundheitsverhalten, Leistungen, Ökonomie des Gesundheitswesens, Verlag Gebr. Holzapfel, Berlin 1981, 119 S.

Eine klare, gut lesbare, verständliche und umfassende Darstellung des DDR-Gesundheitswesens.

Thomas, Rüdiger: Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation, 7. neubearbeitete Auflage, Carl Hanser Verlag, München 1981, 432 S.

Eine knappe, präzise, zuverlässige Gesamtdarstellung des politischen Systems der DDR, die

nicht ohne Grund ständig aktualisierte Neuauflagen erlebt. Im Anschluß an den darstellen- den Teil sind wichtige Dokumente, Übersichten, Statistiken, Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten und eine Zeittafel abgedruckt.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR, dtv München 1985, 540 S.

Überblick über die Geschichte der DDR mit vielen eingestreuten Texten, die sich zum Teil als Materialien in der politischen Bildung verwenden lassen.

Erlebnisberichte/Reportagen

Ash, Timothy Garton: Und willst Du nicht mein Bruder sein..., Rowohlt Verlag, Reinbek 1981, 208 S.

Brillant geschriebener Bericht eines britischen Journalisten über den Alltag in der DDR, mit einer Fülle kluger Beobachtungen und scharfsinniger Analysen. Dabei interessiert den Autor insbesondere, in welchem Ausmaß die DDR in der preußisch-deutschen Tradition steht.

Auerbach, Thomas/Hinkeldey, Wolfgang/Kirstein, Marian u. a.: DDR-konkret. Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land, 3. Auflage, Verlag Olle und Wolter, Berlin 1981, 137 S.

Die Autoren dokumentieren in Prosa und Lyrik autobiographisch Widersprüche einer Wirklichkeit, mit der sie sich nicht abfinden können und wollen. Sie wurden verhaftet, verhört und aus der U-Haft nach Berlin (West) abgeschoben. Hier ziehen die Arbeiter aus Jena und Leipzig Bilanz.

Böhme, Irene: Die da drüben. Sieben Kapitel DDR, Rotbuch Verlag (Rotbuch 263), Berlin (West) 1982.

Die ehemalige Dramaturgin an der Volksbühne in Ost-Berlin und Redakteurin der kulturpolitischen Wochenzeitung „Sonntag“ der DDR beschreibt in sieben Essays DDR-Wirklichkeit mit dem Schwerpunkt auf Alltag, aus intimer Kenntnis, mit scharfem Verstand und in ausdrucksvoller Sprache. Man erfährt hier mehr über die DDR als aus manchem trockenen wissenschaftlichen Werk.

Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter: Null Bock auf DDR. Aussteigerjugend im anderen Deutschland, Rowohlt Verlag, Reinbek 1984, 190 S.

Reportagen, die sich mit dem nicht-angepaßten Teil der DDR-Jugend befassen: mit Kirche und Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Frauenbewegung – aber auch mit Punks, Provos, Homosexuellen.

Eckart, Gabriele: So sehe ich die Sache. Protokolle aus der DDR. Leben im Havelländischen Obstanbaugebiet, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1984, 271 S.

Mit kritischem und wachem Sinn, erstaunlich offen und selbstbewußt sprechen 21 Personen aus dem Havelländischen Obstanbaugebiet aus, was sie über ihr Leben in der DDR denken und fühlen. Aus politischen Gründen konnte in der DDR sogar eine zensierte Fassung dieses Buches nicht veröffentlicht werden.

Haase, Norbert/Reese, Lothar/Wensierski, Peter (Hrsg.): VEB-Nachwuchs – Jugend in der DDR, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1984, 250 S.

Die Herausgeber dokumentieren authentisch-protokollartige und literarisch-distanzierte Texte über die Situation der Jugend in der DDR, die ausschließlich in der DDR entstanden sind und sich durch ihre aufregende Nähe zur Wirklichkeit auszeichnen.



Friedensdemonstration in Ost-Berlin.

DAS THEMA IM UNTERRICHT

1. Vorgaben

In den Lehrplänen aller Bundesländer kommt der Deutschen Frage und der DDR eine besondere Bedeutung zu: Seit 35 Jahren existieren zwei Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches, die gegensätzlichen Wertsystemen verpflichtet sind, unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen haben und sich voneinander abgrenzenden Blöcken angehören. Diese Trennung hat auch ihren Niederschlag in Sprache und Alltagskultur, in der Lebensgestaltung und Freizeitorientierung gefunden. Trotz einiger Erleichterungen in den letzten Jahren sind die Reise- und Besuchsmöglichkeiten auch von West nach Ost immer noch begrenzt, die Vorbereitungen relativ umständlich, die Bewegungs- und Erkundungsmöglichkeiten in der DDR eingeschränkt. Für die Mehrheit der Bundesbürger ist Gesamtdeutschland ein historisches Phänomen, die DDR ein anderes, fremdes Land. Dieses Auseinanderleben, die mentale Trennung als Folge historisch-politischer Entwicklung, findet ihren Niederschlag im Sprachgebrauch: Die Mehrzahl der Bundesbürger über 18 Jahre versteht unter „Deutschland“ nur die Bundesrepublik, nicht mehr die DDR. Die mei-

sten halten die Wiedervereinigung zwar für wünschenswert, aber sie erscheint als bloß deklamatorisches Ziel, gilt als nicht realisierbar, und je jünger die Befragten, desto größer die Zahl der Skeptiker (Vgl. *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 203: Die Deutsche Frage, S. 1 ff.).

Dieser wachsenden Entfremdung soll die Schule und speziell der Politik- und Geschichtsunterricht entgegenwirken: Das Bewußtsein der Einheit und der Wille zur Wiedervereinigung – verankert in der Präambel des Grundgesetzes – „ist wachzuhalten und zu entwickeln“. Dazu – so formuliert es der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 23. 11. 1978 – ist die „Kenntnis des anderen Teils Deutschlands“ eine „notwendige Voraussetzung“. Als Maßstab für die Einordnung und Bewertung der Fakten soll dabei der Wertekatalog des Grundgesetzes dienen: „Die Lebensverhältnisse in der DDR sind unter der Frage zu sehen“, „...in welchem Umfang die Menschenrechte für die Bevölkerung gewährleistet sind oder ihr vorenthalten werden...“. Damit ist der Rahmen für die Lernziele abgesteckt:

Der Unterricht soll einerseits anstreben,
– das Bewußtsein der Gemeinsamkeit und
– den Wunsch nach Wiedervereinigung zu stärken.

Andererseits soll er über die
– andersartigen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR Kenntnisse vermitteln,
– diese andersartigen Ordnungen und Einrichtungen mit unseren, den Wertmaßstäben des Grundgesetzes, messen.

2. Motivation

Im Unterricht kann man davon ausgehen, daß die Schüler im Regelfall ein gewisses Interesse für dieses Thema zeigen, dessen Intensität allerdings stark von der jeweiligen Tagesaktualität und der Häufung der Berichterstattung über die DDR und deutschlandpolitische Themen in den Massenmedien bestimmt ist (Ankündigung eines Besuchs des Staatsratsvorsitzenden, Debatten um Kredite an die DDR, verstärkte Ausreisewilligungen, Aktivitäten der Friedensbewegung in der DDR). Diese aktuellen Anlässe bieten sich an als Einstieg oder auch als Ansatzpunkt für einen Aspekt einer systemvergleichenden Untersuchung.

Generell ist aber davon auszugehen, daß das Wissen über die DDR (Geschichte, Personen, Institutionen, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse) eher gering ist, die Einstellung zur DDR und das Urteil über sie dagegen sehr bestimmt und ausgeprägt und oft emotional und affektgeladen.

Didaktische Ansätze und Verlaufsmuster

Die Zielvorgaben der KMK-Konferenz verlangen die Einordnung und Bewertung der politisch-gesellschaftlichen Einrichtungen und Regelungen der DDR gemäß dem Wertekatalog des Grundgesetzes. Sicher steht ein Großteil der geschriebenen Verfassung und erst recht der Verfassungswirklichkeit der DDR im Widerspruch dazu. Doch sollte die Gefahr vermieden werden, daß der Unterricht Vorurteile und Klischees nach dem simplen Schema gut – böse, richtig – falsch verstärkt, denn damit würde er u. a. eher die Entfremdung vertiefen, anstatt – wie es ja nach der Absicht der KMK-Beschlüsse sein sollte – über dem Trennenden auch das Verbindende zu zeigen, das sich nicht nur in einer gemeinsamen Vergangenheit erschöpft. Am ehesten lassen sich diese beiden Zielsetzungen noch miteinander verbinden, wenn der Unterricht nicht stehenbleibt bei der Vermittlung von Kenntnissen über Institutionen und Regelungen, sondern diese Kenntnisse festbindet an der konkreten Lebens- und Erfahrungswirklichkeit und damit versucht, hinter dem Trennenden der Normen und Institutionen das Gemeinsame im Erleben, Fühlen und Denken zu zeigen.

Die historischen und politischen Gegebenheiten (zwei Staaten mit jeweils unterschiedlichem Wertsystem, politischem und sozio-ökonomischem System und Bündnisverflechtung) auf dem Boden des ehemaligen deutschen Reiches legen den Systemvergleich als didaktisch fruchtbaren Ansatz nahe. Bundesrepublik und DDR stehen bei einem solchen Systemvergleich als Beispiel für eine westliche bzw. östliche Formung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems. Dieser Systemvergleich wird für das politi-

sche System vor allem unter dem Gesichtspunkt

- der Legitimation von Herrschaft
- der Chance zur politischen Teilnahme (Partizipation)
- der Sicherung von Kontrolle der politischen Gewalt
- der Sicherung von individuellen Freiheitsrechten und Entfaltungsmöglichkeiten

vorgenommen. (Vgl. dazu die *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 192 und 193: Bundesrepublik Deutschland – DDR. Vergleich der politischen Systeme 1 und 2.)

Der Systemvergleich hat von der inhaltlichen wie von der theoretisch-methodischen Seite beträchtliche Schwierigkeiten: Der Vergleich „reiner Systeme“ (Idealtypen) wie „freiheitlich-pluralistische Demokratie – Totalitarismus“ leistet eher dem Denken in Freund-Feind-Kategorien Vorschub, als daß er zum Verstehen der konkreten Wirklichkeit in beiden deutschen Staaten beiträgt. Der Vergleich von „reinem System“ (zum Beispiel das Modell des Sozialismus entsprechend den sozialistischen „Klassikern“) mit einem historisch-realen System (zum Beispiel Bundesrepublik) vergleicht Unvergleichbares. Der Vergleich zweier historisch-realer Systeme (zum Beispiel Bundesrepublik und DDR) muß mit der Schwierigkeit fertig werden, daß beide Systeme von ganz unterschiedlichen Wertvoraussetzungen ausgehen. Das systemimmanente Vorgehen (das jeweilige historisch-reale System wird am Ideal, dem „Soll“ des systemeigenen Wertsystems überprüft, das heißt, die DDR wird zum Beispiel an dem Sozialismusmodell von Marx gemessen) wird nicht der Forderung nach dem Herausarbeiten und Bewerten der ideologisch-politischen Unterschiede zwischen den Systemen im Unterricht gerecht.

Auch Systemdarstellungen – ohne einen direkten Vergleich – sind oft so angelegt, daß der Vergleich und damit die Bewertung vor dem Hintergrund der entsprechenden Einrichtungen und Abläufe in der Bundesrepublik möglich ist. (Vgl. zum Beispiel die im Literaturverzeichnis genannte Arbeit von Gerd Meyer.)

3. Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe II

Vom anspruchsvollen Ansatz, dem Abstraktionsgrad und der Fülle des zu verarbeitenden Materials her erscheint der Systemvergleich, aber auch die Darstellung und Bewertung des Gesamtsystems, erst für die Sekundarstufe II sinnvoll. Hier liegt das Schwergewicht auf dem politischen System, ausgehend von der Prämisse, daß der politische Bereich systemprägend ist und die Subsysteme (zum Beispiel Wirtschaft, Landwirtschaft, Schule, Familie, Freizeit) entscheidend bestimmt.

Anhand von vier Leitfragen lassen sich in vier Teilabschnitten der Unterrichtseinheit

zentrale Aspekte des politischen Systems der DDR erarbeiten:

- Wie rechtfertigt sich die politische Herrschaft?
- Wie vollzieht sich der Prozeß der politischen Willensbildung?
- Welche Chance hat der Bürger, die politische Entscheidung zu beeinflussen?
- Wie werden Konflikte geregelt?

Die erste Leitfrage führt zur *Ideologie*. Hier soll herausgearbeitet werden, daß dem politischen System der DDR eine Ideologie mit Absolutheitsanspruch zugrunde liegt, daß die SED diese Ideologie als Rechtfertigung für ihre Vorherrschaft benutzt, weil sie für sich in Anspruch nimmt, die Entwicklung im Sinne des Marxismus-Leninismus voranzutreiben.

(Materialien: Art. 1–3 der Verfassung der DDR von 1974, Programm der SED von 1976, Kap. IV und V; vgl. auch die auf Seite 1 angeführten *Informationen zur politischen Bildung*.)

Die zweite Leitfrage führt zum politischen Willensbildungs- und *Entscheidungsprozeß*. Hier soll deutlich werden, daß in der DDR das Monopol der politischen Entscheidung bei der Führungsspitze der SED liegt, abgesichert durch die Organisationsprinzipien und den spezifischen Willensbildungsmechanismus (demokratischer Zentralismus) der Partei.

(Materialien und Darstellung: Vgl. Kapitel IV, 1.)

Die dritte Leitfrage führt zu den staatlichen und gesellschaftlichen *Institutionen*. Hier soll herausgearbeitet werden, daß der ideologisch begründete und rechtlich abgesicherte Führungsanspruch der SED aus den Einrichtungen wie Wahlen, Parlament, Parteien und Massenorganisationen Akklamationsveranstaltungen macht, daß sie nicht den Willen der Bürger von unten nach oben weiterleiten, sondern die oben getroffenen Entscheidungen nach unten vermitteln sollen („Transmissionsriemen“). (Materialien und Darstellung: Vgl. Kapitel IV, 2–4; Kapitel VI, 1–5.)

Die vierte Leitfrage soll zur Erörterung der Offenheit und *Konfliktfähigkeit* des Systems führen. Hier sollen die systemspezifischen Einschränkungen der Grundrechte (besonders der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit), die Parteilichkeit der Justiz, der Apparat der parteilichen und staatlichen Kontrolle und schließlich die Möglichkeiten bzw. die Unmöglichkeiten von Opposition und systemabweichendem Verhalten erörtert werden.

(Materialien und Darstellung: Vgl. Kapitel IV, 6, Kapitel VII, Kapitel VIII.)

4. Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I

Anschaulicher und konkreter, mehr an der Alltagsrealität und Erfahrung der Schüler anknüpfend als die an Willensbildungspro-

zeß und den politischen Institutionen ausgerichtete Systemdarstellung ist das umgekehrte Verfahren: Im Zentrum des Unterrichts steht die Untersuchung eines für das System bedeutsamen Subsystems, wie zum Beispiel das Bildungssystem (insbesondere die Schule). Das Herausarbeiten der für dieses Subsystem kennzeichnenden Merkmale erlaubt den Rückschluß auf allgemeine, das Gesamtsystem kennzeichnende Merkmale. Ein solches Vorgehen erscheint auch sinnvoll, wenn von der Situation der Schüler her ein Vorwissen oder eine größere Motivation für einen bestimmten Teilbereich zu erwarten ist, zum Beispiel bei Berufsschülern und Auszubildenden in Industrie und Landwirtschaft für die entsprechenden Bereiche. Hier führt die Untersuchung der Eigentumsordnung, der Verfügungsgewalt, der Entscheidungsfindung notwendig auch zu Grundeinsichten über systembestimmende politische Merkmale. Die vergleichende Bewertung aufgrund der eigenen Lebenssituation bietet sich an. Für die Schüler in der Sekundarstufe I scheint der Themenkomplex „Schule – Ausbildung – Freizeit“ (oder auch nur ein Teilbereich) geeignet. Eine solche Unterrichtseinheit mit dem Schwerpunktthema Schule läßt sich zum Beispiel nach den Leitfragen

- Welche Ziele hat das Schulsystem?
- Wer setzt die Ziele?
- Welche Inhalte werden wie vermittelt?
- Welche Auslese wird nach welchen Gesichtspunkten getroffen?

strukturieren.

Die Lernziele (sozialistische Persönlichkeit und Klassenstandpunkt) verweisen auf das Wertesystem der DDR und die Partei, die diese Werte setzt und auslegt. Der Schultyp (Gesamtschule) widerspiegelt auch den Anspruch der klassenlosen Gesellschaft, der dem politischen System zugrunde liegt. Der Schwerpunkt der Lerninhalte (polytechnische Ausrichtung) weist auf das systembestimmende Menschenbild und die Ausrichtung der Schule auf die wirtschaftlichen Anforderungen gemäß den politischen Vorgaben hin. Die Ausrichtung der Lerninhalte und -methoden am „politischen Auftrag“ führt hin zur Partei, die diesen Auftrag gibt. Die Auslese nach dem Gesichtspunkt der politischen Aktivität und Zuverlässigkeit macht den Anspruch des Systems auf die politische Ausrichtung und Durchdringung aller Lebensbereiche deutlich und zeigt das systemprägende Kontroll- und Überwachungssystem.

Als motivierender Einstieg sollte ein möglichst anschauliches und authentisches Medium dienen, als Arbeitsmaterialien sind Reportagen, Reise- oder Erlebnisberichte eher geeignet als (fach-)wissenschaftliche Texte; Filme sind oft anschaulicher als das gedruckte Wort. Um Alltagswirklichkeit, Gefühle und Betroffenheiten deutlich zu machen, sollte der Unterricht sich nicht nur auf dokumentarische Texte, Statistiken und Tabellen beschränken. Oft

gibt gerade erst Fiktionales (Romane, Kurzgeschichten, Lyrik oder Bilder und Spielfilme) einen anschaulichen Einblick in die Lebenswirklichkeit (siehe hierzu Literaturverzeichnis S. 60).

Im Selbstverständnis wie in der Sicht von außen zeigt sich in der Wirtschafts- und Eigentumsordnung das zentrale Wesensmerkmal der DDR als sozialistischer Staat. Hier werden die Systemunterschiede unmittelbar sichtbar und greifbar; hier liegt der Ansatz einer vergleichenden Betrachtung und Bewertung auf der Hand. Eine Behandlung des Themas „Wirtschaft der DDR“ im Unterricht wird deshalb immer – schon vom Vorwissen, dem Interesse und den Fragestellungen der Schüler her – auf einen Vergleich angelegt sein. Dieser Vergleich setzt aber notwendig bei den Schülern Grundkenntnisse über die Systemmerkmale, die Funktionsweise und Probleme unserer westlichen Wirtschaftsordnung voraus.

Es wird nicht Ziel des Unterrichts sein, detaillierte Kenntnisse über Einzelelemente der DDR-Wirtschaft zu vermitteln, sondern es kann wohl nur darum gehen, Einsichten in die zentralen, systembestimmenden Merkmale zu schaffen.

Zunächst gilt es, die elementaren Wesensmerkmale des Wirtschaftssystems:

- das „sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln“ (Art. 2, Abs. 2 und Art. 9, Abs. 1 der Verfassung der DDR) und
- den Charakter der Wirtschaft als „sozialistische Planwirtschaft“ (Art. 9, Abs. 3) zu vermitteln.

Dabei soll deutlich werden:

- das „sozialistische Eigentum“ ist Ergebnis der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der sowjetischen Besatzungszone unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg;
- es ist von der marxistisch-leninistischen Ideologie her die notwendige Voraussetzung für den Aufbau und die Gestaltung einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung;
- es ist eine wesentliche Grundlage des Bündnisses mit der UdSSR und den übrigen sozialistischen Staaten;
- der Grundsatz der „Leitung und Planung der Volkswirtschaft“ dient zur Legitimierung des Führungsanspruchs der SED im Bereich der Wirtschaft;
- die „zentrale staatliche Leitung und Planung“ in der Wirtschaft mit ihren hierarchischen Elementen (Anordnung und Kontrolle von oben nach unten) ist das Gegenstück zum demokratischen Zentralismus in der Politik.

Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung haben deshalb, anders als in der Bundesrepublik, höchsten Verfassungsrang. „Sozialistisches Eigentum“ und das Prinzip der „Leitung und Planung“ gehören zu den „unantastbaren Grundlagen“ (Art. 2,

Abs. 2 der Verf. der DDR). Sie sind, zusammen mit dem „Klassenbündnis“ (Art. 2, Abs. 2) und dem Führungsanspruch der SED (Art. 1, Abs. 1), zentrale Wesenszüge des sozialistischen Systems.

Die Auswirkungen der „zentralen staatlichen Leitung und Planung“ auf die unmittelbare Lebensgestaltung des einzelnen läßt sich deutlich machen an:

- den Haushaltseinkommen (eher egalitäre Grundtendenz, aber ein System von zusätzlichen Entschädigungen für Privilegierte);
- den Preisen für Konsumgüter und Dienstleistungen (Preise für die Befriedigung von Grundbedürfnissen meist niedrig, für die der gehobenen Bedürfnisse oft extrem hoch);
- der Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen (Versorgung und Auswahl oft unzureichend, deshalb Tausch- und Schwarzmarkt, „Beziehungen“; umfassendes System – fast – kostenloser Dienstleistungen im Bereich Erziehung, Betreuung, medizinische Versorgung);
- dem Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen (Zuweisung nach Bedarf, Leistung und politisch-gesellschaftlicher Aktivität);
- den Teilnahmerechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene (Beteiligung im Rahmen der Betriebsgewerkschaftsorganisationen, aber vorrangig mit dem Ziel der optimalen Planverwirklichung, keine Tarifhoheit, kein Streikrecht für Gewerkschaften).

Die Untersuchung dieser einzelnen Aspekte des Wirtschaftsgeschehens kann deutlich machen, daß in der sozialistischen Planwirtschaft:

- die kollektiven Bedürfnisse (z. B. Nachfrage nach Investitionsgütern) und gesellschaftlich-politische Prioritäten (z. B. Verpflichtungen im Rahmen des RGW) den individuellen übergeordnet sind;
- daß Leistungsanreize nicht nur durch den zu erwartenden Gewinn, sondern auch durch ein System von gesellschaftlichen Belohnungen und Strafen ausgeübt werden;
- daß die wirtschaftlichen Entscheidungen nicht im Zusammenspiel der Bedürfnisse einer Vielzahl von Individuen (Markt), organisierter Interessen (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Tarifautonomie) im Rahmen von staatlichen Vorgaben und Begrenzungen (z. B. Stabilitätsgesetz) getroffen werden, sondern durch eine zentrale Behörde nach Zielvorgaben der politischen Führungsspitze.

Der komplizierte Prozeß der Planerstellung, Realisierung und Kontrolle kann in den Einzelheiten nicht nachvollzogen werden, aber es scheint möglich, anhand eines anschaulichen Beispiels aus dem Lebensbereich der Schüler (z. B. Mode) systemspezifische Probleme und Schwierig-

keiten einer Planwirtschaft zu erörtern, die sich bei der Bedarfsermittlung, der Beschaffung der Rohstoffe, der Ermittlung der Kapazität der Produktionsanlagen, dem Bedarf an Arbeitskräften und Arbeitsstunden und schließlich der bedarfsge rechten Verteilung der Güter ergeben.

Ein abschließender Vergleich der Wirtschaftssysteme der beiden deutschen Staaten kann den Akzent darauf legen, inwieweit beide Systeme in der Lage sind, Volkswohlszielen Rechnung zu tragen. Hierbei ist vor allem angesichts der auch in der DDR zunehmenden Umweltsdiskussion an den Maximierungs- und Optimierungsaspekt zu denken. (Wieweit ist die Ausrichtung auf Wachstum der Wirtschaft Ursache für eine Vernachlässigung umweltpolitischer Forderungen?) Von aktuellem Interesse ist auch, wie beide Systeme mit Problemen, die z. B. einen Wandel in der Bevölkerungsstruktur oder in der Wirtschaftsstruktur mit sich bringen, fertigzuwerden versuchen. Dabei kann deutlich werden, daß die am Privateigentum und am Markt ausgerichtete Bundesrepublik ebensowenig das reine Modell einer Marktwirtschaft darstellt wie die DDR das Modell einer staatskapitalistischen Zentralverwaltungswirtschaft. Beide Wirtschaftsordnungen sind in gewisser Weise gemischte Systeme, die vor allem in krisenhaften Situationen bei der Suche nach Reformkonzepten Anleihen beim anderen, konkurrierenden System machen. Das aktuelle Beispiel hierfür liefert die gegenwärtige Wirtschaftsreform in der UdSSR.

UNTERRICHTSMATERIALIEN

Eckart, Karl: DDR, Reihe Länderprofile – Geographische Strukturen, Daten, Entwicklungen, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1981.

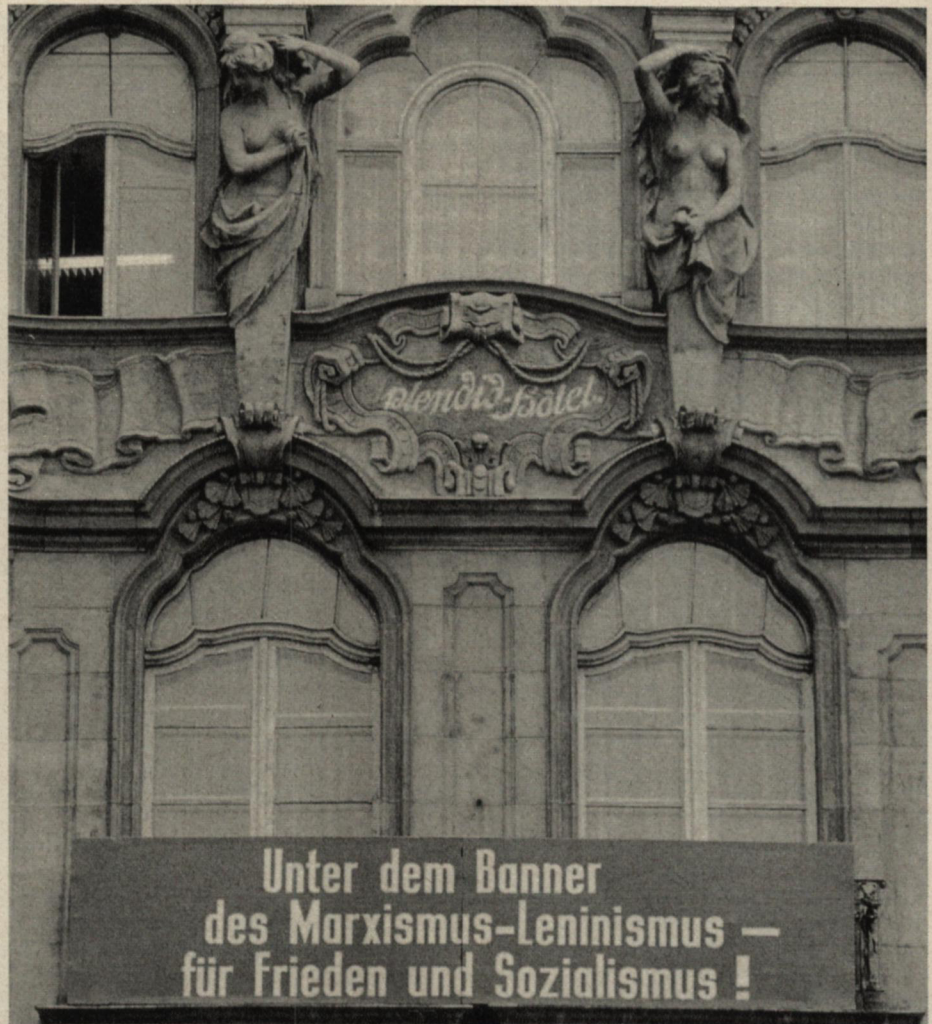
Umfassende landeskundliche Monographie, vorwiegend für den geographischen Unterricht gedacht.

Helf, Klaus: Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR, Moritz Diesterweg Verlag, Frankfurt 1986 (Reihe: Schriften und Materialien zur Gemeinschaftskunde, Reihe A).

Quellensammlung zur Innen- und Wirtschaftspolitik der DDR.

Jugend in der DDR, Zeitslupe Nr. 15, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1984.

Das Themenheft für die Sekundarstufe I liefert mit einem (fiktiven) Briefwechsel zwischen Jugendlichen aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Ansätze für einen Systemvergleich für den Bereich Schule und Ausbildung, außerdem enthält das Heft Quellentexte, Begriffserklärungen und ein Verzeichnis der für Schüler geeigneten erzählenden und dokumentarischen Literatur aus der DDR und über die DDR.



Meyer, Gerd: Das politische System der Deutschen Demokratischen Republik, Hirschgraben Verlag, Frankfurt am Main 1983.

Durch einführende Texte und Arbeitsvorschläge aufbereitete Materialsammlung für die Sekundarstufe 2.

Reihe: Politik ... betrifft uns. Aktuelle Unterrichtsmaterialien mit OH-Folien. Bergmoser und Höller-Verlag Informationsdienste, Aachen.

Didaktisch aufbereitetes Planungsmaterial für die Unterrichtsvorbereitung in Politik, Wirtschaft und Soziallehre zu aktuellen Themen. Unter anderem sind lieferbar:

- Arbeiten in der DDR (Heft 7/1981)
- Sozialistische Demokratie in der DDR (Heft 9/1986)

Schmitt, Karl: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1980 (Reihe: Geschichte · Politik · Studien zur Didaktik, Band 2).

Stoll, Klaus Hartwig: Die DDR. Ihre politische Entwicklung, Moritz Diesterweg Verlag, Frankfurt 1986 (Reihe: Schriften und Materialien zur Gemeinschaftskunde, Reihe A).

Quellensammlung zur Entstehung der DDR.

Reihe: Wochenschau, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus.

Anschauliches Unterrichtsmaterial mit Lehrerausgabe und Unterrichtseinheiten (Schülerteil) mit

didaktisch strukturierten Quellen und Hintergrundinformationen. Unter anderem sind lieferbar:

- DDR-Alltag 1: Schule und Arbeitswelt (1985, Sek. I)
- DDR-Alltag 2: Freizeit und Familie (1982, Sek. I)
- DDR 1: Erziehung im Sozialismus (1986, Sek. I)
- DDR 2: Leben im Sozialismus (1986, Sek. I)
- Jugend in der DDR (1984, Sek. II)
- Systemvergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR (1986, Sek. II)

Die deutsche Frage im Unterricht. Auswahlkatalog von AV-Medien des Instituts für Film und Bild, Bavaria-Film-Platz 3, 8022 Grünwald (Bestell-Nr. 040029, kostet 3,50 DM).

Verzeichnis der FWU-Produktionen, die bei den jeweiligen Kreis- und Stadtbildstellen ausgeliehen werden können, mit didaktischen Hinweisen zur Verwendung im Unterricht und ausführlichen Inhaltsangaben.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Informationsangebot zur Deutschen Frage.

Diese Broschüre enthält einen sehr nützlichen Überblick darüber, wer welche Informationsmittel für welche Zwecke anbietet. Sie ist, ebenso wie die Broschüre

Filme zur Deutschen Frage

Filmkatalog mit alphabetischem Verzeichnis mit Einführungen und Inhaltsangaben, zu erhalten bei:

Gesamtdeutsches Institut
Postfach 12 06 07
5300 Bonn 1.



Informationen zur politischen Bildung
1. aktualisierte Auflage.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
Januar 1988.

Herausgeber und Verlag:
Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

Leitender Redakteur:
Horst Pötzsch.
Redakteurin:
Hannegret Homberg.

Manuskript:
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling
(Kap. I.–XI.), Reutlingen;
Prof. Dr. Ralf Rytlewski
(Kap. XII.–XVII.), Berlin.

Das Thema im Unterricht:
Rosemarie Wehling, Reutlingen.

Titelseite:
Michael Rechl, Wanfried-Aue.

Fotos:
Archiv (S. 22, 40);
Gesamtdeutsches Institut (S. 1, 6, 36,
39 unten);
Bildagentur Jürgens, Köln (S. 4, 5, 9, 11,
15, 17, 20, 23, 24, 25, 27, 29, 31, 32, 33,
35, 38, 39 oben, 40, 42, 43, 47, 49, 51, 52,
54, 58, 61);
Dr. Gisela Zimmermann (S. 57)

Grafiken:
Günther Frohmüller, Bonn (S. 8, 55 oben);
Zahlenbilder, Erich Schmidt Verlag (S. 59);
Zahlenspiegel Bundesrepublik
Deutschland – Deutsche Demokratische
Republik (S. 55, 56).

Karte:
Ingenieurbüro Hans-Joachim Zwick,
Gießen (S. 3).

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb:
Franzis-Verlag GmbH,
Postfach 37 01 20, 8000 München 37.

Text und Fotos sind urheberrechtlich
geschützt. Der Text kann in Schulen
zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei
vervielfältigt werden.

Anforderungen sind (nur schriftlich) an die
Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn,
zu richten (Berufsangabe erforderlich).

Absenderangabe bitte in Druckschrift!

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.
Erscheinungsweise: vierteljährlich.
ISSN 0046-9408 Auflage: 200 000
